

Ueli Mäder

FÜR EINE SOLIDARISCHE GESELLSCHAFT

Was tun gegen Armut,
Arbeitslosigkeit und Ausgrenzung?

Rotpunktverlag

Der Verlag dankt der Schweizer Kulturstiftung *PRO HELVETIA* sowie *MIGROS Kulturprozent* für die großzügige finanzielle Unterstützung.

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Mäder, Ueli:

Für eine solidarische Gesellschaft : was tun gegen Armut,
Arbeitslosigkeit und Ausgrenzung? / Ueli Mäder. – Zürich :
Rotpunktverl. 1999

ISBN 3-85869-178-X

Popularisierte Fassung der Studie »Subsidiarität und Solidarität«
(Social Strategies, Basel 199

© 1999 Rotpunktverlag, Zürich

Alle Rechte vorbehalten.

Nachdruck in jeder Form, Speichern auf Datenträger sowie die
Wiedergabe durch Fernsehen, Rundfunk, Film, Bild- und Tonträger
oder Benützung für Vorträge, auch auszugsweise, nur mit
Genehmigung des Verlags.

Umschlagfoto: Claude Giger, Basel

Druck und Bindung: Clausen & Bosse, Leck

ISBN 3-85869-178-X

6 5 4 3 2 1

INHALT

Vorwort	7
Ausgangslage	
Soziale Probleme	9
Lösungsansätze	12
Solidarität	14
Vorgehen	17
Sozialer Wandel	
Lebensformen	23
Individualisierung	25
Globalisierung	32
Konsumismus	39
Familien im Stress	43
Neue Werte?	51
Soziale Sicherung	54
Sonderfall Schweiz?	60
Praktische Ansätze	
Genossenschaftliche Tradition	63
Neue soziale Bewegung	68
Selbsthilfe	73
Exkurs: das Berliner Selbsthilfe-Modell	82
Soziale Ökonomie	85
Freiwilligenarbeit	88
Sozialzeit	95
Netzwerke	100
Ordnungsversuche	102

Theoretische Orientierung

Soziale Wesen	113
Menschenbild	117
Gruppen	121
Gemeinschaft und Gesellschaft	122
Demokratie als Alltagsprinzip	128
Staatsverständnis	133
Christliche Soziallehre	136
Gerechtigkeit	141
Kommunitarismus	145
Neue Unübersichtlichkeit	151
Moderne	155
Zivilgesellschaft	163
Dritte Wege	169

Konzeptionelle Umsetzung

Kooperative Individualität	173
Verbindliche Solidarität	181
Ökosozialer Umbau	187
Arbeit teilen	205
Grundsicherung ausbauen	209
Zivilcourage stärken	222
Gesellschaftsvertrag	232

Schlussbetrachtung

Anmerkungen

Literatur

Bücher und Aufsätze	277
Artikel in Zeitungen und allgemeinen Zeitschriften	294
Weitere Quellen	298
Abkürzungen	299

VORWORT

Armut, Arbeitslosigkeit, Ausgrenzung, Krise des Sozialstaates, neue Unübersichtlichkeit, Risikogesellschaft und Werteverlust – diese Stichworte deuten an, was an der Schwelle zum 21. Jahrhundert viele Menschen beschäftigt. Zahlreiche Publikationen weisen daraufhin, dass der sich verbreitende Individualismus den sozialen Zusammenhalt gefährdet. Ob das zutrifft, ist zu prüfen. Unbestritten ist das Ziel, soziale Sicherheit für möglichst alle Menschen zu erreichen. Aber wie? Diese Frage wird unterschiedlich beantwortet. Die einen setzen mehr auf staatliche, andere auf private Anstrengungen. Selbsthilfe oder Solidarität? Die Diskussion dreht sich immer um jene zentralen Schnittstellen zwischen der persönlichen und der gesellschaftlichen Verantwortung.

Mich haben vor allem die folgenden Fragen interessiert: Was soll die kleinere Einheit eines Gemeinwesens tun, was die größere? Wie kommen sozial Benachteiligte dazu, sich für eigene Interessen einzusetzen? Welche Unterstützung benötigen sie? Auf der Suche nach Antworten knüpfe ich an frühere Erhebungen an.¹ Zum Fazit gehört mein Vorschlag, die Haus- und Erwerbsarbeit gerechter zu verteilen, die Grundsicherung zu stärken und grenzüberschreitend zu harmonisieren; in der Schweiz ließen sich zudem die Ergänzungsleistungen auf alle Einkommensschwachen ausweiten. So gestützt könnten mehr Bürgerinnen und Bürger »soziale Zeit« leisten und ihre Fähigkeiten für das Gemeinwohl einsetzen.

Soziale Probleme

Nach dem zweiten Weltkrieg erlebten in Europa breite Bevölkerungskreise eine materielle Besserstellung. Der wirtschaftliche Aufschwung der fünfziger und sechziger Jahre erweckte den Anschein, das Wachstum sei von anhaltender Dauer. Seit den rezessiven Einbrüchen der siebziger Jahre halten jedoch Teile der unteren Einkommen mit den steigenden Lebenshaltungskosten für Nahrung, Mieten und Gesundheit nicht mehr Schritt. Die Systeme der sozialen Sicherheit haben Mühe, erhöhte Risiken abzudecken. Diese ergeben sich aus dem Wandel der Arbeit und der Lebensformen. Die Zahl der Erwerbslosen, Alleinstehenden, Alleinerziehenden und Hochbetagten nimmt zu. Darauf weisen verschiedene Armutsstudien hin.

Nach einer nationalen Untersuchung (Leu et al. 1997) lebt in der reichen Schweiz ein Zehntel der Bevölkerung unter der Existenzgrenze, wie sie durch den Anspruch auf Ergänzungsleistungen definiert wird. Für eine Einzelperson sind das, nach Abzug von Gesundheits- und Wohnkosten, monatlich rund 1300 Franken. Über die Hälfte der Armen sind erwerbstätig («working poor»). Werden die Saisoniers, Kurzaufenthalter, Grenzgänger und Asylbewerbenden ebenfalls berücksichtigt, ist die Quote noch höher.²

Die Studie belegt auch, wie sich die Schere zwischen Arm und Reich weiter geöffnet hat. Die Einkommens- und Vermögensunterschiede sind in der Schweiz noch größer als in andern Industrieländern. 40 Prozent Einkommensschwache hatten 1992

deutlich weniger Geld zur Verfügung als 1982. 5 Prozent der privaten Steuerpflichtigen verfügen über gleich viel Nettovermögen wie die restlichen 95 Prozent. Der Einbezug von Lebenslagen zeigt ferner, dass Arme weniger Wohnraum und mehr gesundheitliche Probleme haben. Über ein Drittel der Personen mit Renten lösen ihren Anspruch auf Ergänzungsleistungen nicht ein. Fast die Hälfte der Armen machen ihre Fürsorgeberechtigung nicht geltend. Das hängt mit der wenig ergründeten Prozessdynamik zusammen. In unserer individualisierten Gesellschaft lasten sich viele Arme selber an, was gesellschaftliche Ursachen hat.

Soziale Aufgaben werden immer noch häufig, aber mit sinkender Tendenz im Rahmen der familiären und verwandtschaftlichen Beziehungsnetze wahrgenommen. Zunehmend werden heute die staatlichen Einrichtungen und professionellen Sozialdienste beansprucht. Die Budgetdefizite der öffentlichen Haushalte bringen soziale Institutionen in die schwierige Lage, mit weniger Geld größere Probleme bewältigen zu müssen. Es gelte, den vorhandenen Kuchen auf mehr Leute zu verteilen und das gemeinschaftsorientierte Zusammenleben zu fördern, verlangt Monika Stocker (NZZ, 30.6.1995), die Vorsteherin des Sozialamtes in der Stadt Zürich. Ihrer Meinung nach können wir uns die »lange gepflegte Subventionskultur« und die damit verbundene Bürokratie in Zukunft nicht mehr leisten.³

Große Hoffnungen werden in neue Formen der Solidarität gesetzt. In Deutschland weist die sozialwissenschaftliche Debatte seit geraumer Zeit auf veränderte Problemlagen hin. Im Vergleich mit klassischen Industriegesellschaften seien die Probleme der typischen Dienstleistungsgesellschaft weniger materieller als viel mehr psychosozialer Natur. (Huber 1987:16) Als neue soziale Herausforderungen gelten der Drogenkonsum, das Schulversagen, die Schwächung der familiären Bindungen und die Vereinsamung im Alter. Sie bewegen sich in Grauzonen und sind mit den »klassi-

schen« Instrumenten der arbeitsgesellschaftlichen Normalität und Modernität nicht mehr zu bewältigen. (Pankoke 1986a:119) Die »normale Erwerbsbiografie« stößt an strukturelle Grenzen. Immer mehr Erwerbsfähige finden keine Lohnarbeit. Sie können ihre existenziellen Bedürfnisse nicht mehr »aus eigener Kraft« abdecken, Güter wie Wohnung und Gesundheit werden, sofern für sie marktwirtschaftliche Regeln gelten, für zahlreiche Menschen schlicht unbezahlbar. Auch der infrastrukturelle Ausbau des Bildungs- und Sozialwesens ist zunehmend auf öffentliche Mittel angewiesen. Das stellt den Staat vor große Probleme.

Dass ein Übermaß an Hilfe viele Menschen in eine unwürdige Abhängigkeit bringt und deren Freiheit gefährdet, kritisieren auch sozialdemokratische Kreise. Als hauptverantwortlich bezeichnet der SPD-Politiker Joachim Becker (1994:10) »Exponenten des Ordoliberalismus« sowie »unbewegliche Ideologen eines gewerkschaftlichen Wohlfahrtsdenkens«. Die exzessive Ausdehnung unzähliger Angebote habe mit Gerechtigkeit wenig zu tun. Der fast schon manische Zwang zur durchgängigen Professionalisierung sozialer Dienstleistungen dränge bloß das ehrenamtliche Engagement zurück. So fordert denn Heide Simonis, SPD-Ministerpräsidentin von Schleswig-Holstein, eine »Bürgergesellschaft gegen sozialen Zerfall«. (Focus 12/1997:204)

Der 1998 verstorbene Systemtheoretiker Niklas Luhmann (1984:15) konstatierte eine Selbstüberforderung des politischen Systems. Der übermäßige Gebrauch der Steuerungsmittel Recht und Geld zeitigt Deformationserscheinungen und verweist auf Grenzen des Wohlfahrtsstaates. (Reese 1996:97ff.) Erstens stoßen die Möglichkeiten fiskalischer Einkommensverteilung an immer spürbarere Grenzen des Abgabewiderstandes. Zweitens reduziert sich der staatliche Handlungsspielraum durch ein Stagnieren des wirtschaftlichen Wachstums. Drittens führt die staatlich-administrative Problembearbeitung zu Verrechtlichung und Bürokrati-

tisierung. Viertens erweisen sich die neuen sozialen Problemlagen gegenüber staatlich induzierten Maßnahmen als weitgehend resistent, stellt Franz Xaver Kaufmann (1983:477) fest. Er sieht die »Krise des Sozialstaates« auch als Chance für eine Neuorientierung. Libertär-sozialistische Kreise hoffen auf revolutionäre Impulse von der Basis. Schließlich versucht der »Moloch Staat« diese durch ein ausgeklügeltes Netz aus entmündigenden Einrichtungen zu kontrollieren. (Schmidt 1987:17)

Interessant ist, wie Progressive in die von Konservativen erhobene Kritik am dominanten Sozialstaat einstimmen. Sie betonen die »neuen sozialen Fragen« in einer Weise, als ob es die »alten« kaum mehr gäbe. Ob es sich heute tatsächlich um eine »Krise des Sozialstaates« handelt, ist allerdings fraglich. Die Zunahme der Arbeitslosigkeit und Armut machen jedenfalls deutlich, dass es nebst der Orientierungslosigkeit und Sinnfrage auch wichtige materielle Probleme gibt.⁴

Lösungsansätze

Beim Versuch, alte und neue soziale Probleme zu bewältigen, stellt sich die Frage nach der staatlichen Verantwortung. Große Unterschiede bestehen zwischen keynesianischen und liberalen Auffassungen. Die einen favorisieren eine staatlich geförderte, nachfrageorientierte Wirtschaftspolitik, die andern eine angebotsorientierte, bei der sich der Staat zurückhalten und auf ordnungspolitische Aufgaben beschränken soll. Konzepte eines sozialstaatlichen Umbaus verknüpfen die beiden Stränge. Sie postulieren private und staatliche Anreize. Eine solide Infrastruktur soll – über die Grundsicherung hinaus – die wirtschaftlichen und sozialen Eigenaktivitäten anregen.

Ein Kernpunkt der Kontroverse betrifft das System der sozialen Sicherheit. Die einen setzen auf das Finalprinzip, das die Hilfe

für unterschiedliche Lebenslagen und Risiken garantiert; andere bauen auf das Kausalprinzip, das den Leistungsanspruch von bestimmten Voraussetzungen abhängig macht. Die Alternativen heißen: Fürsorge oder Sozialversicherung? Aber sie greifen zu kurz. Bei beiden Ansätzen lässt sich der Anspruch ausweiten oder einengen. Die Debatte ist stark wertorientiert. Sie bezieht sich auf das Menschenbild. Im Vordergrund steht die Frage, ob mehr Sicherheit dazu beiträgt, menschliche Ressourcen zu entfalten.

Verschiedene Armutsstudien postulieren eine Sicherung der Existenz als Menschenrecht (Mächler 1991:41). Sie wollen das Recht auf ein soziales Existenzminimum in der Verfassung verankern und die Ergänzungsleistungen zu den Alters- und Invalidenrenten ausweiten (Mahrer 1991:35); beispielsweise auf Haushalte mit Kindern (Höpflinger 1994:114). Umstritten ist die Einführung einer negativen Einkommenssteuer. Sie soll die Einkommen von der Erwerbsarbeit entkoppeln. Damit können sich auch einzelne Neoliberale anfreunden. Sie hoffen, dass dadurch der Arbeitsmarkt wieder mehr spielt. Andere Vorschläge favorisieren eine Verkürzung der durchschnittlichen Erwerbszeit, eine flexiblere Pensionierungsgrenze und ein Recht auf (sinnvolle) Arbeit.⁵

Die Schweizerische Armutsstudie (Leu et al. 1997) will niedrige Einkommen von der Steuerpflicht befreien, Arme auf ihre Ansprüche hinweisen und bestehende Lücken im sozialen Netz schließen. Diese Maßnahmen sind, wie die Autoren zu Recht feststellen, durchaus finanzierbar. Würde die Schweiz eine Mutterschaftsversicherung einführen, hätte sie immer noch eine der tiefsten Sozialleistungsquoten in Europa. Die nationale Studie empfiehlt ferner eine staatliche Aufbesserung der Niedriglöhne. In der Basler Armutsstudie (Mäder et al. 1991) diskutieren wir diesen Vorschlag. Wir verweisen darauf, wie ausgiebig die öffentliche Hand bereits private Gewinne subventioniert, und regen an, die Haus- und Erwerbsarbeit geschlechtsunabhängig zu verteilen, die

Minimallöhne anzuheben und die soziale Integration durch »Hilfe zur Selbsthilfe« zu fördern.⁶

Auf das abstrakte Ordnungsprinzip der Selbsthilfe beziehen sich allerdings recht unterschiedliche Handlungsanleitungen. In der Sozialhilfe wird es benutzt, um den Vorrang »freier Träger« (Heinze 1986:14) gegenüber den öffentlichen zu begründen. Neo-liberale Kräfte wollen so die Marktkräfte stärken und die sozial-staatliche Interventionstätigkeit einschränken. Konservative zielen darauf ab, traditionale Gemeinschaften zu festigen. Grün-Alternative versuchen, Freiräume für Selbstorganisation und selbst bestimmte Lebensstile zu sichern. (Olk 1986:284) Sozial-Progressive plädieren für eine Selbsthilfebewegung, die sich auf Dezentralisierung und das Widerstandsrecht der kleinen Lebenskreise abstützt. (Vilmar 1986:20)

Anke Brunn (1986:170) stellt in Deutschland eine Verkehrung des Selbsthilfeprinzips nach dem Bonner Regierungswechsel von 1982 fest. Danach wurde laut der Ministerin des Landes Nordrhein-Westfalen (bis 1998) vor allem eine Reprivatisierung und ein Abbau von sozialen Diensten und Leistungen angestrebt. Dieses Selbsthilfeprinzip sollte, jenseits von Markt und Macht, von Elend und Reichtum, auf ehrenamtlicher Basis eine zweite Realität schaffen und harmonische, nachbarschaftsorientierte Sozialbeziehungen ermöglichen. Diese »Helft euch selbst«-Konzeption ver-gisst, dass viele zunächst eine Rückenstärkung benötigen, bevor sie sich selber helfen können.

Solidarität

Solidarität bedeutet Zusammengehörigkeit, Verbundenheit, Gemeinsinn. Das Wort entstammt dem Französischen »solidaire« und dem Lateinischen »solidus«. Das heißt so viel wie »echt« und »ganz«. Die deutsche Sprache kennt noch das entsprechende Wort

»solid«. Es hat die Bedeutung von »fest«, »zuverlässig«. »Solidus« ist auch mit dem lateinischen »salvus« verwandt; zu Deutsch: »heil«, »gesund«. (Saner 1997:88) Ein solidarischer Mensch ist ein echter und ganzer Mensch. Er ist nicht »selbst-los«, sondern »ganz selbst«. Heinz Kleger (1997:100ff.) erwähnt drei konzeptionelle Wurzeln der Solidarität: eine republikanische, eine sozialistische und eine katholische. Die republikanische Volksverbundenheit kommt im Patriotismus zum Ausdruck. Um Gegenmacht, Zusammenhalt und soziale Einrichtungen geht es der Arbeiterbewegung. Der Solidarismus der christlichen Sozialphilosophie argumentiert mit der Gleichheit vor Gott. Die Solidarität gehört unabdingbar zur Selbsthilfe. Der Jesuitenpater Oswalt von Nell-Breuning (1980:45) betont die Pflicht der Gemeinschaft, ihren Gliedern zu helfen. Das erfordert keine abwartende Haltung. Hilfe ist auch eine Investition. Sie ermöglicht es den Menschen, sich selber zu helfen. Ohne Gemeinschaft kann das Individuum nicht existieren. Sie erbringt Vorleistungen.

Niklas Luhmann (1984) warnte davor, der Politik eine globale Rolle in unserer Gesellschaft zuzuweisen. Jürgen Habermas (1985) zeigt, dass die Politik die Lebenswelt durchdringt und die gesellschaftliche Reproduktionsfähigkeit beeinträchtigt. Sie gefährdet damit die eigenverantwortliche Entwicklung, selbst bestimmte Lebensstile sowie Kommunikationsfähigkeiten, die Grundbedingungen der Systeme Markt und Macht sind. (Olk 1986:291) Um der »Kolonisierung der Lebenswelt« zu begegnen, plädiert Habermas für eine Reaktivierung der Ressource Solidarität.

Auch Franz X. Kaufmann (1983), der das Verhältnis zwischen öffentlichen Dienstleistungen und Selbsthilfemöglichkeiten untersucht, setzt auf eine neue Solidarität. Er versteht sie als Voraussetzung dafür, dass die Selbsthilfe zum Tragen kommen kann. Solidarität lässt sich aber nicht verordnen. Sie ist auf drei Bedingungen angewiesen. Eine erste ergibt sich bei hoher sozialer Ähn-

lichkeit und dauerhaftem Zusammenleben, etwa im Sinne der von Durkheim beschriebenen »mechanischen Solidarität«; eine zweite im Falle einer intensiven gemeinsamen Werteorientierung, wie sie im Rahmen einer sozialen Bewegung entstehen kann und vom Kommunitarismus neu angeregt wird; eine dritte anlässlich extremer Bedrohungen, sofern sich ein Bewusstsein der Risikogemeinschaft verbreitet. (Beck 1986) Risiken können allerdings auch einen Rückzug oder eine Flucht nach vorn bewirken. Prozesse der Individualisierung behindern den erhofften Schulterschluss zwischen Menschen, die von einem Problem betroffen sind.

Solidarität beruht auf dem Wissen darum, dass eine Gesellschaft auseinander fällt, wenn sie aus Individuen besteht, die sich vornehmlich am kurzfristigen Eigennutz orientieren. (Justitia et Pax 1997:10) Die Gemeinwohlorientierung der Solidarität erfordert es, die eigenen Partikularinteressen den langfristigen Gesamtinteressen der Gesellschaft unterzuordnen. Solidarität bedeutet den Einsatz für ein Gemeinwesen, das niemanden ausschließt. Die solidarische Gesellschaft gewährt allen Mitgliedern – in sozialer und materieller Hinsicht – einen Platz. Die Solidarität reduziert sich nicht auf das Eintreten für die Anliegen von Benachteiligten.

Ob der heutige Sozialstaat partiell zur Schwächung des individuellen Solidaritätsbewusstseins beiträgt, wird kontrovers beurteilt. In vorindustriellen Gesellschaften wurde die Solidarität über die konkreten Begegnungen zwischen den Menschen gelebt, die unmittelbar voneinander abhängig waren. Der Übergang zur institutionell vermittelten Solidarität der modernen Gesellschaft brachte eine Anonymisierung mit sich. Die Verlagerung der Solidarität auf eine abstraktere Ebene stellt heute bewusstseinsmäßig und emotional andere Anforderungen. Hier vollziehen sich Brüche, die sich hoffentlich überbrücken lassen. Konzepte einer Sozialzeit weisen auf konkrete Möglichkeiten hin. Mich interessiert, wie unter den Bedingungen des weit verbreiteten Individua-

lismus neue Formen der Solidarität zum Tragen kommen können. Es geht hierbei nicht um eine moralische Allerweltsformel der Moderne, sondern um die praxisbezogene Solidarität, »die über immer wieder neu entstehende Spaltungen und Konfliktpotenziale hinweg eine demokratische Bürgergesellschaft zusammenhalten kann«. (Kleger 1997:109)

Vorgehen

Die einen wollen die Individuen entlasten, andere wollen ihnen mehr Pflichten aufbürden. Die einen klagen darüber, dass die moderne Gesellschaft ihre Mitglieder bevormundet, andere darüber, dass sie diese im Stich lässt. Alle wollen nur das Beste, verstehen darunter aber etwas anderes. Im Kern geht es bei der Auseinandersetzung um die Solidarität darum, wer in unserer Gesellschaft was tun kann und tun soll. Diese alte Frage stellt sich heute mit zunehmender Dringlichkeit. Was hält angesichts der überall zu beobachtenden Tendenzen zu Anonymisierung und Ausgrenzung unsere stark individualisierte Gesellschaft zusammen?

Ich gehe in der vorliegenden Arbeit von den alten und neuen sozialen Problemen aus, die vielen Menschen zu schaffen machen. Ich untersuche individuelle und gesellschaftliche Möglichkeiten einer Existenzsicherung, die materielle und immaterielle Aspekte umfasst. Zentral ist die Frage, welche Rolle einerseits die Selbsthilfe und andererseits die Solidarität spielen sollen. Und außerdem: Was motiviert sozial Benachteiligte dazu, sich für eigene Interessen und gemeinsame Ziele zu engagieren.

Aus diesen Kernfragen ergeben sich eine Reihe zusätzlicher Fragen. Sie bewegen sich auf unterschiedlichen Ebenen. Auf der persönlichen Ebene ist zu differenzieren, wer welche sozialen Aufgaben warum erfüllt, ob freiwillig und zu welchem Preis. Auf der

ordnungspolitischen Ebene gilt es zu klären, warum welche Konzepte der Selbsthilfe vertreten werden. Geht es darum, Kosten von der Gesellschaft auf kleinere Einheiten abzuwälzen oder diesen mehr Kompetenzen zu geben?

Zunächst interessiert uns das Wesen des sozialen Wandels: Wie beeinflussen die sich verändernden Rahmenbedingungen das Feld, in dem sich alte und neue soziale Probleme stellen? Was für Lösungsansätze gibt es? Welcher Stellenwert kommt hierbei verschiedenen Selbsthilfe- und Solidaritätskonzepten zu? Was für ein Menschenbild vertreten sie? Bedeutsam ist, unter welchen Bedingungen die individuelle und soziale Selbsthilfe zum Tragen kommen kann. Zum einen geht es um das unmittelbare Umfeld der Menschen, zum andern um die übergeordneten gesellschaftlichen Strukturen beziehungsweise um die »Akteure« Wirtschaft und Staat. Wie muss eine soziale Infrastruktur gestaltet sein, damit sie die Einzelwesen weder überfordert noch unterfordert, sondern dazu anregt, Verantwortung zu übernehmen? Und wie wirken sich verschiedene Formen der Unterstützung aus?⁷

Ich skizziere nun ein paar Annahmen. Sie gründen auf meinem Vorverständnis. Die anschließende Diskussion soll dann die Sichtweise verfeinern:

Selbsthilfeinitiativen haben in der Schweiz eine lange Tradition. Mit der 1968er-Bewegung und den rezessiven Einbrüchen gewinnen sie an Bedeutung. Sie zeugen von der Bereitschaft und Notwendigkeit, auf individueller und gemeinschaftlicher Basis soziale Verantwortung zu übernehmen.

Aktuelle soziale Probleme wie neue Formen der Armut verlangen eine Intensivierung von Selbsthilfeinitiativen, erschweren aber deren Entfaltung. Die Zunahme von Selbsthilfeinitiativen ist noch kein Beleg für eine gesellschaftlich dominante Entwicklung von unten. Sie begünstigt jedoch eine Ausweitung demokratischer Grundprinzipien.

Damit Selbsthilfeinitiativen zum Tragen kommen, ist eine entsprechende soziale Infrastruktur notwendig. Die staatlichen Anstrengungen werden durch die privaten ergänzt, nicht ersetzt.

Eine starke Subjektorientierung kennzeichnet viele Selbsthilfeinitiativen. Mehr oder weniger gemeinschaftlich eingebunden, helfen die Beteiligten bei ihren Aktivitäten auch immer sich selbst. Die Betonung der Individualität ist mit der geforderten Solidarität gut vereinbar.

Wenn sich Selbsthilfeinitiativen isoliert auf Einzelprobleme konzentrieren, laufen sie Gefahr, durch teilweise gegenläufige Interessen übergeordneter Instanzen vereinnahmt zu werden. Eine Selbsthilfe, welche die Bewältigung struktureller Probleme privatisiert und den Individuen überlässt, überfordert die einzelnen Träger.

Selbstbestimmung und Mitbestimmung sind konstituierende Elemente von Selbsthilfeinitiativen. Persönliche Emanzipation und gesellschaftliche Partizipation bedingen sich gegenseitig. Eine besondere Chance von Selbsthilfeinitiativen besteht darin, über die Realisierung spezifischer Anliegen hinaus auch auf das gesellschaftliche Ordnungsgefüge einzuwirken.

Sollen Selbsthilfeinitiativen über marginale Ansätze hinaus eine Breitenwirkung erlangen, sind gesellschaftliche Rahmenbedingungen erforderlich, die solche Anstrengungen unterstützen. Vielfältige Möglichkeiten von Alltagserfahrungen, bei denen Selbstbetätigung und Eigenverantwortung erwünscht sind, tragen wesentlich dazu bei, Selbsthilfeinitiativen zu stützen. Demokratisierung ist ein Prozess, der sich auf alle Lebensbereiche bezieht.

Die soziale Selbsthilfe stellt eine ideale Verbindung zur Solidarität dar. Sie trägt dazu bei, gesellschaftliche Gegensätze und Widersprüche zu überwinden, statt auf Individuen abzuwälzen.

Was können Selbsthilfe und Solidarität dazu beitragen, neue Formen der Armut zu bewältigen? Das ist also die zentrale Frage,

von der ich ausgehe. Beim Versuch, sie zu beantworten, mache ich einen Umweg. Er führt über die ursächliche Ergründung der erwähnten Probleme. Wer von diesen direkt zu den Lösungen vordringen will, läuft Gefahr, das Ziel zu verfehlen. Ohne Erörterung des sozialen Wandels lassen sich Formen der Armut ebenso wenig verstehen wie der viel beklagte Individualismus, von dem interessiert, ob er auch Elemente einer neuen Verbindlichkeit und Kooperationsbereitschaft beinhaltet. Meine Auseinandersetzung mit der Solidarität ist theorie- und praxisbezogen. Ich verarbeite das einschlägige Schrifttum und die Daten eigener Untersuchungen.⁸

Dabei messe ich biografischen Ansätzen große Bedeutung bei. Persönliche Gespräche und präzise Beobachtungen helfen, Probleme zu erkunden. Theorien sind dazu da, sich verstehend der Realität anzunähern. Lebensgeschichtliche Forschungsansätze eignen sich, Motivationsfragen und Ursachen von Biografiebrüchen zu ergründen. Dabei ist die einfache, sinnliche Wahrnehmung zentral. Studierende der Sozialwissenschaften lernen statistische und ökonometrische Verfahren kennen. Die Beobachtungs- und Interviewschulung kommt oft zu kurz. Wer beispielsweise eine Woche in einem Obdachlosenheim verbringt, kann seine Wahrnehmung dafür schärfen, Handlungsabläufe in situativen Kontexten zu erfahren. Die stringente Darstellung einer Biografie sagt je nachdem mehr aus als minutiös ausgefüllte Fragebogen. Damit plädiere ich für keine Freistil-Intuition.⁹ Vertiefende Interviews sind sorgfältig vorzubereiten und auszuwerten. Sie lassen sich teilweise auch zusammen mit den Gesprächspartnern und -partnerinnen interpretieren.

Zur praxisorientierten Sozialforschung, um die es hier geht, gehört auch die Auseinandersetzung mit journalistischen Methoden der Recherche. Günther Wallraff hat mit seinen Industriereportagen mehr erhellt als diverse formal-soziologische Betriebs-

studien. Wichtig sind ethische Auflagen. Soziale Studien sollen selbst sozialen Ansprüchen genügen und Benachteiligten nicht »geschickt die Würmer aus der Nase ziehen«. Es ist unzulässig, Gesprächspartner zu Aussagen zu verleiten, die sie später bereuen. Seltsam ist die Empfehlung einzelner Lehrbücher (für Gruppengespräche), Vertreter von Randgruppen bloß mit indirekten Fragen den Ball zuzuschieben. Direkte Fragen können auch ein Zeichen dafür sein, Gesprächspartner ernst zu nehmen und ihnen etwas zuzutrauen. Sie weder zu drängen noch suggestiv zu beeinflussen, das gilt auch für die zu wenig beachtete non-verbale Kommunikation (Sitzanlage, Körperhaltung). Wirtschaftlich Schwachgestellte sind mit einer konkreten Sprache oft gut vertraut. Wenn die Fachliteratur immer wieder das mangelnde Sprachvermögen von Randständigen thematisiert, so ist wohl eher das Unvermögen vieler Akademiker, sich verständlich auszudrücken, das Problem.

Nackte Zahlen allein können manchmal sogar Zusammenhänge vertuschen. Es gibt Armutsstudien, die etwa auf Kommastellen genau nachweisen, dass die durchschnittliche Dauer der Einkommensschwäche nur wenige Monate beträgt. Wer dann hinter die Kulissen schaut, realisiert, was für Langzeitfolgen dieser banalisierte Umstand auf das Selbstwertgefühl von Kindern haben kann, die in Mitleidenschaft gezogen werden. Eine Gesamtsicht bekommen wir erst aus den individuellen Beschreibungen. Da tritt uns viel Menschliches entgegen, das sonst wenig Beachtung findet.

Es soll hier aber keineswegs generalisiert werden. Die Biografierung ist eine spezifische Form sozialer »Abbildung« bzw. Annäherung. Wenn alle Individuen einmalig sind, dann ist zumindest das ein kollektiver Sachverhalt, der auch übergreifende Studien erfordert. So will ich weder qualitative und quantitative Ansätze gegeneinander ausspielen noch einem beliebigen Methodenpluralismus das Wort reden. Ich bin, und das nicht aus Spargründen, für die (Wieder-)Entdeckung einfacher Zugänge. Vor der

Zahlenbeigerei kommt die simple, sinnliche Wahrnehmung. Der Bildschirm und die Datenbank sind kein Ersatz für das Gespräch.

Qualitative Studien zeichnen sich durch einen deutenden und sinnverstehenden Zugang aus. Die Forschung gestaltet sich als kommunikativer Prozess. Sie erfordert eine hohe Sensibilität für die (Selbst-)Wahrnehmung und die Interaktion mit allen Beteiligten.

Qualitative Forschung ist anspruchsvoll und den spezifischen Gegebenheiten anzupassen. Ethnografische Zugänge können Ergebnisse vertiefen, die mit Fragebogen und strukturierten Interviews gewonnen wurden. Die Verknüpfung der Ansätze führt zu Synergieeffekten. Harmonie ist dabei kein Ziel. Möglichkeiten einer Synthese sind stets neu zu erwägen, unterschiedliche Zugänge weiter zu kultivieren. Die Dynamik inspiriert, nicht die Angleichung oder Verschmelzung der Methoden. Die Gewichtung ist vom Gegenstand der Untersuchung abhängig.

Der Zwang zu repräsentativen Aussagen und zur Bereitstellung technisch-instrumentellen Verfügungswissens förderte im Verlaufe des 20. Jahrhunderts die quantitative Forschung (mit hypothetisch-deduktiver Überprüfung). Allmählich zeichnet sich jedoch nebst der datenorientierten Computerisierung eine Renaissance alltagsnaher, qualitativer Ansätze ab. (Flick 1991) Die vorliegende Arbeit fühlt sich diesen verpflichtet.

SOZIALER WANDEL

Lebensformen

Die Lebensformen verändern sich rasant. Das gilt gleichermaßen für den Altersaufbau, die Haushalts- und die Familienstrukturen. Demografische Trends sind der markante Geburtenrückgang, die zunehmende Lebenserwartung und die Zuwanderung ausländischer Personen. Als Folgen werden oft die wachsende Belastung der erwerbstätigen Bevölkerung und die größeren Anteile Pflegebedürftiger thematisiert. (Sommer et al. 1996) Anzufügen ist, dass ohne Migration die (bis im Jahr 2035) ansteigenden Anteile der älteren Menschen höher wären und die Pflegebedürftigkeit nicht nur von demografischen, sondern auch von sozialen Faktoren abhängt.

Die Haushalte werden durchschnittlich kleiner, und die Anzahl der Alleinlebenden nimmt zu. Dies ist teilweise auf die Verzögerung der Eheschließung, die erhöhte Scheidungshäufigkeit und die geschlechtsspezifischen Unterschiede in der Lebenserwartung zurückzuführen. Verbreitet sind die Konsensualpaare (Ehen ohne Trauscheine) sowie die Kinderlosigkeit. Sie ist durch die erhöhten Kinderkosten mitbedingt. Rückläufig sind Familien, die mit Verwandten oder anderen Personen zusammenwohnen. Stark angestiegen ist die Häufigkeit von Scheidungen. Rund ein Drittel der Ehen werden gerichtlich wieder aufgelöst. Ebenfalls stark zugenommen hat der Anteil der Alleinerziehenden. Dies auch deshalb, weil die Wiederverheiraturgsrate gesunken beziehungsweise die Zeitdauer zwischen Scheidung und Wiederverheiratur gestiegen ist. Kollektive Wohnformen sind relativ unbe-

deutend geblieben. Sie liegen unter einem halben Prozent der privaten Haushalte. Die Stellung der Frau ist durch bessere Bildungsmöglichkeiten, vermehrte Teilnahme in Politik und Wirtschaft geprägt. Die zunehmende Erwerbstätigkeit erhöht das Haushaltseinkommen. Besonders zu berücksichtigen sind die Auswirkungen rezessiver Einbrüche. Die Zunahme der Erwerbslosigkeit verschärft die alte Verteilungsfrage.

Drei Phasen beeinflussen das soziale Geschehen seit dem Zweiten Weltkrieg (Beck 1997:24ff.): Eine erste dauert von 1945 bis Anfang der sechziger Jahre. Es ist die Zeit des Aufbaus und der Angst, das Erreichte könnte wieder in sich zusammenbrechen. Fleiß und Selbstverzicht sind wichtige Tugenden. Eine zweite Phase reicht bis in die achtziger Jahre hinein. Der erwirtschaftete Reichtum gilt als gesichert. Protestaktionen reagieren auf ökologische Krisen, die zunächst verdrängt und dann als Nebenerscheinung betrachtet werden. In der bis heute andauernden dritten Phase der »Risikogesellschaft« verbreitet sich das Bewusstsein der Ungewissheit. Wohlstandsbiografien werden zu Risikobiografien. Der globale Kapitalismus weicht in den westlichen Industrieländern den Wertekern der Arbeitsgesellschaft auf. Das gefährdet das Bündnis zwischen Kapital, Sozialstaat und Demokratie. Eine Bewegung für Sicherheit und Ordnung scheint die Umwelt-, Frauen- und Friedensbewegung abzulösen. In den neunziger Jahren treffen der Abbau von Grundrechten, die Zukunftsangst, der Freiheitsanspruch und das Freiheitsbewusstsein aufeinander.

Die wirtschaftlichen Einbrüche drängen die Umweltfrage in den Hintergrund. Ernst Ulrich von Weizsäcker et al. (1996:18/19) diagnostizieren für unsere Gesellschaft eine »ansteckende Krankheit, die der Schwindsucht ähnelt, deren Opfer langsam dahinsiechen, wie von innen aufgezehrt«. Die wirtschaftliche Tuberkulose zehrt unsere Ressourcen und damit – längerfristig – auch unsere Körper auf. Krank geworden sind wir durch das, was den

großen Erfolg gebracht hat. Maschinen sollen die Schätze der Erde immer schneller und effektiver in Bequemlichkeit und Wohlstand verwandeln. Raffinierte Computer, Telekommunikation und andere Technologien des Informationszeitalters ersetzen in allen Wirtschaftszweigen mit rasender Geschwindigkeit die menschliche Arbeitskraft. (Jeremy Rifkin, *Die Zeit*, 2.5.1997:32)

Das Industriezeitalter hat die Sklavenarbeit beendet, das Informationszeitalter schafft die Massenbeschäftigung ab. Die neuen Technologien ermöglichen für das 21. Jahrhundert einen enormen Anstieg der Produktion von Gütern und Dienstleistungen. Doch dafür wird nur ein Bruchteil der heute beschäftigten Arbeitskräfte gebraucht.¹⁰ Viele Unternehmen bauen lieber ihre Belegschaften ab, statt die Arbeitszeiten zu verkürzen und die Angestellten an den Wohltaten der neuen technologischen Revolution zu beteiligen.

Individualisierung

Ein Individualist ist nach Duden ein »Einzelgänger und Eigenbrötler«. Die lateinische Herkunft des Wortes meint: erstens die Zurückhaltung eines Menschen gegenüber einer Gemeinschaft und ihren Gepflogenheiten, Regeln und Ansprüchen, zweitens den wirtschaftspolitischen Grundsatz, der dem individuellen Handeln möglichst geringe Beschränkungen auferlegen will. Unter individualistischen Bedingungen konzentrieren sich Menschen auf sich selbst. Sie lösen sich auch von kollektiven Sinnstrukturen. Der Wirtschaftshistoriker Wolfgang Hafner (VPOD-Zeitung, 17.5.1991) beschreibt den Verlust der Religion als sinnstiftendes Element des menschlichen Lebens. Die Verankerung im Glauben bedeutet immer auch Eingebunden- und Aufgehobensein. Das gibt seelische Stabilität. Das Verhältnis der Menschen zur Natur hat sich stark verändert. Die Natur ist, durch die Wissenschaft

entzaubert, kontrollierbarer geworden. Sie scheint so aber weniger Halt und Geborgenheit zu vermitteln. Jedes Individuum muss seinen eigenen Weg suchen und unter vielen Wahlmöglichkeiten immer mehr Entscheide selber treffen. Die Welt ist zugänglicher und »kleiner« geworden. Dadurch verdichten sich die Probleme. Sie gelangen über den Bildschirm direkt in die Stube und verstärken die Rückzugs- und Abwehrreflexe.

Der Individualismus ist allerdings nichts Neues. Michel Foucault beschreibt das Phänomen schon bei den Griechen, Norbert Elias (1987:15ff.) in der höfischen Kultur des Mittelalters, Jacob Burckhardt in der Renaissance. Neu ist der Massencharakter. Hinzu kommt die Institutionalisierung der sozialen Sicherung. Sie mindert die Bedeutung der zwischenmenschlichen Rückversicherung. Die Ausdünnung tradierter Beziehungen erhöht die Erwartungen an die Partnerschaft. Die Individualisierung verstärkt das Gefühl der Einzelnen, für alles selber verantwortlich zu sein. Die Anforderungen stehen im Widerspruch zu den Mobilitäts- und Verfügbarkeitsansprüchen der Wirtschaft. Diese zielen sowohl auf die Individualisierung als auch auf eine Standardisierung der Lebensweisen ab. Das grenzt – trotz Pluralismus – jene aus, die dieser neuen Normalitätsvorstellung nicht entsprechen. Viele Gespräche, die ich mit Armutsbetroffenen geführt habe, belegen das.

Ulrich Beck (1993:39) stellt einen wesentlichen Unterschied zur Situation fest, als Georg Simmel, Emile Durkheim und Max Weber am Anfang des 20. Jahrhunderts den sozialen Wandel analysiert haben. Heute werden die Menschen nicht aus ständischen, religiös-transzendentalen Sicherheiten in die Welt der Industriegesellschaft, sondern aus der Industriegesellschaft in die Turbulenzen der Weltrisikogesellschaft entlassen. Dabei ist zu beachten, dass sich diese Freisetzung in den hoch entwickelten Wohlfahrtsstaaten des Westens unter den Bedingungen des Sozialstaates vollzieht. Weil das Institutionen- und Organisationsgefüge der In-

dustriegesellschaft entsichert wird, zerbricht das Rollengefüge, das »Gehäuse der Hörigkeit« (Max Weber), das die industrielle Moderne errichtet hatte. Der Zwang zur individuellen Entscheidung lässt es zerfallen. Die Individuen sind somit »die Gewinner und die Verlierer der reflexiven Modernisierung«.

Die Grundlage der heutigen Massenproduktion von Konsumgütern ist der Übergang von einer extensiven zu einer intensiven Akkumulationsstrategie. Sie basiert auf tayloristischer Arbeitsorganisation. (Roth 1989:20/21) Dabei homogenisiert sich die Arbeiterschaft, ohne zu einer sozialstrukturell verhaltensprägenden Einheit zu werden. Die Homogenisierung ist von einer Individualisierung begleitet. In diesem sozialstrukturellen Umbruch verlieren auch die Solidar- und Vereinsstrukturen der Unterschichten an Bedeutung. Amitai Etzioni (Focus 12/1997:21) begründet das damit, dass das volkswirtschaftliche Denken heute alles dominiert, alle Lebensbereiche durchdringt und die Individualisierung auf immer extremere Spitzen treibt.

»Weltweit gibt es heute keine einzige individualistische Gesellschaft mehr, die noch eine bestandserhaltende Geburtenrate aufweist. Die Zahl der älteren Menschen ohne Familienbindungen nimmt schon heute rasch zu. Künftig werden immer mehr Menschen aufgrund der Kinderarmut kaum noch verwandtschaftliche Verflechtungen haben«, konstatiert Meinrad Miegel (Zukunftsforschung, Nr. 1/1997). Miegel arbeitet als Direktor des Instituts für Wirtschaft und Gesellschaft, Bonn. Der Anteil der so genannt »vollständigen« Familien an allen Haushalten nimmt ständig ab (Hoffmann-Novotny 1989:270), in vielen Ländern ist er inzwischen unter 40 Prozent gesunken, in Schweden macht er weniger als 30 Prozent aus, in Städten wie Zürich und Basel rund 20 Prozent.

Ehe, Familie, Verwandtschaft und Nachbarschaft verlieren als Orientierungshilfe für die Lebensplanung und Lebensgestaltung

der Menschen an Gewicht. Das Interesse an persönlichem Erfolg, an der eigenen Karriere, an Selbstverwirklichung rückt stärker in den Mittelpunkt. Die Schule stellt sich darauf ein. Sie erzieht Kinder »zu egoistischen Alleingängern« (Lempp 1996:21). Die Rivalität beeinträchtigt die Solidarität, das Verantwortungs- und Mitgefühl. Es gibt aber auch im Ausbildungsbereich gegenläufige Tendenzen. Neue Lernformen zielen darauf ab, das Gemeinschaftsdenken zu fördern.

Der Psychotherapeut Wolfgang Schmidbauer (1985:179) zeigt Zusammenhänge zwischen den Schäden der Industriegesellschaft und Partnerbeziehungen auf. Die Privathaushalte müssen im Zeichen der Individualisierung immer mehr Druck auffangen. Das führt zu Überforderungen. Mit der Individualisierung ist auch eine Intimisierung verbunden. Das Streben nach symbiotischer Verschmelzung schwächt die Eigenständigkeit der Partner. Das zweisame Selbst kapselt sich ab. Es reproduziert und verstärkt den äußeren Stress im Binnenraum. Möglicherweise ist das mit ein Grund dafür, weshalb der Umsatz an Antidepressiva drastisch zunimmt. 1991 lag der Umsatz von Antidepressiva in der Schweiz bei 41 Millionen Franken, 1996 bei 109 Millionen. Bei den Krankenkassen erhöhten sich im selben Zeitraum die Ausgaben für Psychiatrie und Psychotherapie in den Grundversicherungen von 178 auf rund 283 Millionen Franken. Nun mag es sein, dass heute depressive Verstimmungen eher erkannt und behandelt werden. Nach einer Umfrage, die Iso Ambühl bei Fachleuten durchgeführt hat (SonntagsZeitung, 20.4.1997), lassen aber insbesondere die Arbeitslosigkeit und Sinnkrise den Markt für Antidepressiva explodieren.

Die Isolation der Menschen voneinander und die Beschleunigung aller Lebensvorgänge fördern auch die Gewaltbereitschaft. Diese macht sich in städtischen Ballungszentren, in denen der Anteil der Einpersonenhaushalte über fünfzig Prozent liegt, gehäuft

bemerkbar. Der Prozess, der das Gemeinwesen immer stärker strukturiert und reguliert, isoliert die Individuen voneinander. Er bürdet ihnen ein immer höheres Maß an »Eigenzwang«, an Affektkontrolle und an Selbstdisziplin auf. (Bastian 1996:67) Als Kompensation zu einem durchgestalteten Dasein tritt der Wunsch in den Vordergrund, immer mehr erleben zu wollen und sich immer extremeren Aktivitäten hinzugeben.

Ulrich Beck kritisiert in seinem Buch über die »Risikogesellschaft« (1986) die negativen Auswirkungen der Individualisierung. In »Kinder der Freiheit« (1997:392) verschiebt er den Akzent. Er unterscheidet hier zwischen der Atomisierung und der Individualisierung. Der Individualisierung billigt er nun mehr Vorteile zu. Sie ist Ausdruck jener Grundrechte, die den Menschen darin unterstützen, die Wirklichkeit der Moderne zu bewältigen. Der Individualismus wäre danach als ein wünschenswertes und unvermeidliches Produkt einer demokratischen Entwicklung zu betrachten. Dabei gibt es den »reinen Individualisten« nicht mehr; dieser ist vielmehr als »altruistischer Individualist« sozial eingebunden.¹¹

Die Individualisierung bringt nebst Desintegration auch neue Formen der Integration mit sich. Aus der Veränderung der Haushaltsstruktur allein lassen sich kaum Schlüsse über den sozialen Zusammenhalt ziehen. Wichtig sind strukturelle und kulturelle Voraussetzungen. Das Alleinwohnen muss nicht Alleinleben bedeuten. Die Zugehörigkeit zu einem großen Haushalt bringt noch keine ausreichende soziale Einbindung mit sich. Die gemeinsame Haushaltszugehörigkeit, nahe Verwandtschaft oder häufige Interaktionen gewährleisten keine emotionale Unterstützung und Zugehörigkeit. Die räumliche Distanz kann die gegenseitige Verpflichtung und Unterstützung behindern, verunmöglicht sie aber nicht. Das Zusammenleben mehrerer Familiengenerationen im selben Haushalt braucht keinen Vorteil gegenüber dem Leben in

verschiedenen Haushalten zu haben, solange diese in der Nähe liegen. Ein Verlust von Gemeinschaft entsteht nicht durch getrennte Haushaltsführung, sondern durch die Mobilitätsanforderungen moderner Industriegesellschaften.

Studien von Hans-Joachim Hoffmann-Novotny (BaZ, 13.4. 1991) relativieren das Interesse an engen Bindungen. Viele Pflegebedürftige lehnen die Hilfe von Bekannten und Verwandten ab. Zudem schwindet die Bereitschaft, im Rahmen von Nachbarschaften gratis Hilfe zu leisten. Deshalb müssen immer mehr Dienste professionalisiert werden. Ohne materielle Gegenleistung ist je länger, desto weniger Unterstützung zu haben. Mit der weiteren Ausdifferenzierung der Gesellschaft gibt es anstelle bestandener Kollektive einen Zuwachs an Instabilität. Komplexe Gesellschaften sind schwer regierbar und kontrollierbar. Das hat auch Vorteile. Die Individualisierung bringt – nebst dem Verlust an Zugehörigkeit und Eingebundensein – Chancen. Wir haben heute mehr Möglichkeiten, unseren Lebensweg selber zu wählen und zu entscheiden, mit wem wir uns verbinden wollen. Die veränderte Qualität sozialer Beziehungen schafft auch Räume für alternative Lebensformen. »Das Ende des Individualismus«, titelt die Zeitschrift »Zukunftsforschung« (1/1997). In seinem Beitrag stellt Meinrad Miegel eine zunehmende Bereitschaft und Fähigkeit fest, soziale Netze außerhalb des Familien- und Verwandtschaftsverbandes aufzubauen. Doch deren Belastbarkeit muss erst noch getestet werden.

Die Individualisierung bedeutet Rückzug auf den privaten Raum. Ein Verlust an Solidarität ist unbestreitbar. Es gibt aber auch Anzeichen dafür, dass verlassene oder teilweise aufgegebene Räume durch neue Kooperations- und Integrationsformen mit sozialem Leben gefüllt werden. Die Rolle des Individuums ist keineswegs hoffnungslos eingeengt. Die Vereinsamung ist kein zwangsläufiger Prozess. Individuen verfügen heute über umfassendere Betätigungsfelder als je zuvor in der Menschheitsgeschichte.

Ich mag jedenfalls nicht in das verbreitete Lamento über den zerstörerischen Individualismus einstimmen. Solche Pauschalurteile sind gefährlich. Sie zeichnen das Bild von einem Chaos, das nach der starken Hand rufen lässt, die es wieder richten soll. Bei aller berechtigten Kritik am Individualismus darf man die zahlreichen Vorteile nicht vergessen. Ich betrachte die größere individuelle Entscheidungsfreiheit als eine positive Errungenschaft. Hoffnungen auf eine neue, freiwillige Solidarität beziehen sich darauf. Der Individualismus hat dazu beigetragen, Formen einengender Kontrolle aufzubrechen. Dies allerdings zum Preis einer größeren Beliebigkeit. Ich halte es für möglich, dass nach der Erfahrung einer erhöhten Distanz die Bereitschaft wächst, wieder verbindlichere soziale Beziehungen einzugehen.

Eine ähnliche Debatte wie bei der Individualisierung gibt es bezüglich der Pluralisierung der Lebensstile. Ich beschränke mich deshalb auf kurze Bemerkungen. Die Pluralisierung wird oft als Problem hingestellt. Zu fragen ist, inwieweit die neue Vielfalt die Integrationsfähigkeit der modernen Gesellschaft bedroht.¹² Die Vielfalt der Lebensstile wird meines Erachtens teilweise die nivellierende Funktion der Medien überlagert. Als Chance der Pluralisierung betrachte ich die Selbstverständlichkeit, mit der heute unterschiedliche Lebensentwürfe akzeptiert werden. Die Pluralisierung fördert somit die Toleranz. Pluralisierung bedeutet aber auch Differenzierung. Sie führt bei der sozialen Sicherung dazu, dass die komplizierter werdenden Unterstützungsfälle immer weniger in die vorgefertigten Versicherungsraster passen. Das ist ein Problem, aber kein Argument gegen die Pluralisierung. Die Schwierigkeit liegt vielmehr darin, dass das System der sozialen Sicherung mit dem Wandel der Lebensformen und der Vielfalt nicht Schritt hält.

Globalisierung

»Global denken, lokal handeln.« Dieser Ausspruch wurde oft zitiert, als die 1968er-Bewegung »Hoch die internationale Solidarität« skandiert hat. Die Globalisierung wurde positiv als Internationalisierung verstanden. Sie sollte die weltweite Solidarität fördern. Heute ist mit der Globalisierung in erster Linie die Globalisierung der Wirtschaft gemeint; diese stellt die politische in den Schatten. Mögliche soziale Folgen dringen allmählich ins Bewusstsein. Die »große Freiheit« ist zunächst die Freiheit der Großen. Sie schränkt jene der Kleinen ein. Die Globalisierung schafft nicht nur umfassende Systeme. Sie gestaltet auch die lokalen und persönlichen Kontexte der gesellschaftlichen Erfahrungen um. Immer stärker werden unsere Alltagsaktivitäten von Ereignissen beeinflusst, die sich auf der anderen Seite der Welt abspielen. Die Industrialisierung, Urbanisierung und Automobilisierung prägen einen globalen Lebensstil, den sich eine Mehrheit armer Bewohner des »globalen Dorfes« gar nicht leisten können. Ich verstehe hier Globalisierung zunächst als weltweiten Prozess der wirtschaftlichen, politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Verflechtung.

Die Globalisierung ist kein neues Phänomen. Europäische Mächte hatten in den letzten fünfhundert Jahren mehr als vier Fünftel der Erde kolonisiert. Neu ist das Ausmaß. In den letzten zehn Jahren hat der Welthandel von zwei auf fünf Billionen US-Dollar (1997) zugenommen. Die Finanzströme sind von zwanzig auf über dreihundert Billionen US-Dollar gestiegen. Drei Viertel des Welthandels entfällt auf die Industrieländer, ein Viertel auf Afrika, Asien und Lateinamerika. Die Hälfte des Handels mit diesen drei großen Kontinenten findet allerdings mit nur acht Ländern statt. Der Anteil von Afrika am Welthandel ist in den letzten zehn Jahren von vier auf zwei Prozent gesunken. Bei den Inves-

titionen ließe sich ein ähnliches Bild skizzieren. Drei Viertel der Finanzströme fließen im Süden rund einem Dutzend Länder zu.

Die Globalisierung ist also sehr zentrumsorientiert. Sie klammert weite Teile der Bevölkerung aus. Das ist auch ein Grund, weshalb immer mehr Menschen nicht mehr wie früher in schwach bevölkerte Gebiete, sondern aus der Peripherie in die Zentren aufbrechen. Fünfzehn Millionen Menschen befinden sich auf der Flucht. Sie mussten aus politischen Gründen ihr Land verlassen. Hinzu kommen weitere Millionen, die aus andern Gründen migrieren. Sie machen die westlichen Industrieländer zu Einwanderungsregionen. Der Treibhauseffekt könnte dazu führen, dass in dreißig Jahren dreihundert weitere Millionen Menschen durch Verwüstung und das Ansteigen der Gewässer zur Flucht getrieben werden. Die Uno weist in zahlreichen Schriften darauf hin.

»Wir erleben einen neuen Anarchismus von oben« (Misik 1997:12). Im Zeitalter der Globalisierung können sich transnationale Unternehmen dem staatlichen Zugriff entziehen. Das Problem, das dabei auftritt: Staaten geraten in Standortwettkämpfe mit andern Staaten. Sie fangen an, selber wie Unternehmen zu funktionieren. Die Globalisierung schwächt den Staat. Sie untergräbt damit wichtige politische Grundlagen. Wir sind mit einem Prozess konfrontiert, der womöglich eine Zivilisation zerstört, die mit der Entstehung des Staates, dieser entschieden modernen Idee, verbunden ist. (Bourdieu 1997:207/369) Der Westfälische Frieden ersetzte vor 350 Jahren die mittelalterliche Herrschaftsordnung durch ein neues System von Prinzipien, welche die internationale politische Landschaft seither prägen: das Territorialprinzip mit fixen Grenzen, das Souveränitätsprinzip mit dem staatlichen Gewaltmonopol und das Legalitätsprinzip mit einem verbindlichen Vertragswesen. Der globalisierte Kapitalismus ist nun auf bestem Weg, die Bindekräfte der Gesellschaft zu zersetzen. Er verbreitet

permanente Unsicherheit. Der »heimelige« Begriff des »globalen Dorfes« ist eine große Phrase. Das reale »global village« ist ein Dorf ohne Straßenbeleuchtung, ohne Regeln und Polizei, aber mit immer mehr Elend, Ausgegrenzten und »working poor«. (Misik 1997:23) Die Globalisierung der Firmen, der Finanz- und Währungsmärkte entzieht sich den Einwirkungsmöglichkeiten einzelner Regierungen. (Giddens 1997:15) Dass sich zunehmend auch Nichtregierungsorganisationen international vernetzen, ist eine Chance. Diese Anstrengungen sind allerdings noch von beschränkter Reichweite.

»Die Grenzen des Wachstums« sind erreicht. Mit dieser Mahnung versuchte der Club of Rome (Meadows 1972) die Menschheit vor gut einem Vierteljahrhundert zum Umdenken zu bewegen. »Heute ist es höchste Zeit zu erkennen, dass wir an den Grenzen des Wettbewerbs stehen«, schreibt die wissenschaftliche Forschungsgemeinschaft »Gruppe von Lissabon« in ihrem Buch über »Die Globalisierung der Wirtschaft und die Zukunft der Menschheit« (1997). Die Globalisierung schaltet, wie Ernst Ulrich von Weizsäcker in seinem Vorwort ergänzt, das angestammte demokratische Korrektiv der Marktwirtschaft aus. Die nationalstaatlichen Gebilde und Zusammenschlüsse sind kaum mehr in der Lage, der Zentralisierung der Produktion etwas Entsprechendes entgegenzusetzen. Der Machtgewinn der Wirtschaft stellt den Staat in den Schatten, der zunehmend Probleme hat, die sozialen Folgen der Deregulierung aufzufangen. Heute können selbst hoch entwickelte und scheinbar autarke Nationen nicht mehr so tun, als besäßen sie noch völlige Souveränität. Der Druck des Marktes hat zwar einzelne Bestrebungen um Frieden und Stabilität auf internationaler Ebene als Vorbedingungen einer leistungsfähigen internationalen Gesellschaft gestärkt, ohne deswegen jedoch die Chancen für staatsbürgerliche Verantwortung, Rechenschaftspflichtigkeit oder Demokratie zu erhöhen.

Huschmand Sabet (1994) ortet in der Entwicklung der Menschheit eine innere Logik. Sie reicht von kleinen zu immer umfassenderen Einheiten. Auf jeder Ebene ergeben sich neue Handlungschancen für das Individuum und die Gemeinschaft. Eine gute Vernetzung entscheidet darüber, wie befriedet die Weltordnung ist. Der Aufbruch zu einer vielfältigen Weltkultur und einer dynamischen Identität ist möglich, aber gefährdet. Die Ost-West-Weltordnung ist zerbrochen. Nun geraten auch die kapitalistischen Selbstverständlichkeiten ins Wanken. »So viel Auflösung war noch nie«, schreibt Beck (1993:59). Er hält eine Aufwertung des Lokalen als Antwort auf die Globalisierung für möglich. Sein Mitstreiter Anthony Giddens (Zukunftsforschung, Nr. 1/1997) räumt ebenfalls ein, dass die Globalisierung größere Selbstbestimmung für Regionen und Individuen mit sich bringt. Andere Sichtweisen (Vobruba 1991:31) betonen die Autonomieeinbussen, die sich aus den zunehmenden Interdependenzen ergeben. Sie zeigen (Trappe 1997:267), wie der Abbau von Kontrollen neue Kontrollen nötig macht.

Da die zunehmende Globalisierung von Wirtschaft, Rechtssystemen, Kulturen und Kommunikationsnetzen eine weltweite politische Öffentlichkeit schafft, hat die weltbürgerliche Sicht »aufgehört, eine bloße Idee der Vernunft zu sein«; sie ist, wie verzerrt auch immer, bereits zu einer politischen Möglichkeit geworden. (Benhabib 1993:113) Die Gruppe von Lissabon sieht konkrete Ansätze einer globalen Zivilgesellschaft, die nebst der Mega-Infrastruktur für Produkte und Dienstleistungen entsteht.

Dass die Globalisierung die stärkere Formierung regionaler Kräfte provoziert, halte ich für möglich. Zwei Strömungen sind zu unterscheiden. Einerseits kommt es zu neuen Formen eines bornierten Provinzialismus, eines verzweiferten Nationalismus (Ex-Sowjetunion), Fundamentalismus und »Weiter-so-Traditionalismus« (Dahrendorf 1998:50); andererseits zu einer Renaissance

lokaler Gemeinschaften, die nicht braun gefärbt sind, und zu einer wirtschaftlichen Regionalisierung. In Europa wächst der innere Handel stärker als der äußere. In Afrika ist der Binnenhandel indes rückläufig. Benachteiligte beginnen sich weltweit gegen die Globalisierung zu wehren. Die Ausgrenzung von Millionen von Menschen gibt totalitären Strömungen Auftrieb. Fundamentalistische Bewegungen erstarken. Sie betonen die Reinheit von Lehrsätzen. Das scheint Sicherheit zu vermitteln.

Die Globalisierung vergrößert die Kluft zwischen Arm und Reich. Die globale Ungleichheit ist stärker ausgeprägt als je zuvor. In den Industrieländern haben die Einkommensunterschiede ein Niveau überschritten, das seit dem letzten Jahrhundert nicht mehr erreicht wurde. Ein Fünftel der Weltbevölkerung lebt in Industrieländern. Dieses Fünftel verfügt über vier Fünftel des Bruttosozialproduktes. Drei Milliarden Menschen müssen mit weniger als 1,5 Dollar pro Tag auskommen. 1960 war das Durchschnittseinkommen der reichsten 20 Prozent der Menschen auf der Welt dreißigmal höher als das Einkommen der ärmsten 20 Prozent. Heute ist es achtundsiebzigmal höher! Der Reichtum einzelner Personen hat einen historischen Höhepunkt erreicht. Es gibt 447 Milliardäre. Ihre Zahl hat sich in den letzten sieben Jahren verdreifacht; ihr Nettovermögen ist so hoch wie das Jahreseinkommen der Hälfte der Menschheit. In 97 Ländern ist das Pro-Kopf-Einkommen heute niedriger als 1990. (UNDP 1997:10) Zwar besuchen heute mehr Kinder die Grundschule als 1960. Auch hat sich seither die Kindersterblichkeitsrate halbiert. Noch sind aber 800 Millionen Menschen unterernährt, obwohl fast ein Kilogramm Getreide pro Person und Tag zur Verfügung steht. Seit Mitte des 20. Jahrhunderts hat sich der Verbrauch von Konsumgütern versechsfacht. Er ist stärker gestiegen als die Bevölkerung, vor allem in den Industrieländern. 1997 wurden in Europa über 100 Milliarden Dollar für Alkohol ausgegeben. Ein Viertel dieses Betrages würde

genügen, um die existenziellen Notlagen im Süden zu überbrücken. (Weltwoche, 8.10.1998/Le Monde diplomatique-WoZ, Nr. 11, November 1998) Die Uno veranschlagt einen Bedarf von 13 Milliarden Dollar für Gesundheit und Ernährung, 9 Milliarden für Wasser und sanitärische Einrichtungen, 6 Milliarden für Bildung.

Wenn die Konkurrenz groß- und die Solidarität kleingeschrieben wird, wenn die große Freiheit in erster Linie die Freiheit der Großen meint und jene der Kleinen einschränkt, dann ist der soziale Zusammenhalt gefährdet. Es kommt zu einer »Desintegration ohne Reintegration« (Trappe 1997:265). »Für die Risiken, die mit der wachsenden Ungleichverteilung der Einkommen und Vermögen einhergehen, interessiert sich die Geschäftswelt im Allgemeinen wenig«, schreibt William J. McDonough, Präsident der Federal Reserve Bank of New York. (Zukunftsforschung, Nr. 1/1997)

Die Ungleichheit von Einkommen und Vermögen nimmt auch bei uns zu. Die Schweiz hat von allen OECD-Staaten das höchste Bruttoinlandsprodukt pro Kopf der Bevölkerung (34 000 US-Dollar [laut Fischer-Weltalmanach 99 sind es 44 350 Dollar (BSP) und 44 462 (BIP)]). Das ärmste Fünftel der Haushalte erzielt 5,2 Prozent des gesamten Einkommens, das oberste Fünftel 44,6 Prozent. Die Einkommens- und Vermögensunterschiede sind hier größer als in andern Industrieländern. 40 Prozent Einkommensschwache hatten 1992 deutlich weniger Geld zur Verfügung als 1982. (Leu 1997) 5 Prozent der privaten Steuerpflichtigen verfügen über gleich viel Nettovermögen wie 95 Prozent. 1958 hatten die 10 Prozent Reichsten zweiundzwanzigmal so viel Nettovermögen wie die 10 Prozent Ärmsten, 1969 einhundertsiebenunddreißigmal so viel, 1981 einhundertneunundachtzigmal so viel, 1991 zweihundertvierundsiebzigmal so viel. (Sax 1997:85) 1997 besaßen 2 Prozent der privaten Steuerpflichtigen 42 Prozent des gesamten steuerbaren Nettovermögens. Die Profite der börsen-

kotierten Schweizer Unternehmen sind von 7 Milliarden (1981) auf 29 Milliarden Franken (1995) beziehungsweise 38 Milliarden (1997) gestiegen. Die Aktionärs-Dividenden haben sich in den letzten fünfzehn Jahren von 2 auf über 10 Milliarden Franken erhöht.

Ich stelle zusammenfassend fest: Der Welthandel und die Kapitalströme sind zentrumsorientiert. Sie relativieren die Globalisierung, die viele Menschen ausklammert. Der ungleiche Austausch und globale Marktbeschränkungen bringen insbesondere den Entwicklungsländern große Verluste. Die Uno (1998) veranschlagt sie mit jährlich mindestens 500 Milliarden Dollar. Das ist auch ein Grund, weshalb immer mehr Menschen in die reichen Zentren strömen. Die gängige Globalisierung verstärkt die Polarisierung. Sie führt zu einer Refeudalisierung der Besitzverhältnisse und gefährdet den sozialen Zusammenhalt. Die Globalisierung schwächt die staatlichen Einrichtungen und gibt autoritären (Gegen-)Strömungen Auftrieb. Mit der Verunsicherung ertönt der Ruf nach der starken Hand. Die Globalisierung, so befürchtet Ralf Dahrendorf (1998:48), ersetzt die Institutionen der Demokratie durch sterile Kommunikation zwischen atomisierten Individuen. Ein Jahrhundert des Autoritarismus ist seiner Einschätzung nach keineswegs die unwahrscheinlichste Prognose für das 21. Jahrhundert.

Je komplexer die gesellschaftlichen Strukturen werden, desto größer ist offenbar die Verlockung zu simplifizieren statt zu differenzieren. Heute handeln, morgen denken, lautet das gefährliche Muster. Politisch Liberale machen demgegenüber geltend, dass Gerechtigkeit keine Antithese zur Freiheit zu sein braucht. Wolfgang Proissl (Zeit, 2.5.1997) warnt vor der Fortsetzung eines Denkens, das die zunehmende Ungleichheit und Ausgrenzung hinnimmt. Die »Entwicklung« könnte, um sich der nutzlosen Massen von Arbeits- und Obdachlosen zu entledigen, in einem Wirtschaftsgenozid enden. Interessant ist, wie auch im neoliberalen

Lager die Selbstkritik zunimmt. Viele der einstigen neoliberalen Vorreiter, der so genannten »Chicago Boys«, sind laut »Zeit« (1.12.1998) irritiert über das, was sie selber angerichtet haben. Sie verlassen die politische Bühne. So hält Jefferey Sachs mittlerweile die rasche Liberalisierung der Finanzmärkte für einen großen Fehler und fordert mehr staatliche Kontrolle. (Zeit, 17.9.1998) Etwas seltsam mutet auch das »Coming-out« von George Soros an, der mit seinen spekulativen Finanzgeschäften zum Milliardär geworden ist und nun in seinem Buch »Die Krise des globalen Kapitalismus – offene Gesellschaft in Gefahr« (1998) beschreibt, wie der Laissez-faire-Kapitalismus den sozialen Zusammenhalt aushöhlt.

Die derzeitige Globalisierung stabilisiert tatsächlich die Zweidrittelsgesellschaft. Sie ist weder sozial- noch umweltverträglich und widerspricht dem kategorischen Imperativ. Ich schlage deshalb, in Anlehnung an Beck (1998), eine begriffliche Differenzierung vor. Ich verstehe Globalität als eine offene, weltgesellschaftliche Orientierung. Sie umfasst die Gesamtheit der sozialen Beziehungen und unterscheidet sich von dem zuvor kritisierten Globalismus, der als monokausal-ökonomistische Weltmarktdominanz eine globalistische Konsumkultur anpeilt, die Welt als Spielkasino betrachtet und Menschen vorwiegend nach ihrer Kaufkraft beurteilt. Globalisierung bedeutet, wie eingangs erwähnt, den Prozess der wirtschaftlichen, politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Verflechtung. Nach meinem Verständnis müsste sie, was durchaus möglich wäre, den sozialen Ausgleich fördern. Noch nie hatten so wenige Menschen so viel Macht wie heute.

Konsumismus

Die moderne Lebenswelt ist stark normiert und segmentiert. Sie trennt das Private und Öffentliche. Doch die Technisierung, Ökonomisierung und Verrechtlichung verunsichern auch die Einzel-

haushalte. In der Risikogesellschaft gerät die lineare Steigerung von Rationalität an ihre Grenze. Bürokratien dehnen ihr »Gehäuse der Hörigkeit« aus. Sie neigen zur Sicherung der Herrschaft. Der Konsumismus zwingt die Individuen zu Anpassung. Die Prozesse der Konzentration rufen aber auch Gegenkräfte hervor. Dazu gehören Bestrebungen der Demokratisierung.

Die autonome Jugendszene wehrte sich in den achtziger Jahren gegen einen »Staat bis unter die Bettdecke«. »Von der polizeilichen Meldung bis zur Steuererklärung hängen wir in bürokratischen Systemen wie in einem Spinnennetz«, stellt der Psychoanalytiker Wolfgang Schmidbauer (1985:48ff.) fest. Leistung und Anpassung treten an die Stelle persönlicher Gefühle. Die Öffentlichkeit wirkt immer tiefer in die Intimsphären hinein. Wird die Normerfüllung zum wichtigsten Inhalt des Lebens, gerät die emotionale Basis in Gefahr. Die gesellschaftlichen Umgangsformen wirken umso stärker, je mehr sich die Individuen an die Leistungsethik anpassen. Alte, Kranke und Untüchtige erscheinen als ein Problem, das man, wenn es sich nicht auf Einzelne abschieben lässt, mit technokratischen Mitteln zu lösen versucht.

Bürokratie bedeutet auch Versachlichung. Sie bringt Distanz ins Geschehen. Die teilweise einengende Verbindlichkeit garantiert mehr Gleichbehandlung und Sicherheit. Die Berechenbarkeit erhöht die gesellschaftliche Stabilität. Darauf weisen Wirtschaftskreise zu Recht immer wieder hin. Sie meinen in erster Linie ein gutes Investitionsklima. Die Rechtssicherheit erhöht aber auch das Vertrauen in den Staat. Die Gesamtarbeitsverträge zwischen den Gewerkschaften und Unternehmen haben den wirtschaftlichen Aufschwung gefördert. Die soziale Sicherung gibt den Individuen einen wichtigen Rückhalt. Ohne Abfederung und Sozialversicherung wirken sich rezessive Einbrüche viel drastischer aus. Derzeit nehmen allerdings die Anzeichen einer Verunsiche-

rung breiter Bevölkerungskreise zu. Sie fürchten die Folgen einer Deregulierung. Die Flexibilisierung unterläuft die Berechenbarkeit.

Die Rationalisierung hindert viele Menschen daran, ihre Fähigkeiten erwerbsmäßig anzuwenden. Sie beeinträchtigt das Selbstwertgefühl. Hinzu kommt, dass die Globalisierung die staatlichen Leitplanken abbaut. Dadurch erhöht sich die Gefahr zunehmender Gewalt und Kriminalität. »Anything goes« heißt das Zauberwort der grassierenden Beliebigkeit. Sie fördert das Wegschauen. Doch wenn die Regelverletzung zur Regel wird, ist das Zusammenleben gefährdet. Ulrich Greiner (Zeit, 2.5.1997) interpretiert die Verunsicherung auch als Zeichen der Beschleunigung, die alle und alles ergreift. Die Mobilität ist das Credo der Eliten, das Tempo ihre Methode. Bindungen, soziale und lokale Zugehörigkeit gelten als unmodern. Von der Ellenbogengesellschaft ist kaum mehr die Rede, weil sie längst Realität ist und der Ellenbogen nicht mehr ausreicht. Die permanente Steigerung der Effizienz und die Beschleunigung am Arbeitsplatz kosten jenen wertvollen Augenblick, den man benötigt, um das Gesicht des Nachbarn sinnlich wahrzunehmen. Rücksichtnahme erscheint als eine Marotte. Toleranz wird mit Gleichgültigkeit verwechselt. Um den Menschen mehr Sicherheit zu vermitteln, fordert Greiner, der sich vom kulturkonservativen Klagen über den Sittenzerfall abgrenzt, die Belebung ziviler Tugenden. Als Ausweg aus der Verunsicherung empfiehlt er die »Wiederentdeckung der Langsamkeit«.¹³ Auf konsumistische Abwehrversuche der Verunsicherung geht der Psychoanalytiker Wolfgang Schmidbauer (1985: 174) ein. Lose Verknüpfungen, Verabredungen, die für einen Abend getroffen werden, das ist der Spielraum, in dem sich Menschen noch am wohlsten fühlen, die Angst vor Nähe haben. Sie sind ständig auf der Suche nach der »richtigen« Partnerin. Sie soll – wie die Warenwelt – die verlorene Geborgenheit ersetzen.¹⁴

Der Umsatz an Konsumgütern hat in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts enorm zugenommen. Der Konsum prägt Lebensgewohnheiten und das menschliche Verhalten. Die gesellschaftlich starke Ausrichtung darauf wird begrifflich als Konsumismus gefasst. In den Anfängen der Sozialdemokratie galt der »konsumfähige Arbeiter« als einer, der eher für Neuerungen zu begeistern ist. (Vobruba 1991:18) Heute wird mehr beklagt, dass der Konsumismus die Passivität und die politische Abstinenz fördert. Die Literatur über süchtiges Verhalten führt unzählige Beispiele an. Der übermäßige Konsum verstärkt ein Regredieren auf eine Subito-Befriedigung, die kaum Verzicht erträgt. Er untergräbt die Eigenständigkeit und reproduziert eine einseitige Abhängigkeit, die vielen Menschen in andern Zusammenhängen zu schaffen macht, so etwa im Erwerbs- oder Wohnbereich. Daraus ergibt sich eine Anpassungsleistung, die als umsatzorientiertes Handeln marionettenhaft wirkt und zusätzlich verstärkt wird. (Beck 1997:26) Der Erfolg am Markt kann über Sein und Nichtsein entscheiden. Infolgedessen wird die individuelle Anpassung zu einem wichtigen Ziel der Charakterbildung. Hinzu kommt die Anpassung der Nation als »Standort« für einflussreiche Unternehmen. Der »Standort« ist zu einem wichtigen Leitwort für eine Politik geworden, in der die politischen Begriffe Gesellschaft und Nationalstaat an Bedeutung verlieren. Die Optik der Kapitalverwertung dominiert. Sie führt dazu, Ressourcen zu vergeuden, auf die kommende Generationen angewiesen wären.

Wolfgang Schmidbauer (1996:7ff.) räumt der Konsumgesellschaft nur dann eine Überlebenschance ein, »wenn die Bedeutung sozialer Disziplin neu erkannt und mit politischer Macht verstärkt wird«. Ob es gelingt? Franz Hochstrasser (1995) ist skeptisch. Die Industriegesellschaft macht alles zur Ware, auch die zwischenmenschlichen Beziehungen. Der Konsum ist der goldene Schlüssel zum Verständnis der gesellschaftlichen Verhältnisse. Der

Konsumismus prägt den »sozialen« Zusammenhalt und das kultürlche Wesen der Zweidrittelgesellschaft. Das dominante Nützlichkeitsdenken instrumentalisiert selbst die ethischen Grundlagen. Der Konsumismus entsolidarisiert. Die davon betroffene soziale Arbeit muss sich den Zwängen der Dingwelt widersetzen. Sie muss, selbst (aus Kostengründen) von der Abschaffung bedroht, eine Überlebensqualifikation entwickeln und die Klientel dazu befähigen, Risiken konstruktiv zu bewältigen. Wobei diese Anstrengungen nach der pessimistischen Analyse von Franz Hochstrasser bloß dazu ausreichen, den Untergang zu verzögern.

Familie im Stress

Seit den sechziger Jahren wandeln sich die Lebensformen ziemlich rasant. Die Individualisierung und die Pluralisierung der Lebensstile beeinflussen auch die »bürgerliche Familie«, die seit dem 19. Jahrhundert ein wichtiges Leitbild ist. Infolge der Modernisierung der Produktionsweise entstanden, basiert sie auf der Trennung von Wohn- und Erwerbsstätte. Zu ihren Grundlagen gehören die Ausweitung der staatlichen, halbstaatlichen und privaten Systeme der sozialen Sicherung. Konstituierend wirkten auch Prozesse der Demokratisierung und Persönlichkeitsentfaltung. Allerdings gelten für Mütter und Töchter andere Normen als für Väter und Söhne. Die Vorgaben orientieren sich an der Erwerbstätigkeit des Mannes und der Einheit von Heirat, Haushalt und Nachwuchs. Die »bürgerliche Familie« will einen autonom-privaten Lebensbereich mit möglichst wenig öffentlicher Einmischung. Sie hat an Terrain verloren, ist aber nicht passé.

Heute differenzieren sich die Familienformen und die Geschlechterbeziehungen weiter aus.¹⁵ Männer verlieren an Einfluss. Frauen erhöhen ihre Außenaktivitäten. Die seit etwa drei Jahr-

hundertsten postulierte Einheit von Ehe, Elternschaft und Haushalt schwindet. Die Autonomie der Kernfamilie wird zwar weiterhin als Voraussetzung für eigenverantwortliches Handeln deklariert, durch die Bedeutung der Medien und der beruflichen Mobilität jedoch relativiert. Teilweise fördert die unübersichtliche Vielfalt der neuen Lebensformen auch restaurative Tendenzen. Man könnte heute vom Trend zu einer pluralistischen »Europa-Norm« sprechen. Das bedeutet eine spätere Mutterschaft, mehr außerehelich geborene Kinder, eine Zunahme der freiwilligen Kinderlosigkeit sowie einen Rückgang der Familiengröße. Kontinuierlich hat sich auch die Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern verändert.¹⁶ 45 Prozent der in der Schweiz lebenden Kinder haben mittlerweile eine erwerbstätige Mutter. Und das Wissen um verschiedene Optionen und deren erhöhte Akzeptanz relativiert gängige Vorstellungen von dem, was »normal« ist, auch wenn sich der Bruch mit der Vergangenheit nicht radikal vollzieht und sich erst allmählich im allgemeinen Bewusstsein niederschlägt.

Die Familie wird oft als eine Insel in der Gesellschaft dargestellt. In gewissem Sinne ist sie das auch: ein Ort des Rückzugs, ein Ort, an dem sich viel hinter verschlossenen Türen abspielt. Wir können uns auf die Insel zurückziehen, bleiben aber – mehr oder weniger – von der großen Wetterlage abhängig. Unterschiedliche Auswirkungen ergeben sich je nach Familientyp und sozialer Zugehörigkeit. Die Größe unseres Schutzes hat aber keinen Einfluss auf die Witterung. Die Familie ist keine geschlossene, sondern eine durchlässige Einheit. Sie ist stets von wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Einflüssen abhängig. »Patient Familie« heißt das bereits 1970 erschienene Buch von Horst-Eberhard Richter. Der Psychoanalytiker vergleicht darin die neurotische Kleinfamilie mit einer Festung, deren Anstaltscharakter nicht mehr jenen Schutz vor Anomie bietet, der den Familien noch im letzten Jahrhundert zugebilligt wurde.

»Ich habe immer versucht, meine Kinder zu friedlichen Menschen zu erziehen; sie haben aber längst gemerkt, dass nur die Stärksten ans Ziel gelangen«, erzählt eine Mutter (in: Kane 1996); sie versteht die Familie als »Hort der Liebe«, als »heile Welt«, die sich der Ellenbogengesellschaft entzieht. Doch spätestens auf dem Spielplatz oder in der Schule machen die Kinder die Erfahrung, wie sie manchmal auch von Niederlagen anderer profitieren können. Wer sich nicht daran gewöhnt, hat Mühe, in der Rivalität zu bestehen. Die Konkurrenz gehört zur Realität. Gefühle haben in der Außenwelt wenig Platz. Männer weinen höchstens hinter verschlossenen Türen. Für sie ist die Familie eine Nische, in der abweichendes Verhalten – im Positiven wie im Negativen – möglich ist. Die »kleine Festung« bietet Schutz; sie schließt aber auch ein. In ihr bleiben Inzest und Gewalt oft unentdeckt. Trotz des von der 1968er-Bewegung angestrebten Autoritätsverlustes haben die Eltern in den kleiner gewordenen Familien nach wie vor viel Macht. Sie können das Rückgrat ihrer Kinder stärken oder schwächen. Im Gegensatz zu andern »Anstalten« fehlt ein unmittelbares Korrektiv. Das verleitet zu autoritärem Verhalten. Mit der Abkapselung und Privatisierung der Familie vertieft sich die Kluft zwischen ihrer Binnenstruktur und der gesellschaftlichen Außenwelt. Im System unpersönlicher Arbeitsteilung entgleitet die Familie teilweise der Kontrolle durch das soziale Umfeld. Sie scheint eine quasi autonome Insel zu sein, ist es aber nicht. Weil die Mini-Einheit an Boden und Rückhalt verliert, wird sie – stark geschwächt – immer mehr durch übergeordnete Instanzen beeinflussbar.

Die Familie hat die grundlegenden Werte an die Heranwachsenden zu vermitteln. Das gehört zu ihrer Sozialisationsaufgabe. Sie ist der verlängerte Arm der Gesellschaft. Kommt ein Kind aber auf die »schiefe Bahn«, dann werden oft allein die »defizitären Familienverhältnisse« dafür verantwortlich gemacht, zum Beispiel

bei Drogenabhängigkeit. Ansonsten wird viel elterliche Autorität an die Schule delegiert, deren Versagen ebenfalls häufig moniert wird. Die Familie hat ferner die physische Reproduktion und eine optimale Nutzung der Arbeitskraft zu garantieren. Die psychische Regeneration impliziert eine Pufferfunktion. Die Familie dupliziert und kontrastiert typische Arbeitsmechanismen. Sie reproduziert auch patriarchalische Geschlechterverhältnisse. Als Blitzableiter ermöglicht die Familie eine Entladung von emotionalen Stauungen, was die Anpassung nach außen fördert und die gesellschaftlichen Gegensätze stabilisiert. Die Familie kann sich diesen Widersprüchen ebenso wenig entziehen wie dem Zeitregime der Moderne. Selbst der dickste Schutzwall gewährt ihr nicht jene Autonomie, die sie gerne für sich beansprucht. Die Familie ist gesellschaftlich eingebunden und gleichwohl auf sich gestellt. Neue soziale Probleme verschärfen diesen Zwiespalt.¹⁷

Nach dem zweiten Weltkrieg ging der Fahrstuhl für viele Werktätige nach oben. Breite Bevölkerungskreise konnten vom wirtschaftlichen Aufschwung profitieren. Seit den rezessiven Einbrüchen der siebziger Jahre wachsen allerdings die Lebenshaltungskosten rascher als die unteren Löhne. Das System der sozialen Sicherung hält mit dem Wandel der Lebensformen nicht Schritt. Es geht von klassischen Familienhaushalten aus, von existenzsichernden Löhnen und von Vollbeschäftigung. Aber diese Annahmen treffen nur beschränkt zu. Das erhöht den innerfamiliären Stress. Pro Person stehen heute zwar mehr Zimmer zur Verfügung als vor zehn Jahren. Verbessert hat sich auch die Wohnungsausstattung. Der Wohnraum ist aber einseitig verteilt. Lage und Größe hängen vom Einkommen ab. Zudem haben sich die äußeren Lebensräume verengt. Der Verkehr beeinträchtigt die Spielräume für Kinder und die Möglichkeiten der Naherholung. Wenig Raum und Einkommen schränken auch individuelle Problemlösungsstrategien ein. Kinder, die wegen des Straßenverkehrs

draußen nie unbeaufsichtigt spielen können, sind in ihrer motorischen und sozialen Entwicklung benachteiligt. Zu diesem Schluss gelangen Marco Hüttenmoser und Dorothee Degen-Zimmermann in ihrer Nationalfondsstudie »Lebensräume für Kinder« (Zürich 1996). Die Enge wirkt sich besonders nachteilig aus, wenn Eltern erwerbslos sind.

Familien, die von Arbeitslosigkeit betroffen sind, verlieren ihre gewohnte Alltagsstruktur. Die Rollen werden neu verteilt. Beziehungsprobleme verschärfen sich. Das zeigen folgende Beispiele (Kane 1996):

»Mein Vater ist daheim, weil er krank ist«, sagt eine achtjährige Schülerin. Sie verheimlicht, dass er vor sechs Monaten seine Stelle verloren hat. Seither lädt die Zweitklässlerin keine Freundin mehr zu sich ein. Dies auch aus Platzgründen. Der Vater erträgt keinen Lärm. Er ist gestresst.

Vera ist dreizehn Jahre alt, ihr Vater arbeitslos. Er hat nun mehr Zeit, unternimmt mit seinen beiden Töchtern aber weniger als früher. Das Leben der Familie Brunner verändert sich. Kommt unerfreuliche Post, entsteht meistens Streit. In ihrer Freizeit hütet Vera Kinder. Ist das Haushaltsportemonnaie leer, hilft sie mit ihrem Sackgeld aus. Die Familie lebt von der Fürsorge. Der Vater verzichtet aufs Fotografieren. Das Hobby ist zu teuer. In der Stube schaut er immer wieder alte Fotos an. Das ärgert seine Frau manchmal, besonders wenn sie putzen will. Würde er helfen, kämen sie sich noch mehr in die Quere. Die Wohnung ist eng. Vera und ihre elfjährige Schwester erledigen ihre Schulaufgaben am Küchentisch. Sie sind froh, wenn ihr Vater, der gesundheitliche Probleme hat, zum Arzt muss. Von einem Tag auf den andern weigert er sich, die Medikamente zu nehmen und stirbt an Herzversagen. »Vor lauter Hoffnungslosigkeit«, sagt seine Frau. »Wenn ich nicht mehr bei euch bin«, habe er vor seinem Tod ein paar Mal gesagt, »dann geht es euch besser. Dann könnt ihr wieder vorwärts schauen.«

Frau Felber ist allein erziehend und erwerbslos. Hält sie ihre beiden Kinder zum Sparen an, reagieren diese manchmal mit Forderungen. Vermutlich aus Angst. Sie fürchten, ihre Tiere weggeben zu müssen. Der Auszug des Vaters ist noch lange nicht verdaut. Die Schulleistungen verschlechtern sich. Das Selbstvertrauen sinkt. Die Leute im Dorf grüßen freundlich. Aber niemand fragt, wie es wirklich geht. Bei der aufwendigen Arbeitssuche folgt eine Absage nach der andern. Sie geben der bestanden Mutter das Gefühl, ausgeliefert und überflüssig zu sein.

Herr Roth, Vater von drei Kindern, sucht seit zwei Jahren vergeblich eine neue Stelle. Jeden Tag versucht er, sich zu motivieren. Das braucht viel Kraft, die Perspektivlosigkeit lastet schwer. Die Familie ist für ihn eine Stütze und zugleich eine Belastung. Er wird gebraucht, wirft sich aber vor, ein Versager zu sein. Der ältere Sohn ignoriert die Arbeitslosigkeit seines Vaters. Vielleicht, weil er sie als zu bedrohlich erlebt. Der jüngere Sohn weiß nicht mehr recht, wie er sich verhalten soll. Der Vater hilft ihm bei den Schulaufgaben und schimpft, die Mutter sei zu streng. Sitzt der Vater einfach auf dem Sofa und liest selber ein Buch, hat er ein schlechtes Gewissen. Beim Kino- oder beim ganz seltenen Theaterbesuch sei es noch schlimmer. Der Feierabend fehlt. Das Gefühl, etwas geleistet zu haben und sich entspannen zu dürfen.

Thomas Kieselbach, Professor für Gesundheitspsychologie in Hannover, ist seit zwanzig Jahren in der Arbeitslosenforschung tätig. Er weist auf die psychischen Folgen der Arbeitslosigkeit und darauf hin, wie wichtig die seelische Verarbeitung ist. (in: Kane 1996) Die Arbeitslosigkeit braucht nicht nur finanzielle Reserven auf, sie strapaziert auch die Beziehungsnetze. Eine mehrmonatige Erwerbslosigkeit der Eltern kann das Selbstwertgefühl der Kinder auf Jahre hinaus schwächen. Kinder übernehmen viel. Sie lernen bald, was zu verdrängen ist.

Unter vergleichbaren Gruppen von Beschäftigten machen Arbeitslose häufiger Selbstmordversuche. Lebenspartner zeigen mit zeitlicher Verzögerung ähnliche psychische Reaktionen. Ein deutlicher Zusammenhang besteht zwischen Arbeitslosigkeit und Kindsmisshandlung. Aber auch zwischen Arbeitslosigkeit und Krankheitsanfälligkeit: Infektionen und chronische Erkrankungen nehmen zu, ebenso Unfälle. Abgesehen vom menschlichen Leid bedeutet das auch hohe Kosten für die Gesellschaft.

In der individualisierten Wohlstandsgesellschaft ziehen sich viele Armutsbetroffene und Erwerbslose zurück. Nach einer weit verbreiteten Auffassung sind alle Menschen ihres Glückes eigener Schmied. Wer es nicht schafft, scheint demnach selber schuld zu sein. Arme strecken sich nach der Decke. Sie wahren nach außen den Schein der Konformität und lasten sich Schwierigkeiten an, die gesellschaftlich mitverursacht sind. Medikamente sollen die chronischen Kopfschmerzen lindern. Wenn der Druck zu groß wird, dienen manchmal Kinder als Ventil. Das Treten nach unten verlagert die Widersprüche. Wer das Wasser am Hals hat, rettet seine eigene Haut. Er hat kaum die Kraft dazu, sich mit andern zu solidarisieren. Die Angst lähmt; oder sie treibt zu einer Flucht nach vorn, die viel Energie verbraucht. So entsteht keine Kultur des Engagements. Alle schauen für sich. Die Armut und die Arbeitslosigkeit verstärken in der reichen Schweiz die einseitige Abhängigkeit und die Abkapselung der Familie. Hilfreich wäre eine weitere Enttabuisierung der Armut. Sie könnte den Schulterchluss zwischen Betroffenen erleichtern.

Die Individualisierung bedeutet Vereinzelung. Sie wirft die Menschen auf sich zurück, erhöht aber auch deren Entscheidungsfreiheit. Was ich beruflich tue, braucht keine verwandtschaftliche Tradition fortzusetzen. Ich bin selber für fast alles verantwortlich, was dabei herauskommt. Klar deklarierte Vorgaben fehlen. Das erhöht die Anforderungen an die Individuen und Familien. Die Er-

wartungen einer pluralistischen Gesellschaft sind vielfältig. Wer alle erfüllen will, gerät in Stress. Es ist schwierig, sich in der neuen Unübersichtlichkeit zu orientieren. Die Herausforderung stimuliert. Und lähmt! Apathie ist eine mögliche Reaktion auf Überforderung, manchmal auch eine Form des Widerstandes.

In der Konkurrenzgesellschaft erfahren wir von Kindesalter an, wie sich die Schwächen anderer ausnutzen lassen. Die einseitige Ausrichtung auf eigene Vorteile ist Teil eines gängigen Sozialisationsmusters. Es treibt einen Keil zwischen die Menschen. Das Abwälzen der Widersprüche erschwert die Solidarität. Wer sich ohnmächtig fühlt, empfindet das Bessere zuweilen als Bedrohung. Konsumorientierte Verhaltensmuster bieten imaginäre Sicherheiten an. Ein Ausbau der Grundsicherung könnte den sozialen Zusammenhalt stärken. Über die bestehenden Sozialversicherungen ist das nur beschränkt leistbar.

Viele Jugendliche empfinden die familiären und nachbarschaftlichen Bande als eng. »Coolness« ist ein Versuch, sich abzugrenzen und der als Bevormundung empfundenen Aufsicht zu entziehen. In ländlichen Gebieten gibt es eine »Kuhstallwärme der Gemeinschaft« (Theodor Geiger), die mit starker sozialer Kontrolle verbunden ist. Der Rückzug auf sachlich-distanzierte Sozialbeziehungen schützt einen vor Vereinnahmung. Die »Flucht in die Betonburgen« bringt teilweise neue Freiheiten mit sich. Während sich die einen noch tiefer in ihr Schneckenhaus zurückziehen, öffnen andere ihre Türen. So gibt es gerade in städtischen Agglomerationen Anzeichen dafür, dass die Bereitschaft punktuell zunimmt, verbindliche Beziehungen einzugehen. Das kann eine Chance sein, Isolation zu überwinden und neue soziale Netze zu knüpfen. Ob diese Versuche zum Tragen kommen, hängt allerdings von gesellschaftlichen Rahmenbedingungen und unterstützenden Maßnahmen ab. Sie sind auch für die Familien zentral.

Wenn die unteren Einkommen kaum ausreichen, eine Familie zu ernähren, dann ist es für viele Eltern schwierig, Kinder zu haben. Laut der Familiensoziologin Ruth Hungerbühler (WoZ, 24.6.1994) sind nicht die Frauen und Männer müde geworden, Familien zu haben; vielmehr sind es der Staat und der Arbeitsmarkt, die mit ihrem Zugriff auf das Individuum die Realisierbarkeit familiärer Bindungen einschränken. Einerseits wird die Familie hochgelobt, andererseits entwertet. Mehr Selbstverantwortung soll ihre Eigenständigkeit stärken; feste Blockzeiten in der Schule geben beispielsweise den Eltern mehr Disponibilität. Selbsthilfe lässt sich aber nicht erpressen; ihre Propagierung beinhaltet die Gefahr, dass zunehmend soziale Probleme abgewälzt werden. Das Fehlen einer Mutterschaftsversicherung bringt beispielsweise viele Eltern in Schwierigkeiten. So lassen sich keine sozialen Kosten sparen. Obwohl die Familien mit neuen Aufgaben betraut werden, erleiden sie einen Funktionsverlust.

Neue Werte?

In westlichen Industriegesellschaften findet eine stille Werterevolution statt. Sie führt von materialistischen zu postmaterialistischen Werten. Diese These ist weit verbreitet. Die Annahme lautet: Wenn die materiellen Versorgungs- und Sicherheitsinteressen befriedigt sind, dann streben die Menschen nach höheren, immateriellen Werten. Sie wollen partizipieren und sich selber realisieren. Die Verfügbarkeit über die eigene Zeit wird heute höher bewertet als mehr Einkommen. (Beck 1997:15) Zur Wertschätzung der Selbstverwirklichung gesellen sich neue Formen der Solidarität. Aus amerikanischen Studien geht hervor: Für mehr als 75 Prozent der Bevölkerung nehmen Solidarität, Hilfsbereitschaft und Gemeinwohlorientierung den gleich prominenten Rang ein wie Motive der Selbstverwirklichung, beruflicher Erfolg und die

Ausweitung der persönlichen Freiheitsspielräume. Eine Freizeit- und Freiheitsgesellschaft soll den Abschied von der Wachstums- und Arbeitsgesellschaft ermöglichen; während wirtschaftliche Einbrüche die Existenzängste anwachsen lassen. Laut der Shell-Studie setzt die pessimistisch gewordene und als staatsverdrossen hingestellte »Jugend 97« das größte Vertrauen in Umweltschutzgruppen, Menschenrechtsinitiativen und soziale Bewegungen. (Zeit, 16.5.1997:70)

Gewiss, die vorherrschende Wertebasis betont heute stärker als in den drei Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg die Anliegen der Selbstverwirklichung der Einzelnen. Gemeint ist allerdings die individuelle Erfolgsorientierung. Das relativiert die hohe Zustimmung. (Justitia et Pax 1997:20) Lempp (1996:27) kritisiert, dass die Verantwortung für den anderen gegenüber früher deutlich an Bedeutung verloren hat. Als Hauptgrund nennt er die staatliche Übernahme der Verantwortung für die Schwachen. Der Staat entlastet den Einzelnen; dieser muss kein schlechtes Gewissen mehr haben, wenn er einen Obdachlosen unter einer Brücke sieht. Die Auffassungen über den Wertewandel stützen sich weitgehend auf Meinungsumfragen ab. Die Beurteilungen der Trends fallen recht unterschiedlich aus. Das gilt auch für die These vom Wertezerfall.

Der Wertezerfall ist offensichtlich; es blüht der Egoismus, die Interesselosigkeit für die Gemeinschaft, moniert Salomon Biderbost (1991:55). Die feministisch orientierte Nationalrätin Christine Goll, die der sozialdemokratischen Fraktion angehört, pflichtet ihm (im Vorwort) bei. Ulrich Beck (1997:17) widerspricht. Der verteilte Werteverfall erzeugt Orientierungen und Voraussetzungen, welche die Gesellschaft in die Lage versetzen, die Zukunft zu meistern. Entfaltungswerte treten an die Stelle des Hergebrachten. Sie ermöglichen individuelle Freiheit, Selbstverwirklichung und geistigen Wandel. (Focus 12/1997) Hinzu kommen die basis-

demokratischen Grundsätze der Alternativbewegung sowie ein Comeback der Pflichtorientierung, das im Zeichen der Angst um den Arbeitsplatz steht.

Werte drücken sich in dem aus, was gelebt wird. Sie antizipieren aber auch Neues. Das ist bei den skizzierten Gegensätzen zu beachten. Derzeit sind Anzeichen für recht unterschiedliche Entwicklungen feststellbar. Steigende Mieten, Wohnungsnot, überfüllte Verkehrsmittel, Gedränge in den Freibädern, Diskotheken, Gäste- und Fußgängerzonen zeigen eine Verdichtung der Lebensverhältnisse. Sie grenzt nach Hans-Magnus Enzensberger (Zukunftsforschung, Nr. 1/1997) an Freiheitsberaubung. Aus der Belastung ergibt sich ein verstärktes Bedürfnis nach Ruhe und Zeit.

Aber warum kommen diese Werte nicht mehr zum Tragen, wenn sie so verbreitet sind? Sie lassen sich offenbar weniger gut vermarkten. Wolfgang Schmidbauer (1985:126) nimmt die häufig zitierte Ausrichtung auf immaterielle Werte aufs Korn: »Die Vögel singen nicht mehr, aber die Musik aus der Stereoanlage wird immer perfekter.« Es gibt Entwicklungen, die das Bedürfnis nach dem andern zunächst verstärken, aber längerfristig zerstören. Die Angst vor Nähe wächst zuweilen mit dem Bedürfnis nach Nähe. Die enorme Anpassung an technische Zwänge drängt die Gefühle in den Hintergrund. Sie tabuisiert den Tod. Berechenbarkeit ist gefragt. Verluste haben in der Leistungsgesellschaft wenig Platz. Damit verlieren Menschen die Fähigkeit zu trauern. Sie verlieren ihre Zuversicht in verlässliche Werte. Heute ist nicht mehr in allen Bereichen so klar, was konservative und progressive Werte sind. (Brand 1982:8) Das kann eine Chance sein. Konservative Elemente erhalten, vom restaurativen Interesse der etablierten Parteien abgekoppelt, eine neue, teilweise progressive Funktion. Sie wollen Lebensweisen stärken, die sich an zwischenmenschlich-kommunikativen Bedürfnissen orientieren.

Soziale Sicherung

In Europa gibt es drei verschiedene Ausgestaltungen der sozialen Sicherung. Nördliche Länder wie Dänemark und die Niederlande haben ein basisorientiertes, vorwiegend über Steuern finanziertes System, das weitgehend unabhängig vom Erwerb und Lebensstil ist. Davon unterscheidet sich das deutsche und französische System, das sich viel stärker auf den Erwerb und den Status stützt, wobei auch hier Unterschiede bestehen. In Deutschland werden die Renten hochgehalten, in Frankreich die Leistungen für Kinder. Ein dritter Ansatz sind die Mischsysteme von Griechenland und Portugal. Sie verknüpfen die Basissicherung mit leistungsabhängigen Komponenten. Bei der aktuellen Harmonisierungsdiskussion wächst auch das Interesse am »Sonderfall Schweiz«. Die Schweiz verfügt ebenfalls über ein Mischsystem. Es kombiniert die kausal orientierten Sozialversicherungen mit final orientierten Sozialhilfeleistungen. Beim Kausalprinzip hängt der Anspruch auf Unterstützung vom versicherten Risiko ab, beim Finalprinzip vom definierten Ziel und Bedarf.

Das schweizerische System der sozialen Sicherung besteht aus den Sozialversicherungen, Vorsorgeeinrichtungen und der Sozialhilfe (bzw. Fürsorge), welche die restlichen Risiken abdecken soll. Für die Sozialversicherungen ist der Bund zuständig, für die Sozialhilfe sind es die Kantone und – administrativ – vor allem die Gemeinden. (Füglister 1996/Sommer 1996) Wichtig ist die Kontroverse über die Dominanz des Kausal- oder Finalprinzips. In Deutschland stützt sich das Ende des 19. Jahrhunderts entstandene, von Bismarck geprägte System stark auf das Versicherungsbeziehungswise auf das Kausalprinzip ab. In Großbritannien hat der Beveridge-Plan von 1942 die Basis für eine möglichst solidarische Nachkriegsgesellschaft gelegt. Er sieht – mehr nach Finalprinzip – eine umfassende Auffangvorrichtung für jene vor, die auf

Unterstützung angewiesen sind. Unter der Regierung von Margaret Thatcher wurde diese Zielorientierung allerdings zurückgeschraubt und durch ein enger gefasstes Bedarfsprinzip ersetzt, bei dem der Nachweis der Bedürftigkeit detaillierter zu erbringen ist.

In der Schweiz geht der Ausbau der Sozialversicherungen auf den Zweiten Weltkrieg zurück. »Da zeigte sich, wie notwendig die Solidarität ist.« (Kleger, WoZ, 11.4.1997) Da wurde der Grundstein für die bedeutsame Alters- und Hinterbliebenenversicherung gelegt. Dies auch, »um Unruhen wie nach dem Ersten Weltkrieg zu verhindern« (Justitia et Pax 1997:29). Beim derzeitigen Mischsystem dominiert das Kausalprinzip. Die Versicherten erbringen die Mittel für den Risikoausgleich. Sie bezahlen nach dem Äquivalenzprinzip. Die Beiträge sind auf die Höhe des Risikos abgestimmt. Ein Rechtsanspruch garantiert den Bezug von Leistungen unabhängig von der Bedürftigkeit. Als Träger fungieren private oder öffentlich-rechtliche Einrichtungen. Der Stellenwert der Eigenverantwortung ist groß. Hinzu kommt das final konzipierte Versorgungsprinzip. Die entsprechenden Beiträge werden über Steuern finanziert. Hier gilt der Grundsatz des sozialen Ausgleichs. Das Fürsorgeprinzip berücksichtigt die Bedürftigkeit. Da spielt die kollektive Verantwortung. Einzelne Leistungen lassen sich aber nicht eindeutig einem dieser Prinzipien zuordnen. Die 1966 eingeführten Ergänzungsleistungen zur Alters- und Hinterbliebenenversicherung (AHV) und Invalidenversicherung (IV) tragen auch Züge der Fürsorge. (Wagner 1985) Das hierbei zur Anwendung kommende Bedarfsprinzip wird verschiedentlich wegen der dahinter steckenden neoliberalen Optik kritisiert. (Strahm 1997:326) Relativierend ist meines Erachtens zu berücksichtigen: Wenn die Ergänzungsleistungen im Sinne eines garantierten Grundeinkommens auf alle Risiko-Lücken ausgeweitet werden, dann ändert sich auch ihr bedarfsbezogener Sozialhilfecharakter.

Ziele des Sozialstaates sind die Erhaltung der Existenz, der sozialen Kompetenz und des Lebensstandards. (Füglister 1996: 114) Ein wichtiger Teil der wirtschaftlichen Absicherung der Einzelnen und der Familien ist Sache der Sozialversicherungen. Ihnen gegenüber besteht ein Rechtsanspruch. Mit den privaten Versicherungen zusammen kommen sie für die »Risiken« Krankheit, Unfall, Invalidität, Familienlasten, Erwerbslosigkeit, Alter und Tod auf. Über die soziale Sicherung hinaus betreibt der Sozialstaat eine aktive Arbeitsmarkt-, Bildungs-, Gesundheits-, Wohnungs-, Einkommens-, Finanz-, Vermögens-, Preis- und Konsumpolitik. Die Vielzahl der Angebote und die Unterschiede der Finanzierung führen dazu, dass selbst Fachleute große Mühe mit der Übersicht haben.¹⁸ Nach der Bundesverfassung sind die Kantone für die Fürsorge zuständig. Die Kantonsverfassungen delegieren die Realisierung der Aufgaben an die Gemeinden. Diese haben als kleinste staatliche Einheiten eine große Autonomie und übernehmen entsprechende Verantwortung. (Füglister 1996:18) Die Fürsorge kommt als letztes offizielles Auffangbecken dann zum Tragen, wenn die Versicherungsleistungen entfallen. Neben dem staatlichen System der sozialen Sicherung gibt es zahlreiche private Institutionen und die Kirchen. Das Ausmaß der von ihnen erbrachten Leistungen lässt sich schlecht beziffern, da hier viel freiwillige Arbeit geleistet wird.

Eine nach wie vor zentrale Funktion kommt den familiären und, wiewohl abnehmend, verwandtschaftlichen Banden zu. »Die sozialen Sicherungssysteme der westeuropäischen Länder wären schon längst an Zahlungsunfähigkeit untergegangen, wenn nicht die familiären und verwandtschaftlichen Beziehungen nach wie vor in entscheidender Weise ihre Funktionen ausüben würden.« (Trappe 1997:259). Das in der Schweiz praktizierte System der sozialen Sicherung basiert allerdings auf überholten Familienstrukturen. Es verfestigt teilweise die traditionelle Rollenteilung

der Geschlechter und definiert die Leistungsansprüche im Wesentlichen nach dem Kriterium der Beschäftigung. (Wagner 1992:31) Institutionelle Hauptprobleme des Systems sind die einseitige Kausalorientierung, die Zersplitterung der verschiedenen Versicherungszweige und die zunehmenden Lücken, die durch die kantonale Sozialhilfe und die Fürsorge der Gemeinden geschlossen werden sollen. (Justitia et Pax 1997:29) Die Entwicklung geht in Richtung Monetarisierung der sozialen Hilfe, Verrechtlichung der sozialen Leistungen, Autonomisierung der sozialen Dienste und größere Arbeitsteilung beziehungsweise Unübersichtlichkeit. (Sommer/Höpflinger 1989:117) Hinzu kommen die Versuche, Aufgaben von oben nach unten abzuwälzen. (Arend 1993:17) Derzeit wird beispielsweise darüber diskutiert, die Ergänzungsleistungen ganz zu kantonalisieren. Die eidgenössische Verfassung räumt dem Bund keine sozialpolitischen Kompetenzen ein. Deshalb musste für jedes einzelne Risiko eine eigene Versicherung in der Verfassung verankert werden. Das Stückwerk begann 1890 mit der Einführung der Krankenversicherung. In Deutschland forderte die von den Ministerpräsidenten Sachsens und Bayerns einberufene »Kommission für Zukunftsfragen« eine Regionalisierung der Sozialpolitik. (Zeit, 28.11.1997) Nach dem Regierungswechsel von 1998 dürfte die soziale Grundsicherung wohl eher ausgebaut werden:

Drei sozialpolitische Leitvorstellungen lassen sich unterscheiden. (Senft 1990:54) Im Unterschied zu altliberalen Vorstellungen sieht der Ordoliberalismus den Staat als Hüter der Wirtschaftsordnung. Er betont die bürgerlichen Freiheitsrechte der mündigen Bürgerinnen und Bürger, wendet sich gegen staatliche Bevormundung und wohlfahrtsstaatliche Aushöhlung der Selbsthilfe, bevorzugt privatwirtschaftliche Anstrengungen und private Versicherungen, akzeptiert kollektive Sicherungssysteme nur im Ausnahmefall, etwa für Alter oder Invalidität. Die katholische

Soziallehre und die evangelische Sozialethik verbinden mit der christlichen Sozialmoral die Postulate der Solidarität und Selbsthilfe, auf die sich wiederum recht unterschiedliche sozialpolitische Vorstellungen beziehen, konservative und sozial-revolutionäre. Nach sozialistischem Verständnis trägt der Staat die Verantwortung für die soziale Wohlfahrt aller.

Die Sozialstaaten sind in ihrer modernen Ausformung an die fordistische Weise der Industrialisierung gebunden. (Altvater 1995:174) Kennzeichen sind die Verallgemeinerung der industriellen Arbeit, die Vertiefung der Arbeitsteilung, die Massenproduktion, der Massenkonsum und der enorme Ressourcenverbrauch. Die Abhängigkeit der Menschen vom Arbeitsmarkt ist größer als in jenen Zeiten, in denen noch familiäre Subsistenzproduktion einen wichtigen Beitrag zur Versorgung der Bevölkerung darstellte. Die Solidargemeinschaft zwischen Älteren und Jüngeren, Beschäftigten und Arbeitslosen, Arbeitsfähigen und Kranken ist nicht mehr deckungsgleich mit dem territorial fixierten Staatsvolk. Die Einzahlungen in und die Ansprüche an das soziale Sicherungssystem reichen weit über nationalstaatliche Grenzen hinaus. »Die vergessenen AHV-Konten der Spanier« titelt beispielsweise die Basler Zeitung vom 29.7.1997. Die Schweiz überweist jährlich 300 Millionen Franken AHV-Gelder nach Spanien. Von den rund 170 000 Spanierinnen und Spaniern, die nach der Erdölkrise (zwischen 1974 und 1978) die Schweiz verlassen haben, wissen allerdings einige nichts von ihrem Rentenanspruch. Jetzt soll die Kasse nachzahlen.

In der Europäischen Union entsteht so etwas wie eine (west-)europäische Sozialstaatlichkeit. Diese kommt freilich nur teilweise als Regierungsvereinbarung zustande. Wichtig sind die Übereinkünfte der Tarifpartner und die sozialpolitischen Entscheidungen des Europäischen Sozialgerichtshofs. Eine grenzüberschreitende Verständigung ist dringend notwendig. (Beck 1997:23) Wenn der

globale Kapitalismus in den hoch entwickelten Ländern den Wertekern der Arbeitsgesellschaft auflöst, zerbricht ein historisches Bündnis zwischen Wirtschaft, Sozialstaat und Demokratie. (Vobruba 1991:27) Dann besteht die Gefahr, dass die Sozialpolitik, die früher weithin als umfassende Gesellschaftspolitik anerkannt war, weiter ausgedünnt wird.¹⁹

Auf den Umverteilungseffekt, der von den Sozialversicherungen ausgeht, wird oft hingewiesen. In der Schweiz wird allerdings das Ausmaß der Sozialleistungen überschätzt. Es werden eine stark steigende Sozialleistungsquote (Anteil der Sozialleistungen am Bruttoinlandprodukt) und eine stark steigende Staatsquote (Anteil Staatsausgaben am Bruttoinlandprodukt) unterstellt, was so nicht zutrifft. Die Sozialleistungsquote macht in der Schweiz rund ein Fünftel des Bruttoinlandproduktes aus. Sie liegt fünf Prozent unter dem EU-Durchschnitt. Je reicher ein Land ist, desto höher die Sozialleistungsquote. Diese Regel gilt für fast alle europäischen Staaten, ausgenommen die Schweiz.²⁰ Wenn nun der Ruf nach der »Überwindung der monetären Monokultur der sozialen Sicherung« immer lauter erschallt, so sind diese Relationen zu berücksichtigen. Der Sozialstaat ist finanzierbar und von unschätzbarem Wert. Die soziale Sicherheit soll die Teilhabe und Teilnahme aller Angehörigen unserer Gesellschaft am sozialen Leben ermöglichen. (Justitia et Pax 1997:10) Nicht, ob wir uns die soziale Sicherheit leisten können, muss heute gefragt werden, sondern, ob wir sie uns leisten wollen. Private Anstrengungen sind dabei willkommen. Sie dürfen aber nicht dazu missbraucht werden, sozialstaatliche fahrlässig abzubauen. (Arend 1993:36) Die vielfach geforderte Dezentralisierung sozialpolitischer Aufgaben läuft Gefahr, zur wohlklingenden Umschreibung für einen Leistungsabbau zulasten sozial Benachteiligter zu verkommen.

Sonderfall Schweiz?

Die Schweiz hatte nach dem Zweiten Weltkrieg »dreißig goldene Jahre«. (Gilliand 1997:20) Der wirtschaftliche Aufschwung war größer als anderswo. In der zweiten Hälfte der siebziger Jahre nahmen das Bruttoinlandprodukt (BIP) um 7 bis 8 Prozent und die Arbeitsplätze um 10 Prozent ab. Über 200 000 ausländische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mussten die Schweiz verlassen, 100 000 Frauen die Erwerbsarbeit aufgeben. In den achtziger Jahren stieg das BIP wieder um 23 Prozent, zwischen 1990 und 1996 stagnierte es. Der Anstieg der Arbeitslosigkeit war von einem Anstieg der Börsengewinne, aber auch von einer Zunahme der Selbsthilfeinitiativen begleitet.

Trotz vielfältiger Mängel ist in der Eidgenossenschaft eine Sozialstruktur gegeben, die für eine mögliche freiheitlich-dezentrale Zukunftsgesellschaft wichtig ist. (Trappe 1976:V) Der Name Eidgenossenschaft deutet auf ein wichtiges Prinzip des sozialen Zusammenlebens hin: die Genossenschaft als Gegensatz zu Herrschaft. Das genossenschaftliche Prinzip stützt einen Emanzipationsgrad der Bürgerinnen und Bürger. Auch in der angelsächsischen Welt ist auf kommunaler Ebene ein stark verwurzelt »local-self-government« vorhanden. (Gasser 1979:39ff.) Ähnliches finden wir in den skandinavischen Staaten sowie in den Niederlanden. Diesen Ländern ist es teilweise recht gut gelungen, genossenschaftliche Elemente miteinander zu vereinigen. In Deutschland ist der Begriff Volk in starkem Maß an den Staatsbegriff gebunden. Er ist, ähnlich wie in Frankreich (*peuple*), zentralistisch geprägt und macht- beziehungsweise massenorientiert. In der Schweiz ist das Volk auch das Gemeindevolk. Die Schweiz kennt einen relativ starken Schutz der Minderheiten. Dahinter steckt die Haltung, dass das Kleine nicht weniger wertvoll ist als das Große. Das drückt sich in den eigenen Reglementen auf

Gemeindebasis aus, was allerdings auch erhebliche Nachteile hat.²¹

In der Schweiz besteht ein anderes Verhältnis zwischen Zentral- und Lokalbehörden als in den großen einsprachigen Nachbarländern. Ähnlich wie in England und Amerika stehen den Zentralverwaltungen, sowohl im Bund wie in den Kantonen, keinerlei »unbeschränkte Weisungsrechte« gegenüber den Gemeinden zu. Auch die von den kantonalen und eidgenössischen Gesetzen aufgelegten Aufgaben werden von den Gemeinden in erster Instanz eigenverantwortlich erledigt. Diese Basisorientierung drückt sich in der relativ geringen Zahl kantonalen Zentralbeamter aus. Es gehört zur Obliegenheit der Schweizer Gemeinden, viele staatliche Funktionen selber wahrzunehmen. Die Bürgerinnen und Bürger haben in erster Linie mit kommunalen Behörden zu tun. Wie das Volk seine politischen Rechte heute wahrnimmt, wird am Beispiel des Wahlverhaltens verschiedentlich kritisiert. Der Rückgang der Stimmbeteiligung, die seit 1960 unter 50 Prozent liegt, stellt die Schweizer Demokratie vor neue Legitimationsprobleme. Der vielmonierten »politischen Abstinenz« stehen neue Formen der Beteiligung entgegen.

Nach dem Zweiten Weltkrieg haben sich viele Bürgerinnen und Bürger aus den traditionellen Entscheidungsmechanismen zurückzogen, um sich stärker außerparlamentarisch zu engagieren. (Levy 1984:17ff.) Davon zeugt die Zunahme sozialer Bewegungen. Über die schweizerischen Protestbewegungen bis zu Beginn der achtziger Jahre ist relativ viel bekannt (Linder 1987:8/14), und alles deutet darauf hin, dass außerinstitutionelle Bewegungen unter den Bedingungen einer (halb-)direkten Demokratie besonders gute Chancen haben. Auch länderübergreifende Vergleiche lassen den Schluss zu, dass in der Schweiz verhältnismäßig günstige Voraussetzungen für neue soziale Bewegungen bestehen. (Dahinden 1987:5) Die genossenschaftliche Tradition

ist eine wichtige, aber keineswegs exklusive Besonderheit. Das Prinzip der gegenseitigen Hilfe ist, wiewohl teilweise überlagert, weit verbreitet. Es äußert sich in einem Selbstverständnis, das nicht neu entwickelt werden muss. Die genossenschaftliche Tradition stellt eine wertvolle ideelle Ressource dar, die sich mehr nutzen und weiter ausbauen ließe.

PRAKTISCHE ANSÄTZE

Genossenschaftliche Tradition

Die genossenschaftliche Tradition in der Schweiz reicht weit in die Vergangenheit zurück, aber auch über die Landesgrenzen hinaus. (Trappe 1990:294) Weil heute neue genossenschaftliche Versuche einen beachtlichen Aufschwung erleben, ist der Rückgriff auf die Grundlagen wichtig. Dabei zeigt sich, wie aktuell die »alten« Debatten teilweise sind. Nach meinem Verständnis sind Genossenschaften ein anschauliches Beispiel dafür, wie sich Selbsthilfe und Solidarität gegenseitig bedingen.²²

In der zweiten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts erleben genossenschaftliche Bewegungen einen beachtlichen Aufschwung. (Bierbaum 1985:7ff.) Hinter dieser »Renaissance« steckt ein Bedürfnis nach dezentraler, überschaubarer, selbst bestimmter Produktion. Ziel ist es in vielen Fällen, die strikte Trennung zwischen Arbeits- und Privatsphäre aufzuheben, die sich überall in Europa manifestiert. Das Anliegen, die Segmentierung der Gesellschaft und die Fremdbestimmung der Individuen zu überwinden, prägt alternative Lebensstile. Fraglich ist, inwieweit die kleinen Selbsthilfe-Einheiten das weitere Umfeld demokratisieren können. Das Verhältnis zwischen genossenschaftlichen und staatlichen Einrichtungen wird seit Jahrzehnten kontrovers diskutiert.

In der Arbeiterbewegung löste die Genossenschaftsfrage stets intensive Debatten aus.²³ Allianzen wechselten, Akzentuierungen verschoben sich. Strittig blieb, ob sich die Genossenschaften innerhalb kapitalistischer Rahmenbedingungen behaupten können oder ob sie vor lauter Zugeständnissen ihre ursprünglichen

Zielsetzungen zwangsläufig aufgeben müssen. Franz Oppenheimer setzte sich schon Ende des 19. Jahrhunderts mit dieser Frage auseinander. Nach seinem berühmt gewordenen Transformationsgesetz müssen sich zumindest die Produktivgenossenschaften in Kapitalgesellschaften verwandeln, um existenzfähig zu bleiben. Damit werden aber wichtige genossenschaftliche Prinzipien infrage gestellt. Die Offenheit gegenüber neuen Mitgliedern und die Beteiligung der beschäftigten Arbeiterinnen und Arbeiter lassen sich so nur beschränkt halten.

Ein beachtlicher Teil der deutschen Genossenschaften versteht sich heute kaum mehr als Teil der Gemeinwirtschaft. Die agrarischen, die gewerblichen, die Kredit- und Teile der Wohnungsbaugenossenschaften haben ideologisch ein privates marktwirtschaftliches Verständnis. (Klaus Novy 1985:124) Obwohl jede vierte Person Mitglied einer Genossenschaft ist, hat die Reformbewegung an Brisanz verloren. Anders als in England war die Genossenschaftsbewegung in Deutschland schon früh mehr oder weniger mittelständisch orientiert.

Die wirtschaftliche Ausrichtung des genossenschaftlichen Zusammenschlusses ist ordnungspolitisch weitgehend offen. Sie zielt primär darauf ab, Vorteile durch Kooperation zu erlangen. Aber darin liegt meines Erachtens auch ein sozialer Kern. Bei Genossenschaften handelt es sich um eine Wirtschaftsform, die – im Sinne der Selbsthilfe – möglichst weitgehend von den Beteiligten getragen wird. Wichtig ist die Freiwilligkeit. Genossenschaften unterscheiden sich von einer instrumentellen Partizipation. Im Dritten Reich wurde die Beteiligung zentralistisch und technokratisch erzwungen. Heute kommt der genossenschaftliche Ansatz in neuen sozialen Bewegungen zum Ausdruck. Die moderne Genossenschaftsbewegung entstand im 18. Jahrhundert. Sie wurde durch die Philosophie der Aufklärung geprägt, hat aber auch viele Bezüge zur christlichen Soziallehre und zum utopischen Sozialismus.

(Manthey 1984:17) Der Widerspruch zwischen der humanitär-liberalen Geisteshaltung und der Lage der Arbeiterinnen und Arbeiter gab kooperativen Vorstellungen Auftrieb.

In England prägte Robert Owen die Genossenschaftsbewegung, die sich im 18. und 19. Jahrhundert entfaltete. (Manthey ebd.) Er reduzierte als Geschäftsführer einer Spinnerei in New Lanark die tägliche Arbeitszeit, erhöhte die Löhne, verbot die Kinderarbeit (unter 10 Jahren), renovierte die Fabrikhallen, erneuerte die Maschinen, führte eine Kranken- und Invalidenfürsorge ein, sorgte für Wohnraum und günstige Nahrungsmittel, ließ eine Bibliothek einrichten und die Kinder unentgeltlich unterrichten. Die Erfahrung zeigte, dass eine gut motivierte Arbeiterschaft den wirtschaftlichen Erfolg begünstigte. In Amerika gründete Owen die Produktionsgemeinschaft New Harmony (1825–1828). Die weitgehende Selbstregierung durch Mehrheitsbeschlüsse überforderte allerdings die 900 Mitglieder bald. In London initiierte Robert Owen auch eine »Labour Exchange Bank«. Durch seine Ideen und die demokratisch-sozialistische Chartistenbewegung inspiriert, gründeten 1844 die »redlichen Pioniere von Rochdale« eine Genossenschaft (»Rochdale Society of Equitable Pioneers«). Ein gemeinsam angelegter Fonds wurde für einen Laden, Wohnraum für Mitglieder, für bebaubares Land, eine Gemeinschafts-siedlung, ein Gasthaus und für kulturelle Zwecke verwendet. Alle Mitglieder hatten, unabhängig von der Kapitalbeteiligung, je eine Stimme. Das gewagte Experiment erwies sich als Modell für weitere Genossenschaften. Die christlich-soziale Bewegung unterstützte zahlreiche Versuche. Sie setzte sich auch für die Anerkennung der Produktivgenossenschaften und ein erstes Genossenschaftsgesetz (1852) ein.

In Frankreich waren die sozialen Utopien für die Revolution von 1789 wichtig. Sie regten einen genossenschaftlichen Umbau der Gesellschaft an. Charles Fourier (1772–1837) kritisierte die

zunehmende Monopolbildung des ökonomischen Liberalismus und plädierte für assoziierte, aber autonom wirtschaftende Kleinkommunen (»Phalanstère«) im Bereiche der Landwirtschaft und des Kleingewerbes. Genossenschaftliche Sparkassen sollten die Erzeugung und Verteilung der Güter ermöglichen. In diesem Sinne initiierte Jean Baptiste Godin (1859) eine »Familiestère«, in der sich die Bewohnerinnen und Bewohner eines Gebäudekomplexes zunächst zu einer Konsum-, später zu einer Produktivgenossenschaft zusammenschlossen. Saint-Simon (1760–1825) vertrat, im Unterschied zu Fouriers föderalistischer Idee, eine sozialistisch-zentralistische. Sie sah eine Kollektivierung der industriellen Produktionsmittel und eine straff organisierte staatliche Verwaltung vor. Zahlreiche Produktivgenossenschaften entstanden, von Philippe Buchez (1776–1869) wissenschaftlich unterstützt, nach der Revolution von 1848. Die Regierung stellte dafür drei Millionen Francs zur Verfügung. Louis Blanc (1811–1882) ging einen Schritt weiter und forderte ein neues Wirtschaftssystem mit staatlich kontrollierten Produktivgenossenschaften. Freiwillige Assoziationen und gegenseitige Hilfe waren seiner Auffassung nach nicht in der Lage, dem aufstrebenden Kapitalismus Paroli zu bieten.

In Deutschland förderte der als konservativ geltende Viktor Aime Huber (1800–1869) die christlich-soziale Genossenschaftsbewegung. Er propagierte die »Selbsthilfe von unten«. Huber stellte wirtschaftliche und pädagogische Aufgaben in den Vordergrund. Neue Lebensformen beurteilte er kritisch; er befürchtete, sie könnten die Familien unterlaufen. Huber diskutierte die soziale Frage auch als Frage der Sittlichkeit: Genossenschaften sollten dazu beitragen, die werktätige Bevölkerung in die Gesellschaft zu integrieren. Dies möglichst ohne staatliche Mittel, wohl aber über private Spenden von Fabrikanten. Das war mit ein Grund, weshalb liberal-demokratische Kreise Hubers Anliegen aufnahmen,

der mit seinen christlichen Gesellenvereinen und Fortbildungen für Handwerkslehrlinge allerdings wenig reüssierte. Erfolgreicher war Hermann Schulze-Delitzsch (1803–1883). Nach Missernten und Brotkrawallen (1846) pachtete er eine Mühle und eine Bäckerei, um Notleidende mit kostengünstigem Brot zu versorgen. Der liberale Politiker regte Schwachverdienende in städtischen Agglomerationen dazu an, selber Assoziationen und Fördergenossenschaften zu bilden. Friedrich Wilhelm Raiffeisen (1818–1888) richtete seine christlich motivierten Versuche mehr auf die ländliche Bevölkerung aus. Er gründete Darlehenskassen, um die Kreditmängel zu beheben. Die dazu gegründeten Genossenschaften avancierten zu mächtigen Organisationen; sie ließen das Prinzip der Selbsthilfe zumindest indirekt erkennen und sind auch heute noch weit verbreitet. (Trappe 1997:355) Ferdinand Lassalle (1825–1864) betonte die Notwendigkeit der Staatskredite für industrielle Großprojekte. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) setzte in ihrem Gothaer Programm (1875) auf eine rigorose Förderung der Produktivgenossenschaften. Sie waren als Grundlage für eine sozialistische Organisation der gesamten Arbeit konzipiert. Karl Marx kritisierte diese Konzeption. Die SPD würdigte die »reformerischen Konsumgenossenschaften« erst auf dem Magdeburger Parteitag (1910). Sie anerkannte die Genossenschaften nun (nebst der Partei und den Gewerkschaften) als »dritte Säule der Arbeiterbewegung«. Als Kennzeichen galten die Demokratie, die Gleichheit der Mitglieder und die Ausschaltung des kapitalistischen Gewinns. Hinzu kam der Gedanke der Selbsthilfe. Die modernen Genossenschaften entstanden im Kontext der Industrialisierung. Sie sollten die benachteiligten Bevölkerungskreise unterstützen, selbst ihre wirtschaftliche und soziale Lage zu verbessern.

Das genossenschaftliche Prinzip, das schon von der Einungsbewegung des Mittelalters bekannt ist, lässt sich auch auf stärker

strukturierte Gesellschaften übertragen. (Buber 1985:40) Konkrete Schritte führen über eine Ausdehnung der Vereine, Bünde und aller genossenschaftsähnlichen Einrichtungen. Wer den Bau solcher Gefüge untersucht, entdeckt überall das Zellengewebe der »Gesellschaft«. Als ein »lebensmäßiges Zusammengetansein« von Menschen verstanden, stellt es ein weitgehend autonomes Miteinander dar, das sich von innen heraus formt. Diese Verbindung findet sich auch bei den vorher erwähnten frühsozialistischen Konzepten. Saint-Simon und Fourier wollten aus den sozialen Einheiten eine neue Gesellschaft aufbauen. Owen, der mehr von praktischen Versuchen ausging, bezeichnete die Einheiten als organische. Die von ihm postulierten Gemeinschaften sollten daran anknüpfen und – zahlenmäßig beschränkt – wirtschaftlich ausgerichtet sein. Das Prinzip sieht vor, die Arbeit, den Verbrauch, das Eigentum und die Vorrechte zu vereinen. Zu den Voraussetzungen einer echten Gemeinschaft gehört nicht ausschließliches Gemeindeigentum, wohl aber eine Form der Verbindung und Vergenossenschaftung der Güter. Es geht nicht um die Gleichheit des Verbrauchs, sondern um die Gleichheit der Rechte und Chancen. Der Aufbau der gemeinsamen Wirtschaft begrenzt die persönlichen Besitzunterschiede. Die neue Gesellschaft geht aus der alten hervor. Sie erneuert diese von innen her.²⁴

Neue soziale Bewegungen

Der Begriff »Bewegung« ist unscharf und mehrdeutig. In der Mobilitätsforschung wird er für Positions- und Statusveränderungen verwendet. Soziale Bewegungen sind längerfristig andauernde soziale Prozesse, in deren Verlauf die Anhänger einer gesellschaftspolitisch-weltanschaulichen Idee bestrebt sind, die gesellschaftliche Realität zu beeinflussen. (Hartfiel 1972:82) Der Begriff bezieht sich auch auf die sozialen Gruppen selbst, welche die ge-

ellschaftliche Ordnung und Wertsetzung gemeinsam verändern wollen. Er wird zuweilen auf formal organisierte Einheiten von Personen ausgeweitet, die als Institution – zum Beispiel als Partei oder Gewerkschaft – auf das Umfeld einwirken.²⁵

Mit der Anti-Atomkraft-Bewegung, der Friedensbewegung, der Ökologie- und Frauenbewegung hat sich gegen Ende des 20. Jahrhunderts der Begriff »neue soziale Bewegung« eingebürgert. (Rucht 1994) Mich interessiert der Solidaritätsgehalt neuer sozialer Bewegungen. Von ihm hängt ab, wie tragfähig diese Formen der Basismobilisierung sind. Die neuen sozialen Bewegungen belegen, dass mit der Entproletarisierung keineswegs das gesellschaftsverändernde Potenzial verschwindet. (Vester 1989:39) Sie sind Teil einer Entwicklung von unten, die weiter geht. Neue soziale Bewegungen reagieren auf Krisenerscheinungen der Moderne. Sie umfassen jugendliche Protestbewegungen, Bürgerinitiativen, Selbsthilfegruppen, Emanzipationsbewegungen, kollektive Formen alternativen Lebens und Arbeitens, öffentlich-politische Bewegungen mit breiter Ausstrahlung sowie andere Gruppen und autonome Zirkel. Wichtige Praxisfelder sind die Protestbewegungen (selbst verwaltete Jugendzentren, Hausbesetzungen), Bürgerinitiativen (Umwelt), Selbsthilfegruppen, die an die Stelle der staatlichen Fürsorge treten (Kinderläden, Schulversuche, Frauenhäuser, Gruppen von Kranken, Straftatlassenen, Arbeitslosen), Emanzipationsbewegungen (Frauenbewegung), Gruppen aus qualifizierten Humandienstleistungen (Ärzte, Juristinnen, Sozialarbeiter), kollektive Formen alternativen Lebens (Wohngemeinschaften, Buchläden, Gast- und Tagungsstätten) sowie regionalistische Bewegungen. (Vester 1989:43) Hinzu kommen organisatorisch weniger fassbare Strömungen alternativer Selbstverwirklichung (therapeutische, weltanschauliche, religiöse, spiritualistische und chiliastische Bewegungen), politische Bewegungen (gegen Berufsverbote, Bürgerrechts- oder Friedensbewegung)

und gewerkschaftliche Bewegungen (etwa von Studierenden). Konstitutiv sind auch antimodernistische Stoßrichtungen. Davon zeugen verschiedene konservativ-naturromantische Strömungen. Zentral ist jedoch die sozio-ökonomische Entwicklung. Sie prägt die neuen sozialen Bewegungen. (Haupt 1991:7)

Die neuen sozialen Bewegungen haben den Gedanken der Kooperation und Selbsthilfe in wirtschaftlichen und sozialen Krisenzeiten wieder entdeckt. Selbsthilfegruppen und Kooperativen werden gegründet, um weniger von der Hilfe des Staates und etablierter Organisationen abhängig zu sein. (Glaessner 1984:5) Damit wird eine Tradition aufgenommen, die für die europäische Arbeiterbewegung lange bedeutsam war. Neue soziale Bewegungen betrachten genossenschaftliche Einrichtungen und Selbsthilfegruppen als ökonomische, soziale und politische Einheiten. Dieses umfassende Verständnis ist auch in der sozialen Ökonomie verbreitet, die einen starken Bezug zur sozialen Bewegung hat. Sie zeigt, dass moralische Empörung wirtschaftliche Alternativen begünstigen kann.

Soziale Identitäten prägen die neuen sozialen Bewegungen. Ob sich jemand in der Jugend- oder Altenbewegung engagiert, hängt unter anderem von biografischen Lebenslagen ab. Spezifische Geschlechterrollen und Herrschaftserfahrungen entscheiden mit, wer sich eher einer politischen oder therapeutischen Frauen- bzw. Männergruppe anschließt. Hinzu kommt die situative Betroffenheit. Sie gibt oft den unmittelbaren Anstoß zum Engagement in einer Bürgerbewegung. Was die neuen sozialen Bewegungen ausdrücken, lässt sich nicht einfach auf ein Mittelschichtsinteresse reduzieren.

Die Geschichte der Moderne verläuft keineswegs gleichförmig. Phasen des Rückschritts und der Wiedergeburt (»des Alten in neuem Gewand«) gehören unabdingbar zur Moderne. (Rucht 1994:13) Wer Proteste der neuen sozialen Bewegung als irrationalen

Antimodernismus abtut, verkennt deren Beitrag zur Qualifizierung der Modernisierung. Eine Modernisierung muss sich immer wieder legitimieren. Sie läuft sonst Gefahr, Irrationalitäten Vorschub zu leisten.

Die neuen sozialen Bewegungen haben keine geschlossene Ideologie. Trotz der erwähnten Heterogenität weisen sie wesentliche Gemeinsamkeiten auf. Sozialstrukturell fällt die Übervertretung von Angehörigen der Mittelschichten auf, organisatorisch die Neigung zu informellen Gruppen und lokalen Netzwerken, strategisch die reformistische Grundhaltung. (Rucht 1994:512) Daraus ergeben sich Unterschiede zur traditionellen Arbeiterbewegung, die einheitlicher auftritt, die Unterschichten mehr repräsentiert, hierarchischer geordnet ist und die Gesellschaft revolutionär umgestalten wollte. Beide Bewegungen sind demokratisch-emanzipatorisch und teilweise internationalistisch ausgerichtet.

In den USA dominiert das Modell der Interessengruppen. Die Graswurzelbewegung ist ebenfalls stark vertreten. In Frankreich überwiegt das organisatorisch-straftliche Parteienmodell. In Deutschland besteht ein relativ gleichwertiges Nebeneinander der verschiedenen Elemente.

Typologien sozialer Bewegungen lassen sich nach den inhaltlichen Zielen gliedern, nach ideologischen Prägungen oder der Trägerschaft. (Rucht 1994:82) Wichtig ist die Frage nach der Entstehung. Sie wird kontrovers behandelt. Ein Ansatz stellt die Belastung und Betroffenheit in den Vordergrund. Ein rascher und/oder krisenhafter Wandel gilt als Vorbedingung für die Entstehung einer Bewegung. Weitere Ansätze betonen mehr individuelle Voraussetzungen, die Wirkung von Agitation oder die Veränderung von Wert- und Rechtsvorstellungen. Bei der Prozessdynamik scheinen die festgestellten Entwicklungsverläufe einen »natürlichen Lebenszyklus« zu haben. Sie münden oft in eine institutionelle Verfestigung.

Historisch lassen sich vier Phasen mit je unterschiedlichen Bezugsproblemen und Primärbewegungen unterscheiden. (Rucht 1994:125) Der Übergang zum Absolutismus zersetzte die religiös integrierte Ordnung. Bauernbewegungen richteten sich gegen Grundherren und Fürsten. Der Übergang zum liberalen Kapitalismus zerschlug die auf politische Macht gegründete Ordnung. Die Bürger gingen gegen absolutistische Herrscher vor. Beim Übergang zum organisierten Kapitalismus stand die Lösung der nationalen, demokratischen und sozialen Frage im Vordergrund. Arbeiter wandten sich gegen das konservative Bürgertum. Der Übergang zum wohlfahrtsstaatlichen Kapitalismus ist mit einer umfassenden Partizipation verbunden. Sie trägt wesentlich dazu bei, die Lebensgrundlagen zu sichern und die Lebensqualität zu erhöhen. Die neuen sozialen Bewegungen stehen hier den technokratischen Eliten gegenüber.²⁶

Neue soziale Bewegungen verkörpern einen bedeutenden Wandel und treiben den politischen Prozess voran, der sie hervor gebracht hat. (Kriesi 1987:25) Die Frauenbewegung hat die Lebensweise breiter Bevölkerungskreise beeinflusst. Auch der Friedensbewegung ist es gelungen, neue Kreise anzusprechen. Die Szene der Hausbesetzungen ist hingegen marginal geblieben. Typologien von Kriesi (1987) und Levy (1984) belegen, dass die neuen Bewegungen nur einen Teil des außerinstitutionellen Oppositionspotenzials ausmachen. Die Bewegung ist »lokal, dezentral, nichthierarchisch, spontan und ohne eigentliche Führungszentren«. (Linder 1987:13) Sie verweigert den pragmatischen Kompromiss. Das weist auf eine dauerhafte Wertorientierung subkultureller Gruppen hin. Diese wurden in den siebziger Jahren zum Kristallisationspunkt einer neuen Opposition.

Obwohl von Mittelschichten getragen, ist es längst nicht allen sozialen Bewegungen gelungen, neue Schichten anzusprechen. Anders als ältere Bewegungen richten die neuen Bewegungen ihre

Kritik nicht primär gegen die ungleiche Verteilung der Güter der Wachstumsgesellschaft, sondern gegen deren Voraussetzungen und Zielsetzungen. Wichtige Trägergruppen der neuen sozialen Bewegung sind unmittelbar Betroffene. (Dahinden 1987:1) Die Bewegung grenzt sich von traditionell hierarchischen Organisationen ab.

Soziale Bewegungen können eine bedeutende Rolle bei der Demokratisierung von zahlreichen Bereichen der »Subpolitik« spielen. (Giddens 1997:170) Die neuen Bewegungen der siebziger und achtziger Jahre haben aber auch viel mit der Selbstverwirklichung nach innen und nach außen experimentiert. (Beck 1997: 197) Sie haben dabei das Anliegen der politischen Freiheit verfolgt, aber nicht breitenwirksam realisiert. Zum einen haben neue soziale Bewegungen vor allem in ihren Anfängen teilweise autoritäre Strukturen und Verhaltenszwänge reproduziert, von denen sie sich radikal absetzen wollten. Zum andern vermitteln sie den Beteiligten eine nicht nur moralische, sondern auch ökonomische Rückenstärkung. Diese fördert die Unabhängigkeit und stärkt so das Engagement für eine weitere Demokratisierung.

Selbsthilfe

Die Selbsthilfe ist eine alte Erfindung. Das geht aus der vorher beschriebenen Tradition des Genossenschaftswesens hervor. Bei den neueren Ansätzen lassen sich drei Phasen unterscheiden. (Franz 1987:311) Gegen Mitte des 19. Jahrhunderts gewinnt die Vorstellung der Selbsthilfe in der Auseinandersetzung um die soziale Frage an Bedeutung. Die Selbsthilfe ist hier als Vorform einer staatlichen Sozialpolitik verbreitet. Eine zweite Phase setzt mit der Diskussion über soziale Versicherungssysteme ein. Sie verknüpft den Selbsthilfegedanken mit individuellen Anstrengungen. Ab Mitte der siebziger Jahre des 20. Jahrhunderts kommt es zu einer

Wiederentdeckung der älteren Selbsthilfeformen. Sie beziehen sich teilweise auf neue soziale Probleme und ergänzen die institutionalisierten Sozialsysteme. Seither gewinnt die Selbsthilfe an sozialpolitischem Gewicht. Der Begriff der Selbsthilfe unterliegt einer babylonischen Sprachverwirrung. Im Unterschied zur Selbstorganisation, bei der es um die Verwirklichung gemeinsamer Ziele geht, meint Selbsthilfe, dass einzelne Personen und Gruppen aus eigener Kraft ihre Probleme lösen oder ihre Bedürfnisse befriedigen. (Zimmermann 1987:2) Von Selbsthilfe können wir sprechen, wenn ein Mensch individuell oder in Gemeinschaft mit andern etwas gegen seine Not unternimmt. Die primäre Selbsthilfe findet im Familien- oder Freundeskreis statt, die sekundäre in entfernteren Gruppen.²⁷

Die Selbsthilfe ist für viele zu einem Programm alternativer Sozialpolitik geworden. Sie kompensiert die Nachteile und Defizite der staatlichen Sozialpolitik. (Kaufmann 1987:10) Einzelne Ansätze wollen das Selbst in der Selbsthilfedebatte wieder mehr betonen. Andere betrachten die Stärkung der Selbsthilfe und der gesellschaftlichen Selbstorganisation als eine ernst zu nehmende Alternative zur bürokratisch und professionell organisierten Dienstleistungsproduktion. Selbsthilfegruppen verbessern die Qualität sozialer Leistungen. »Selbsthilfegruppen gelingt es oft besser als dem öffentlichen, bürokratisch und professionell strukturierten Dienstleistungssystem, bei den Betroffenen blockierte Energien und damit neue Hoffnungen freizusetzen.« (Wagner 1985:243) Sie fördern die Motivation und Partizipation in der Sozialpolitik.

Wenn wir die Selbsthilfegruppen-Bewegung stärken wollen, müssen wir die Kontaktstellen als Zentren unterstützen. So lautet das Fazit einer Studie von Vreni Vogelsanger (1995:7). Die Autorin arbeitet seit über fünfzehn Jahren im Basler Selbsthilfezentrum »Hinterhaus«. In der Schweiz gibt es sechzehn weitere regionale

Koordinationsstellen. Die erste wurde 1978 in Zürich gegründet. Die Basler Stelle besteht seit 1981. Sie ist eine »Anlaufstelle für kranke und behinderte Menschen, die mit kleineren und größeren Lebenskrisen konfrontiert sind«. Das erklärte Ziel ist die konkrete Hilfe zur Selbsthilfe. Nach einem Bericht der Regierung (Ratschlag 8750 vom 4.4.1997) betreut die Kontaktstelle des Kantons Basel-Stadt 140 Selbsthilfegruppen. Zwischen 1992 und 1997 hat die Anzahl der Gruppen um 40 Prozent zugenommen. Auf 1420 Einwohnerinnen und Einwohner gibt es eine Gruppe. Damit weist Basel-Stadt im schweizerischen Vergleich das dichteste Netz auf. Die Regierung betrachtet die Förderung von Selbsthilfegruppen als wichtigen Teil der Gesundheitsförderung. Die Wirkung reicht weit über die 2000 Personen hinaus, die in den 140 Gruppen organisiert sind. Ohne diese Selbsthilfegruppen wäre der Anteil der Personen, die stationär betreut werden müssten, wesentlich höher.²⁸

Was die hier besprochenen Selbsthilfegruppen kennzeichnet: Die Mitglieder sind durch ein gemeinsames Problem betroffen. Sie kommen regelmäßig zusammen, helfen sich gegenseitig und treffen wichtige Entscheide gemeinsam. Die gleichberechtigte Mitgliedschaft ist freiwillig und hat keine Gewinnorientierung zum Ziel. Die Selbsthilfegruppen unterscheiden sich von Selbsterfahrungsgruppen, die von Fachleuten gegen Bezahlung geleitet werden. Die vielen in den siebziger Jahren entstandenen Selbsthilfegruppen reagieren unter anderem auf die Abnahme familiärer Bande und die Professionalisierung der sozialen Dienste. Sie versuchen, anders als die Einzelhilfe, die Ressourcen der Gruppen zu nutzen.

Die Themenbereiche, die bei den untersuchten Selbsthilfegruppen in der Schweiz (Vogelsanger 1995:45) im Vordergrund stehen, konzentrieren sich auf schwere Probleme. Die körperlichen Krankheiten und Behinderungen machen 99 der 217 angegebenen

Problembereiche aus. Davon beziehen sich 21 auf Eltern von kranken und behinderten Kindern und 12 auf Angehörige von erwachsenen Betroffenen. Bei den 44 Problembereichen »Eltern von minderjährigen Kindern« geht es um Geburt, Tod, Erziehungsschwierigkeiten, Sexualität, Scheidung, Ersatzeltern und Ablösung. 41 Themenbereiche beziehen sich auf verschiedene psychische Probleme, 29 auf psychosoziale, 17 auf Suchtprobleme.²⁹

Selbsthilfegruppen geben ihren Mitgliedern einen Rückhalt. Sie wirken auch prophylaktisch. Die sekundäre Vorsorge hilft, Rückfälle zu vermeiden. Die tertiäre Prophylaxe fördert die soziale Aktivität und dämmt die Gefahr einer zusätzlichen Verschlechterung des Gesundheitszustandes ein. (Vogelsanger 1995: 68) Die Stärkung des Selbstbewusstseins und der Beziehungsfähigkeit ist wohl eine der bedeutendsten Wirkungen von Selbsthilfegruppen. Selbsthilfegruppen entlasten auch die Familien. Die Mitglieder versuchen, mehr Selbstverantwortung zu übernehmen. In der Auseinandersetzung mit andern lernen sie, Konflikte konstruktiv zu bewältigen. Diese Wirkungen tragen dazu bei, Kosten zu sparen. Eine wichtige Voraussetzung ist die Freiwilligkeit. Selbsthilfegruppen lassen sich nicht verordnen.

Wenn die 834 erwähnten Selbsthilfegruppen in der Schweiz eine professionelle Leitung hätten, käme das – bei durchschnittlich 26 Sitzungen im Jahr – auf über vierzig Millionen Franken zu stehen. Bei dieser Berechnung sind für die durchschnittliche Sitzungsdauer 100 Minuten eingesetzt. Beim Stundenhonorar von 80 bis 180 Franken für Sozialarbeiter und Mediziner wird eine Mischrechnung gemacht. Der ehemalige Basler Sanitätsdirektor Remo Gysin bezeichnet Selbsthilfegruppen als unternehmerischen Glücksfall. Er unterstreicht die Effektivität der Selbsthilfegruppen, gemessen an ihrer Funktionsfähigkeit beziehungsweise der Fähigkeit, vorgegebene Ziele mit beschränkten Mitteln zu erreichen. Dies gilt beispielsweise für die Zielsetzungen »soziale

Aktivierung« und »Zuwachs an persönlicher Kompetenz«. Deutsche Forschungsergebnisse erhärten den Befund. (Vogelsanger 1995:88) Sie stellen eine hohe Zielerreichungsquote bei den wichtigen Anliegen fest. Dazu zählen die Unterstützung anderer Mitglieder, die Information über Krankheit, die Förderung der Kommunikationsfähigkeit, die bessere Interessenvertretung, die Einstellungsänderungen bei Angehörigen, Betroffenen und Institutionen sowie der möglichst selbständige Umgang mit Beschwerden. Die vergleichsweise große Effizienz von Selbsthilfegruppen hängt auch mit der Problemnähe zusammen. Die sinnliche Wahrnehmung schärft das Problembewusstsein. Sie unterstützt die Motivation und Handlungsbereitschaft. So kommen Veränderungen zustande. Sie erhöhen die persönliche Zufriedenheit, setzen aber auch eine soziale Infrastruktur voraus.³⁰

Thomas Mächler et al. (1994:13ff.) haben im Rahmen eines Nationalfondsprojektes die »Selbsthilfe wirtschaftlich Schwacher« untersucht. Sie kommen zum Ergebnis, dass die praktizierte Selbsthilfe die Identität der Betroffenen stärkt, die sozialen Beziehungen untereinander fördert und die Armut eindämmt. Wirtschaftlich schwach sind Personen, die am materiellen Wohlstand nur ungenügend teilhaben. Ihr Zugang zu öffentlichen oder privaten Ressourcen und Institutionen ist reduziert. Immaterielle Faktoren wie Isolation und Einsamkeit sind ebenso bedeutend wie das ungenügende Einkommen. Die Studie charakterisiert die Selbsthilfe und Selbsthilfegruppen durch die direkte Betroffenheit der Mitglieder, durch die Eigenaktivitäten, die angestrebten Veränderungen, das soziale Lernen und die Kontinuität. Erfolge zeigen sich in dem gestiegenen Selbstbewusstsein der Gruppenmitglieder, der intensivierten Auseinandersetzung mit den eigenen Problemen, der Ausweitung sozialer Beziehungen, einem öffentlichen Engagement der Gruppenmitglieder sowie der konkreten Hilfe untereinander. Gefahren ergeben sich aus der Überforderung

der wirtschaftlich Schwachen durch übersteigerte Erwartungen. Selbsthilfeimpulse tragen dazu bei, die persönliche Isolation zu durchbrechen.

Die Selbstheilung erfordert allerdings viel Zeit. Die Einsicht, dass nicht persönliches Versagen zu Schwierigkeiten geführt hat, begünstigt die Neuorientierung. Selbsthilfegruppen von wirtschaftlich Schwachen sind nach Mächler et al. auf eine Gruppenleitung angewiesen. Die Sozialhilfe tut ihrer Meinung nach gut daran, die soziale Gruppenarbeit auszubauen. Mit dieser Feststellung weicht die Studie vom zuvor beschriebenen Verständnis von Selbsthilfegruppen (Vogelsanger 1995) ab, das eine professionelle Gruppenleitung ausschließt. Als Sekundärmittel eignet sich die Selbsthilfe zur Bekämpfung der Armut. Sie durchbricht die persönliche Isolation und das resignierte »Treten an Ort«. Selbstheilungsprozesse erfordern eine große Behutsamkeit. Das Vorgehen erfolgt in kleinen Schritten. Die Förderung von Selbsthilfegruppen ist Teil einer integrativen Sozialpolitik. Sie entlastet und stärkt die wirtschaftlich Schwachen.

Als Handlungsnorm einer »sozialen Selbsthilfe« gelten die Autonomie, Betroffenheit, Selbstgestaltung und Solidarität; ferner die Basisdemokratie, Graswurzelrevolution, Dezentralisierung und Korporationsbereitschaft. Die soziale Selbsthilfe unterscheidet sich – bei fließendem Übergang – einerseits von Bürgeraktionen, die eine Gegenmacht organisieren wollen, andererseits von privaten Anstrengungen, die auf die eigene Existenzsicherung abzielen. Die besondere Chance einer »sozialen Selbsthilfe« besteht darin, Isolation und fremdbestimmte Arbeit abzubauen. Vilmar (1986:216) plädiert dafür, schrittweise den Staat zu vergesellschaften und die Wirtschaft zu demokratisieren. Aber wie? Die marktwirtschaftlichen Rahmenbedingungen prägen auch die alternative Ökonomie. (Beywl und Brombach 1984:27) Wenn Projekte die Marktanpassung verweigern, hat dies mehr Selbst-

ausbeutung oder sogar den finanziellen Zusammenbruch eines Unternehmens zur Folge. Will die alternative Ökonomie erfolgreich sein, dann muss sie sich mit einer relativen Marktdistanz begnügen. Bei den älteren Betrieben, die bereits in den siebziger Jahren entstanden sind, ist ein Trend in Richtung Integration feststellbar. Das hängt auch damit zusammen, dass ein Teil der früheren Kundschaft mittlerweile arriviert ist. Sie verfügt über Mittel und gute Beziehungen, erteilt größere Aufträge, stellt aber entsprechend professionelle Ansprüche. Das geht aus einem Hearing hervor, das wir am 18.9.1997 an der Höheren Fachschule für Soziale Arbeit beider Basel mit Vertretern der sozialen Selbsthilfe durchgeführt haben. In Deutschland kommt Susann Elsen (1997:123) zu ähnlichen Ergebnissen.

Befinden wir uns auf dem Weg zur Selbsthilfegesellschaft? Hans Jonas (1995:74ff.) stellt in Deutschland eine weniger ausgeprägte Tradition der Selbstorganisation als in der Schweiz oder in den Vereinigten Staaten fest. Er räumt aber ein, dass durch die Zugehörigkeit zu gemeinnützigen und andern Vereinen, kirchlichen und politischen Organisationen auch Deutschland eine stark komunitäre Gesellschaft ist. In den USA gehören 40 Prozent der Bürgerinnen und Bürger einer selbst organisierten Gemeinschaft an. Die Gemeinschaften treffen sich regelmäßig in kürzeren Zeitabständen. Ihre gemeinsame Zielsetzung reicht über utilitaristische Interessen hinaus. Die Renaissance der umfassend verstandenen Selbsthilfe belegt laut Horst E. Richter (in Vilmar 1986:V), dass die 1968er-Bewegung – nebst Apathie und Resignation – viele hoffnungsvolle Ansätze gebracht hat. Daniel Bell sieht sogar die kühnsten Vorstellungen sozialistisch orientierter Theorien übertroffen. Ende der sechziger Jahre stießen neue Formen der Selbsthilfe und Selbstorganisation auf erhebliche Widerstände. Sie wurden oft als wirtschaftsfeindlich und staatsgefährdend hingestellt. Heute werden ähnliche Versuche von konservativen, liberalen,

sozialdemokratischen und grünen Politikerinnen und Politikern protegiert.

Eine Selbsthilfegesellschaft lässt sich weder mit einem großen Wurf herbeiführen, noch von oben verordnen. Die Mittel der Realisierung müssen der postulierten Zielsetzung entsprechen. Günstige Rahmenbedingungen sollen die angestrebte Entwicklung von unten fördern. Dazu gehören Freiräume, in denen sich – über Nischen hinaus – Initiativen entfalten können. Viele kleine Schritte können eine große Wirkung haben. Die gegenseitige Hilfe gehört unabdingbar zu den Erwartungen an die Mitglieder von Selbsthilfegruppen. Die Offenheit gegenüber der eigenen Biografie und persönlichen Problemen ist eine informelle Verpflichtung. Diese Anforderungen werden an unzähligen kleinen Orten erfüllt. Die Wirkung wird oft unterschätzt. Selbsthilfegruppen sind im Gegenteil immer wieder der Ausgangspunkt umfassender staatsbürgerlicher Aktivitäten. Sie bilden »die kommunikative Infrastruktur einer demokratischen Gesellschaft« (Jonas 1995:76/77). Unter den Bedingungen der Globalisierung laufen Selbsthilfegruppen allerdings Gefahr, als Inseln marginalisiert zu werden. Wichtig sind deshalb Verknüpfungen, die gegenüber der wirtschaftlichen Machtkonzentration als gesellschaftliches Korrektiv auftreten.

Bei der Debatte um die Selbsthilfe geht es nebst der Bedeutung der Partizipation auch um die Macht und das »liebe Geld«. Der Staat trägt als Umverteilungsinstitution Folgekosten der Marktwirtschaft. Die rezessiven Einbrüche seit den siebziger Jahren stellen ihn vor große Probleme. Das oft beklagte Versagen des Sozialstaates ist nur sehr beschränkt auf das Fehlen einer rechtzeitigen Strukturplanung zurückzuführen. (Vilmar 1986:54) Weil die Humanisierung der Wirtschaft auf enge Grenzen stößt, versucht der Staat die Lücken zu schließen und den Bürgerinnen und Bürgern mehr Lasten aufzubürden. Die öffentliche Hand wälzt immer mehr

Dienstleistungen ab. Die »Kundschaft« wird so zum Dienstpersonal einer Selbstbedienungsgesellschaft.³¹

Die Selbsthilfe berührt zwei verschiedene Grundmuster der Bedarfsdeckung. Der Erwerbsarbeit und Fremdversorgung stehen die Gebrauchsarbeit und Selbstversorgung gegenüber. Zwischen den Bereichen besteht eine recht einseitige Wechselwirkung. (Hegner 1986:336) Die Zunahme ungewollter Randständigkeit verstärkt die gesellschaftlichen Integrationsprobleme. Fraglich ist, ob sie die Bereitschaft fördert, Umverteilungen von Arbeit und Reichtum vorzunehmen. Entsprechenden Bemühungen stehen Versuche entgegen, durch Nutzung neuer Technologien die Kapitalakkumulation anzukurbeln und den Mehrwert und die Profitraten zu erhöhen. Dies allerdings ohne die Reallöhne anzupassen und die Sozialausgaben für die Wegrationalisierten zu bezahlen.

Eine Systemgrenze der alternativen Bewegung besteht in ihrer Unfähigkeit zur Produktion von Produktionsmitteln. (Hirsch 1986/1995) Das führt dazu, dass gegenökonomische Projekte hauptsächlich in der Zirkulations- und Reproduktionssphäre anzutreffen sind. Sie müssen sich mit den vom Kapital ausgelassenen Regionen und unrentablen Produktionszweigen begnügen. Die »Koexistenz« findet sozusagen in den Nischen und Hinterhöfen der kapitalistischen Ökonomie statt. Dort dürfen die Alternativen Lücken ausfüllen, Defizite abdecken und sich dagegen wehren, ideologisch und kommerziell vermarktet zu werden. (Brand 1982:117)

Die Ambivalenz zwischen Ausgrenzung und Integration zeigt sich darin, wie die Alternativbewegung nebst Transformations- auch Stabilisierungsfunktionen der Gesellschaft übernimmt. Die Alternativbewegung bietet Fluchtpunkte und siedelt fast zwangsläufig an den Rändern. Die Abkoppelung verringert die Einflusschancen auf die übrigen Bereiche. Sie erhöht aber die Möglichkeiten der Selbstbestimmung. Dies allerdings unter erschwerten

Bedingungen. Wenn sich Produkte kaum vermarkten lassen, schränkt das auch die Lust an ihrer Herstellung ein. André Gorz (1997) hält es für kaum mehr möglich, sich im automatisierten Produktionsprozess in der Arbeit zu verwirklichen. Sein dualistischer Lösungsvorschlag sieht je ein Teilauskommen im herkömmlichen und im alternativen Sektor vor. Hierbei ist zwischen dem formellen und informellen Sektor zu unterscheiden. (Huber 1991/1987) Anmaßend und unsinnig wäre es, den unterstützungswürdigen alternativen Sektor auf die gesamte Gesellschaft ausweiten zu wollen. Das Bündnis mit den Maschinen hilft uns, nebenher auch Steine hauen und Bilder malen zu können; egal, ob wir das einfach für uns oder im Rahmen einer Selbsthilfegruppe tun, mit oder ohne Vermarktungszweck.

Exkurs: das Berliner Selbsthilfe-Modell

Berlin gilt als Hochburg der Selbsthilfe. (Jonas 1995:77) Hier bestehen fast so viele Selbsthilfegruppen wie Vereine.³² Das »Berliner Modell« gilt als wohl bekanntestes Beispiel für eine Sozialpolitik der »Hilfe zur Selbsthilfe«. (Senft 1990:21) Mit den teilweise großzügigen Zuschüsse an Selbsthilfegruppen und Initiativen der alternativen Szene ließen sich die Steigerungsraten der Sozialhilfeausgaben eindämmen und Hunderte von Krankbetten einsparen. Das hat heftige Kontroversen über »bloße Kostenverlagerung« ausgelöst und Debatten über die Vereinnahmungsgefahr intensiviert. Die einen Projekte wollen völlig autonom bleiben. Sie lehnen jegliche finanzielle Förderung ab. Andere vertreten die Auffassung, der Staat dürfe zahlen, aber nicht mitreden. Mit dem Staat wollen gerade die Gruppen mit links-alternativer Herkunft so wenig wie möglich zu tun haben – ideologisch gesehen; praktisch sind sie aber stark auf ihn angewiesen. (Huber 1987:111) Der Staat wendet sich ausdrücklich den »Gruppen guten Willens«

zu. Hinter der finanziellen Unterstützung steckt die Absicht der politischen Steuerung. Die Zuweisungen sind auch ein Versuch, sich von bestehenden Randgruppenproblemen freizukaufen. (Bellermann 1986:111)

Während die Wirtschaftspolitik über viel Geld für wenige verfügt, muss der Selbsthilfe-Zweig der Sozialpolitik mit »wenig Geld für viele« auskommen. Die Grünen verlangen, dass die Gelder des Initiativefonds weitgehend von den Projektbeteiligten selbst verwaltet werden sollen. Dem Beirat gehören mehrheitlich Mitglieder traditioneller Wohlfahrtsverbände an. Sie betrachten die Basisinitiativen teilweise als Konkurrenz. Einzelne sozialdemokratische Politiker kritisieren die Kooperation zwischen Senat und Alternativen als »unheilige Allianz von Sparkommissären und Sozialromantikern« (Senft 1990:21). Sie distanzieren sich von einem Subsidiaritätsprinzip, das die strategischen Leitvorstellungen der Arbeiterbewegung unterläuft.

Nach meinem Dafürhalten widerspricht die Stärkung der Basiseinheiten keineswegs der übergeordneten Organisation in Gewerkschaften, Parteien und Verbänden. Die übergreifende Solidarität stärkt die mündig-emanzipatorische Selbsthilfe. Johanno Strasser spricht sich als Mitglied der Grundwertkommission der SPD für ein sozialistisches Subsidiaritätsprinzip aus. Kleine Einheiten wie die Familie sind von sich aus nicht imstande, wesentliche staatliche Funktionen zu übernehmen. Die Sozialpolitik muss sich stärker auf neue Lebensformen konzentrieren.

Der Aufschwung der Selbsthilfe führte Mitte der achtziger Jahre in Deutschland zu einem Typ »neuer Helfer«. Viele Beteiligte versuchen die Selbst- und Systemveränderung miteinander zu verbinden. Die betonte Autonomie unterscheidet sich von einem verantwortungsethischen Verständnis, welches das »Ich als Wir« (Jonas 1979/1991) versteht. Wo die Anonymität dominiert, verbreitet sich eine Sehnsucht nach einem »small is beautiful«

(Schumacher 1977/1981). Diese Ausrichtung prägt einen Teil der neueren Selbsthilfebewegung. Sie lässt gelegentlich vergessen, dass »small« nicht nur »beautiful« ist, sondern auch Enge, Provinzialität und übermäßige Kontrolle bedeuten kann. Kleine, überschaubare Selbsthilfeprojekte, die auch das Persönliche im Griff haben wollen, überfrachten sich mit falschen Erwartungen. (Doerrie 1985:161) Politische »Hardliner« werfen den »Sensibilisierten einer High-Touch-Avantgarde« vor, ihre eigenen Ideale mit der Wirklichkeit zu verwechseln. Die Angegriffenen geben die Kritik zurück. Wer das Private ausklammert oder nur politisch versteht, wehrt eigene Ängste ab. (Huber 1987:30)

Der neuen Selbsthilfe-Bewegung kommt meines Erachtens eine sozialinnovatorische Bedeutung zu. Sie versucht, das Politische mit dem Privaten verbinden. Ulrich Beck (Zeit, 28.11.1997) beschreibt die Träger der neuen Selbsthilfe (in Anlehnung an Charles Leadbeater: *The Rise of the Social Entrepreneur*, London 1997) etwas ambitiös als Gemeinwohlunternehmer. Sie verfügen über charismatische Fähigkeiten, können Geschichten erzählen, Menschen miteinander ins Gespräch bringen und dazu animieren, etwas fürs Gemeinwohl zu tun. Die Gemeinwohlunternehmer sind pragmatische Utopisten. Sie leiten – als Seele der Demokratie – die Bürgerinnen und Bürger zu freiwilliger Arbeit an, die den Wohlfahrtsstaat entlasten und dadurch erhalten soll. Dabei wird nicht das Engagement selbst bezahlt, sondern die Infrastruktur, die dafür nötig ist.

Menschen, die weitgehend selbst bestimmt arbeiten und so ihre existenziellen Bedürfnisse befriedigen, sind weniger abhängig und vereinnehmbar. Sie erfahren eine Rückenstärkung, die sich auf alle Lebensbereiche auswirkt. Das hilft, jene Resignation zu verhindern, die sich gerne einstellt, wenn die persönliche Weiterentwicklung zu kurz kommt. Selbsthilfeprojekte sind Stützpunkte. Sie verleihen Halt. Als Sozialräume ermöglichen sie wichtige

Erfahrungen. So betrachtet erfüllen die »neuen Helferinnen und Helfer« eine wichtige politische Aufgabe. Das gilt auch für jene, die ihre Tätigkeit als private Angelegenheit verstehen und sich ausschließlich auf kleine, überschaubare Projekte konzentrieren.

Soziale Ökonomie

5000 selbst verwaltete Betriebe weisen in Deutschland eine hohe Konstanz auf. Sie konnten sich über mehrere Jahre halten, besser vernetzen und ihr Angebot an Arbeitsplätzen ausbauen. (Flieger 1997:1/2) Die Professionalisierung hat eine Anpassung an herkömmliche Wirtschaftsbetriebe gebracht. Im Unterschied zu früher besteht selten der Anspruch, dass alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter über alles entscheiden. Aufgaben und Entscheidungen werden mehr delegiert. Die Fähigkeit zur Selbstverwaltung ist gestiegen, aber der Umgang damit nüchterner geworden. Die derzeit angespannte Wirtschaftslage könnte dazu führen, dass zahlreiche Neugründen erfolgen, einige Betriebe aber kaum überlebensfähig sind.

Zahlenmäßig verzeichnete Deutschland bislang einen Rückgang traditioneller Genossenschaften. Dietrich Haensch (Archipel 1997:4) erwähnt 10 000 existierende Betriebe. In Italien sind es 160 000, darunter 126 000 Produktivgenossenschaften. Früher waren es vorwiegend Landwirtschafts-, Bau- und Konsumgenossenschaften. Neuerdings florieren Kooperativen der Selbsthilfe von Freiberufen aller Art. Die Bandbreite reicht von Gruppenpraxen, Reinigungsfirmen, Softwareproduzierenden bis zu touristischen Angeboten. Markant ist der Anstieg von Kooperativen im Sozialbereich. Sie versuchen den Rückgang staatlicher Angebote aufzufangen. Ein neues Gesetz sieht zwei Typen sozialer Kooperativen vor. Beim »katholischen Typ« dürfen bis zu 50 Prozent der Mitarbeitenden Freiwillige sein, die keinen Lohn erhalten, aber

auch keine Beiträge zur Berufsgenossenschaft bezahlen müssen. Sie wirken hauptsächlich im Gesundheits- und Erziehungswesen. Der »sozialistische Typ« engagiert sich mehr in der Landwirtschaft, im Handwerk und in der Industrie. Er schafft Arbeitsplätze für Behinderte, Haftentlassene, psychisch Kranke und Suchtmittelabhängige. Hier müssen mindestens 30 Prozent »Benachteiligte« sein. Für sie bezahlt der Staat die Sozialversicherungsbeiträge.

Je weniger Möglichkeiten die Marktwirtschaft zur Existenzsicherung bietet, umso mehr weitet sich die Selbstverwaltung aus. (Wallimann, WoZ, 25.11.1994) 0,15 Prozent der Betriebe in der Schweiz sind selbstverwaltet. Die soziale Ökonomie ist eine erweiterte Selbsthilfe. Sie versucht die gesellschaftliche Kontrolle der Produktion auszuweiten. Dies mit Hilfe der genossenschaftlichen Organisationsform, Vereins- und Stiftungsstrukturen, Selbsthilfeorganisationen, teilweise auch mit staatlicher Unterstützung. Die Schweiz hat schon in den dreißiger Jahren auf diese Strategie gesetzt. Heute geht es wieder darum, die Löcher zu stopfen, die abwandernde oder in Konkurs gehende Firmen hinterlassen. Hinzu kommt das Anliegen, bestandene Wirtschaftsbereiche mehr zivilgesellschaftlich einzubinden. Früher drängten Teile der genossenschaftlichen Bewegung darauf, heute tun dies neue soziale Bewegungen. Wenn der Markt nicht mehr alle aufnimmt, die eigeninitiativ sind und sein möchten, dann liegt es auf der Hand, neue Solidargemeinschaften zu konstituieren. Die Erfahrung zeigt, dass sich die meisten Betriebe halten können. Sie weisen eine hohe personelle Konstanz auf, sind untereinander gut vernetzt und können so einseitige Abhängigkeiten von der Marktwirtschaft mindern.

Ein dritter, gemeinnütziger Wirtschaftssektor entwickelt sich vorab in den europäischen Krisenregionen. Er beruht auf der solidarischen Selbsthilfe der Bevölkerungskreise, die von der Rezession betroffenen sind. Am Rande der Marktwirtschaft entstehen Ansätze einer sozialen Ökonomie (»community economy«). So ist

beispielsweise in Frankreich aus einem Beschäftigungsprogramm für arbeitslose Jugendliche ein Netz von selbst verwalteten Kleinunternehmen entstanden. (Roland, WoZ, 25.11.1994) Während die ökonomische Selbsthilfe in Frankreich und Großbritannien gefördert wird, ist die Selbstverwaltungsszene in Deutschland und in der Schweiz aus den neuen sozialen Bewegungen nach 1968 und 1980 hervorgegangen. In der Schweiz zählen mindestens 600 neue Betriebe dazu. 90 sind im Netzwerk für Selbstverwaltung organisiert. Weiter fortgeschritten ist die Situation in England. Das hängt mit den großen entindustrialisierten Zonen zusammen, die rezessionsbedingt entstanden sind. Hinzu kommt die alte genossenschaftliche Tradition. Neue Betriebsgründungen knüpfen daran an.

Gegen Mitte des 19. Jahrhunderts gründeten in Rochdale bei Manchester ein paar Dutzend Arbeiterinnen und Arbeiter eine Kooperative. Sie wollten sich mit günstigen Lebensmitteln versorgen. Auf die Eröffnung des Ladens (1844) geht eine Genossenschaftsbewegung zurück. Ihr gehörten nach dem Zweiten Weltkrieg 13 Millionen Mitglieder an. (Gruber, WoZ, 25.11.1997) In 30 000 Läden setzte die britische Co-op damals ein Viertel der im ganzen Land verkauften Lebensmittel um. Heute sind es noch 4000 Läden, die auf einen Marktanteil von 7 Prozent kommen. Der Rückgang erfolgte vor allem in den achtziger Jahren (während der Regierungszeit von Margaret Thatcher). Supermärkte und Billigwarenketten überflügelten die Genossenschaften, die gegen Ende des 20. Jahrhunderts – mit teilweise neuen Ansätzen – wieder ins Gespräch kommen.

Im Gegensatz zum Detailhandel waren die Produktionsgenossenschaften in Großbritannien zwar nie sehr verbreitet. Einen Aufschwung erlebten sie durch die neue soziale Bewegung nach den rezessiven Einbrüchen. (Gruber ebd.) 1984 fand in London der erste alternative Wirtschaftsgipfel statt. Daraus entstand die

»New Economics Foundation« (NES). Sie fördert, von 2000 Mitgliedern getragen, eine soziale und ökologische Ökonomie. Konkrete Versuche sind – wie erwähnt – vor allem in entindustrialisierten Zonen entstanden. 1400 selbst verwaltete Betriebe bieten derzeit rund 10 000 Arbeitsplätze an. Hinzu kommen 300 »Local Exchange Trade Systems« (LETS) mit 20 000 Mitgliedern. Die Netzwerke haben eine eigene Währung. Sie unterstützen den Austausch von Gütern und Dienstleistungen. Was bei den meisten erfolgreichen Ansätzen einer sozialen Ökonomie auffällt, ist der hohe Anteil der tief entlöhnten und der freiwilligen Arbeit, die auch in andern Bereichen weit verbreitet ist.

Freiwilligenarbeit

Immer mehr soziale Einrichtungen müssen mit weniger Mitteln größere Probleme lösen. Das führt teilweise zu einer Überforderung, die jene zu spüren bekommen, die auf Hilfe angewiesen sind. Die Budgetkürzungen entfachen erneut eine Diskussion über freiwillige Tätigkeit in sozialen und anderen Berufen.

»Ohne freiwilliges Engagement für andere würden alle modernen Gesellschaften sofort zusammenbrechen«, bilanziert Ulrich Beck (1997:15). Er bezieht sich dabei auch auf die Vereinigten Staaten. 80 Millionen Amerikanerinnen und Amerikaner, also 45 Prozent der über 18-jährigen, engagieren sich Woche für Woche fünf Stunden und mehr für freiwillige Hilfeleistungen und wohl-tätige Zwecke. In Geldwert ausgedrückt: für 150 Milliarden Dollar. Neuere Studien belegen die große Bedeutung, welche die Freiwilligenarbeit in der Schweiz hat. In unserem Zusammenhang interessiert das Ausmaß der bereits freiwillig geleisteten Arbeit und die Frage nach weiteren Potenzialen. Sie ist allerdings nicht einfach quantitativ zu verstehen. Ob es Sinn macht, weitere freiwillige Ressourcen zu mobilisieren, hängt auch davon ab, wie die

bisherigen Erfahrungen zu bewerten sind. Ich beziehe mich dabei vor allem auf jenen Teil der freiwilligen Arbeit, der im Rahmen von sozialen Institutionen verrichtet wird. Dazu liegen konkrete Studien vor. Sie vermitteln wichtige Grundlagen zur Frage, ob (noch) mehr soziale Aufgaben freiwillig geleistet werden sollen. Der hier nicht berücksichtigte zeitliche Aufwand für Hausarbeit übersteigt in einigen Ländern jenen für offiziell entlohnte Arbeit. Laut der Organisation für Entwicklung und Zusammenarbeit (OECD) lässt sich in der Schweiz der Wert der Haus- und privaten Betreuungsarbeit auf über 100 Milliarden Franken veranschlagen. Hinzu kommt, was an individueller Nachbarschaftshilfe geleistet wird und materiell schwierig zu erfassen ist.

Die bezahlte Arbeit siedelt sich vorwiegend in der Produktion und der dafür notwendigen Infrastruktur an. Die unbezahlte Arbeit fällt mehrheitlich in den so genannten Reproduktionssektor. Die Haus-, Erziehungs-, und Beziehungsarbeit ist meistens nicht bezahlt. Eva Nadai und Beatrice Hess (1996:9) beschreiben in ihrer Nationalfondsstudie das freiwillige Engagement als Topos für die Gemeinschaft³³; es hat zu tun mit der im weitesten Sinne kommunitaristischen Debatte zum Verhältnis von Individualismus versus Gemeinsinn: die Freiwilligenarbeit als Mittel der Sozialintegration und »gegen die Tyrannei des Marktes« (Bellah 1992:57). Das Fazit der Studie lautet: Wer wenig Zeit hat, engagiert sich mehr. Typische Freiwillige im Sozialbereich sind gut ausgebildete, über vierzigjährige Frauen. Das durchschnittliche Engagement beläuft sich auf 16 bis 20 Stunden im Monat. Freiwillige sind oft schon durch Familie und Beruf stark belastet. 80 Prozent der befragten Frauen leben in einer Partnerbeziehung. 85 Prozent haben Kinder und gut die Hälfte ist erwerbstätig.

Wie viel Arbeit bereits freiwillig geleistet wird, belegt auch eine andere nationale Studie, die – von Isidor Wallimann (1993) koordiniert – von der Schweizerischen Gesellschaft für praktische

Sozialforschung (GfS) und der Höheren Fachschule im Sozialbereich Basel (HFS) durchgeführt wurde. Sie erhellt die Gratisarbeit, die Freiwillige innerhalb von öffentlichen Organisationen leisten. Die Ergebnisse weichen teilweise von denen von Nadai und Hess ab. Ich fasse sie hier zusammen und vergleiche einzelne Aussagen.

Im Sozialbereich sind hauptsächlich Frauen (73 Prozent) freiwillig tätig. In andern Bereichen dominieren die Männer (70 Prozent). Sie engagieren sich in Sportverbänden, politischen Parteien, Schulpflegen und kulturellen Vereinen. Am meisten vertreten sind die Altersgruppen zwischen vierzig und sechzig Jahren, die der Mittelschicht angehören. In den Bereichen, in denen die Männer überwiegen, machen die Selbständigerwerbenden und leitenden Angestellten zusammen 32 Prozent aus. Im Sozialbereich sind die Hausfrauen (57 Prozent) in der Mehrheit. Die so genannte Sandwich-Generation kümmert sich um Kinder und alte Menschen und verrichtet am meisten freiwillige Arbeit in sozialen Institutionen. Sie hilft bei der Begleitung von Behinderten, Kranken, Sterbenden. Die Mehrheit der Freiwilligen im Erwerbsalter sind auch laut Nadai und Hess (1996:38) erwerbstätig: 53 Prozent der Frauen und 88 Prozent der Männer. Gut die Hälfte der von ihnen befragten männlichen Freiwilligen hat im Beruf eine Kaderfunktion. Ferner sind die meisten Freiwilligen sozial gut integrierte Personen. Sie leben oft in so genannt intakten Familien. Je weniger Zeit jemand objektiv hat, desto mehr setzt er sich für Freiwilligenarbeit ein, lautet ein Fazit.

23 Prozent der Schweizerinnen und Schweizer zwischen 20 und 85 Jahren leisten nach Wallimann (1993) freiwillige Arbeit im Rahmen einer Organisation. Sie tun dies während durchschnittlich acht Stunden pro Monat. Von allen Erwachsenen engagiert sich jede zehnte Person im Sozialbereich. In den Kantonen Basel-Stadt und Baselland sind es beispielsweise rund 13 100 Freiwillige. Sie kommen auf über eine Million Jahresstunden. Bei einem Stun-

denansatz von vierzig Franken ergäben sich Lohnkosten von rund 50 Millionen Franken. Viele Freiwillige sind – öfters länger als zehn Jahre – in Kirchgemeinden aktiv. Hier ist eine hohe Kontinuität feststellbar. Verändert hat sich das karitative Verständnis. Nach ihrer Motivation befragt, weisen Freiwillige auf das Bedürfnis hin, soziale Verantwortung zu übernehmen, andere Leute kennen zu lernen, sich mit Randgruppen auseinander zu setzen, Anerkennung zu finden oder einen Ausgleich zur beruflichen Arbeit zu suchen. Weitere Antworten deuten das Interesse an, auf dem Laufenden zu bleiben und einen späteren Einstieg ins Erwerbsleben vorzubereiten. »Wo soll ich mir denn sonst mein Lob holen?«, fragt eine Frau. Eine andere erklärt: »Wenn ich mich so mit Problemen beschäftige, vergesse ich meine eigenen.« Sie spricht damit das »Helfersyndrom« an, das vor allem dann problematisch ist, wenn sich Wohltätige für barmherzig halten. Aber diese Haltung ist je länger, desto weniger anzutreffen. Wer sich bewusst ist, dass er beim Helfen auch sich selber hilft, verhält sich weniger paternalistisch.

Als häufigste Motive für das freiwillige Engagement erwähnen Nadai und Hess (1996:28) die soziale Integration (gesellschaftliche Anerkennung), die Kompensation (Bildungsbedürfnis, Horzonterweiterung, Ausdehnung von Handlungsspielräumen, gesellschaftlicher Status) und ein Gesellschaftsethos, das die Freiwilligenarbeit als moralische Pflicht zum Ausgleich zwischen Privilegierten und Schwächeren betrachtet. Für die meisten Freiwilligen ist laut Wallimann (1993) Kreativität und Geselligkeit wichtiger als Edelmüt. Sie wollen sich nicht aufopfern, um die Sinnfrage vordergründig zu bewältigen. Das schlechte Gewissen verliert an Bedeutung. Dadurch ergeben sich auch klarere Ansprüche an die sozialen Institutionen. Gefragt sind Informationen, Weiterbildung und konkrete Aufgaben. Freiwillig Tätige beklagen sich, in Altersheimen eher unter- und in psychiatrischen Einrichtungen eher über-

fordert zu werden. Wenn Freiwillige die Möglichkeit haben, sich angemessen einzubringen, dann können sie – dank ihrer Distanz – Organisationen auf blinde Flecken aufmerksam machen.

Die Freiwilligenarbeit erweitert das Know-how- und den Horizont der Beteiligten. (Biderbost 1997:7) Ein wichtiges Motiv ist das Anliegen, sozialpolitischen Einfluss zu nehmen. Aus einer noch unveröffentlichten Studie, die Rychener Kirsti am Soziologischen Institut der Universität Zürich zum Thema »Freude am Helfen« durchgeführt hat, geht hervor, dass ein Engagement – nebst der eigenen Bereitschaft – auch von der PR-Politik von Institutionen abhängt: 31 Prozent der in der Bewährungshilfe Tätigen haben sich aus Eigeninitiative gemeldet, 39 Prozent auf Zeitungsmeldungen hin. 15 Prozent wurden persönlich angesprochen. Von allen waren 81 Prozent schon für andere Hilfsbedürftige tätig. Beispiele für einen freiwilligen Einsatz sind – über den institutionellen Sozialbereich hinaus – auch städtische Beamte, die eine Arbeitswoche bei einer Bergbauernfamilie verbringen, Versicherungsangestellte, die ein Jugendlager mitorganisieren, Kaufleute, die regelmäßig Besuche in Altersheimen machen oder Computerfachleute, die Wohnungen für sozial Benachteiligte suchen. (Biderbost 1997:46) Die Freiwilligenarbeit erhöht die berufliche Qualifikation. Sie erleichtert auch den Wiedereinstieg ins Erwerbsleben. Der Arbeitsplatz- und Sozialabbau führen allerdings zu einer Zunahme der Gratisarbeit, die gerne wieder ins Private verdrängt wird. Die unbezahlte Arbeit, die nach wie vor überwiegend von Frauen geleistet wird, ist ein wichtiges Fundament der gesamten Ökonomie.

Monika Stocker (Tages-Anzeiger, 10.9.97) bezeichnet soziale Einsätze als wichtiges Lernangebot. Menschen können, indem sie etwas Sinnvolles tun, neue Fertigkeiten erproben. Dazu müssen aber altgediente Institutionen bereit sein, Raum für Eigeninitiative zu gewähren. Sie sollen Spesen großzügig entschädigen, die Frei-

willigen versichern, die geleistete Arbeit sichtbar machen, nach Abschluss eines Projektes eine qualifizierende Bescheinigung ausstellen, den Steuerabzug für Sozialeinsätze regeln und bei der Alters- und Hinterbliebenenversicherung (AHV) auf die Gutschreibung eines Sozialbonus drängen. Wenn soziale Einsätze attraktiv und anspruchsvoll sind, ersetzen sie – wirklichkeitsnah – künstliche Planspiele und Bildungsangebote. Nach Auffassung der Soziologin Katharina Ley (1990:38) verdeckt die freiwillige Arbeit die gesellschaftlich notwendige. Sie ist Lückenbüßerin und mildert soziale Probleme, die, wie die Vereinzelung, strukturelle Lösungen erfordern.

Nadai und Hess (1996:43ff.) würdigen die Freiwilligenarbeit als gelebte Solidarität und bezeichnen sie als Gegenentwurf zur rationalisierten Berufswelt. Der Verzicht auf Lohn schafft die Voraussetzung für eine besondere Qualität der Freiwilligenarbeit. Die erworbenen Qualifikationen sind jedoch kein Schlüssel zu einem Arbeitsmarkt, der sich an anerkannten Ausbildungen und Titeln orientiert. Solange neben der Berufs- und Familienarbeit das freiwillige Engagement ungleich zwischen den Geschlechtern verteilt bleibt, akzentuiert die Freiwilligenarbeit die Benachteiligung der Frauen. Auf individueller Ebene kann sie sehr wertvoll sein, auf der strukturellen beinhaltet sie unter den aktuellen Bedingungen die Gefahr, die Ungleichheit zu zementieren. Um die Chancen der Freiwilligenarbeit als sinnvolle Ergänzung zur Erwerbsarbeit und privaten Haus- und Familienarbeit besser zu nutzen, schlagen Nadai und Hess (ebd.) einen AHV-Bonus, einen Steuerabzug und eine amtliche Erfassung der Freiwilligenarbeit vor. Den Organisationen empfehlen sie, den freiwillig Tätigen die Spesen zu entschädigen sowie einen Versicherungsschutz und eine qualifizierende Weiterbildung zu bieten.

Die Sozialarbeiterin Judith Giovanelli-Blocher (TA, 1.3.1994) plädiert dafür, die Solidarität aufzuwerten, Privilegien auszuglei-

chen und die Beziehungs- und freiwillige Sozialarbeit auf beide Geschlechter zu verteilen. Der Gefahr, Freiwillige als Sparübung dort einzusetzen, wo professionelles Handeln nötig ist, will sie mit fachlichen (statt berufspolitischen) Argumenten entgegentreten. Der Nachweis der besonderen Effizienz der gründlich Ausgebildeten rechtfertigt ihrer Meinung nach eine klare Trennung der Aufgaben und Rollen.

Die VPOD-Vertreter Michael Jordi und Hansruedi Ötiker (1992:14) legen der freiwilligen Tätigkeit einen neuen Arbeitsbegriff zugrunde. Dieser umfasst die bezahlte und unbezahlte Arbeit. Die freiwillige Tätigkeit muss Teil einer neuen Zeitorientierung sein. Dies im Sinne einer Umverteilung von Haus- und Lohnarbeit auf Männer und Frauen. Die Verkürzung der Erwerbszeit ermöglicht allen mehr Sozialzeit. So öffnet sich der Türspalt zwischen freiwilliger und beruflicher Arbeit. Ein Recht auf Arbeit könnte die von Isidor Wallimann befürchtete Konkurrenz zwischen Freiwilligen und Arbeitslosen zumindest abschwächen.³⁴

Die freiwillige Arbeit ist teilweise in der Lage, herkömmliche Leistungssysteme zu ergänzen und zu verbessern. Es gibt Institutionen, bei denen Freiwillige jeden gespendeten Franken verdreifachen. Trotzdem sind diese Tätigkeiten kein billiger Ersatz für staatliche Sozialleistungen und berufliche Sozialarbeit. Sie dürfen auch nicht dazu missbraucht werden, bestehende Machtgefälle zwischen Männern und Frauen zu verfestigen. Statt bisherige Sicherungssysteme zu unterlaufen, ist bei neuen sozialen Aufgaben zu prüfen, was sich auf freiwilliger Basis leisten lässt. Ich denke beispielsweise an die Integration Hochbetagter. Wenn der Bund seinen Verfassungsauftrag der materiellen Hilfe erfüllt, dann sind die Basiseinheiten besser in der Lage, für die ergänzende Unterstützung aufzukommen. Viel versprechende Ansätze einer Sozialzeit für alle tendieren darauf, diese gesellschaftlich notwendigen Arbeiten auf möglichst viele Schultern zu verteilen.

Sozialzeit

Bei der Sozialzeit handelt es sich um eine Idee, die das gegenseitige Helfen wieder zur Selbstverständlichkeit machen will. Gemeint ist »diejenige Zeit, die jede Person zu leisten hätte und auch in gleicher oder ähnlicher Form bei Bedarf anfordern könnte«. (Biderbost 1997:11) Ich weise hier auf ein paar konkrete Vorschläge hin. Sie fußen auf Interviews, die ich mit Beteiligten an Sozialzeit-Projekten gemacht habe.

»Not macht erfinderisch.« Mit diesem Ausspruch eröffnete der Winterthurer Stadtrat Ernst Wohlwend im Januar 1995 eine Tagung zum Thema »Sozialzeit«. Auf Einladung des Sozialdepartementes debattierten in Winterthur 150 Fachleute über Beispiele aus der Praxis in der Schweiz und im süddeutschen Raum. Ich greife einzelne auf.

In Zug hat die Pro Senectute ein Nachbarschaftshilfe-Projekt initiiert. Das Prinzip ist einfach: Zunächst wurde eine Vereinigung gegründet. Beitreten kann, wer will. Die freiwillige Einschreibgebühr beträgt zwanzig Franken. Jedes Mitglied verrichtet soziale Arbeiten und erhält dafür Zeitgutschriften. Diese lassen sich bei Bedarf einlösen. Die Angebote sind vielfältig. Sie beinhalten leichte Hausarbeiten, Besuchs- und Fahrdienste, administrative Arbeiten, Beratungen, Kinderbetreuung sowie Nachtwache. Gegen ein Entgelt können auch Nichtmitglieder Leistungen beanspruchen. Die Pro Senectute stellt die Infrastruktur zur Verfügung und garantiert die Kontinuität, wie die Leiterin des Haushilfedienstes in Winterthur berichtete.

In Baden-Württemberg bestehen laut Johannes Pflüger, dem ehemaligen Bürgermeister von Steinen, bereits zwölf Genossenschaften von älteren Menschen mit teilweise ähnlicher Zielsetzung. So ist in Eigenarbeit aus alter Bausubstanz eine Begegnungsstätte entstanden. Mit »zugehender Beratung« gehen rüstige Alte

auf andere zu, die hinter verschlossenen Türen vereinsamen. Bewährt hat sich die selbst organisierte Tagesbegleitung, die ohne lange Wartezeiten funktioniert. Für die Zeitgutschrift, die eine fünfzigjährige Frau für einen Tageseinsatz bekommt, kann ihre Schwiegermutter während der ganzen Woche in der Gemeinschaft weilen.

»Solidarisch mit Angehörigen« heißt ein Gemeinschaftsprojekt im Landkreis Esslingen. Es dient dem Austausch unter Pflegenden. »Ich habe es nicht als Krankheit empfunden, sondern als ob meine Ehe nicht mehr funktioniert«, erklärt Frau H. Die Selbsthilfegruppe hilft ihr, die demenziellen Syndrome ihres Mannes anders zu verstehen. »Pflegende Menschen wachsen über sich hinaus mit der Gefahr, sich zu überfordern und zu schädigen«, deutet die Psychologin Irene Steiner-Himmel. Wer sich in einen Kreis von Gleichen eingebunden weiß, muss sich keine »Hornhaut auf der Seele« wachsen lassen.

Dass die Altersarbeit am Anfang von Sozialzeit-Projekten steht, erstaunt Richard Züsli von der Winterthurer Stelle für Altersarbeit nicht. Wichtig ist es, die Arbeit im Hintergrund sichtbar zu machen und auf weitere Gebiete auszudehnen. Ein »Talent-Experiment« koordiniert der Unternehmer Peter Christen. Anstelle des üblichen Geldkreislaufes ist ein Tausch vorgesehen, der die verschiedensten Güter und Dienstleistungen umfasst. Blumen lassen sich gegen ein Horoskop oder Zwiebeln erwerben. Mit eigener Währung wird über ein Zentralkonto abgerechnet, das sich auch überziehen lässt. Die Informationen über Angebot und Nachfrage finden sich in der »Talent-Zeitung«. Ein lokales Tauschhandelsystem »LETS« (Lokal Exchange Trading System), das bereits vor zehn Jahren in Kanada und England entwickelt wurde, besteht neuerdings auch in Genf. Arbeitslose haben sich zu einem Netzwerk zusammengeschlossen, listen ihre eigenen Angebote, Fähigkeiten und Nachfragen auf und tauschen diese aus. Die Verrech-

nung vollzieht sich über Kreditkarten mit eigener Währung und über ein zentrales, zinsfreies Zeitkonto.

»Ich habe von all den Genossenschaftsprojekten mehr gelernt als von der jahrelangen Altersdebatte in der Verwaltung«, stellte Konrad Hummel vom Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Sozialordnung (Baden-Württemberg) fest. Zu den größten Gewinnen gehört eine neue Verbindlichkeit. Die einfachen Tauschsysteme bieten mehr Anreize für neue Werte. In der Genossenschaft engagieren sich alle Mitglieder enorm. Diese Projekte dürfen allerdings nicht dazu missbraucht werden, die soziale Sicherung zu privatisieren und zu unterlaufen. Kürzungen an den bestehenden Versicherungen sind unakzeptabel. Die Abnahme familiärer Bande und die Zunahme der Vereinzelung erfordern neue Formen der Hilfe. Dies in Ergänzung und nicht als Ersatz zum Vorhandenen. Statt vom Schreibtisch aus neue Stellen zu planen, gilt es, innovative Wissensbörsen anzuregen und den alten Tante-Emma-Laden zu verteidigen.

Damit sich möglichst alle Menschen Sozialzeit leisten können, plädiert Monica Budowski, Autorin des Buches »Bezahlte Laienhilfe und freiwillige Nachbarschaftshilfe«, für eine andere Verteilung und Bewertung der Erwerbs- und Hausarbeit. Eberhard Ulich, Professor für Arbeitspsychologie an der ETH Zürich, hält dafür, einen Sozialdienst für alle Jugendlichen einzuführen. Andere Sichtweisen machten geltend, dass eine erzwungene Sozialzeit die Arbeitsqualität mindert. Ein Kompromissvorschlag tendiert auf ein verbindliches Minimum und auf attraktive Anreize. Denkbar wäre ein Bonus-Malus-System, das bestimmte Leistungen nur für jene vorsieht, die einen zusätzlichen Beitrag erbringen. Was die mögliche Ausgestaltung betrifft, gibt es noch viele Fragen bezüglich der Anrechnung, Gültigkeit und Übertragbarkeit.

Salomon Biderbost (1997:12) kann sich »nicht vorstellen, dass Politiker den todbringenden Verkehr so rücksichtslos fördern

würden, wenn sie ihre Kinder selbst in den Kindergarten und in die Schule brächten«. Er betrachtet die Sozialzeit als Chance, den Faktor Zeit und die Bedeutung der sinnlichen Wahrnehmung neu zu bewerten. Zur Veranschaulichung dienen folgende zwei Beispiele:

Der Sozialdienst der Zürcher Justiz hat einen Freiwilligendienst für die Betreuung von Straffälligen aufgebaut. Zu den Prinzipien gehören eine sorgfältige Vorbereitung, Spesenentschädigung, Einsatzbestätigung, Praxisbegleitung, Auflistung der Freiwilligenarbeit im Jahresbericht, Weiterbildung für Freiwillige. 150 Freiwillige arbeiten mit. Davon sind zwei Drittel Frauen. Sie betreuen 300 Straffällige und nehmen an vierzehntäglichen Besprechungen teil. Die Spesen werden vergütet, die Versicherungen geregelt. Auf Wunsch werden auch Referenzen erstellt. Der Kantonsrat hat aber einen Steuerabzug für Freiwilligenarbeit abgelehnt.³⁵

Ein zweites Beispiel ist die »Sozialzeit in der Schule«. (Biderbost 1997:55) Zum einen sollen die Schülerinnen und Schüler selber während bestimmten Zeiten einen Sozialdienst leisten, um so ein Verständnis für soziale Verpflichtungen zu entwickeln und den Blick für die Bedürfnisse von Menschen zu schärfen, die nicht auf Rosen gebettet sind. Die Sozialzeit kann als Besuch von Betagten, als Betreuung kleiner Kinder oder auch in der Landwirtschaft und in der Freizeitgestaltung »absolviert« werden. Zum andern sollen Pensionierte ihrerseits in der Schule ihr berufliches Wissen einbringen, Nachhilfedienste anbieten oder einen Mittagstisch organisieren.

Wichtig ist, dass die Sozialzeit-Konzeptionen keine Qualitätsstandards aushöhlen. Das zeigen Erfahrungen mit den spital-externen Diensten. Wo professionelle Arbeit durch freiwillige ersetzt wird, besteht die Gefahr, dass nur bestimmte Bedürfnisse abgedeckt werden. Das verfestigt einseitige Abhängigkeiten. Zu-

fallsstrukturen entstehen, wenn auf Kontinuität kein Verlass ist. Das mindert die Leistungsqualität und Selbständigkeit, was wiederum die Kosten erhöht. Daher muss die gewiss viel versprechende Konzeption Sozialzeit reiflich bedacht werden.

Was den »Pflegerotstand« betrifft, mit dem die Sozialzeit oft begründet wird, hat die Basler Ärztin Daniela Schlettwein-Gsell vorliegende Berechnungen schon verschiedentlich in Zweifel gezogen. So hat sich beispielsweise herausgestellt, dass schwere Verhaltensstörungen gehäuft bei Menschen auftreten, welche in ihren Familien sehr dominant waren. Dieser autoritäre Typus verschwindet aber allmählich. Zudem ändert sich das Rollenverhalten. Wer gewohnt ist, häusliche Arbeiten zu verrichten und soziale Fertigkeiten zu pflegen, weiß auch im Alter mehr mit sich anzufangen. Der Sozialwissenschaftler Pierre Gilliard (1997:20), Professor in Lausanne, drängt darauf, die Pflegeberufe aufzuwerten und Lücken professionell zu schließen.

Neben der Erwerbszeit und der Freizeit ist mit Sozialzeit also eine dritte Zeitkategorie gemeint, die dazu dient, gesellschaftlich nützliche Arbeit organisiert zu erledigen. Sie beinhaltet auch einen systemkritischen Ansatz. Die einen wollen mit der Sozialzeit sozialstaatliche Anstrengungen ersetzen, andere wollen diese bloß ergänzen. Wieder andere betrachten die Sozialzeit als Chance für eine ökosoziale Umgestaltung der Gesellschaft. Jedenfalls dynamisiert die Kontroverse die sozialpolitisch relevante Debatte über Subsidiarität und Solidarität. Meines Erachtens beinhaltet die Sozialzeit die Chance, mit einer entsprechenden sozialen Infrastruktur das persönliche Engagement besser zu verteilen und erheblich zu steigern. Die Sozialzeit ermöglicht vielen Menschen einen vertieften Einblick in den sozialen Bereich. Diese sinnliche Erfahrung halte ich für eine große Hoffnung. Sie fördert das zwischenmenschliche Verständnis.

Netzwerke

Es gibt zahlreiche Versuche, basisorientierte und zivilgesellschaftliche Ansätze miteinander zu verknüpfen. Sie gewinnen im Zeitalter der Globalisierung an Bedeutung. Ein »Netzwerk« besteht zunächst aus einer Anzahl von Beteiligten, die miteinander verbunden sind. Das können Individuen, Haushalte, Familien, Zweckverbände, andere soziale Gruppen, lokale oder regionale Einheiten sein. (Schweizer 1989:1) Soziale Netzwerke sind spezifische Webmuster alltäglicher sozialer Beziehungen. (Keupp/Röhrle 1987:7) Die Auflösung traditioneller Lebenskontexte und vorgezeichneter Lebensweisen verändern und erschweren bestandene Beziehungen. Die veränderte soziale Qualität schafft aber Raum, neue Lebensformen zu erproben und Bedürfnisse nach Nähe, solidarischen Beziehungen, Überschaubarkeit und Unmittelbarkeit zu verwirklichen. Die Netzwerkforschung untersucht die Beziehungen verschiedener Alltagswelten. Sie fragt, wie eine Sozialpolitik ausgestaltet sein muss, damit sie identitätsstiftende Prozesse ermöglicht und tragfähige Netze fördert statt überlastet. Netzwerke beinhalten vielfältige Verzweigungsmöglichkeiten, die in Primärgruppen kaum bestehen. Auch lose und schwache soziale Verbindungen können selektiv höchst wirksam sein. (Rogers 1992) Die Netzwerkanalyse eignet sich, das »soziale Kapital« (Bourdieu 1983:183ff.) besser zu fassen.³⁶

Den Kern des alternativen Milieus bilden die selbst organisierten Projekte. Sie versuchen, durch veränderte Formen des Arbeitens und Zusammenlebens neue Wertvorstellungen möglichst »subito« umzusetzen. Das geschieht in Handwerks- und Dienstleistungsprojekten, Schreinereien, Buchläden, Begegnungsstätten, pädagogischen Initiativen, Zeitungs- und Verlagsprojekten, Therapie-, Frauen- und Männergruppen. (Brand 1982:181) Die Vernetzung einzelner Ansätze zu einer sozialen Infrastruktur ge-

genkultureller Lebenszusammenhänge verankert die Alternativbewegung. Sie bündelt die vielen Versuche zu einer gemeinsamen Stoßkraft. Dabei geht es um die Ausweitung von Freiräumen, teilweise auch um Gegenmacht.

Innovative Zukunftsentscheidungen gehen eher selten von den etablierten politischen Kreisen aus. (Burmeister 1991:9) Bürgerinitiativen und Selbsthilfegruppen entfalten in ihren Aktionen und Handlungsformen vielfach eine Innovationskraft. Sie verfügen über eine Kreativität, die in etablierten Institutionen oft fehlt. Wichtige Impulse ergeben sich aus der Verknüpfung der Basisaktivitäten.

Die technische Vernetzung der Welt begünstigt die Verbindungsstrukturen. Die Netzwerke erhalten eine zunehmend globale Dimension. »Loggen Sie sich ein: Ungefähr 35 Millionen Nachbarn warten auf Sie«, heißt es beispielsweise in einer »Netzwerk«-Kolumne der »Zeit« (2.5.1997). Sie fragt, ob das Internet die Entfremdung der Menschen vollende. Die Rede ist von einer Studentin, die, isoliert in einem Computerlabor in Helsinki (Finnland), einen Asthmaanfall erlitt und über Internet beziehungsweise über Dallas (Texas) endlich Hilfe erhielt; der über Dallas informierte finnische Notfalldienst rettete sie vor dem Erstickungstod. Netzwerke sind also Keimzellen neuer Kommunikations- und Organisationsformen. Sie streben eine möglichst enthierarchisierte Kooperation an.

Die erwähnten Dienstleistungsbörsen verbreiten sich derzeit über den Alternativsektor hinaus. Sie ermöglichen den unentgeltlichen Austausch von Leistungen aller Art. Da wird etwa das Ausfüllen einer Steuererklärung gegen zwei Stunden Musikunterricht getauscht. Für die einen ist die Beteiligung eine bereichernde Spielerei, für andere eine existenzielle Notwendigkeit. Das zeigt das Beispiel einer Dienstleistungsbörse, die in Basel-Stadt von Studierenden der Höheren Fachschule für Soziale Arbeit (Butz 1996)

aufgebaut wurde und nun vom Schweizer Roten Kreuz weiter betrieben wird.

Die »Netzwerk-Selbsthilfe« fördert viele sozialarbeiterische und therapeutische Projekte. Sie zielen beispielsweise auf die Revitalisierung bedrohter Stadtviertel oder die Selbstorganisation psychisch Erkrankter ab. Die oben erwähnten organisatorischen Netzwerke funktionieren primär auf der Sachebene. Die Projekte der neuen sozialen Bewegungen betonen hingegen die emotionalen und prozessorientierten Inhalte. Sie sind ebenso wichtig wie die materiellen Interessen. Diese Erfahrungen macht sich auch die Wirtschaft immer mehr zu eigen. Ein Zusammenhalt konstituiert sich aus mechanischen und organischen Elementen. Die lokalen, regionalen und internationalen Netzwerke reagieren mit zunehmendem Erfolg auf die Tendenzen der Individualisierung und Globalisierung.

Ordnungsversuche

Ich gehe hier auf Ordnungsversuche ein, die das Verständnis des sozialen Wandels und verschiedener Formen der Selbstorganisation fördern. Brand (1982:50ff.) hat eine Typologie zur Entstehung und Bedeutung der neuen sozialen Bewegungen entwickelt. Er unterscheidet im Wesentlichen zwischen den zyklischen und den linear-evolutionären Ansätzen. Die zyklischen Ansätze werden von Linder (1987b) weiter ausgeführt. Huber (1988:425) unterscheidet die langen Wellen nach den technischen Basisinnovationen, die für soziale Bewegungen konstituierend sind: Erstens die Mechanisierung der Textilindustrie und der Ersatz von Holz durch Kohle und Eisen (1875–1890), zweitens das Aufkommen von Eisenbahn und Dampfschiffahrt (1850–1895), drittens die Elektrifizierung und Chemisierung (1895–1935), viertens die Massenmotorisierung und das Ölzeitalter (ab Ende des Zweiten

Weltkrieges), fünftens die derzeitige Massencomputerisierung. Die zyklischen Ansätze reagieren auch auf die Dominanz der Bürokratie. Diese verstärkt das Suchen nach Nischen, in denen anti-etatistische und antiindustrielle Protestbewegungen entstehen. Bei den linearen Ansätzen gibt es – nebst politisch-institutionellen Erklärungsversuchen – vor allem zwei Stränge der Begründung. Der eine bringt die sozialen Bewegungen mit den steigenden Ansprüchen (»rising demands«) in Verbindung, der andere begreift sie als Reaktion auf verschärfte Problemlagen (»need defence«).

Auf »rising demands« beziehen sich Theorien des Wertewandels (Inglehart), der sozialen Grenzen des Wachstums (Hirsch), der hedonistischen Ethik (Bell) sowie der staatlich produzierten Anspruchsdynamik (Klages). Die letzteren werden derzeit im Zusammenhang mit der aktuellen Debatte über »New Public Management« (NPM) thematisiert. Helmut Klages (1997:233) interpretiert das wachsende Interesse an Politik nicht als Zeichen der Mündigkeit, sondern als Zeichen der Ungeduld von Bürgerinnen und Bürgern. Diese werden zunehmend als Kundschaft behandelt und verhalten sich entsprechend. Die passive Konsumhaltung begünstigt die Staatsverdrossenheit. Der Staat wird streng daran gemessen, wie gut er die Bedürfnisse der Bürger befriedigt. Klages (1997:241) geht ansonsten nicht davon aus, dass sich im großen Ganzen das Sozialklima verschlechtert hat. Er verweist auf ein hohes Maß an Nachbarschaftskontakten, Hilfsbereitschaft, Umweltbewusstsein und Toleranz. Die Mobilisierung der Anspruchshorizonte der Bevölkerung hat seiner Auffassung nach nicht wegen, sondern trotz des Wertewandels stattgefunden.

Auf die verschärften Problemlagen beziehen sich Theorien zu Gesellschaftswandel und Kulturkrise (Löwenthal), zur Krise der industriellen Zivilisation (Raschke), zur Kolonisierung der Lebenswelt (Habermas), zur Gefährdung der personalen Identität (Horn/Breuer), zur Heterogenisierung sozialer Konflikte (Hirsch)

sowie zum ökosozialen Umbau (Gorz/Huber). Die Entfaltung der bürgerlichen Gesellschaft (Elias) hat, was die Bange um die Identität betrifft, nebst einem staatlichen Handlungsmonopol und psychischen Disziplinierungsapparat den handelnden Einzelsubjekten eine relative Autonomie gebracht. Die ökonomische Konzentration, politische Zentralisation, materielle Verrechtlichung und bürokratische Vermittlung unterlaufen jedoch Bedingungen der personalen Identität. (Brand 1982:101) Anonym herrschende Institutionen machen Abhängige hilflos. Die ordnungspolitische Aufrüstung verstärkt die psychische Abwehr und den Widerstand, der auch durch die Heterogenisierung sozialer Konflikte gefördert wird. Um Gewinne zu sichern und die Verwertung zu verbessern, muss sich das Kapital im Weltmaßstab stets neu orientieren und über quasi natürliche Engpässe hinwegsetzen. Das tangiert soziale und ökologische Grundlagen. Der Staat muss entsprechend seine Anstrengungen erhöhen, um den Zusammenhang einer sich teilweise auflösenden Gesellschaft zu gewährleisten. Er mutiert zum integralen Sicherheitsstaat. Soziale Bewegungen formieren sich gegen dessen Auswüchse. Die globalisierungsbedingte Aufweichung nationalstaatlicher Grenzen verändert allerdings diese Konstellation. Sie erhöht das Interesse an einer starken Politik, die ein Korrektiv zur Machtballung der Wirtschaft sein kann.

Was die theoretische Fundierung der keineswegs neuen Selbsthilfediskussion betrifft, sind recht unterschiedliche Ansätze feststellbar. Ein erster Strang befasst sich mit der Zukunft sozialer Arbeit. Mit Bezug auf »die nachindustrielle Gesellschaft« (Bell 1975) und die Expansion professionalisierter Dienste formulieren Bernhard Badura und Peter Gross »sozialpolitische Perspektiven« (1976). Darin bezeichnen sie die Selbsthilfe als sozialpolitische Perspektive einer Re-Laisierung und Bändigung der Kostenexplosion durch mehr Eigenverantwortung. Verschiedene Ansätze der sozialarbeiterischen Gemeinwesenarbeit bauen den Gedanken der

politischen Partizipation aus. (Reis 1985:13) Die aktive Beteiligung der Basis zielt auf eine weitgehende Dezentralisierung ab. Sie soll die gemeinwesenorientierte Sozialarbeit höher qualifizieren, die Zusammenarbeit mit der professionellen Sozialarbeit befruchten und die Effizienz staatlicher Steuerungsleistungen erhöhen. Um die Wirksamkeit sozialer Netze zu verbessern, plädieren Eckart Pankoke (1986:97) und Berthold Becher (1986:129) dafür, die sozialen Systeme enger zu verflechten und die Mitbestimmung aller Beteiligten auszuweiten.

Mehr psychologisch und mikrosoziologisch orientiert ist ein zweiter Diskussionsstrang. Lukas M. Moeller (1978:203) nutzt die psychoanalytische Erforschung der Kleingruppen-Dynamik für Selbsthilfeinitiativen. Ohne die Bedeutung der Befragung von Fachleuten in heiklen Phasen zu negieren, vertraut er im Wesentlichen auf die Selbstkompetenz der Problembetroffenen. »Erfahren statt Geführtwerden« lautet sein Motto. Er unterscheidet psychologisch-therapeutische Selbsthilfegruppen von medizinischen, bewusstseinsverändernden, lebensgestaltenden, arbeits-, lernbeziehungsweise ausbildungsorientierten Selbsthilfegruppen. Als weitere Kategorie zählt er auch Bürgerinitiativen dazu, bei denen er – über die Gruppendynamik hinaus – vor allem auf die politische Bedeutung beziehungsweise die Schlüsselstellung der Demokratisierung hinweist. Auch Alf Trojan und Christiane Deneke (1985:38) untersuchen die Ebene des Gruppengeschehens. Sie weisen auf erhebliche Selbsthilfe-Leistungen im Gesundheitsbereich hin, welche die sozialstaatlichen nicht ersetzen, aber ergänzen und teilweise korrigieren. (Reis 1985:14)

Joseph Huber (1987) und Vilmar/Runge (1986) vertreten einen systemkritischen Ansatz. Bestimmte Formen der Selbsthilfe diskutieren sie als Ausdruck einer neuen sozialen Bewegung, ja sogar als Ausdruck einer breiten Befreiungsbewegung. Sie verstehen diese Selbsthilfe auch als Moment und Modell einer Selbst- und

Sozialveränderung. Projektarbeiten, Selbsthilfe- und Bürgerinitiativen sind (Übungs-)Felder für neuartige politische Erfahrungen. Sie tragen dazu bei, globale ökologische und ökonomische Krisenerscheinungen des Wohlfahrtsstaates anzugehen. (Reis 1985:16) Kleinräumigkeit, Selbstbetroffenheit und Eigenkompetenz helfen, bürokratisierte und verrechtlichte Strukturen in Staat und Wirtschaft zu überwinden.

Die erwähnten Ansätze versuchen, das soziale Phänomen der Selbsthilfe in seinen empirischen und sozialpolitischen Dimensionen zu verorten. Eine vierte Gruppe zielt stärker auf die Erarbeitung eines allgemeinen Analyserahmens ab. Dieser soll es erlauben, die neuen sozialen Bewegungen im Kontext umfassender gesellschaftlicher Entwicklungen zu interpretieren. Dazu gehört Jürgen Habermas' Kritik an der »Kolonisierung der Lebenswelt«, die er in seiner »Theorie des kommunikativen Handelns« (1981) entwickelt hat und in seiner Skizze über »Die Neue Unübersichtlichkeit« (1985) weiter ausführt. Die Dynamik der Moderne befreit das Individuum von Zwängen traditionaler gesellschaftlicher und kultureller Bedingungen. So entstehen neue Kapazitäten »produktiver Subjektivität«. Desintegration sowie der Verlust von Sicherheiten und sinnstiftenden Wertvorstellungen wirken jedoch hemmend. Sie führen zu weiteren Regulationsmechanismen, die sich wiederum von ihren Trägern, den Menschen, entfernen. Dadurch geraten Lebenswelt und System aus der Balance. Die abstrakte Rationalität systemischer Notwendigkeiten kolonisiert die Lebenswelt. Die Dysfunktionalitäten bedeuten Sinnverlust und existenzielle Leere. Als Reaktion darauf entstehen (soziale) Bewegungen. Sie bringen den Widerstand der Lebenswelt zum Ausdruck.³⁷

Jürgen Plachke (in: Senft 1990:24) unterscheidet ferner fünf verschiedene Erscheinungsformen der Selbsthilfe im sozialen Dienstleistungssektor: Erstens die neoliberal-restaurative Form

der individuellen Selbsthilfe. Sie funktioniert nach marktwirtschaftlichen Prinzipien und befindet sich im Gegensatz zu wohlfahrtsstaatlichen Ideen. Zweitens der konservativ-stabilisierende, hilfreiche Beistand des Wohlfahrtsstaates und des intermediären Sektors. Er unterstützt primär die individuelle Selbsthilfe in traditionellen Familien und kleinen Gruppen. Drittens die kollektive Selbsthilfe als zweckrationale Handlung von benachteiligten Situationsgruppen und Risikogemeinschaften im Wohlfahrtsstaat. Sie zielt auf eine systemimmanente Verbesserung der Lebenslagen ab. Viertens die kollektiv-solidarische, soziale Aktion als emanzipatorische Problemlösungsstrategie. Sie versucht bei der Problembearbeitung die gesellschaftlichen, wohlfahrtsstaatlichen Bedingungs- und Wirkungszusammenhänge zu verändern. Fünftens die kollektiv-solidarische Selbstorganisation. Sie tritt in autonomen Kleingruppen und Netzwerken der Basisbewegung in Erscheinung. Die sozialromantisch-utopischen Lebensalternativen setzen bei der personalen Selbstveränderung an und schreiten zur sozialen Veränderung des bürokratischen, wachstumsorientierten Wohlfahrtsstaates fort.

Nach meinem Dafürhalten sind diese Typisierungsversuche eine hilfreiche Orientierung. Sie ermöglichen eine Annäherung an eine soziale Realität, die allerdings viel komplexer ist. Die Typen übersteigern einzelne Ausschnitte. Das führt zu Vereinfachungen. Die Abgrenzungen vernachlässigen die vielfältigen Überlappungen. Umgekehrt darf die Betonung der Gemeinsamkeiten nicht über die verschiedenen Absichten hinwegtäuschen, die hinter einzelnen Typen der Selbsthilfe und sozialen Bewegung stehen.

Ich habe in den vorigen Ausführungen auf konkrete Chancen basisorientierter Ansätze hingewiesen. In den folgenden kommen nun auch deutliche Grenzen zur Sprache. Diese sind keineswegs absolut gesetzt. Sie hängen beispielsweise vom Stellenwert und vom Spielraum ab, der dem Sozialstaat zugebilligt wird.

Die gesellschaftliche Bedeutung von Genossenschaften, sozialen Bewegungen sowie neuen Formen der Selbsthilfe und Selbstorganisation wurde bis gegen Ende der achtziger Jahre pointiert ordnungspolitisch diskutiert. Die einen beurteilten diese Ansätze als Wegbereiter eines demokratischen Sozialismus. Andere betrachteten sie als Beleg für das gute Funktionieren der sozialen Marktwirtschaft.

Neue Gesichtspunkte ergeben sich seit dem Fall der Berliner Mauer von 1989. Das Aufbrechen des Ost-West-Gegensatzes rückt die große Systemfrage etwas in den Hintergrund. Aktuell geblieben ist die alte Debatte über die Auswirkungen wirtschaftlicher Krisen auf politische Prozesse. Vilmar (1986:5) verwirft alte und neue Zusammenbruchstheorien. Schwere Erschütterungen und gesellschaftliche Krisen stärken eher die Gewaltherrschaft. Sie begünstigen nur selten den humanen Fortschritt. Die Konzeption einer sozialen Selbsthilfe strebt einen strukturellen, genossenschaftlichen Umbau der Gesellschaft an. Das Ziel ist die kontinuierliche Ausweitung der Demokratie. Die Gemeinwirtschaft geht davon aus, dass in kapitalistischen Gesellschaften kein monistisches, sondern ein zumindest dualistisches Wirtschaftssystem existiert. (Kraetke 1987:174) In diesem besteht neben dem marktwirtschaftlichen Sektor ein mehr oder weniger ausgeprägter genossenschaftlicher. Dessen Gewichtung unterliegt konjunkturellen Schwankungen. Beywl und Brombach (1984:27) referieren die These, nach der wirtschaftlich orientierte Selbsthilfegruppen hauptsächlich während länger anhaltender Depressionsphasen entstehen und durch die Auswirkungen von Kapitalmangel nach einigen Jahren wieder verschwinden. Leo Kofler (1983:9) betont das Unvermögen der alternativen Bewegung, sich übergreifend zu organisieren. Günter Luetke (1985:252) verweist darauf, wie gerade diese Schwäche die Vereinnahmung der Selbsthilfeinitiativen durch staatliche Institutionen und bestandene Verbände verein-

facht. Friedrich Hegner (1986:324) warnt vor einer kontraproduktiven Ungeduld. Der gesellschaftliche Wandel erfordert vielfältige kleine Veränderungen im ökonomischen, politischen, soziokulturellen und sozialstrukturellen Bereich, die sich erst allmählich zu einer Gesamtrichtung verdichten.

Auf Schleichwegen seine Existenz sichern zu müssen, ist oft mit Stress und Überforderung verbunden. Viel Energie wird dazu gebraucht, das Nötigste zu wahren. Der technologische Fortschritt macht es möglich, auf Vollbeschäftigung zu verzichten. Dies vor allem dann, wenn eine »Reservearmee« vorhanden ist, die dank ausgebauten Sozialleistungen halbwegs kaufkräftig ist, konsumiert und je nach Bedarf wieder mehr produziert. Aber wie soll sich der Staat gegenüber dieser »Jongliermasse« verhalten? Soll er einfach die Folgekosten übernehmen oder aktiv auf eine Reintegration in den Arbeitsmarkt drängen? Wie bestimmend kann er zugunsten einer Vermenschlichung der Lebenswelt intervenieren, ohne die Bürgerinnen und Bürger zu bevormunden? Das ordnungspolitische Problembewusstsein fand eine klassische Orientierung in Hegels rechtsphilosophischer Institutionenlehre der bürgerlichen Gesellschaft. (Pankoke 1986:117) Sie lehnte die ständische Bindung des Helfens an herrschaftliche und gemeinschaftliche Ordnungsgefüge ab. Hegel sah die Modernität durch umfassende Organisationsprinzipien bestimmt. Er betrachtete den öffentlichen Zustand für umso vollkommener, je weniger dem Individuum für sich (»nach seiner besonderen Meinung mit dem, was auf allgemeine Weise veranstaltet sei«) zu tun übrig blieb. Der Sozialstaat sollte später diesen Anspruch über generalisierende Prozesse der Verwissenschaftlichung sozialer Fragen sowie der Verrechtlichung und der Verrechenbarkeit sozialer Ansprüche einlösen. Im »Subjektiven der Armut« sah Hegel allerdings die Grenzen sozialstaatlicher Verallgemeinerung. Er plädierte deshalb für eine besondere Moralität des sozialen Engagements.

In der Selbsthilfe- und Genossenschaftsbewegung des 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts gab es neben sozialistischen und christlichen auch starke liberale Strömungen. Gegen Ende des 20. Jahrhunderts sieht Joseph Huber (1987:96) eine starke Prägung der Selbsthilfegruppen durch eine Synthese konservativer Vorstellungen eines Obrigkeitsstaates sowie sozialistisch orientierter Zuteilungs- und Planungskonzeptionen. So trägt auch das Verhältnis vieler Linksalternativer zum Staat Züge einer antiautoritären Hassliebe. Der eigenen Schwäche wegen müssen sie den »Stiefvater« zwangsläufig einbeziehen. Das Motto lautet: »Lieber den Spatz in der Hand als die Taube auf dem Dach«. Die gegenseitige Ergänzung und Begrenzung scheint der allgemeinen Wohlfahrt zu dienen. Auf den »Phantomcharakter der vermeintlichen Koalition zwischen alternativen Sozialromantikern und staatlichen Sparkommissaren« beziehen sich Wolfgang Beywl und Harmut Brombach (1984:16). Der von liberal-konservativen Kräften beschworene und von Gewerkschaften und Sozialdemokratie angeprangerte Konsens zwischen »grün und rechts« erweist sich bei näherem Hinsehen als brüchig. Die einen verstehen die Vergemeinschaftung als Revitalisierung der klassischen Familie; die anderen drängen auf neue Lebens- und Arbeitsformen. Konservative Kreise halten an der Trennung von nutzenmaximierendem Wirtschaftssubjekt und altruistischem Privatmensch (als Leitbild der Sozialpolitik) fest. Alternative sehen darin eine gefährliche Fiktion. Einzelne vertreten die Auffassung, dass das Kapital und der Staat die Lebenswelt einengen und nur noch eine radikale Umgestaltung das Menschliche retten kann.

Gegen eine Vergemeinschaftung sozialpolitischer Aufgaben wendet sich mehrheitlich die Sozialdemokratie. Seit Beginn der achtziger Jahre kommt sie allerdings verstärkt auf die Genossenschaftsbewegung zurück. Huber (1987:42) deutet diese Bestrebungen als rhetorisch. Die Berliner Sektion der Sozialdemokra-

tischen Partei Deutschlands hat 1984 ein Grundsatzpapier zur Sozialstaatsfrage verfasst. Sie wirft den Selbsthilfegruppen vor, die gesellschaftlichen Kernfragen zu ignorieren. Laut Vilmar (1986:9) hat die »utopische Impotenz der Arbeiterbewegung« wesentlich dazu beigetragen, den Durchbruch der seit dem Frühsozialismus konzipierten und versuchten Formen genossenschaftlicher Selbstorganisation zu verhindern.

Meines Erachtens gilt es, den von Demontage bedrohten Sozialstaat zu verteidigen und teilweise umzubauen. Hierbei kommen alten und neuen Formen der Selbstorganisation eine wichtige Bedeutung zu. Sie verkörpern ein zivilgesellschaftlich-demokratisches Prinzip, das die freiwillige Beteiligung der Basis und deren Zusammenhalt erhöht. Voraussetzung ist allerdings eine gute soziale, sozialstaatlich abgestützte Infrastruktur.

Soziale Wesen

Wir Menschen sind soziale Wesen. Wir können uns nicht aus uns selbst erklären. Das Umfeld spielt mit. Das Bewusstsein, dass die Gesellschaft unser Verhalten prägt, entlastet uns einerseits davon, uns alles anzulasten, was gesellschaftlich mitbedingt ist. Andererseits kann ich mir auch nicht nur auf die eigene Schulter klopfen, wenn mir etwas gelingt.

Das Bedürfnis nach gemeinschaftlicher Geborgenheit äußert sich heute in der zunehmenden Bedeutung der genossenschaftlichen Selbsthilfe. Das Bedürfnis nach Heimat zeigt sich aber auch in fundamentalistischen Strömungen sowie im Zulauf, den verschiedenartige Sekten verzeichnen. Übersteigerte Formen der Verbindlichkeit kontrastieren die anonyme Beliebigkeit. Doch was macht den menschlichen Zusammenhalt überhaupt aus? Ich stütze mich im folgenden sozialgeschichtlichen Exkurs zunächst stark auf Heiner Keupp (1995) ab. Er setzt sich mit sozialpsychologischen Ansätzen auseinander, welche die Entwicklung der sozialen Beziehungen im 20. Jahrhundert reflektieren und zu teilweise recht unterschiedlichen Ergebnissen kommen. Dass in der Moderne der soziale Kitt abbröckelt, beklagen viele Theoretiker. Der kommunitaristische Diskurs geht vom Zerfall gemeinschaftlicher Bindungen aus. Ich halte es für möglich, dass eine neue Beziehungsfähigkeit entsteht. Dabei interessiert mich, wie eine soziale Infrastruktur diesen Prozess fördern kann.

Im Zeichen eines raschen sozialen Wandels ändert sich das Selbstverständnis der Verbundenheit. Da stellt sich die Frage, was

das »Wir« heute noch beinhaltet. Wenn Biografien zerfasern, drängt sich auch die Frage nach den Bedingungen der zuvor desinteressiert hingenommenen, so genannten Normalbiografien auf. Heiner Keupp (1995:18) verfolgt die Spur, die den Menschen als soziales Wesen kennzeichnet. Er ortet einen wichtigen Einschnitt am Anfang des 20. Jahrhunderts. Es ist die Zeit, in der – durch Schriften von Georg Simmel (1858–1908) angeregt – die Sozialpsychologie als Disziplin entstand. Die grundsätzliche Auseinandersetzung über das »Ich und Wir« ist allerdings schon ein paar Jahrhunderte älter. Erinnert sei an die Kontroverse zwischen Aristoteles (450–388 v. Chr.) und Platon (427–347 v. Chr.) über das Verhältnis von Individuum und Gesellschaft. Platon beschreibt die Eigenart des Individuums weitgehend als eine Funktion des Staates. Bei Aristoteles ist die Gemeinschaft eine Funktion des Individuums. Hier zeigt sich bereits der heutige Gegensatz zwischen einem individuellen oder gesellschaftlichen Verständnis.

Die griechische Philosophie behandelt den Menschen als ein Wesen unter anderen im Kosmos. Das späte Christentum rückt den Menschen mehr ins Zentrum. Weil dieser schwach und sündig ist, hält Augustinus (354–430) eine strenge Führung für nötig. Staatliche und kirchliche Institutionen rivalisieren im Mittelalter um die Vormacht. Die Reformation vertraut stärker auf die freie Entfaltung des Individuums. Hier liegt die epochale Wende zur Moderne. Die Neuzeit bricht mit der Renaissance an. Sie sieht die Menschen als Subjekte. Die aufkommende bürgerliche Gesellschaft löst die hierarchisch-ständische ab. Die vertragliche Vereinbarung ersetzt den göttlichen Plan. Die menschliche Identität definiert sich unabhängig von der Stellung innerhalb eines starren Ordnungsgefüges. Damit ist aber das Machtgerangel nicht vorbei. Herrschaftsinteressen prägen auch die Neuzeit.

Ein unterschiedliches Verständnis vom Individuum drücken an der Schwelle zur Moderne Michel de Montaigne (1533–1592)

und Descartes (1596–1650) aus. Montaigne schärft den Blick für das Alltägliche, Besondere und Sinnliche. Descartes setzt auf das Verallgemeinerbare, Logische und Intellektuelle. Nach Montaigne prägt die persönliche, konkrete Erfahrung die menschliche. Nach Descartes stellt der Mensch aus dem Stoff der geistigen Erfahrung ein kognitives Bild der Welt her und denkt so gegen partikularistische religiöse Interessen an. Der Kognitivismus gibt dem bürgerlichen Individuum neuen Halt. Er hilft, die eigenen Emotionen zu kontrollieren. Die menschliche Einstellung darf sich nicht von Gefühlen leiten lassen. Sie muss logisch, grundsatztreu und berechnend sein. Dieser Gedanke kennzeichnet die Moderne. (Keupp 1995:32) Der (geistigen) Freiheit erwachsen aber auch Konkurrenz und neue Verunsicherung. Die Vernünftigen sind nach Thomas Hobbes (1588–1679) dazu bereit, einen Teil ihrer natürlichen Rechte an einen starken Staat (Leviathan) abzugeben. Die Entwicklung des Individuums erfordert eine feste Einbindung. Spätere Analysen von Foucault und Elias zeigen, wie enge Ordnungen der Vernunft menschliche Ausdrucksformen unterdrücken und neue Irrationalismen hervorbringen. Das Bild des selbstgenügsamen Individuums, das nur innerhalb der Gesellschaft existiert, bestimmt die Vorstellungen im 18. und 19. Jahrhundert. Monologische Ansätze betrachten die Gesellschaft als Ansammlung einzelner Individuen. Völkerpsychologische Vorstellungen, die Mitte des 19. Jahrhunderts aufkommen, erklären die nationale und kulturelle Gemeinschaft als primäre Form des menschlichen Zusammenlebens. Sie berufen sich unter anderem auf Johann Gottfried Herder (1744–1803). Dieser nimmt die Idee von Montesquieu (1689–1755) auf, nach der naturgegebene Umstände die Einzigartigkeit eines Volkes bestimmen. Jede Epoche hat ihren Zeitgeist und ihre spezifische individuelle Prägung. Vorläufer der Sozialpsychologie knüpfen daran an und setzen sich vom individualistisch-monologischen Paradigma ab. Sie wenden

sich mehr der Gesellschaft zu und betonen, ähnlich wie Karl Marx (1818–1893), dass das menschliche Wesen »das Ensemble gesellschaftlicher Verhältnisse« ist.³⁸

Am Anfang des 20. Jahrhunderts beginnt Martin Buber (1878–1965) die Herausgabe einer vierzig Bände umfassenden Reihe. Der Titel lautet »Die Gesellschaft«. Er deutet auf das sozialpsychologische Verständnis hin, das Buber kennzeichnet. Subjektive Prozesse des Erlebens und Handelns sind aus ihrer soziohistorischen Spezifität zu begreifen. Das Soziale ist keine Addition individueller Prozesse. Die Herstellung von Normalität und Konformität gehört zu den zentralen Untersuchungsgegenständen. Das, was im Alltag selbstverständlich ist, wird gerade in der krisenhaften Erschütterung sichtbar. (Keupp 1995:45/46) Georg Simmel betrachtet die seelische Beeinflussung durch das Vergesellschaftet-Sein als Gegenstand der Sozialpsychologie, die er von physiologischen und biologisch-spekulativen Ansätzen abgrenzt. Der konservative Sozialanthropologe Arnold Gehlen versteht den Menschen als Mangelwesen, das – im Gegensatz zu den Tieren – über keine instinktmäßige Koordination seiner angeborenen Handlungsprogramme mit den Anforderungen der Umwelt verfügt. Richard Herzinger (1997:10) führt (am Beispiel von Wolfgang Schäuble) aus, wie heutige »Prediger des Gemeinnsinns« sich auf diesen konservativen anthropologischen Ansatz beziehen. Stabilisierende Weltdeutungen und generalisierbare Verhaltensvorschriften sollen die riskante Weltoffenheit und die Freiräume der Menschen eindämmen. Alexander Mitscherlich sieht in der (Welt-) Offenheit hingegen das Potenzial für Reflexion und Selbstorganisation. Entsprechende Rahmenbedingungen sind allerdings nötig, damit die freiheitliche Entfaltung möglichst wenig behindert wird.

Max Horkheimer und Theodor W. Adorno rekurren auf den kulturpessimistischen Freud. Sie betonen den hohen Preis der Fortschrittsoption. Gesellschaftliche Krisen deuten darauf hin,

dass das Subjekt mit seinem normalen Sozialisationsgepäck ungenügend ausgerüstet ist. Dem Integrations- oder Synchronisationsmodell steht ein Widerspruchsmodell entgegen, das die quasi natürliche Vereinbarkeit menschlicher Bedürfnisse mit den gesellschaftlichen Verhältnissen infrage stellt. (Keupp 1995:143) Freud will die Menschen nicht besser sehen, als sie sind. Die Kultureignung wird gegenüber dem primitiv gebliebenen Triebleben überschätzt. Nach Adorno bringt die Zivilisation auch das Antizivilisatorische hervor. Das Netz der Integration wird enger. Die Fesseln wollen gesprengt werden. Der radikale Ausbruch kann zur Desintegration führen. Er kann aber auch eine Autonomie stärken, die sich durch keine (totalitäre) Kollektivität vereinnahmen lässt.³⁹

Die Entstehung der bürgerlichen Gesellschaft vollzieht den Übergang vom traditionellen zum innengeleiteten Charakter. David Riesman (1958/1950), der sich auf Erich Fromm bezieht, stellt Mitte des 20. Jahrhunderts eine zunehmende Außenlenkung fest. Sie verstärkt die Verunsicherung, aus der sie entsteht. Im letzten Viertel des 20. Jahrhunderts verbreitet sich eine »Kultur des Narzissmus«. Sie kontrastiert – als Kehrseite derselben Medaille – kollektivistische Übermarchungen. Dazwischen liegt das Verständnis von einem Individuum mit einem starken Ich, das sozial eingebunden ist und gerne Verantwortung für sich und andere übernimmt.

Menschenbild

Die Frage, ob der Mensch von Grund auf gut ist, beschäftigt die Wissenschaft seit Jahrhunderten. Sie lässt sich letztlich nicht beantworten. Auffallend ist, dass sich in der heutigen Zeit die Stimmen mehren, die wieder stärker den Wolfscharakter betonen, der im Menschen steckt und kräftige Ellenbogen erfordert.⁴⁰ Diese Sichtweise hängt mit den wirtschaftlichen Bedingungen zusammen. Sie sind auf Konkurrenz ausgerichtet und scheinen ein ent-

sprechendes Menschenbild nahelegen. Ich stelle hier einen andern Ansatz vor: Das humanistische Menschenbild von Carl Rogers hat mich im Rahmen meiner psychotherapeutischen Ausbildung beeindruckt. Es stützt sich auf Martin Buber ab und eignet sich, soziale Beziehungsformen besser zu verstehen.

Carl Rogers hat eine hohe Achtung vor den Menschen. Er betrachtet sie nicht als manipulierbare Behandlungs- oder Forschungsobjekte. Diese Haltung gehört meines Erachtens unabdingbar zu einer Wissenschafts- und Forschungsethik. Die postulierte Eigenständigkeit des sozial eingebundenen Menschen entspricht dem Anliegen, die Selbsthilfe mit der Solidarität zu verknüpfen. Als eine der revolutionärsten Einsichten betrachtet Rogers (1992:99) die »wachsende Erkenntnis«, dass der innerste Kern der menschlichen Persönlichkeit von Natur aus gut ist. Er kontrastiert damit eine Sicht, die das menschliche Wesen als sündhaft und defizitär hinstellt. Rogers betont die permanent möglichen Reifungsprozesse. Der Mensch ist nie ein endgültiges Produkt. Er befindet sich stets im Werden.⁴¹

Rogers (1986:106) postuliert für das therapeutische Schaffen beziehungsweise für das Gelingen zwischenmenschlicher Kommunikation drei Grundvariablen: die Kongruenz, die Empathie und die positive Wertschätzung. Wer als Therapeut, Forscherin, Wissenschaftlerin oder Gesprächspartner kongruent ist, begünstigt die Exploration des Gegenübers. Kongruent sein heisst mit sich selber übereinstimmen; sich selbst sein, ohne Fassade. Eigene Gefühle müssen bewusst zugänglich und wahrnehmbar sein. Wenn ich akzeptierend auf das achte, was in mir selber vorgeht, dann laufe ich weniger Gefahr, Eigenes auf andere zu projizieren. Dann kann ich auch angstfreier das sein, was die Vielschichtigkeit der eigenen Gefühle ausmacht. Ich selber verstehe unter Kongruenz eine Identität, die nicht das Deckungsgleiche mit einem scheinbar wahren Selbst oder mit etwas Vorgegebenem anstrebt. Identität findet viel-

mehr dort statt, wo Widersprüche zugelassen sind. Das bedeutet, dass die Kongruenz oder die Identität nicht etwas ist, das man ein für allemal hat. Sie ist kein fixer Zustand, sondern ein Erleben, das einem ständigen Wandel unterworfen und immer wieder neu anzustreben ist. Heiner Keupp hat (in seinem Gastvortrag vom 16.11.96 an der Universität Bern) eine interessante Typologie von Identitätserzählungen entwickelt. Er unterscheidet das reflexiv-kommunitäre Selbst (Dialektik zwischen Autonomie und Bezogenheit) vom proteischen Selbst (mit beliebig multiplen Identitäten) und dem fundamentalistischen Selbst (mit ewigen Wahrheiten). Wer empathisch ist, versteht die persönliche Welt des Gegenübers annäherungsweise so, als ob es die eigene wäre. Wer die Welt des andern von außen analysiert und nach scheinbar generalisierbarem Raster bewertet, versteht sie nicht; er sieht sie bloß durch die eigene Brille. Wenn ich verstehe, was mein Gegenüber bewegt, ergeben sich meistens Handlungsansätze für beide. Das kann – über persönliche Beziehungen oder therapeutische Gespräche hinaus – auch bei einer motivationsorientierten Aktionsforschung wichtig sein, bei der es nicht darum geht, aktivistisch etwas zu bewegen. Bei der positiven Wertschätzung mache ich die Akzeptanz einer Person nicht von bestimmten Voraussetzungen abhängig. Gefühle der Bewertung behindern die Ausdrucksfähigkeit, bedingungsfreie Wertschätzung begünstigt sie.

Die therapeutische Beziehung ist für Rogers (1992:50) nur ein besonderer Fall einer zwischenmenschlichen Beziehung. Das quasi natürliche prägt auch das therapeutische Setting. Es ist auf beidseitiges Wohlbefinden ausgerichtet. Das gilt ebenfalls bei andern Gesprächsanlagen und gehört zum Menschenbild. Die »persönliche Note« schafft Vertrauen. Sie muss echt sein und lässt sich nicht fabrizieren. Formell korrektes Verhalten mit streng distanzierter Freundlichkeit ermöglicht ebenso wenig eine zwischenmenschliche Beziehung wie die emotionale Überbetonung. Das

Akzeptieren ist für alle sozialen Beziehungen wichtig. Das Akzeptieren von Unabhängigkeit fördert die Ausdrucksfähigkeit und den Wahrheitsgehalt. Ein unerschütterlich akzeptierendes Verhalten kann indes auch wiederum befremdlich und zwanghaft sein. Wenn ich per Dekret vertraue und wertschätze, dann unterdrücke ich Gefühle, die sich in meinem Ausdruck als Doppelbotschaften bemerkbar machen und den Gesprächsinhalt beeinflussen. Wer versucht, andere Menschen ohne Festschreibungen anzunehmen, anerkennt auch das, was sie werden wollen. Rogers (1992:62–71) bezieht sich hier direkt auf Martin Buber. Der Begegnungsphilosoph hält dafür, sein Gegenüber nie als etwas schon Diagnostiziertes oder einfach zu Klassifizierendes zu betrachten. Etiketten haben stets etwas Unzulängliches. Die persönliche Perspektive hängt davon ab, ob wir bereit sind, die Interaktion zwischen Menschen zu verstehen. Diese Formulierung mag – hier verkürzt wiedergegeben – zu absolut sein. Sie verdeutlicht aber, wie bedeutsam die Prozessdynamik für eine Kommunikation ist, die stets über die sachlogische Ebene hinausreicht.

Rogers (1986:113) strebt auch eine Demokratisierung aller Lebensbereiche an. Er behandelt vor allem in seinen späteren Jahren die Gruppe als Ort, an dem Solidarität, Demokratie und Autonomie gelernt werden. Zentral ist für ihn die persönliche Erfahrung, die stets mehr ist als das, sie lässt sich auch »soziokulturell deutend verstehen«. Die zwischenmenschliche Beziehung ermöglicht ein (inneres) Erleben, das die Ausdrucksfähigkeit fördert, Entwicklungen freisetzt und das Wachstum begünstigt. Menschen, die bloß als Objekte behandelt werden, verhalten sich auch so. Das starke, individuelle Ich will möglichst autonom sein. Es bleibt aber stets sozial eingebunden.

Gruppen

Die Gruppe weist eine überschaubare Größe auf. Das prägende Wir-Gefühl setzt eine minimale Homogenität und eine gemeinsame Orientierung voraus. Dazu gehört die Möglichkeit des Wohlfühlens, der Sicherheit und der Identitätsstiftung. (Hartfiel 1972:247) In der Gruppe steckt viel Potenzial für gemeinsames Handeln. Gruppen erfüllen in der modernen Großgesellschaft eine wichtige Sozialisationsfunktion. Cooley (1902) unterscheidet zwischen Primärgruppen (face-to-face groups) und distanzierteren Sekundärgruppen. Die Annahme, dass sich die sozialen Aktivitäten von den Primär- zu den Sekundärgruppen verlagern, ist weit verbreitet. Sie stützt sich unter anderem auf die Zunahme der Sekundärgruppen ab, bedeutet aber keinen zwangsläufigen Rückgang der Primärgruppen. Menschen halten sich stets in mehreren Gruppen auf. Die sozialen Kreise überschneiden sich.

Die Sozialgeschichte des 19. Jahrhunderts ist wesentlich »durch das Aufkommen eines Gruppenpluralismus im Rahmen der Nationalstaaten gekennzeichnet«. (Trappe 1997:254) Vereine geben dem Individuum die Möglichkeit der sozialen und politischen Partizipation. Die Gruppe ist ein Ort, an dem Menschen die Kunst der Begegnung lernen. Sie ist ein Lernort für Solidarität und Autonomie. (Schmid 1994:503) In der Balance zwischen Solidarität und Autonomie besteht die eigentliche Kreativität der Gruppe. Sie ist das »Haus« (Buber), von dem aus der Einzelne das Wagnis des Lebens eingehen kann. Die Mitgliedschaft in der Gruppe bedeutet aber noch keine Wesensrelation zwischen einem Mitglied und dem andern. (Buber 1985:292) In Gruppen besteht die Tendenz, das persönliche Beziehungsnetz zugunsten des kollektiven Elements zu vernachlässigen. Das kollektive Miteinander hält die Neigung zum personenhaften Zueinander in Schranken. Die in der Gruppe Verbundenen sind dem Werk der Gruppe zuge-

kehrt. Sie wenden sich, soweit von der Gruppe toleriert, nur in sekundären Begegnungen den persönlichen Beziehungen zu.

Carl Rogers betrachtet die Gruppe als die vermutlich potenteste soziale Erfahrung des 20. Jahrhunderts. Als soziales Lebensfeld verbindet die Gruppe nicht nur Menschen mit Menschen. (Schmid 1996:15) Sie weist auch über sich hinaus auf das größere Gemeinwesen hin. Die Gruppe ist als Zwischeninstanz eine wichtige Schnittstelle zwischen Individuum und Gesellschaft. Ein afrikanisches Sprichwort sagt: »Ich bin, weil wir sind. Wir sind, weil ich bin.« Was sich in der Gruppe vollzieht, ist meistens auch gesellschaftlich bedeutsam. Der Bereich der persönlichen Beziehungen ist eine »Arena potenzieller Demokratisierung« (Giddens 1997:183). Eine Gruppe, in der sich alle einbringen können, ist ein wichtiger Lernort für demokratisches Verhalten. Das zeigen auch die Erfahrungen, die sozial Benachteiligte in Selbsthilfegruppen machen. Die Rückenstärkung hilft, sich mehr für eigene Interessen einzusetzen. Die Gruppe kann eine »lebendige Zelle« für eine Entwicklung von unten sein.

Gemeinschaft und Gesellschaft

Die Gemeinschaft ist im Unterschied zur Gesellschaft und zur Masse der Inbegriff derjenigen sozialen Lebensformen, in denen die innere, seelische Verbundenheit der Gruppenmitglieder das Wesen bildet. (Bülow in: Wilhelm Bernsdorf 1976:275) Ferdinand Tönnies (1855–1936), Mitbegründer der deutschen Soziologie, glaubte gegen Ende des 19. Jahrhunderts eine historisch unumkehrbare Abfolge von der als ursprünglich charakterisierten Gemeinschaft zur anonymen Gesellschaft zu erkennen. Tönnies hatte Abwehrreflexe gegen das moderne Großstadtleben. Er war aber Mitglied der Sozialdemokratischen Partei und teilte wesentliche staatspolitische Auffassung von Hobbes. (Brumlik/Brunk-

horst 1993:10) Er trat für sozialpolitische Reformen und eine soziale Demokratie ein. (Rehberg 1993:26) Seine modernitätsskeptische und allzu dichotomische Unterscheidung von Gemeinschaft und Gesellschaft wurde dazu missbraucht, volksgemeinschaftliche Positionen zu begründen, die Tönnies nicht teilte. Der Gegensatz zwischen Gemeinschaft und Gesellschaft erhält heute, wiewohl häufig kritisiert, neue Aktualität. Dass sich die Vielfalt sozialer Gebilde keineswegs auf diese beiden Begriffe reduzieren lässt, ist Ronald Wiegand (1986:7ff.) bewusst. Er problematisiert verschiedene Formen der Geborgenheit und popularisiert das Begriffspaar Gemeinschaft und Gesellschaft. Ich stütze mich zunächst auf ihn ab.

Die personale Gemeinschaft steht laut Wiegand (ebd.) in natürlicher Spannung zur Idee der demokratischen Öffentlichkeit: Die Sehnsucht nach Gemeinschaft hat in Zeiten wirtschaftlicher Belastung und politischer Krisen Hochkonjunktur. Sie preist die Werte der Familie und der väterlichen Autorität gegen die Unordnung der Welt. Scheinbar progressiv erhebt sich dagegen die Forderung, die »neurotisierende Kleinfamilie und kapitalistische Dschungelwelt« durch Gemeinschaften zu ersetzen, die das Prinzip gegenseitiger Hilfe hochhalten. Dies mit Bezug auf die »brüderliche Solidarität« und emotionale Echtheit (Authentizität). Weder die eine noch die andere Empfehlung taugt. In der Moderne treten unvermeidbar Fremdheiten auf. Sie lassen sich durch keinen Rückzug bewältigen. Demokratische Öffnung ist nicht widerspruchsfrei zu haben.

Wenn das großflächige Netz höherer Zivilisation strapaziert wird, ziehen dunkle Wolken auf. Teile der Gesellschaft wünschen sich dann ein früheres Zeitalter zurück. (Wiegand ebd.) Die gegenseitige Feindschaft kleiner Gruppen nimmt zu. Sie stellt die Bedingungen ihres inneren Zusammenhaltes dar.⁴² Friedrich Nietzsche (1844–1900) gilt als ein »Gesellschaftsverneiner«. Er legte sich

mit der Aufklärungsphilosophie an und trat für eine starke »Führerpersönlichkeit« ein. Nach dem ersten Weltkrieg verstärkten sich in Deutschland aus der Verliererposition heraus Zweifel am westeuropäischen Fortschrittsglauben. Bündische Zusammenschlüsse entstanden. Sie kritisierten die Zweckrationalität. Unter Jugendlichen verbreitete sich die Sehnsucht nach einem »Wir-Erlebnis«. Die entstandenen Gemeinschaften verlangten die Hingabe der Einzelnen. Führungspositionen wurden – wie bei traditionellen Gesellschaften – nicht auf der Grundlage vergleichbarer Leistungskriterien besetzt. Wer sich durch Charisma auszeichnete, hatte gute Chancen. Hitler schien vorhandene Erlösungshoffnungen zu erfüllen. Heute versucht die neue Rechte im Rückgriff auf Stammeswesen und archaische Ritualität eine alte Heimat zu begründen. (Schmid 1994:375) Gegen Massengesellschaft und kulturelle Einebnung will sie zu den »Ursprüngen« zurück. Die natürliche Autorität in der Gemeinschaft wird zum ontologischen Hang zu Hierarchie und Führerschaft umgedeutet.

Das Prinzip Gemeinschaft ist nach den Erfahrungen mit dem Faschismus einfach zu kritisieren. Es lässt sich gewiss nicht auf ganze Bevölkerungen anwenden. Seit Jahrhunderten erweisen sich einzelne Gemeinschaften und Verwandtschaftsgruppen zwar als wirksames Organisationsprinzip. Doch in großflächigen Gesellschaften greift die soziale Kontrolle primärer Gemeinschaften nur beschränkt. »Face-to-face groups« sind kaum in der Lage, die einseitige private Bereicherung zu begrenzen, die zu Lasten des Kollektivs geht. Im Zeitalter der Massendemokratien braucht es gerade deshalb den übergeordneten Staat. (Wiegand 1986:33) Die Umverteilung von Einkommen zum Zweck des sozialen Ausgleichs kann nur über eine Institution funktionieren, die genug Distanz zu den Egoisten privater Gruppen hat. Sie muss auch über eine gewisse Stärke verfügen, wenn zahlreiche Staatsbürger an der politischen Willensbildung teilhaben.

Durkheim hat den historischen Prozess der sozialen Differenzierung auch als Auflösung der (Groß-)Familie bezeichnet. Die Ausweitung der Beziehungsgeflechte erhöht die Abhängigkeit der einzelnen Menschen und Gruppen voneinander. Das drückt sich aber nicht in einem entsprechenden Bewusstsein der Zugehörigkeit aus. Soziale Vereinbarungen regeln immer mehr Aufgaben, die früher im Rahmen dörflicher Gemeinschaften unter Einbezug der Familien erfüllt wurden. Die Privatisierung der Familie erhöht ihre Distanz zur gesellschaftlichen Außenwelt. Die Familie entzieht sich damit ein Stück weit der sozialen Kontrolle durch das Umfeld. Sie erscheint als autonomes Terrain. Doch der Schein trügt. Weil die kleine Einheit an gemeinschaftlichem Rückhalt verliert, bleibt sie durch übergeordnete Instanzen beeinflussbar. (Horst-Eberhard Richter 1970) Die moderne Kleinfamilie bietet nicht mehr jenen Schutz vor Anomie, den Durkheim der Familie noch zugebilligt hat. Wenn heute Einzelne dabei scheitern, ihr seelisches Bedürfnis nach Identität, Anerkennung und Selbstbewusstsein über Ehe, Familie, Freundeskreis und Beruf zu befriedigen, dann bieten ihnen kirchliche und psychotherapeutische Organisationen Hilfe an. (Wiegand) Ersatz für Ersatz ist gefragt. Davon zeugen auch einige der neu entstehenden, gegenkulturellen Gemeinschaften. Sie wollen sich als große Familie mit brüderlichem Binnenklima der rauen Wirklichkeit entziehen. Erich Fromm (1941) deutete die Gemeinschaftsideologie unter dem Eindruck des Nationalsozialismus als »Furcht vor der Freiheit«. Er setzte ihr – in Anlehnung an Sigmund Freud – das starke, mündige Ich entgegen, das gerne selbst Verantwortung übernimmt und sich nicht zugunsten einer verschwommenen, nivellierten oder streng hierarchisierten Gruppenheimat aufgibt.

Der Individualismus ist in Großgesellschaften verbreitet. Er bietet den Einzelnen Entscheidungsfreiheiten. Zur Kehrseite gehört die Vereinzelung. Sie lässt auf neue Formen der Gemeinschaft

hoffen, die mit dem Anliegen persönlicher Emanzipation vereinbar sind. »Der Rückzug von einer Welt, die Angst macht oder anekelt, hat noch selten etwas an ihr geändert«, kritisiert Wiegand (1986:86) die »Flucht in die Gemeinschaft«. Heute führt der Rückzug oft in die eigenen vier Wände. Viele Menschen erleben die Isolation in der Massengesellschaft als Entfremdung. Die Überwindung der Entfremdung erfordert ein Verständnis von Gemeinschaft, das sich an Partizipation und Kooperation orientiert und nicht rückwärts gewandt instrumentalisieren lässt. Es ist aber schwierig, sich der Vereinnahmung zu entziehen. Alfred Adler (1870–1937) betont in seiner Individualpsychologie, die eigentlich eine Sozialpsychologie ist, den Wert der Gemeinschaft. Er leitet diesen teilweise aus den menschlichen Defiziten ab. »Da der einzelne Mensch minderwertig und schwach ist, leben die Menschen in Gemeinschaften. Gemeinschaftsgefühl und gesellschaftliche Zusammenarbeit sind daher das Heil des Einzelnen.« (Adler 1929/1984:147) Adlers Plädoyer für neue Formen der Gemeinschaft hat ihm – wie Tönnies – den Vorwurf eingetragen, totalitären Tendenzen Vorschub zu leisten, obwohl er die Bedeutung des autonomen Ich deutlich akzentuiert. Das Eingebundensein ermöglicht die Eigenständigkeit. Ohne Solidarität keine Subsidiarität.⁴³

Das Begriffspaar Gemeinschaft und Gesellschaft wird gegen Ende des 20. Jahrhunderts wieder mehr thematisiert. Thomas Smolinski (BaZ, 13.4.1991) versteht die Gemeinschaft als ein soziales System mit relativ stabilen, selbstverständlichen Strukturen und kulturellen Grundlagen, die sich nur langsam wandeln. Als Gesellschaft bezeichnet er Systeme, die über offene und nicht unbedingt selbstverständliche Strukturen verfügen. In der modernen Gesellschaft existieren seiner Auffassung nach keine übergeordneten Normen mehr. Hans-Joachim Hoffmann-Novotny (1989:270) betrachtet die Gemeinschaft als ein System von persönlichen und

engen Beziehungen, die Gesellschaft hingegen als funktionales. Er stellt einen Wandel von der Gemeinschaft zur Gesellschaft fest. Je komplexer ein System ist, desto vielfältiger sind seines Erachtens die Möglichkeiten der Lebensgestaltung. Je differenzierter die Möglichkeiten der Lebensgestaltung sind, desto mehr Deutungssysteme gibt es; und je mehr Sinnsysteme existieren, desto weniger haben die Menschen miteinander gemein. Jede Leistung erfordert eine Gegenleistung. Für alles sind Fachleute und spezielle Einrichtungen zuständig. Das Maß an Solidarität nimmt, so Hoffmann-Novotny (ebd.), deutlich ab.

Für mich ergibt sich diese Folgerung keineswegs zwingend. Ich plädiere dafür, die Unterschiede zwischen der Gemeinschaft und Gesellschaft nicht als kategorischen Gegensatz hochzustilisieren. Die Typen ermöglichen eine Annäherung an die soziale Realität. Sie dürfen aber nicht mit dieser verwechselt werden. Trends wie jene von der Harmonie zum Konflikt, der Intimität zur Öffentlichkeit, der warmen Stube zur kalten Außenwelt, der Nähe zur Distanz, der Authentizität zur Entfremdung, der Emotionalität zur Rationalität, der festen Zuschreibung zur Unverbindlichkeit lassen sich wohl in Teilbereichen nachweisen, aber nicht verallgemeinern. Theodor Geiger sieht die Kategorien der Gemeinschaft und Gesellschaft und der Personen nicht dichotomisch, antagonistisch oder wie Ferdinand Tönnies als sich ablösende soziale Grundprinzipien in der modernen Gesellschaft, sondern als komplementäre Instanzen. (Trappe) Keine Kategorie kommt ohne die andere aus.

Die Bedeutung der grundlegenden Fragen von Tönnies ist unbestritten. Schlüter und Clausen (1990:10) empfehlen einen Rückgriff auf die Debatte über das Begriffspaar »Gemeinschaft und Gesellschaft«. Für sie hat Tönnies' Werk lange vor 1933 das Gegengift zur Gemeinschaftsapologetik geboten und sich dagegen gewehrt, soziale Konflikte mit Gemeinschaftsideologien zu ver-

schleiern. Gegenüber den heutzutage auflebenden Gemeinschaftsmythen enthält Tönnies' Konzeptionalisierung von Gemeinschaft und Gesellschaft einen gewissen Rationalisierungsvorsprung. Tönnies hält eine Regression auf die Stufe der Gemeinschaft weder für wünschenswert noch für möglich. Er hofft auf ein differenziertes gesellschaftliches Bewusstsein. Die Selbstreflexion ermöglicht das Gemeinschaftliche auf höherer Stufe. Das erfordert eine Verknüpfung von der Gemeinschaft in der Gesellschaft und der Gesellschaft in der Gemeinschaft. Das starke Bedürfnis nach Gemeinschaft kann allerdings zur gefährlichen Regression, zur Flucht in Pseudo-Gemeinschaften oder in Fundamentalismus führen.

Demokratie als Alltagsprinzip

Was haben Konzepte der Solidarität mit demokratietheoretischen Ansätzen zu tun? Die geschichtliche Erfahrung des Totalitarismus bildet den Ausgangspunkt für einen neuen Zugang zu Demokratietheorien. (Rödel 1990:7ff.) Die Vorstellung verbreitet sich, dass möglichst alle Menschen – im Rahmen einer demokratisch verfassten »civil society« – unmittelbar an der stark dezentralisierten Macht teilhaben sollen. Fritz Vilmar (1973) versteht Demokratie als Lebensprinzip. Die Demokratie ist gelebte Solidarität. Die kleinräumliche Verankerung demokratischer Prozesse begünstigt die Solidarität. Das dialogische Moment der Demokratie (Giddens 1997) umfasst die Kommunikation innerhalb der kleinen und zwischen den großen Einheiten.

Der Begriff Demokratie wird sehr unterschiedlich gefasst. Er ist beinahe zu einer Leerformel geworden.⁴⁴ Fritz Vilmar (1973a) begreift die Demokratie als gesamtgesellschaftliches Lebensprinzip. Große Bedeutung misst er der politischen Bewusstseinsbildung, der Mitgliedschaft in politischen Organisationen und direkt-demokratischen Aktionen zu. Die Demokratie ist kein Zustand,

sondern ein Prozess. Sie muss nebst vielen Subsystemen (Quartiere, Schulen usw.) die Wirtschaft (Betriebe usw.) einbeziehen. Geeignete Verfahren der Demokratisierung legen die Schritte so fest, dass sie den Prozess und die Dynamik offen halten. Graduierungen sind auf unterschiedliche Voraussetzungen abzustimmen. Partizipation ist ein wichtiges, aber kein quantitatives Kriterium. Zwangsmobilisierungen unterlaufen die Demokratisierung. Demokratische Aktionen müssen ethischen Auflagen genügen. Ziel ist die Ausbreitung einer demokratischen Kultur der Öffentlichkeit, die über die kommunale Ebene hinausreicht. Sie berücksichtigt nationale und globale Aspekte, ohne dabei die kleinen, höchst bedeutsamen Sozialisationsbereiche zu vergessen. Autoritäre Herrschaftsstrukturen sind durch Formen der Herrschaftskontrolle von unten zu ersetzen. Dazu gehören die gesellschaftliche Mitbestimmung sowie eine weitgehende Selbstbestimmung, was die Bereitschaft voraussetzt, Selbstverantwortung zu übernehmen.

Vilmar (1973b) veranschaulicht die Verknüpfung der verschiedenen Ebenen anhand zahlreicher praktischer Beispiele. Er wendet sich gegen dogmatische Ein-Front-Strategien und plädiert für vielseitige Transformationsversuche. Diese orientieren sich an einer Ausweitung institutioneller Rechte. Vilmar (1973a:26) warnt vor einer Überschätzung formaldemokratischer Einflussnahme, die sich mit einer unverbindlichen Teilnahme an unwesentlichen Entscheidungen begnügt und das trügerische Gefühl vermittelt, gehört zu werden. In dem Maße, wie wir demokratische Strukturen beziehungsweise reale Partizipationsmöglichkeiten schaffen, vervielfachen wir die Chancen zum gesellschaftlichen Engagement. Bereits jetzt reicht der aktivierte Teil der Bevölkerung aus, um wesentlich erweiterte Subsystembereiche demokratisch zu führen oder zu kontrollieren. Dies allerdings nicht im Sinne einer Fundamentaldemokratisierung und maximalen Selbstverwaltung.

Ein Kollaps der Demokratisierung und eine Überforderung der partizipationsfähigen Bürgerinnen und Bürger lassen sich dann verhindern, wenn die Idee eines rätendemokratischen Maximalismus nicht strapaziert wird. Wirkungsvolle Demokratisierungsmethoden berücksichtigen knappe Zeitbudgets. Sie entlasten die Bürger, die kontrollierbare Entscheide teilweise delegieren. Die Demokratisierung ist eine überschaubare, permanent auszuweitende Transformationsaufgabe für alle Mitglieder der Gesellschaft. Sie ist konkrete Solidarität im Kleinen. (Vilmar 1973a:33) Demokratie beinhaltet auch den Protest gegen Erniedrigung, auf dessen Bedeutung Ernst Bloch in »Naturrecht und menschliche Würde« (1962) hinweist.⁴⁵

Anthony Giddens (1997:160) unterscheidet die liberale Demokratie von der deliberativen und postuliert eine dialogische. Die liberale Demokratie beinhaltet eine Menge repräsentativer Institutionen, die von bestimmten Werten geleitet werden. Sie drängt auf eine klare Trennung von Staat und »ziviler Gesellschaft«. Die deliberative Demokratie ist hingegen ein Verfahren, durch das man in der politischen Arena in Bezug auf politische Maßnahmen Übereinstimmung zu erzielen versucht. Giddens geht, anders als Habermas, nicht davon aus, dass die Demokratisierung schon wesentlich im Kommunikationsakt angelegt ist. Das Potenzial für die dialogische Demokratie wird von der Ausbreitung der sozialen Reflexivität als einer Bedingung alltäglicher Aktivitäten getragen. Notwendig ist eine Demokratisierung der Demokratie. Das bloße Vorhandensein von demokratischen Wahlverfahren, Repräsentationsmechanismen und parlamentarischen Einrichtungen reicht nicht aus, um politische Legitimität zu wahren.

Die Demokratisierung muss das Alltägliche und die globalisierten Systeme einbeziehen. Sie zielt auf eine Ausweitung der dialogischen Demokratie ab. Diese bewegt sich – außerhalb der gängigen Politik – auf vier Ebenen: Erstens im persönlichen Leben,

dessen Qualität von der Bereitschaft zur Selbstreflexivität und emotionalen Öffnung abhängt. Wer erfolgreich mit andern kommunizieren will, muss über die nötige psychische und materielle Autonomie verfügen. Die Enttraditionalisierung kann diese Fähigkeit fördern. Aber sie verbreitet sich nicht zwangsläufig. Ein zweites Gebiet der Demokratisierung, das ebenfalls globale Ausbreitung gefunden hat, ist der Aufbruch von sozialen Bewegungen und Selbsthilfegruppen. Sie verkörpern die gesteigerte Reflexivität des lokalen und globalen Lebens. Zudem schaffen sie Freiräume für den öffentlichen Dialog. Einen dritten Demokratisierungskontext ortet Giddens (1997:171) bei den Organisationen. Der Trend zu Großkonzernen, den die Globalisierung verstärkt hat, ruft auf der anderen Seite auch Gegenkräfte auf den Plan. Neue Organisationen konstituieren sich »nachbürokratisch« über das Vertrauen zwischen den Beteiligten. Sie vermitteln Zuversicht und sind von einem ausgedehnten Dialograum abhängig. Die Organisation basiert auf Verantwortung. Sie stützt sich auf Reflexivität und lokales Basiswissen ab. Der vierte Bereich der dialogischen Demokratisierung betrifft die globale Ordnung selbst. Sie konstituiert sich immer weniger über Nationalstaaten. Das erfordert den Aufbau politischer, demokratisch legitimierter Institutionen, die in der Lage sind, den weltweiten Dialog zu fördern. Die Netzwerke sozialer Bewegungen leisten einen wichtigen Beitrag dazu. Wichtig ist hier die Verknüpfung der lokalen und globalen Dimension. Ohne Solidarität im Großen bleibt die Solidarität im Kleinen von beschränkter Reichweite. Das Umgekehrte gilt ebenso.

Der Philosoph Urs Marti (WoZ, 8.8.1997) kritisiert an Giddens (1997), dass er, vage bleibend, eine »Lebensstil-Politik statt Emanzipation« vertrete. Weiter: Giddens, der sich für fraglos positive Werte einsetzt, idealisiere die Autonomie, Solidarität, Kommunikation und Toleranz. Er äußert viel Vertrauen in die Erziehung der Bürgerinnen und Bürger zur Gleichgültigkeit gegen-

über materiellen Dingen; so soll, statt über eine Einschränkung der Marktkräfte, eine Nachknappheitsordnung entstehen, welche die Überflussgesellschaft überwindet. Giddens kritisierte den Produktivismus, nicht den Kapitalismus, stellt Marti fest und weist auf den Widerspruch hin, dass die Marktmechanismen Traditionen zerstören, eine deregulierte Ökonomie jedoch auf intakte Traditionen religiöser und familiärer Art angewiesen ist. Erfindetisch will Giddens der neuen Armut beikommen. Er romantisiert die informelle Ökonomie. Vom Dialog erhofft er sich einen Ausweg aus der Krise der liberalen Demokratie, die sich in der steigenden Entfremdung der Bevölkerung von den politischen Institutionen äußert. Gewiss, Giddens hält auch das erdumspannende Kommunikationsnetz, das durch die Globalisierung entsteht, für sehr bedeutsam. Man kann ihm aber meines Erachtens nicht unterstellen – wie das manchmal getan wird –, dass er es mit der Weltgemeinschaft selber verwechselt.

Ich bin im Zusammenhang mit der Kritik an Giddens bereits auf die Chancen und Grenzen der informellen Ökonomie eingegangen. Ich halte diese Ansätze für wichtig. Sie werden oft unterschätzt, dürfen aber nicht als Alibi missbraucht werden, um strukturelle Veränderungen zu vernachlässigen. Ökofeministische Theorien, wie sie etwa von Maria Mies und Vandana Shiva (1995) vertreten werden, verknüpfen die beiden Ebenen. Sie wollen die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung aufheben, aber auch die informelle Ökonomie, die Subsistenzproduktion und die Kommunikation aufwerten. Eine Kultur des Dialogs ist meines Erachtens ein wichtiges Qualitätsmerkmal für demokratische Prozesse. Die Verbreitung des Dialogs ist nach der Gruppe von Lissabon (1996:177) »der effektivste Weg zu einer neuen globalen Welt und zur Durchsetzung der globalen Verträge«. Dazu gehört die Bereitschaft, an Verbindendem anzuknüpfen, ohne das Trennende unter den Tisch zu wischen.

Staatsverständnis

Ohne einschränkende Macht kämpfen alle gegen alle, erklärt Thomas Hobbes (Leviathan). Der Staat ist die »Substanz des Allgemeinen«. Er gewährt den Menschen eine vernünftige Existenz. (Hegel) Wilhelm von Humboldt weist gegen Ende des 18. Jahrhunderts auf die Grenzen staatlicher Wirksamkeit hin. Er fürchtete die Bevormundung durch den Staat ebenso wie die Gleichschaltung durch den Markt. (Sachs 1988:26) Was für dogmatische »Rechte« der Markt ist, ist für dogmatische »Linke« der Staat. Beide nehmen die Gesellschaft als Einrichtung zur Produktion und Verteilung des Ertrags ins Visier. Humboldt, der im aktuellen Diskurs wieder auflebt, favorisiert den Vorrang der freien Assoziation. Er will die Lebenskompetenz der Individuen vor den Wohltaten der Gesellschaft schützen.⁴⁶

Die christliche Kirche verkörperte einen Urtyp der »universitas«, auf den sich der staatliche bezog. Die Kombination von weltlicher und geistlicher Herrschaft legitimierte den absolutistischen Staat als Religionsagentur, die sich auch für die Seelen als zuständig erklärte. Im 19. Jahrhundert setzte sich der Entwicklungsstaat als Wohlfahrtsgarant durch, der gegen Ende des 20. Jahrhunderts auch als Wahrer der Gesundheit und Umwelt auftritt. Eine konservative Prägung dieses Verständnisses geht auf die »universitas« zurück. Der Staat repräsentiert eine moralisch-ganzheitliche Ordnung, in der alle Individuen einen festen Platz haben. Eine progressive Variante sieht den Staat als Motor des sozialen Wandels. Beide Ansätze kontrastieren Humboldts »societas«, die sich mehr an der Selbstverwirklichung denn an der Sicherheit orientiert. Unterstützung schwächt die eigene Tatkraft. Der glückspendende Leviathan entmündigt. Nach Humboldt soll der Staat lediglich den Rahmen abstecken, in dem sich die Menschen möglichst frei bewegen können. Freiheit und Diversität sind seine Leit-

worte, nicht Staat und Markt, die beide feste Verkehrsformen und Gesetzmäßigkeiten mit hohem Integrationsgrad vorsehen. Die Bürgerinnen und Bürger sollen sich in Vereinigungen verbünden und nicht durch den Staat vereinnahmen lassen.

Alexis de Tocqueville nimmt diesen Gedanken ein paar Jahrzehnte später auf. Auch sozialistische Libertäre wollen den Versorgungsstaat zugunsten von Selbsthilfe und Selbstverwaltung eindämmen. (Sachs 1988:36) Extreme Liberalisten wie Richard Herzinger geißeln »Die Tyrannei des Gemeinnsinns« (1997). Sie machen die Freiheit des Einzelnen von weitgehender Deregulierung abhängig. Guy Kirsch (1988:46) hofft, dass die Entstaatlichung den Markt und tradierte Verhaltensweisen – im Sinne einer solidarischen Selbsthilfe – stärkt. Die postulierte Deregulierung lässt sich seiner Auffassung nach mit dieser Optik, die er mit Tocqueville verbindet, angstfreier erörtern.⁴⁷

Der »Homunkulus Staat« hat den Gemeinden das Blut aus den Adern gesogen, kritisiert Martin Buber. (1985:270) Die Dorf- und Stadtgemeinde sind zum Glied eines Verwaltungsapparates geworden, die Genossenschaft zum Werkzeug einer Wirtschaftspartei, die Kameradschaft zum Verein, die religiöse Einung zum kirchlichen Sprengel. So kann der gegenwärtige Staat die Sehnsucht nach Gemeinschaft nicht erfüllen. Er versagt den Einzelseelen das elementare Bewusstsein der Verbundenheit. Wo das wirkliche Leben zwischen den Menschen in ihren natürlichen Einheiten zersetzt ist, da kann der große Verband der Begierde nach Gemeinschaft nur Trug und Blendwerk entgegenhalten. Die Entstehung der Gemeinde setzt die Befreiung des wirklichen Lebens zwischen den Menschen voraus. Dies auf der Grundlage einer Autonomie, die nicht diktierbar, sondern nur lebbar ist. Die Echtheit der politischen Identität eines Menschen bildet und erprobt sich in der »natürlichen Sphäre«. Hier liegt der Keim der Gemeinschaft. Aber dieser Keim braucht Schutz. Dafür ist die Gemein-

schaft da. Sie benötigt ebenfalls Schutz. Die Gemeinschaften sind auf einen Rahmen angewiesen, der die unterschiedlichen Interessen aufeinander abstimmt und dafür sorgt, dass nicht jene bestraft werden, die sich sozial verhalten.

Der Gegensatz von Selbstbestimmung und Staat ist zu simpel. Ohne staatliche Unterstützung und soziale Infrastruktur könnten sich viele Selbsthilfeinitiativen nicht über Wasser halten. Abschaffen ließen sich allenfalls staatliche Funktionen, die niemand braucht oder die Menschen daran hindern, Selbstverantwortung zu übernehmen. Ich warne aber davor, den einen Faden loszulassen, ohne den andern aufgenommen zu haben. Es braucht verbindliche Sicherheiten, um sinnvolle Formen der Risikobereitschaft zu fördern. Wenn die Sozialversicherungen die Hilfeleistungen von pflegenden Angehörigen honorieren oder bestandenen Müttern den Wiedereinstieg ins Erwerbsleben erleichtern, dann stärkt ein gut funktionierender Staat auch das private Beziehungsnetz. Wenn er sich aber zurückhält und jene bestraft, die sich persönlich engagieren, dann führt weniger Staat nicht zu mehr Freiheit.

Das gilt ebenfalls für den ordnungspolitischen Bereich. Die staatlichen Garantien und Zuständigkeiten tragen dazu bei, das Faustrecht einzuschränken, das nicht nach dem Prinzip der Gerechtigkeit, sondern nach dem des Stärkeren funktioniert. Die zunehmende Internationalisierung des Verbrechens hat auch damit zu tun, dass viele Bereiche sich der einzelstaatlichen Ordnungspolitik entziehen. (Trappe 1997:10) Transnationale Privatisierungsprozesse entziehen der Gesellschaft Einfluss und Ressourcen. Sie führen zu staatlichen Steuerverlusten. Da lässt sich der Kreis zum eingangs erwähnten Hobbes beinahe schließen.

Es stellt sich also die Frage, wie zurückhaltend der Leviathan heute auftreten soll. Sie lässt sich so allgemein nicht beantworten. Vieles kommt auf die konkreten Umstände an. Ich habe dazu in

Montreal ein Gespräch mit Amitai Etzioni (USA) geführt. (Radio DRS, 21.9.1997) Er empfiehlt stark gemeinschaftsorientierten Ländern wie China mehr Deregulierung, stark individualisierten Ländern hingegen mehr Regulierung. Staatliche Einrichtungen tragen da und dort dazu bei, eigene Initiativen der Bürger zu hemmen. Problematisch wäre es jedoch, staatliche Sicherungen in der Hoffnung aufzugeben, dadurch die privaten Anstrengungen zu fördern. Diese sind abnehmender verwandtschaftlicher Bande wegen bereits arg gefordert. Wenn private Anstrengungen auf freiwilliger Basis in der Lage sind, staatliche Leistungen zu ersetzen, dann ist das zu begrüßen. Eine vermeintlich prophylaktische Entstaatlichung käme jedoch einer Zwangsverpflichtung gleich. Sie würde der eifrig propagierten Freiheit widersprechen.

Im Zeichen der forcierten Privatisierung und Globalisierung fällt auf, dass viele liberale Politiker und Wissenschaftlerinnen den Staat vermehrt wieder verteidigen. Sie halten staatliche Kontrollen für ein notwendiges Korrektiv zur wirtschaftlichen Konzentration. Der Staat legt fest, wer welche Entscheide trifft. Diese Verbindlichkeit ist viel wert. Sie macht komplexer gewordene Strukturen transparent. Wichtig ist hierbei die Frage nach dem Ausmaß. Sie soll meines Erachtens nicht durch den Markt entschieden, sondern mit der Sinnfrage verknüpft werden. Diese bildet gewissermaßen das Scharnier zwischen der individuellen Freiheit und der sozialen Gerechtigkeit. Der Staat ist dazu da, beide Werte zu schützen.

Christliche Soziallehre

Christliche Soziallehren propagieren die Selbsthilfe und Solidarität. Der Dominikaner-Pater Marie-Dominique Chenu (1991) verweist auf unterschiedliche Strömungen. Die katholische Kirche war bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts gegenüber demokratischen

Bewegungen zurückhaltend bis ablehnend. Damit ist das Verhalten der offiziellen Kirche als Gesamteinstitution gemeint. Einzelne katholische Priester unterstützten schon damals Basisbewegungen auch ohne Unterstützung durch Rom. In der Weihnachtsansprache von 1944 bezeichnete Papst Pius XII. die Demokratie immerhin als gesellschaftliche Hauptforderung und das Parlament als »Auslese von Männern von echter christlicher Überzeugung«. (Senft 1990:183) Papst Johannes Paul II. (1979) ging in seiner Ansprache an der Bischofskonferenz in Puebla, Mexiko, über diese Auffassung hinaus. Er forderte das Recht, an Entscheidungen teilzunehmen, die das Volk und die Nation betreffen. Dieses Recht ist ein Grundrecht der menschlichen Person und mit andern Menschenrechten gleichzusetzen.

1991 fand das hundertjährige Jubiläum der Enzyklika »Rerum novarum« von Papst Leo XIII. statt. Der Anlass hat eine neue Diskussion über die katholische Soziallehre entfacht. (Trappe 1997:255) Sie ist von zwei Strömungen geprägt. Die eine betont die konservativen und unternehmensfreundlichen Verlautbarungen, die andere – in Anlehnung an Oswald von Nell-Breuning – die progressiv-gewerkschaftlichen. Dass diese Gegenüberstellung zu simpel ist, zeigt Marie-Dominique Chenu (1991:11ff.) in seiner Arbeit über die »kirchliche Soziallehre im Wandel«. Er zeichnet darin »das Ringen der Kirche um das Verständnis der gesellschaftlichen Wirklichkeit« nach. Er vermittelt Hintergründe der Selbsthilfedebatte. Ich greife hier – unter Einbezug der Originaltexte – einzelne Aspekte auf.

Papst Leo XIII. verkündete 1891 die Enzyklika »Rerum novarum« und sorgte damit für Aufsehen. Die Enzyklika über den »Geist der Erneuerung« reagierte auf den sozialen Wandel und die Zuspitzung der sozialen Frage. Sie kritisierte die »Zerstörung alter Genossenschaften«, die »ungezügelter Habgier der Konkurrenz«, die »Herzlosigkeit reicher Besitzer«, die »Gewinnssucht« und den

»Wucher«. Obwohl die Enzyklika den aufstrebenden Sozialismus verurteilte, weisen verschiedene Interpretationen auf christlich-sozialistische Implikationen hin. (Chenu 1991:20) Papst Leo XIII. wandte sich gegen eine Idealisierung der traditionellen Gesellschaft und befasste sich insbesondere mit der Rolle des Staates, der Kirche und der Arbeitervereine. Die Kirche sollte nicht nur das Gewissen der Individuen, sondern auch die gesellschaftlichen Strukturen und politischen Regierungen mit dem Geist des Evangeliums durchdringen. Dem Staat kommt als Sachwalter des Gemeinwohls die Aufgabe zu, auf die Lage der Arbeiter zu achten und den Wirtschaftsliberalismus zu zügeln.

Papst Pius XI. nahm vierzig Jahre später in der Enzyklika »Quadragesimo anno« (1931) das Anliegen der sozialen Gerechtigkeit auf. Die Enzyklika verurteilt – mit Blick auf die gesamte wirtschaftliche und soziale Situation – die uneingeschränkte Konkurrenz, die einen egoistischen Individualismus begünstigt. Sie würdigt ferner die mittlerweile entstandene, aber umstrittene »Christliche Arbeiterjugend«, die sich für eine Bewältigung der sozialen Frage von unten engagiert. Leo XIII. betont die Bedeutung der »distributiven Gerechtigkeit«, Pius XI. hebt die »soziale Gerechtigkeit« hervor. Er hält eine Gesellschaft nur dann für tragfähig, wenn sie das Gemeinwohl konkret verwirklicht. Die ausgleichende Gerechtigkeit (*iustitia commutativa*) kümmert sich um die Beziehungen der Bürger untereinander, die verteilende Gerechtigkeit (*iustitia distributiva*) um die Beziehungen zwischen den Einzelwesen und der Gesellschaft. Die soziale Gerechtigkeit geht darüber hinaus. Sie setzt – rechtlich abgestützt – ein Ganzes voraus, das mehr als die Summe der einzelnen Teile umfasst und als übergeordnete Tugend so auf die Einzelwesen zurückwirkt, dass diese ihre Persönlichkeit besser entfalten können. Das Gemeinwohl konstituiert sich über die Nächstenliebe und über eine soziale Ordnung, die diesen Namen verdient. Unter positiver Tradition

versteht Pius XI. nicht das Fortschreiben von Bestandenem, sondern die Veränderung in der Kontinuität. Dazu gehört das Ernstnehmen aller Kräfte, die dem Frieden dienen, was eine leichte Öffnung der Kirche gegenüber Andersdenkenden bedeutet.

Leo XIII. kritisiert den Sozialismus als Negation des Privateigentums. Pius XI. analysiert die konkreten Umwälzungen, die darauf abzielen, die Verfügungsgewalt über das einseitig konzentrierte Eigentum breiter abzustützen. Er differenziert zwischen verschiedenen Strömungen des Sozialismus und zeigt Verständnis für gemässigte Formen, welche zumindest bestimmte Güter der öffentlichen Hand vorbehalten. Papst Johannes XXIII. weitet gut dreißig Jahre später in seiner Enzyklika »Pacem in terris« (1963) das Anliegen des Ausgleichs aus, das als Friedensproblematik bereits in der vorangegangenen Enzyklika »Mater et magistra« (1961) anklingt. Er wendet sich dabei an alle Menschen guten Willens. Ein Dialog über praktische Fragen soll Begegnungen mit Nichtchristen und die weltweite Solidarität fördern. Papst Paul VI. knüpft 1971 in »Octogesima adveniens« daran an. Er setzt sich damit auch von den Ausgrenzungen ab, welche die Kirchengeschichte belasten. Während des Kalten Krieges wurden beispielsweise harte Maßnahmen gegen jene Priester getroffen, die sich (etwa in Frankreich 1954) mit den Arbeitern solidarisierten. (Chenu 1991:65) Paul VI. stellt fest, wie sich auch das marxistische Lager weiterentwickelt hat und weist auf die Gefahr hin, mit den weltgeschichtlichen Neuerungen nicht Schritt zu halten und sich mit einer nach innen gerichteten Besinnlichkeit zu begnügen.

Die erwähnte Enzyklika »Mater et magistra« (1961) führt den Begriff der »Vergesellschaftung« in den offiziellen Wortgebrauch der katholischen Kirche ein. Ein Kolloquium über den afrikanischen Sozialismus bezieht sich 1962 in Dakar darauf. François Perroux unterscheidet zwischen vier Formen der Vergesellschaftung. Er nennt die Vervielfältigung der gesellschaftlichen Bezie-

hungen zwischen Individuen und Gruppen, die Unterordnung unter ein allgemeines oder kollektives Interesse, die Berücksichtigung der entscheidenden Bevölkerungsgruppen bei der Aufstellung von Programmen und Plänen sowie das Faktum, dass man bei der Organisation gesellschaftlicher Prozesse gezwungen ist, den Aufstieg der zugleich zahlreichsten wie auch ärmsten Klassen entsprechend zu berücksichtigen. (Chenu 1991:66) Die Enzyklika »Mater et magistra« befasst sich mit der Sozialfunktion des Eigentums, mit der (schon von Leo XIII. thematisierten) Verbindung von Arbeit und Eigentum, mit verschiedenen Unternehmensstrukturen und Beteiligungsformen sowie mit der globalen Dimension scheinbar lokaler Probleme.

Die Enzyklika »Populorum progressio« von Paul VI. stellt 1967 das verantwortungsvolle lokale Handeln ebenfalls in den globalen Kontext. Sie postuliert Gerechtigkeit zwischen den Nationen und Hilfe für diejenigen, die weniger entwickelt sind. Mit Entwicklung ist auch die Loslösung von einseitigen Abhängigkeiten gemeint. Dies in Anlehnung an die Konferenz von Bandung (1955) und die Bewegung der blockfreien Staaten. Im Kern legitimiert »Populorum progressio« strukturelle Veränderungen und eine Neuverteilung der Macht, wie Vertreter des Heiligen Stuhles an der UNCTAD-Konferenz in Santiago de Chile (1972) festhielten. Die Enzyklika wertet die Aufspaltung der Menschheit in reiche und arme Völker als Misserfolg des Kapitalismus. Sie verurteilt den ungleichen Tausch und akzeptiert Enteignungen, wenn das Eigentumsrecht zum Schaden des Gemeinwohls genutzt wird. Die Enzyklika »Populorum progressio« rückt die internationale Gerechtigkeit in den Vordergrund. Sie wird als »Rerum novarum auf der Ebene der Völker« bezeichnet. (Chenu 1991:79) Papst Paul VI. problematisiert in der Enzyklika »Mater et magistra« das Wort »Soziallehre«. Priester der Dritten Welt kritisieren die »doctrine sociale« als eurozentrisch. Der Begriff vereinheitlicht sozio-

kulturelle Kategorien, die je besonderen geschichtlichen und geografischen Situationen entsprechen und in keiner abstrakten Gesamtlehre generalisierbar sind. Dahinter steckt die Ablehnung eines deduktiven Verständnisses, das davon ausgeht, von allgemeinen Lehrsätzen konkrete Situationen beurteilen zu können. Demgegenüber muss sich die Kirche vielmehr am Konkreten orientieren. Zwei Jahre später verzichtet der Papst in »Pacem in terris« (1963) auf den Ausdruck »Soziallehre«. Chenu (1991:82ff.) kommt zum Schluss, dass die Kirche im sozialen Bereich nicht mit fertigen Rezepten und Lehren auftreten darf. »Mater et magistra« hat eine wichtige Wende gebracht. Ich halte den Einbezug dieser Tradition und Entwicklung für wichtig. Sie stützt die Legitimation von christlich-sozialen Kreisen, die sich um die neue Armut kümmern und sich selbst der Kritik aussetzen, wenn sie geltend machen, dass die Solidarität unabdingbar zur Selbsthilfe gehört. Ein wichtiges Verdienst der christlichen Soziallehre ist auch die Weigerung, die soziale Frage der wirtschaftlichen unterzuordnen. »Wenn beispielsweise heute maßgebliche Wirtschaftswissenschaftler liberaler Provenienz die Sozialpolitik als Wissenschaft und als politische Aufgabe in Zweifel ziehen, so werden die katholischen Sozialwissenschaftler zusammen mit Vertretern der wissenschaftlichen Sozialpolitik deutlich machen müssen, warum wir auf die Sozialpolitik nicht verzichten können«, schreibt Anton Rauscher (1989a:9), Professor für Christliche Gesellschaftslehre an der Universität Augsburg.

Gerechtigkeit

Weil familiäre Bande ab- und soziale Kosten zunehmen, drängt sich ein neuer Gesellschaftsvertrag auf. Darauf weisen heute viele Politikerinnen und Politiker hin. Es geht nicht an, argumentieren Einzelne, dass beispielsweise die Jungen die Alten finanzieren

müssen, obwohl diese im Durchschnitt wesentlich höhere Einkommen und Vermögen haben. Ich teile diese Sicht nicht und habe mich an anderer Stelle (Mäder 1988/1995) eingehend dazu geäußert. Hier gehe ich mehr auf der theoretischen Ebene auf die dahinter liegende Frage der Gerechtigkeit ein. Dabei beziehe ich mich vorwiegend auf John Rawls (1971) sowie auf Lutz Meyer (1996) und Wolfgang Kersting (1993), die sich mit dessen Theorie der sozialen Gerechtigkeit auseinander setzen, die für die Kommunitarismusdebatte wichtig ist.

John Rawls hat mit seinem Werk »A Theory of Justice« (1971) einen grundlegenden Beitrag zur politischen Philosophie des 20. Jahrhunderts geleistet. Er begründet die Notwendigkeit eines Gesellschaftsvertrags, formuliert moralische Grundlagen einer modernen Gesellschaft und stellt dem Rechtsstaatsprinzip – komplementär – das Prinzip der sozialen Gerechtigkeit zur Seite. (Meyer 1996:1) Rawls »Theorie der Gerechtigkeit« geht von einem »Urzustand« aus, in dem sich die Menschen – anders als bei Hobbes' Naturzustand – in einer anfänglichen Situation der Gleichheit befinden. Das Zusammenleben ist das Resultat einer fairen Übereinkunft. Es hängt nicht von natürlichen oder gesellschaftlichen Zufälligkeiten ab. Die Menschen entscheiden sich nach zwei Grundsätzen. Erstens haben alle das gleiche Recht auf das umfangreiche System gleicher Grundfreiheiten, die für alle andern verträglich sind. Zweitens sind soziale oder wirtschaftliche Ungleichheiten so zu gestalten, dass sie mit allen Positionen und Ämtern verbunden beziehungsweise für alle offen und für alle von Vorteil sind. Rawls schwebt als Vision eine »soziale Gemeinschaft sozialer Gemeinschaften« vor, in der alle Mitglieder einen ausgeprägten Gerechtigkeitssinn und ein gemeinsames Ziel haben. Die Aufgabe des stets legitimationsbedürftigen Staates besteht darin, die rechte Ordnung des menschlichen Zusammenlebens zu garantieren. Das Rechts- und Sozialstaatsprinzip sind unabdingbar mit-

einander zu verknüpfen. Im Unterschied zu radikal-liberalen Theorien hält Rawls sozialmotivierte Einschränkungen individueller Freiheitsrechte für gut begründbar. Deutlich ist auch der Unterschied zu späteren kommunitaristischen Konzeptionen. Rawls hält dem wertgeleiteten Prinzip Gemeinschaft einen Gesellschaftsvertrag entgegen, der sich an der Idee der Fairness und an Vertragstheorien orientiert. Menschenrechte lassen sich seiner Auffassung nach nicht aus einem abstrakt angenommenen Wesen der Menschen ableiten. Sie sollen vielmehr den konkreten Schutz der Einzelnen gewährleisten und eine möglichst weitgehende Selbstbestimmung anstreben. Die Nachrangigkeit der Gemeinschaft ist ein gemeinsames Kennzeichen moderner Vertragstheorien. (Meyer 1996:12) Der Staat und das Gesetz erfahren ihre Rechtfertigung ausschließlich durch eine Nützlichkeitsfunktion individueller Bedürfnisse und Interessen.

Rawls wendet sich gegen eine utilitaristische Auffassung, welche die individuellen Interessen – statt zu optimieren – mehr als nachrangig denn konstituierend für eine Gesellschaftsstruktur behandelt. (Kersting 1993:202) Der Gedanke der Fairness beinhaltet, dass eine Handlung gerecht ist, wenn ihr im Eigeninteresse und in freier Entscheidung zugestimmt werden kann und keine Beteiligten übervorteilt oder dazu genötigt werden, Ansprüche zu erfüllen, die nicht legitim sind. Die Prinzipien der Gerechtigkeit sollen der Gesellschaft einen konsensualen Zustand der Kooperation und »Wohlgeordnetheit« ermöglichen. Dazu gehört eine zufrieden stellende Verteilung der Grundgüter Rechte, Freiheiten, Chancen, Einkommen, Vermögen und Selbstachtung. (Rawls 1975:83) Die Verteilung stützt sich auf rationale Kriterien ab. Die Vernunft ist gerecht, die Gerechtigkeit vernünftig. Wenn vernünftig begründbar, sind auch Ungleichheiten zulässig. Rawls Differenzprinzip erlaubt soziale und wirtschaftliche Ungleichheit nur dann, wenn »zu erwarten ist, dass sie zu jedermanns Vorteil die-

nen« (Kersting 1993:55). Demgegenüber plädiert etwa der Kommunitarist Walzer für eine Politik der Differenz, die sich gegen nationalstaatliche Vereinheitlichung richtet. (Walther, BaZ, 1.3.1997) Was die Verteilung von Recht, Einkommen und den Verbrauch der Ressourcen betrifft, hält Rawls dafür, die Zukunft zu antizipieren und eine Gerechtigkeit zwischen den Generationen zu ermöglichen. Das impliziert eine ökologische Ethik und ein Recht auf intakte Lebensgrundlagen für alle. (Kersting 1993:143) Politisch aktuell ist Rawls' Theorie des zivilen Ungehorsams. Sie knüpft an eine naturrechtliche Widerstandslehre an und befürwortet eine öffentliche, gewaltlose, gewissensbestimmte, aber politisch gesetzwidrige Handlung, die eine Änderung der Gesetze oder der Regierungspolitik herbeiführen soll.

Auf Grund der Auseinandersetzungen mit radikalliberalen und mit kommunitaristischen Ansätzen modifiziert Rawls seine Theorien. »Die Kommunitaristen dürfen mit der jüngsten Entwicklung der Rawls'schen Theorie zufrieden sein«, urteilt Wolfgang Kerstin (1993:204). Rawls entfernt sich zunehmend von seinen ursprünglich liberalen Intentionen. Angesichts des um sich greifenden, modernisierungsbedingten Wertepluralismus distanziert er sich von einer Gerechtigkeitskonzeption, die den Anspruch erhebt, für alle Gesellschaften – unabhängig von den sozialen und historischen Umständen – angemessen zu sein. Der Anspruch auf Allgemeingültigkeit weicht zusehends dem hermeneutisch orientierten Ziel kultureller Selbstverständigung. Meyer (1996:39) weist darauf hin, dass Parallelen zwischen Rawls'schen und kommunitaristischen Ansätzen weiter zurückreichen und ausgeprägter sind, als oft angenommen. Sowohl Rawls als auch die Kommunitaristen haben das Ziel, einen Beitrag zur inneren Stabilität der liberalen Gesellschaften zu leisten. Beide sehen eine zunehmende Pluralisierung der Lebensstile und Werte, einen Verlust an gesellschaftlicher Identitäts- und Sinnstiftung und eine

damit verbundene wachsende Erosion gemeinschaftlicher Vorstellungen von Gerechtigkeit. Aus diesen Gründen machen beide Seiten geltend, dass ihre Konzepte zur Klärung der identitätsstiftenden Grundüberzeugungen beitragen und die Fundamente der liberalen Gesellschaft festigen. Mehr dazu im folgenden Kapitel über kommunitaristische Vorstellungen.

Rawls favorisiert die demokratische Auffassung. Er hält diese für die beste. Seine Grundsätze zielen auf eine wohl geordnete Gesellschaft und eine Gerechtigkeit der Fairness ab. Die »soziale Gemeinschaft sozialer Gemeinschaften« lebt nicht nur von der Verordnung, sondern auch davon, dass alle Mitglieder einen ausgeprägten Gerechtigkeitsinn haben und couragiert handeln. Wichtig ist das Recht aller auf gleiche Grundfreiheiten. Die Individuen haben Rechte und Pflichten. Damit sie diese wahrnehmen, sind gesellschaftliche Voraussetzungen nötig. Soziale und wirtschaftliche Ungleichheiten sind nur dann zu akzeptieren, wenn sie allen zum Vorteil gereichen. Das ist ein wichtiger Bestandteil eines Gesellschaftsvertrages. Giddens (1997) plädiert für einen Gesellschaftsvertrag, der ein Abkommen zwischen Arm und Reich vorsieht. Das mag partiell sinnvoll sein, beinhaltet aber auch die Gefahr, Ungleichheiten zu beschönigen und zu stabilisieren. Wenn ungleiche Partner Verträge abschließen, haben die Mächtigeren bessere Möglichkeiten, die Konditionen zu prägen. Ein ähnliches Problem stellt sich bei Rawls. Es gibt auch eine »Definitions-macht«, die darüber mitentscheidet, was vernünftig ist.

Kommunitarismus

Debatten über den Kommunitarismus bewegen sich auf einer philosophischen, soziologischen und politischen Ebene. Auf der philosophischen dominiert die Liberalismuskritik. Diese reagiert auf John Rawls »Theory of Justice«, die sich ihrerseits als sozial-

liberale politische Theorie gegen Utilitarismus und den »libertarianism« wendet. Autoren wie Sandel und Taylor kritisieren Rawls' Menschenbild, das von weitgehend unabhängigen Wesen ausgeht. Sie machen geltend, dass Menschen nur in Gemeinschaften existieren und eine Identität aufbauen können. (Paper, Heizmann 1998) Auf der soziologischen Ebene geht es um den Gegensatz zwischen Individualismus und Gemeinsinn. Bellahs Studie über die »Gewohnheiten des Herzens« beziehungsweise über »das sich auflösende Gemeinschaftsleben in den USA« befasst sich damit. Auf der politischen Ebene bewegen sich etwa die Anstrengungen von Amitai Etzioni. Sie wollen die Verantwortung des Einzelnen für die Gemeinschaft fördern; beispielsweise durch die Stärkung kommunaler Selbsthilfe, aber auch durch moralische Grundlagen.

Hauptziele des Kommunitarismus sind die Rekonstruktion der »community« (Gemeinschaft), die Wiederherstellung der Bürger-tugenden, ein neues Verantwortungsbewusstsein der Menschen und die Stärkung der moralischen Grundlagen der Gesellschaft. Je funktionsfähiger eine Gemeinschaft ist, desto weniger staatlicher Kontrolle bedarf sie. (Etzioni 1995:XI) Politiker verschiedener Parteien beziehen sich auf die kommunitaristische Bewegung, so etwa Kurt Biedenkopf (ehemaliger christdemokratischer Ministerpräsident des Landes Sachsen), Joschka Fischer (grüner Außenminister Deutschlands), Tony Blair (britischer Regierungschef und Labourvorsitzender) und US-Präsident Bill Clinton. Auch SPD-Strategie Rudolf Scharping erklärt, dass sich die Sozialdemokraten dem Kommunitarismus nähern sollten. (Focus, 12/1997:212) Die Bewegung ist – als solche deklariert – 1990 in den USA entstanden. Sie fasst allmählich auch in Europa Fuß. 1996 wurde ein »Manifest der Kölner Kommunitaristen« veröffentlicht. (Walther, BaZ, 1.3.1997) Es sieht die Übertragung von öffentlichen Aufgaben auf Selbsthilfe- oder Nachbarschaftshilfeorganisationen so-

wie die Verpflichtung der Sozialhilfeabhängigen zur gemeinnützigen Arbeit vor. Doch die kommunitaristische Bewegung ist keine amerikanische Erfindung. Ihre Wurzeln reichen in die griechische Antike sowie in die Zeit des Alten und Neuen Testaments zurück. Nötig ist ein Konsens darüber, was per Mehrheit entschieden werden soll (etwa kommunale Steuern) und was nicht (Sprachkodizes). Intoleranz lässt sich nicht mit neuen Diskriminierungen bewältigen, sondern nur mit Dialog und Begegnungen. Große Hoffnungen setzen kommunitaristische Strömungen auf die Veränderung von Einstellungen. Diese können den sozialen Wandel ebenso prägen wie wirtschaftliche Maßnahmen.

Amitai Etzioni bezieht sich (im Interview, das ich mit ihm im Juli 1996 geführt habe) stark auf seinen Lehrer Martin Buber. In seiner Gesellschaftsanalyse hebt er »das Missverhältnis von Ansprüchen und Verantwortungsbewusstsein« hervor. Er kritisiert, dass die Rechte der Individuen ausgeweitet werden, ohne dass dies ein entsprechendes Mehr an Pflichten zur Folge hat. Da sei der Hebel anzusetzen: zum einen mit einem Moratorium, was die Festlegung neuer Rechte betrifft; zum andern mit einer Verpflichtung aller Mitglieder einer »community«, sich um das Ganze zu kümmern. Eine wichtige Bedeutung kommt der Familie zu. Sie ist der Ort, an dem ein wesentlicher Teil der Sozialisation stattfindet. Damit die Familie ihre Aufgabe gut erfüllen kann, ist sie auf wirtschaftliche und gesellschaftliche Voraussetzungen angewiesen; zum Beispiel auf existenzsichernde Löhne, damit die Eltern keine Nachtarbeit und Überstunden leisten müssen.

Dass Gemeinschaften auch gefährlich sein können, sieht Etzioni durchaus. Wichtig ist ihm die Balance zwischen Individualismus und Kollektivismus. Je nach gesellschaftlicher Voraussetzung ergeben sich andere Positionen. In China fordern Kommunitarier mehr individuelle Freiräume, in den USA mehr gesellschaftliche Verantwortung. In Großbritannien müssen sie berücksichtigen,

dass die sozialen Institutionen weniger erschüttert sind als in den Vereinigten Staaten. Wenn es nicht gelingt, die zivile, moralische Ordnung zu stärken, dann fordern immer mehr Menschen eine starke Hand. Früher grenzte sich Etzioni vorwiegend gegen den extremen Liberalismus und Individualismus ab. Heute betont er vorwiegend die fundamentalistische Gefahr.

Die Idee des Kommunitarismus ist in den USA als Reaktion auf John Rawls' sozial-liberale »Theorie der Gerechtigkeit« entstanden. (Apel 1993:149) Rawls betont die Rechte des Individuums; Kommunitaristen wie Michael Sandel postulieren hingegen eine Wiederbelebung der Gemeinschaft und des Gemeinnsinns. Werte wie Verantwortung und Solidarität sollen den sozialen Zusammenhalt stärken. Das Einzelwesen kann nicht ohne Gemeinschaft existieren, die Gesellschaft nicht ohne Gemeinschaftssinn. Kommunitaristische Positionen basieren auf der Annahme, dass eine bloß auf die Garantie individueller – liberaler, sozialer und demokratischer – Grundrechte fixierte Gesellschaft kein Äquivalent für die »vereinigende Macht der Religionen« hervorbringen kann. (Wellmer 1993:175) Dafür wäre vielmehr eine ebenso verpflichtende wie identitätsstiftende gemeinsame Konzeption des Guten nötig. Zwischen den als Kommunitaristen geltenden Charles Taylor, Alasdair MacIntyre, Robert Bellah oder Ben Barber gibt es allerdings beträchtliche Unterschiede. Von einer einheitlichen Schule kann nicht die Rede sein.

Als einer der prominentesten Kommunitaristen gilt Michael Walzer, der sich aber selber nicht so bezeichnet. (Krause 1998) Um die ethisch-moralische Autonomie von Individuen zu schützen, relativiert der sozialdemokratisch orientierte Walzer die Gemeinschaftsoption. Er moniert, dass die Demokratie zum Überbauphänomen verkommt und der Kapitalismus zwar den Staat braucht, aber keine moralische Beziehung zu ihm hat. Die zivile Gesellschaft gewährt den Bürgerinnen und Bürgern hingegen konkrete Hand-

lungsräume. Um dies zu erreichen, gilt es zunächst, die Ungleichheiten des Marktes mit Hilfe politischer Maßnahmen abzuschwächen.

Der als konservativ geltende Robert Bellah geht zwei wichtigen kulturellen Traditionen der USA nach, die ein Gegengewicht zum selbstverwirklichungs- und nutzenorientierten Individualismus bilden: die biblische, christliche und jüdische sowie die republikanische Tradition. Joas (1995:73) zeigt demgegenüber auf, dass beispielsweise in Deutschland gerade die individualistisch-liberale Tradition eher schwach ausgeprägt ist und auch die republikanische Tradition im Sinne einer Selbstregulierung freier und tugendhafter Bürger, die in Amerika seit dem 18. Jahrhundert wichtig ist, kaum existiert. Ihre klassische Form sieht Joas in der Schweiz verwirklicht.

Der Kommunitarismus lehnt die Freiheitspostulate des Liberalismus nicht ab. Er knüpft vielmehr an diese Konzeption an. (Meyer 1996:39) Der Kommunitarismus versucht, die Ausgestaltung der Rechte stärker an die konkreten Bedingungen anzupassen. Michael Sandel wirft John Rawls vor, Menschen als weitgehend isolierte Wesen zu betrachten. Die Vorrangigkeit der Gemeinschaft trägt wesentlich zur Konstituierung der Persönlichkeit bei. Sie vermittelt Werte und Identität. Liberale Gesellschaften beruhen auf einem Mindestmaß an Gemeinnsinn.⁴⁸ Michael Walzer gilt als kommunitaristischer Liberalismuskritiker und als liberaler Kommunitarismuskritiker. Die von ihm geforderte Liberalismuskorrektur hat die Wertorientierung einer Gesellschaft selektiv zu verstärken. Die gemeinsame Orientierung am Wert der individuellen Freiheit ist mittlerweile zum Kern der kollektiven Wertbindung in den modernen Gesellschaften geworden. (Meyer 1996:42) Wer Gerechtigkeit will, muss Ungleiches nicht gleich, sondern Ungleiches ungleich behandeln. Alle Kommunitarier stimmen im Kern der Notwendigkeit der Wiederbelebung der gesellschaftlichen Solidarität zu.

Johann Aeschlimann, ehemaliger US-Korrespondent der Basler Zeitung (26.1.1993:7), würdigt den Kommunitarismus als Versuch, die auseinander gefallenen Domänen von »Rechten« und »Verantwortung« wieder ins Lot zu bringen. Der Kommunitarismus soll der Gesellschaft zu einem neuen Zusammenhang verhelfen. Er ist eine Antwort auf den durch das Ende des Kalten Krieges und das Scheitern des Reaganismus verloren gegangenen Kitt. Dabei geht es nicht darum, rückwärts gewandt die alte Familie mit ihrer einseitigen Rollenteilung zu festigen, sondern eine Familie zu unterstützen, in der beide Elternteile dieselben Rechte und Pflichten haben. »Wir wollen die Uhr nicht einfach zurückdrehen«, sagt Etzioni (Focus 12/1997:210). Es geht vielmehr darum, ein Gleichgewicht zwischen der individuellen Freiheit und der sozialen Ordnung zu finden.

Ulrich Beck (1997:26/27) bezeichnet die Kommunitaristen als »Gegenspieler der Neoliberalen« und kritisiert, dass sie dem Marktfundamentalismus nur die »eintönige Flagge der Gemeinschaft« entgegenhalten. Rudolf Walther (BaZ, 1.3.1997) versteht nicht, »wie alte Werte eine neue Krise beheben sollen«. Die enge Koppelung kommunitaristischer Theorien mit der These vom Wertezerfall führt nach seiner Auffassung dazu, dass konservative Politiker (wie Wolfgang Schäuble) vornehmlich an die Tugend appellieren und vom »Zauberwort Bindekraft« Wunder erwarten. Die Kritik an der Gerechtigkeitsidee des politischen Liberalismus bringt den Topos der Gemeinschaft von den USA nach Europa zurück. Damit lebt die simple Dichotomie von guter Gemeinschaft und böser Gesellschaft wieder auf (Brumlik/Brunkhorst 1993:11). Aber das geschieht keineswegs zwangsläufig.

Ich habe bereits mit Hinweisen auf Taylor und Joas die Verbindung von Kommunitarismus und Wertezerfall relativiert. Ferner ist zu berücksichtigen, dass der Begriff »Gemeinschaft« in den USA eine andere Bedeutung und Tradition hat als in Deutschland.

Während in den USA der Begriff »community« auch heute weitgehend mit demokratischer Teilhabe und republikanischer Tradition verknüpft ist, vertritt in Deutschland die politische Rechte eine Gemeinschaftskonzeption, die an die Tradition der Zwangsgemeinschaft erinnert. Wolfgang Schmidt (1994:375) kritisiert in diesem Zusammenhang die Wirkung von Walzers wenig konkretem Plädoyer für eine Politik der Differenz. Es beinhaltet die Gefahr einer Abkapselung und Abspaltung einzelner Bevölkerungsgruppen. So bedient sich beispielsweise in Frankreich die »neue Rechte« auch der Ideen von Claude Lévy-Strauss, um vom Diskurs der Differenz rassistische Diskriminierung theoretisch zu rechtfertigen. Gerade deshalb ist die Orientierung des Kommunitarismus an der direkten Demokratie so wichtig. Dazu gehören die Revitalisierung von Gemeindeversammlungen und Basisorganisationen, die Durchführung von Protestaktionen sowie die Mittel von Initiative und Referendum. (Meyer 1996:104) Kommunitaristische Konzepte sind kein Ersatz, sondern eine Ergänzung liberaler Demokratietheorien.

Neue Unübersichtlichkeit

Jürgen Habermas hält es mehr mit Rawls als mit dem Kommunitarismus, unterscheidet sich aber auch von ihm. Für Rawls sind liberale Grundrechte fundamental, für Habermas demokratische Kommunikations- und Teilhaberechte. (Wellmer 1993:179) Habermas sieht in der gleichberechtigten Teilhabe aller am demokratischen Diskurs das fundamentale Legitimitäts- oder Gerechtigkeitsprinzip moderner Gesellschaften, das allen besonderen Ausformulierungen liberaler Grundrechte vorgeordnet bleibt. Er betont die demokratietheoretische Bedeutung der Kommunikation, was an Giddens' keineswegs identischen dialogischen Ansatz erinnert. Häufig wird Habermas' Buchtitel »Die Neue Unübersichtlichkeit«

(1985) erwähnt. Die Strukturen sind komplex und unübersichtlich geworden, lautet der Tenor vieler Zitate. Wer Habermas' Text liest, stösst indes auf eine wichtige Orientierungshilfe.

Habermas (1985:141ff.) sieht die Moderne weitgehend auf sich selbst gestellt: Sie kann ihre orientierenden Maßstäbe kaum mehr an den Vorbildern anderer Epochen ausrichten. Je komplexer steuerungsbedürftige Systeme werden, umso größer wird die Wahrscheinlichkeit dysfunktionaler Nebenfolgen. Produktivkräfte laufen Gefahr, sich in Destruktivkräfte zu verwandeln. Ans Ende gelangt sind jene Utopien, die sich – wachstumsorientiert – um das Potenzial der Arbeitsgesellschaft kristallisiert haben. Seit Mitte der siebziger Jahre kommen vermehrt Grenzen des sozialstaatlichen Projektes ins Bewusstsein. Dies allerdings ohne klar erkennbare Alternative. Eine neue Unübersichtlichkeit charakterisiert die heutige Situation. Die von der gängigen Arbeitsteilung ausgehende Sozialstaatsprogrammatik verliert die Kraft, die Möglichkeiten eines kollektiv besseren und weniger gefährdeten Lebens zu erschließen.

In der sozialen Marktwirtschaft kommt dem interventionistischen Staatsapparat die Aufgabe zu, Krisen zu glätten. Er ist aber keine autonome Quelle von Wohlstand und damit nicht in der Lage, Arbeitsplatzsicherheit als Bürgerrecht zu garantieren. Trotz beschränkter Handlungsfähigkeit gegenüber der Wirtschaft greift der Staat nachhaltig in den Lebenskreislauf seiner Bürgerinnen und Bürger ein. Ein immer dichteres Netz von Rechtsnormen, von staatlichen und parastaatlichen Bürokratien überzieht den Alltag der potenziellen und tatsächlichen Klientel. Die Verformungen einer reglementierten, zergliederten, kontrollierten und betreuten Lebenswelt bezeichnet Habermas (ebd.) als die handgreiflichen Formen von materieller Ausbeutung und Verelendung. Aber die aufs Psychische und Körperliche abgewälzten und verinnerlichten sozialen Konflikte sind nicht weniger destruktiv. Sie widersprechen

dem Ziel des sozialstaatlichen Projekts, das egalitär strukturierte Lebensformen vorsieht. Diese gewähren Spielräume für individuelle Selbstverwirklichung und Spontaneität. Sie lassen sich jedoch kaum auf dem direkten Wege einer rechtlich-administrativen Umsetzung politischer Programme erreichen.

Trotzdem kennzeichnen die sozialstaatlichen Institutionen den gewaltigen Entwicklungsschub des demokratischen Verfassungsstaates. Immer größere Anstrengungen sind allerdings erforderlich, um die private Lebenswelt für die persönlichen Belastungen zu entschädigen und gegen den Druck von Konkurrenzgesellschaft und beschleunigter Modernisierung abzufedern. Das Muster, das sich im internationalen Rahmen zwischen den Metropolen und Peripherien eingespielt hat, scheint sich im Innern der hoch industrialisierten Länder zu wiederholen.⁴⁹

Neokonservative Strömungen fördern eine angebotsorientierte Wirtschaftspolitik. Sie betrachten eine zunehmende Arbeitslosenquote als unumgänglich und versuchen, den Aufwand für die Legitimation des politischen Systems zu senken. Um der »Anspruchsinflation« und »Unregierbarkeit« entgegenzuwirken, sollen Administration und öffentliche Willensbildung mehr entkoppelt werden. Neokorporatistische Entwicklungen aktivieren die Großverbände als nichtstaatliche Steuerungspotenziale. Die Verlagerung von normativ geregelten parlamentarischen Zuständigkeiten auf andere Handlungssysteme verschiebt sozialstaatliche Kompetenz in Grauzonen.

Ein anderes Reaktionsmuster zeichnet sich in der »Dissidenz von Wachstumskritikern« ab. (Habermas 1985:155) Diese haben eine ambivalente Einstellung gegenüber dem Sozialstaat und sammeln sich in neuen sozialen Bewegungen. Was sie einigt, ist die Ablehnung der produktivistischen Fortschrittsvision, welche die Neokonservativen mit den Legitimisten teilen. Letztere bezeichnet Habermas als die eigentlich Konservativen. Sie hoffen darauf, die

Stelle des Gleichgewichts zwischen Sozialstaatsentwicklung und marktwirtschaftlicher Modernisierung wieder ausfindig machen zu können. Die gestörte Balance zwischen demokratischen Gebrauchswertorientierungen und abgemildert kapitalistischer Eigendynamik soll sich neu einpendeln. Diese Programmatik ist auf die Bewahrung sozialstaatlicher Besitzstände fixiert. (Habermas 1985:153) Sie erkennt die Widerstandspotentiale, die sich im Sog einer fortschreitenden bürokratischen Erosion der aus naturwüchsigen Zusammenhängen freigesetzten, kommunikativ strukturierten Lebenswelten ansammeln.

Die »industriegesellschaftlichen Dissidenten« wollen hingegen die Eigendynamik der über Macht und Geld gesteuerten Subsysteme durch Formen basisnaher und selbst verwalteter Organisation brechen oder eindämmen. Sie fordern eine staatliche Infrastruktur, welche »sozial gebändigt« die Individuen nicht vereinnahmt. Von Interesse ist dabei die Frage nach Ausweitungsmöglichkeiten vorhandener Überschneidungen und argumentativer Schnittpunkte mit jenen Legitimisten, die in der entfesselten Eigendynamik der Wirtschaft eine große Gefahr sehen und die Problemlasten zwischen den Systemen Staat und Wirtschaft neu aufteilen wollen.

Wichtig ist in diesem Zusammenhang die oben angeführte Differenzierung der gängigen Sozialstaatskritik. Habermas schürt nicht die Illusion, ein Zurückdämmen sozialstaatlicher Leistungen würde quasi automatisch die Selbsthilfegeister wecken. Er zeigt auch, wie Albrecht Wellmer (1993:173) weiter ausführt, dass sich die Menschen schon seit dem ausgehenden 18. Jahrhundert Sorgen über das Erlahmen der sozialen Bindungskräfte machen. Einer der wichtigen Diskurse der Moderne ist also gar nicht so neu. Das mindert nicht die Probleme, die unabdingbar mit der Individualisierung verbunden sind. Es entlastet aber von dem Druck, der da und dort dazu führt, die Komplexität simplizistisch zu reduzieren und alte Schwarzweißmuster zu reaktivieren.

Nach dem gewaltigen Liberalisierungsschub von 1989 akzentuiert Habermas (1998:65ff.) die Bedeutung des politischen Korrektivs gegenüber der wirtschaftlichen Machtballung und den entfesselten Marktkräften noch stärker. Die Aufkündigung des sozialstaatlichen Kompromisses hat zur Folge, dass die Krisentendenzen, die der Staat aufgefangen hatte, wieder aufbrechen.

Moderne

Die Mechanik des Entweder-oder führt zu einer Zwangsstabilisierung, die blockiert. Die Unübersichtlichkeit verunsichert. Sie beinhaltet die Gefahr, im Abwehrreflex zu verharren oder vorwärts zu flüchten. Die Individualisierung führt aber auch zu einer Destabilisierung, die neue Chancen eröffnet. Laut Ulrich Beck (1993:223) kehren die Individuen dadurch in die Gesellschaft zurück. Alte Parteibindungen werden enttraditionalisiert. »Die Gefahr der neuen Vielfalt liegt nicht in der angeblichen Unübersichtlichkeit, die sie mit sich bringt. Sie liegt in der Unfähigkeit der politischen Parteien, Gewerkschaften, Kirchen, Vereine und so weiter, mit der gewachsenen Vielfalt umzugehen«, schreibt Beck (1997:17). Er ist wie Jürgen Habermas der Meinung, dass sich wesentliche Bestimmungen der Moderne kaum mehr aus der Vergangenheit erklären lassen. Aber wie lassen sie sich denn erklären? Und was macht die Moderne aus?

Ulrich Beck (1986:7ff.) geht davon aus, dass eine neue »Gewalt der Gefahr« alle Schutzzonen und Differenzierungen der Moderne aufhebt. Während sich früher die Not ausgrenzen ließ, ist das bei den Gefahren des Atomzeitalters nicht mehr möglich. Die Moderne eröffnet den Menschen ungeahnte Möglichkeiten, das gesellschaftliche Gefüge zu beeinflussen. Sie beschert ihnen aber auch neue Einschränkungen und Abhängigkeiten. Extreme Bedrohungen verkehren den auf die Spitze getriebenen Individua-

lismus ins Gegenteil. Sie heben das Private auf. Heute kann ein Windstoß über Leben und Tod entscheiden. Dazu braucht es kein menschliches Versagen. Die Katastrophe ist systemisch verursacht. Individuelle Vorrichtungen bieten kaum mehr Schutz. Die hochindustriellen Bedrohungen sind zu gewaltig.

Beck will das »Begriffsdunkel der Nachaufklärung« aufhellen. Er will dem auf die Spur kommen, was das Codewort »Post« verschleiern, das sich leicht im Modischen verfängt. Beck wendet sich gegen jene, die an einem engen Aufklärungsverständnis festhalten und sich an den naturwissenschaftlichen Prämissen des 19. Jahrhunderts orientieren. Er widerspricht auch jenen, die heute das Projekt Moderne ganz verabschieden wollen. Im 19. Jahrhundert kontrastierte die Moderne eine traditionelle Welt der Überlieferung. Heute trifft sie auf die Auswirkungen der Industrialisierung und damit auf sich selbst. Im 19. Jahrhundert wurden ständische Privilegien und religiöse Weltbilder entzaubert, heute stehen das Wissenschafts- und Technikverständnis, die Arbeits- und Lebensformen sowie die Leitbilder und das Rollenverständnis zur Diskussion. Moderne und Industriegesellschaft scheinen in Gegensatz zu geraten. Während sich die einfache Modernisierung gegen die Tradition wandte, hebt sich die reflexive von der Industriegesellschaft ab. Wer demnach eine revolutionäre Umwälzung mit einem Akteur erwartet, der die Industriegesellschaft verdrängt, sieht sich getäuscht. Die Industriegesellschaft stiehlt sich selber auf leisen Sohlen fort.

Fortschrittskritik und neue soziale Bewegungen stehen nicht im Widerspruch zur Moderne. Sie sind Zeichen einer Weiterentwicklung, die über den Entwurf der Industriegesellschaft hinausführt. Das Neue ist neu zu denken. Es passt in kein rückwärts gewandtes, antimodernistisches Szenario. Beck unterscheidet drei Varianten, wie sich die Zukunft gestalten lässt: Wer das alte Wachstumsverständnis hat, will zurück zur Industriegesellschaft.

Wer auf die Forschung setzt, baut auf die Demokratisierung des technologischen Wandels. Wer im Sinne einer differenzierten Politik ein Demokratiemodell jenseits zentralistischer Steuerungs- und Fortschrittsfiktionen anstrebt, akzeptiert auch die Notwendigkeit der Selbstbegrenzung.

Beck entfaltet die Leitidee einer reflexiven Modernisierung der Industriegesellschaft von zwei Seiten her. Am Beispiel der Reichtums- und Risikoproduktion erörtert er das »Ineinander von Kontinuität und Zäsur«: Während in der Industriegesellschaft die Logik der Reichtumsproduktion dominiert, kippt in der Risikogesellschaft das Verhältnis von Aufwand und Ertrag mit der Ausweitung der Gefährdungen um. Die Globalisierung kennt zwar keine nationalstaatlichen Grenzen, wird aber durch eine besondere Dynamik relativiert. Die Verursacher der Probleme, werden durch immer mehr Probleme selber betroffen. Hinzu kommen die immanenten Widersprüche zwischen der Moderne und Gegenmoderne.

Einerseits ist die Industriegesellschaft als Klassen- oder Schichtgesellschaft entstanden, andererseits entzieht die wohlfahrtsstaatliche Entwicklung dieser die kulturellen und traditionellen Grundlagen. Einerseits ist die Industriegesellschaft nach dem Muster der Kleinfamilie normiert, andererseits basiert diese auf geschlechtsspezifischen Zuweisungen, welche durch die verstärkte Erwerbstätigkeit der Frauen unterlaufen werden. Einerseits ist die Industriegesellschaft an der Erwerbsarbeit orientiert, andererseits wird diese durch die Rationalisierung minimiert. Einerseits wird in der Industriegesellschaft die Rationalität institutionalisiert, die sich mit äußeren Forschungsobjekten befasst, andererseits dehnt sich das Prinzip Zweifel auf die eigenen Grundlagen und Risiken aus. Einerseits gelten in der Industriegesellschaft Formen der parlamentarischen Demokratie, andererseits schränkt sie deren Wirkungskreis ein, indem die Wirtschaft weitgehend ausgeklammert bleibt. So erweist sich in der Reflexivität

von Modernisierungen die industrielle Traditionalität als brüchig, wobei die Irritationen eigentliche Erfolge der Modernisierung sind, die auch auf einen Wandel der Grundlagen des Wandels drängt. Beck betrachtet die Industriegesellschaft als eine halbmoderne Gesellschaft. Die Grundstruktur ist widersprüchlich. Sie labilisiert die Industriegesellschaft allmählich. Die Kontinuität wird somit zur Ursache der Zäsur. Chancen und Risiken sind nahe beisammen. Der Ausweg ist offen.

Mit den Risiken erhöht sich das Bedürfnis nach Sicherheit. Das hat Konsequenzen für die Entstehung neuer Gemeinschaften. Weil die Verursacher der Risikoproduktion selber immer mehr von den Folgen betroffen sind, erhöht sich ihre Verantwortungsbereitschaft. (Beck 1986:47) Aber ist die derzeitige Risikoverteilung nicht auch durch eine Risikoabwälzung geprägt, die jene überfordert und lähmt, die ohnehin bloß über knappe Mittel verfügen? Werden so alte soziale Ungleichheiten neu verfestigt? Beck (1986:65) stellt einen Wandel von der Solidarität aus der Not zur Solidarität aus Angst fest. Und wie wirkt sich die Angst aus? Gruppenbildend? Sprengt sie das individuelle Nutzenkalkül? Oder treibt sie die Menschen in Irrationalismus und Fanatismus? Behindert sie die erhoffte Zunahme einer freiwilligen Solidarität? In der Erfahrung der materiellen Not sieht Beck (1986:100) Betroffenheit und subjektives Erleben beziehungsweise Erleiden nahe beisammen. Risiken lassen sich einfacher übersehen. Nimmt also mit dem Ausmaß der Gefahr auch deren Leugnung und Verharmlosung zu? Und erhöht sich damit die Bereitschaft, jene als Bedrohung hinzustellen, die auf Bedrohungen hinweisen?

Der soziale Wandel im Zeichen der Moderne führt dazu, dass die Menschen aus den Sozialformen der industriellen Gesellschaft freigesetzt werden. (Beck 1986:116ff.) Der Prozess der Individualisierung wurde früher für das sich entfaltende Bürgertum in Anspruch genommen. Die Abstände in der Einkommenshierarchie

sind inzwischen ähnlich geblieben. Gleichwohl tritt für das Handeln der Menschen die Bindung an soziale Klassen in den Hintergrund. Die Dynamik des sozialstaatlich abgesicherten Arbeitsmarktes hat dazu wesentlich beigetragen.

Trotz Konstanz bei den Relationen der sozialen Ungleichheit haben sich die Lebensverhältnisse also stark geändert. Beck (1986:122) sieht eine kulturelle Evolution der Lebensformen, wobei die Bildungsexpansion und Mobilität eine große Rolle spielen. Zudem hat das selbst verdiente Geld der Frauen die Machtbeziehungen in der Ehe und Familie verändert. Bei seinem Versuch, Differenzierungen der Sozialstruktur zu berücksichtigen, sieht Beck die Normen, Werte und Lebensstile nicht so sehr als Produkt der industriellen Klassenbildung, sondern viel mehr als Relikt vorkapitalistischer Traditionen. Dies zumindest bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts. Danach beginnt die labile Einheit einer ständisch geprägten, marktvermittelten Gemeinschaftlichkeit auseinander zu brechen. Die Nachbarschaft wird durch isolationistische Nichtbeziehung, aber auch durch selbst gebaute Netzwerke ersetzt. In den achtziger Jahren stellt Beck neue Schließungstendenzen und einen kollektiven Abstieg fest, bei dem ständische Kriterien neue Bedeutung erlangen. Die Arbeitslosigkeit wird den Menschen unter den Bedingungen der Individualisierung als persönliches Schicksal aufgebürdet. Dabei bleibt unklar, was schlimmer ist: Hilfe zu empfangen oder unentdeckt zu bleiben.

Als mögliche, sich nicht ausschließende Entwicklungsvarianten skizziert Beck (1986:156) den Fortbestand der Ungleichheiten in Grauzonen, die Modernisierung der Klassenbildung unter Einbezug der Individualisierung sowie die Stärkung neuer Netzwerke, Identitäten und sozialer Bewegungen. Dabei polemisiert er gegen eine Psychowelle, die gesellschaftliche Probleme vorwiegend als individuelle hinstellt. Besessen vom Ziel der Selbstverwirklichung versuchen etliche Individuen, sich selbst aus der Erde

herauszureißen. Sie tun dies, um nachzusehen, ob ihre Wurzeln auch wirklich gesund sind. Gewerkschaftliche und politische Bearbeitungsformen geraten in Konkurrenz zu therapeutischen Konzepten, die sich konkreter auf die Belastungen der Betroffenen beziehen. Wie sich moderne Biografien aus vorgegebenen Mustern herauslösen, wird von gewerkschaftlichen Institutionen und politischen Instanzen wenig beachtet. Diese orientieren sich, wie Beck (ebd.) kritisiert, am Vergangenen. Sie werden so zu Konservatoren einer sozialen Wirklichkeit, die es immer weniger gibt. Das Bedürfnis nach geteilter Innerlichkeit und enger Gemeinschaftlichkeit wächst mit den Verlusten, die sich aus der Individualisierung ergeben. Fehlende institutionelle Lösungen potenzieren die privaten (Beziehungs-)Konflikte.

Beck (1993:9) sieht, wie erwähnt, die Möglichkeit einer Ablösung der Solidarität aus Not, die Durkheims »mechanischer Solidarität« ähnelt, durch die Solidarität aus Angst. Als weitere Möglichkeit ist eine Solidarität aus Vernunft denkbar. Sie entspricht der freiwilligen Solidarität, die das Verbindende aus eigenen Stücken sucht. Während das 19. Jahrhundert vom Entweder-oder geprägt wurde, sollte das 20. Jahrhundert der Arbeit am »Und« gelten. (Arend 1993:84) Die reflexive Modernisierung erzeugt allerdings Erschütterung. Sie bringt die Frage aufs Tapet, wie viel Auflösung ein Mensch erträgt. Sie schärft auch den Blick für prinzipielle Alternativen. Nicht zur Disposition stehen die Errungenschaften der europäischen Moderne: parlamentarische Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, die Menschenrechte, die Freiheiten der Individuen. Beck (1993:30) sieht aber die Gefahr, dass die Verunsicherung den Ruf nach der starken Hand erhöht. Er stimmt deshalb nicht ins Lamento über den Werteverfall ein, sondern kritisiert das gerade am Kommunitarismus. Als wachsendes Problem ortet Beck (1993:19) das Fehlen eines europäischen Sicherungssystems. Das hängt damit zusammen, dass es derzeit

die dazu nötigen Vertragspartner noch nicht gibt. Wie in der griechischen Antike die lokalen Formen, im 18. und 19. Jahrhundert die nationalen, so müssen heute die globalen Formen der Demokratie neu erfunden werden. Der Ansatz einer neuen Politik äußert sich in der Fähigkeit zur Selbstorganisation: Die Deregulierung kann diese kaum begünstigen. Beck hält sie für ein Desaster. Der Staat muss sich selbst begrenzen, er muss sich aber auch selbst erhalten. Der Nachwächterstaat ist nicht in der Lage, die Monopole aufzuheben. Dazu braucht es allerdings auch keinen Interventionsstaat mit gewaltiger Gesamtplanung und Kontrolle.

»Sind wir eine Gesellschaft der Ichlinge?«, fragt Ulrich Beck in seinem Buch »Kinder der Freiheit« (1997:9), in dem er deutlicher als zuvor »Wider das Lamento über den Werteverfall« argumentiert und »für eine Selbstautorisierung des Individuums« eintritt. Die Symptome der »Egogesellschaft« sind nicht durch weniger, sondern durch mehr politische Freiheit zu bekämpfen. Die politische Freiheit kennzeichnet die Moderne, die sich nicht auf Zweckrationalität (Max Weber), Kapitalverwertung (Karl Marx) oder funktionale Differenzierung (Talcott Parsons, Niklas Luhmann) reduzieren lässt. Anstelle der traditionellen Sicherheit entsteht in der Moderne die demokratische Kultur eines rechtlich sanktionierten Individualismus. Sie bietet den Menschen mehr Freiheiten als erwartet, aber genau das scheinen viele zu übersehen. Sie verkennen auch, dass der Individualismus in neuer Weise die Bereitschaft fördert, für andere da zu sein. Die Sehnsucht nach Selbstbestimmung steht laut Beck im Einklang mit der Sehnsucht nach Gemeinsamkeit. Die Räume, in denen selbstverantwortlich gedacht wird, sind kleiner geworden, aber sie werden intensiver und freiwilliger genutzt. Die Kinder der Freiheit praktizieren eine hochpolitische Politikverleugnung. Sie foutieren sich um die Formalismen der Vereine und nehmen, indem sie die gängige Macht ignorieren und unterlaufen, ein Stück Gegenmacht

wahr. Wer bloß Spaß haben will, gehört so schon zur Basisopposition.

Die Verfügbarkeit über die eigene Zeit wird allmählich höher bewertet als mehr Einkommen und Karriere. (Beck 1997:20) Das erleichtert den Abschied von einer Epoche, in der die Menschen ökologisch und ökonomisch über ihren Verhältnissen lebten. Die Vielfalt der Lebensverhältnisse sowie die Globalisierung führen dazu, dass die Toleranz gegenüber andersartigen Menschen und gesellschaftlichen Randgruppen steigt. Der mobile Mensch ist nicht bindungslos. Er fühlt sich an mehreren Orten zu Hause und dehnt damit sein Verantwortungsgefühl aus. »In der Bevölkerung gewinnen Selbstverantwortung, Selbstorganisation, Selbstpolitik eine aufgeklärt-realistische Chance, die nun allerdings auch von einer Politik, die überall auf ihre Grenzen trifft, in dem Sinne genutzt werden muss, Verantwortung und Macht neu zu (ver)teilen«, schreibt Beck (1997:21) und weist deutlich darauf hin, dass die Freiheit die Sicherheit voraussetzt.

Die »Kinder der Freiheit« leben allerdings in einer Welt, in welcher der als sicher geglaubte Wohlstand erodiert. Der rasche und weit reichende gesellschaftliche Wandel verändert die Grundlagen des Lebens. Das verunsichert viele. Sie fühlen sich durch die mögliche Freiheit bedroht. Früher sorgten Religion und Erwerbsarbeit (Wirtschaftswachstum, Massenkonsum) für den sozialen Zusammenhalt, der heute über die Ausweitung politischer Freiheiten anzustreben ist. Freiheit ist nicht Auflösung, sondern Quelle des Zusammenhalts. Heute ist eine Selbstintegration der Individuen nötig. (Beck (1997:382) Ein wichtiges Merkmal der »zweiten Moderne« ist, dass die politischen Freiheitsrechte, die ursprünglich als Beteiligungsformen für den engen Bereich des politischen Handelns konzipiert waren, mehr und mehr auch in allen andern Feldern gesellschaftlichen Handelns konfliktvoll geltend gemacht werden. Die Individuen ergreifen ihre politischen Freiheitsrechte

und organisieren sich selber. Interessant ist die Akzentverschiebung, die sich in Bezug auf die Individualisierung feststellen lässt. Beck betont zunächst die Gefahren, dann die Chancen der Individualisierung. Die Einheiten der Basis sind, teilweise unfreiwillig auf sich zurückgeworfen, wieder mehr gefragt. Dabei besteht die Gefahr, dass die Herausforderung zur Überforderung wird. Das bedeutet, dass es auch weiterhin Solidarität aus Not oder Angst geben wird.

Zivilgesellschaft

Ältere Staatstheorien befassten sich bereits vor dreihundert Jahren mit Fragen nach einer »civil society«. Um die sozialen Strukturen und die Institutionen der bürgerlichen Gesellschaft zu kennzeichnen, hat beispielsweise John Locke schon im 17. Jahrhundert – neben seinem Plädoyer für die Gewaltentrennung – einen Gesellschaftsvertrag skizziert und die gesellschaftliche Integration aus den Bedürfnissen der Einzelnen, nicht aus allgemeinen Werten erklärt. »Jeder Mensch, der rational über sich selbst verfügen kann, ist Eigentümer seiner selbst und hat Anspruch auf private und öffentliche Freiheit.« (Hartfiel 1972:390) Die Bürgerrechtsbewegung im Osten verlieh dem Thema in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts neue Aktualität. Soziale Bewegungen begannen sich in den siebziger und achtziger Jahren in allen westlichen Industrieländern für den Schutz zivilgesellschaftlicher Einrichtungen vor staatlichem Zugriff einzusetzen. Der Rückzug des Staates und die Globalisierung beeinflussen die heutige Debatte. Die Reaktivierung des Zivilen soll dazu beitragen, neu entstandene Lücken zu schließen und den weltweiten Zusammenhalt zu garantieren.

Der Kommunitarismus setzt sich mit der Grundfrage auseinander, wie sich eine Zivilgesellschaft wiederherstellen lässt. (Etzioni 1995:3) Im Vordergrund stehen die Aktivitäten außerhalb der

staatlichen Institutionen. Sie gehen – tugendorientiert – von Einzelpersonen, von Familien, Wohngemeinschaften, sozialen Bewegungen, Genossenschaften, Gewerkschaften oder Religionsgemeinschaften aus. Michael Walzer verwendet den Begriff der Zivilgesellschaft entsprechend. Eine engere Fassung klammert alle produktiven Tätigkeiten aus. Gemeinsam ist beiden Begriffsprägungen die Abgrenzung zum staatlichen Bereich. Giddens (1997:187) kritisiert diese Trennung. Nach seinem Verständnis ist »die Zivilgesellschaft nie bloß eine Reihe von Einrichtungen außerhalb des Staates gewesen«. Der Staat ist kein Selbstzweck. Er umfasst und unterstützt zahlreiche gesellschaftliche Institutionen. Er nimmt Funktionen wahr, die von öffentlichem Interesse sind. Eine klare Abgrenzung ist schwierig. Zwar gilt die Unterscheidung von ziviler Gesellschaft und Staat als Kennzeichen der Moderne. Doch gibt es, gerade bei staatlich subventionierten Einrichtungen, vielfältige Überschneidungen. Sie erschweren die einfache Zuordnung. Gemeinhin gilt der Begriff zivile Gesellschaft primär für jene Institutionen und Tätigkeiten, die nicht staatlich gebunden sind. Unter den Bedingungen der Globalisierung und Aufweichung der Grenzen gewinnt aber die Verknüpfung mit staatlichen Einrichtungen an Bedeutung. Wie sonst soll die Zivilgesellschaft ein Korrektiv zur wirtschaftlichen Zentralisation sein. So kommt es beispielsweise auf globaler Ebene zu einer engeren Kooperation zwischen den Nichtregierungsorganisationen und den Vereinten Nationen, die als demokratischste aller Weltorganisationen am ehesten in der Lage ist, das Zivilgesellschaftliche zu schützen, das durch die wirtschaftliche Konzentration mehr gefährdet ist als durch die staatspolitische.

Wenn Unternehmer und Bürger in einem wachsenden Weltmarkt wettbewerbsfähig bleiben wollen, dann müssen sie Maßnahmen treffen, die der Kohäsion der Zivilgesellschaft irreparablen Schaden zufügen, stellt Dahrendorf (in Misik 1997:60)

provozierend fest. Für ihn sind die Unterminierung und schließlich der Zerfall der Sphären und Institutionen der Zivilgesellschaft die unabdingbaren Folgen der Globalisierung. Die globale Zivilgesellschaft ist aber Realität. (Gruppe von Lissabon 1997:37) Sie entsteht nebst einer Mega-Infrastruktur für Produkte und Dienstleistungen.

Rödel (1990:7) begründet, weshalb die globale Zivilgesellschaft selbst im Interesse der Wirtschaft ist: Weil die Globalisierung und Liberalisierung zu einem reinen Effizienzdenken führen, braucht die Weltwirtschaft eine ethische Grundorientierung. Dazu gehört die Ausarbeitung einer neuen Konzeption von Geschichte und Politik. Hierfür ist die Vorstellung einer autonomen und sich selbst erzeugenden Zivilgesellschaft zentral. Die Zivilgesellschaft zeichnet sich durch einen offenen Charakter und radikal säkularisierte Grundlagen ihrer Politik aus. Sie kann auf keine vorgegebenen und gesicherten Gewissheiten zurückgreifen. Die Gesellschaft ist weder (potenziell) homogen, noch konfliktfrei, sondern strukturell von Interessenkonflikten geprägt beziehungsweise zerrissen. Die Gegensätze lassen sich nicht dauerhaft versöhnen. Sie werden in der Trennung zwischen der wirtschaftlichen Macht und der Zivilgesellschaft symbolisch repräsentiert. Die Konfliktbereitschaft und Konfliktfähigkeit sind wichtige Komponenten der postulierten »civil society«. Sie kommen in neuen Formen des gesellschaftlichen Protestes zum Vorschein, in divergenten und durch das Autonomiepostulat geeinten sozialen Bewegungen. (Rödel 1990:10) Das sind wichtige Praxisformen der gesellschaftlichen Selbsterzeugung.

»Lokales Handeln, lokale Verhaltensmuster und Experimente, die sich auf das neue Globalisierungsparadigma beziehen, müssen als eine Folge des Prinzips der Verantwortung systematisch anerkannt und auf globaler Ebene unterstützt werden«, fordert die Gruppe von Lissabon (1997:170) und weist auf viel versprechende

Ansätze hin: Die globale Zivilgesellschaft setzt sich aus Tausenden organisierter Gruppen und Institutionen zusammen, die sich beispielsweise für den Umweltschutz oder die Menschenrechte engagieren. Sie steht in einer langen Tradition der Gemeinnützigkeit und findet – zumindest punktuell – in den Vereinten Nationen einen Verbündeten. Die Interaktionen und Interdependenzen zwischen lokaler und globaler Ebene erlangen heute eine große Bedeutung. Sie erfordern auch eine neue Identität, die globales Denken und lokales Handeln integriert. Ob das Netzwerk von Informations- und Kommunikationssystemen, die ohne Zeitverzug operieren, auch die politische Partizipation fördert, wird kontrovers diskutiert.

Benjamin R. Barber (1996:23) befürchtet, dass die zentralistisch ausgerichtete Technisierung der Welt und die scheinbar gegenläufige Zunahme ethnischer Fundamentalismen die weitere Demokratisierung gefährden. Japan betont beispielsweise eigene traditionelle Werte in dem Maße stärker, wie sich das Land immer mehr McWorld ausliefert. Barber plädiert für regionale Föderationen, die sich auf der Grundlage von sozio-ökonomischen und kulturellen Einheiten formieren, was eine selektivere Beanspruchung weltwirtschaftlicher Strukturen bedeutet. Die »Gruppe von Lissabon« (1997:161–170) kritisiert, dass der Regionalisierungsansatz weitgehend auf die wirtschaftliche Sphäre bezogen ist und oft von oben durchgesetzt wird. Möglicherweise wird schon bald ein Marshallplan für die ganze Erde realisiert. Der »Bericht über die menschliche Entwicklung« (UNDP 1997) schätzt, dass die Grundversorgung der Entwicklungsländer mit sozialen Diensten während zehn Jahren zusätzliche Kosten von rund 40 Milliarden Dollar pro Jahr verursachen würde. Diese Summe entspricht weniger als 0,2 Prozent des globalen Einkommens. Sie macht die Hälfte des Anteils am Bruttosozialprodukt aus, den die Vereinigten Staaten zwischen 1948 und 1952 im Rahmen des Marshall-

planes nach Europa überwiesen haben. Eine neue globale Ordnung, die auf Frieden, Demokratie, Freiheit und Toleranz abzielt, erfordert indes mehr als Geld. Notwendig ist ein handlungsfähiges Netzwerk, das möglichst viel Entscheidungsgewalt auf den unteren Ebenen ansiedelt. Ansätze einer globalen Zivilgesellschaft bilden die vielen verschiedenen Organisationen und sozialen Gruppen, die schon heute Teil einer demokratischen Bewegung sind. (Gruppe von Lissabon ebd.) Sie können Probleme sichtbar machen, Machtträger zur Verantwortung ziehen, die öffentliche Entscheidungsfindung ausweiten und gesellschaftliche Strukturen (weltweit) demokratisieren.

Elmar Altvater (1995:187) skizziert, wie die Prinzipien einer globalen Sozialpolitik und einer »Weltsozialcharta« aussehen könnten. Er bezieht sich dabei wie der »Bericht über die menschliche Entwicklung« (UNDP 1997) auf die Agenda des Weltsozialgipfels von 1995 in Kopenhagen. Sie fordert eine neue Weltsozialcharta, in der die Minimalziele einer ökologisch nachhaltigen und sozial ausgeglichenen Entwicklung festgehalten werden. Dazu zählen: die Überwindung der Unterernährung, ein gesichertes Dach über dem Kopf, Ausbildungsangebote für alle, die Reduzierung des Analphabetismus von Erwachsenen, eine basisorientierte Gesundheitsversorgung, eine Familienplanung auf freiwilliger Grundlage, die Gleichberechtigung von Frauen und Männern in allen Lebensbereichen, eine sichere Trinkwasserversorgung und Abwasserentsorgung, der Zugang zu Krediten, um insbesondere die Beschäftigungsmöglichkeiten zu verbessern. Darüber hinaus wird eine »Friedensdividende« durch Reduzierung der Militärausgaben in der ganzen Welt gefordert. Eine jährliche Reduktion um drei Prozent würde in fünf Jahren 460 Milliarden US-Dollar einbringen. Auch Steuern auf Energien, Kohlenstoffemissionen oder Kapitaltransaktionen (Tobin-Steuer) könnten zur Finanzierung herangezogen werden. Sie würden jährlich rund 250 Milliarden

US-Dollar einbringen. Das sind etwa ein Prozent des Weltsozialprodukts. (EPD, Nr.1/1997) Dieser Betrag könnte nach UN-Schätzungen ausreichen, die existenziellsten Bedürfnisse aller Erdbewohner zu befriedigen und öffentliche Aufgaben wie Umweltschutz, Entwicklungshilfe und die Arbeit der Vereinten Nationen zu finanzieren.

Dass auch in der Tendenz zur Gegenmacht die Gefahr des Autoritarismus schlummert, hebt Altvater (1995:186) deutlich hervor. Die Anpassung der politischen Macht an die Reichweite der ökonomischen Weltwirtschaftsbeziehungen erfordert die Einsetzung einer globalen Staatlichkeit, die, selbst wenn sie gut funktioniert, demokratisch partizipativ von unten kaum kontrolliert werden kann. Allerdings handelt es sich hierbei um keinen Protektionismus der Starken gegen die Konkurrenten. Das Ziel ist vielmehr der Schutz derjenigen, die unter die Räder des Freihandels geraten könnten. So kommen »nach den Jahren der neoliberalen Hegemonie, nach dem scheuklappenmäßigen Vertrauen in die reinen Marktkräfte« wieder die sozialen Beziehungsgeflechte ins Blickfeld, die zwischen der Makro- und Mikroebene liegen. Altvater (ebd.) hofft auf die Kompetenz der zivilgesellschaftlichen Gestaltung ökonomischer Prozesse, auf die Netzwerke internationaler Solidarität, auf neue soziale Subjekte, auf Nichtregierungsorganisationen.

Josef Senft (1990:5) warnt vor zu viel Zuversicht in die globale Gegenkraft. Nach seiner Einschätzung haben sich die Chancen verschlechtert, auf politischem Weg (zum Beispiel über Organisationen der Uno) oder über ökonomischen Druck (zum Beispiel durch Rohstoffkartelle) die Bedingungen auf dem Weltmarkt zu verbessern. Jedenfalls kommt örtlichen Überlebensstrategien besondere Bedeutung zu. Sie müssten sich darauf konzentrieren, über Selbsthilfe(organisationen) den Lebensunterhalt zu garantieren.

Ulrich Beck (1997:27/28) versucht die verschiedenen Ebenen miteinander zu verbinden. Er plädiert für einen weltbürgerlichen Republikanismus, der auf fünf Prinzipien beruht. Erstens auf der Bedeutung des Individuums, zweitens auf der Zentralität weltbürgerlicher Akteure und Identitäten, Netzwerke und Institutionen, drittens auf der neuen Wichtigkeit des Lokalen, viertens auf der Schlüsselbedeutung der Freiheit und fünftens auf tief greifenden institutionellen Reformen. Ich finde diese Punkte wichtig. Die Festigung der globalen Zivilgesellschaft impliziert eine weltweite Solidarität. Sie setzt die Stärkung der lokalen Politik und Identität voraus. Wenn Partner stark und gut abgestützt sind, erhöht sich die Wirksamkeit der Zusammenarbeit und gemeinsamen Vereinbarungen. Damit regionale Initiativen ihr Potenzial mobilisieren können, »müssen sie jede Bornierung nach dem St.-Florians-Prinzip (›Verschon mein Haus, zünd andere an‹) überwinden und sich ihrer eigenen weltgesellschaftlichen Dimension bewusst werden«. (Kurz 1993:129) Ein weltoffener, emanzipatorischer, sozialökologischer und kulturell vielfältiger Regionalismus verbindet die lokale Identität mit einem globalen Bewusstsein, das die negativen Erscheinungen der Moderne nicht rückwärts gewandt überwinden will.

Dritte Wege

Dritte Wege sind eigenständige Entwicklungskonzepte. Sie werden als Alternative zum traditionell kapitalistischen oder sozialistischen Modell verstanden. Dazu gehören genossenschaftlich-demokratische sowie ökosoziale Ansätze. Diese sind höchst aktuell. »Heute bin ich ein Anhänger des so genannten dritten Weges à la Ota Sik, das heisst für eine Kombination zwischen staatlicher Planung und Marktinstrumenten«, sagt beispielsweise Vasco Pedrina, Präsident der Gewerkschaft Bau und Industrie, der früher als Vertreter der Revolutionär Marxistischen Liga diese Konzepte-

on vehement ablehnte. (WoZ, Nr. 11, 14.3.1997, S. 7) Die bisherige Debatte über dritte Wege war von zwei Sichtweisen geprägt. Die eine siedelt die dritten Wege näher bei der sozialen Marktwirtschaft an, die andere beim demokratischen Sozialismus. Robert Kurz (1993:148) kritisiert, dass sich viele Konzepte eines dritten Weges – unterschiedlich gewichtet – auf die dualistischen Basiskategorien Markt und Staat konzentrieren. Sie versuchen, ihren »Mittelweg« zwischen den vermeintlich einzigen Polen durchzuführen, näher beim einen oder dem andern. Dabei vernachlässigen sie die Solidarität als dritte, eigenständige Kraft. Opielka (1987:97) verknüpft sie mit einer qualitativ völlig neuen Synthese »aus liberalen und sozialistischen Prinzipien auf ökologischer Grundlage«. Die aktuelle Renaissance der dritten Wege greift auf frühere, genossenschaftlich orientierte Konzepte zurück.⁵⁰

Kropotkins Konzept eines libertären Sozialismus gilt als Ansatz eines dritten Weges. (Hug 1989:10) In Deutschlands neuen Bundesländern stößt es auf große Aufmerksamkeit. (Achenbach, WoZ, 2.2.1990) Einzelne Elemente prägen auch die aktuelle sozialpolitische Debatte. Dazu gehört die Vorstellung, die soziale Sicherung nach dem Finalprinzip zu gestalten. Kropotkin (1842–1921) geht davon aus, dass der Mensch von Grund auf gut ist und sich durch eine große Soziabilität auszeichnet. Die Abschaffung autoritärer Ordnungsgefüge ermöglicht seiner Auffassung nach die Selbstentfaltung. Darüber wurde nach 1968 eifrig diskutiert. Heute konzentriert sich die Aufmerksamkeit auf Kropotkins Betonung der gegenseitigen Hilfe, und zwar unabhängig von dem von ihm angenommenen, »naturwissenschaftlich begründeten« Solidaritäts- und Sozialtrieb. Im Wesentlichen sind es auch für Kropotkin die Gesellschaften, die den Menschen gesellschaftsfähig machen. Hug (1989:25) konkretisiert anhand historischer Beispiele, was mit den Erfahrungen und Vorteilen der Dezentralisation und Selbstverwaltung gemeint ist. Kropotkin stellt sich eine

(sittliche) Entwicklung vor, die von der Geselligkeit und gegenseitigen Hilfe über die Gerechtigkeit (im Sinne der Gleichberechtigung) zu einer Generosität führt, die echtes Wohlwollen und Selbstentäußerung beinhaltet. Er sieht – nebst der Freiheit – die große Bedeutung der Sicherheit und plädiert für ein Grundeigentum an Produktionsmitteln sowie eine Kommunisierung des Bodens, des Bergbaus, der Transportmittel und – abgeschwächt – der Häuser und Industrieprodukte. Die Sozialisierung des Konsums hat im libertären Sozialismus eine wichtige Bedeutung. Das heisst, die Güter sollen nicht nach der Leistung, sondern nach den Bedürfnissen und privaten Möglichkeiten verteilt werden. Die Forderung nach der Abschaffung des Lohnsystems wird unter anderem damit begründet, dass sich die individuelle Arbeitsleistung ohnehin nicht recht messen lässt. Als Beispiel dient die Erziehungsarbeit von Müttern. Das Lohnsystem wird als Feind der Solidarität bezeichnet. Hier kommen Gesichtspunkte zum Vorschein, die in der aktuellen Debatte über ein garantiertes Mindesteinkommen von Bedeutung sind.

Die Eisenbahn ist für Kropotkin ein Beleg dafür, wie gut freie Vereinbarungen funktionieren können. Das Vertragswesen ersetzt die Verordnung, die entmündigt und die Selbstverantwortung einschränkt. Die Selbstregulierung vollzieht sich in gut aufeinander abgestimmten kleinen und größeren sozialen Einheiten. Ortsgemeinden sind territorial bestimmt, Werkgemeinden funktional und Wahlgemeinden durch persönliche Affinität. Die autonomen Kommunen sind als Vollgenossenschaften konzipiert. Die Mitglieder arbeiten und leben zusammen. Die verschiedenen Einheiten schließen sich zu Föderationen zusammen. Diese sind nicht (wie bei Bakunin) pyramidal von unten nach oben aufgebaut, sondern nach territorialen und funktionalen Kriterien dezentralisiert gegliedert. Das vorgesehene Nebeneinander der Teile erinnert an segmentäre Gesellschaften. Die »neue Wirtschaftsordnung« sieht

eine nur sehr selektive Nutzung des Welthandels vor, um die Umwelt weniger zu belasten. Die lokal-dezentrale Orientierung sieht eine enge Verknüpfung von industrieller und landwirtschaftlicher Entwicklung vor. Dazu eignet sich die Kleinindustrie. Größere Einrichtungen empfehlen sich nur für einzelne Branchen (wie Schiffsbau, Textilien). Kropotkin stützt sich hierbei auf die Erfahrungen der Uhrenmacher im Schweizer Jura ab. (Hug 1989:77) Kleine Betriebe regen den Erfindungsgeist an. Sie verkörpern den Gemeinschaftsgeist der mittelalterlichen Stadt oder der russischen Dorfgemeinschaft (Mir). Wichtig ist die Teilhabe der Werktätigen. Sie vermindert die patriarchalische Gefahr, die in geschlossenen (Klein-)Korporationen besteht. Wichtiger als die ökonomische Effizienz und Produktivität sind die humanen Beziehungen und die kreative Selbstentfaltung. Hier kommt die Verzahnung der individualistischen und gemeinschaftlichen Ausrichtung zum Vorschein. Die Gemeinschaft ermöglicht die Selbstentfaltung des Individuums, die Autonomie voraussetzt und bei starker Einbindung nicht zustande kommt. Die Kooperation verhindert eine Atomisierung und aufreibende Konkurrenz. Die Dezentralisierung sorgt für eine schonende Nutzung der Ressourcen, profitiert aber von den technischen Möglichkeiten der Industrialisierung. Menschliches Handeln darf sich nicht der Produktivkraftentwicklung unterordnen. Der libertäre Individualismus grenzt sich als Personalismus vom bürgerlichen Individualismus ab. Die libertäre Individualität stützt – selbsterklärt – die soziale Geselligkeit. Starke soziale Einheiten bringen das Gemeinschaftliche in die anonyme Gesellschaft. Sie garantieren den Aufbau von unten. Wichtig ist hierbei die Steuerungsressource der Solidarität.

Auch Anthony Giddens (1999) verwendet den Begriff des dritten Weges – als Perspektive einer gründlichen Erneuerung der Sozialdemokratie. Hauptziel ist die »Demokratisierung der Demokratie«, und zwar unter Einbezug der ökologischen Nachhaltigkeit.

KONZEPTIONELLE UMSETZUNG

Kooperative Individualität

Die Selbstverantwortung und Solidarität erscheinen zunächst als zwei verschiedene, fast gegensätzliche Prinzipien. Das eine Prinzip betont mehr die individuelle Selbsthilfe, das andere die kollektive Unterstützung. Nach meinem Verständnis bedingen sich die beiden Prinzipien gegenseitig. Sie werden mittlerweile auch öfters ähnlich interpretiert. Die Prinzipien sind ineinander verzahnt. Sie überlappen sich auch. Solidarität gibt es auf der Ebene der Selbsthilfe – und umgekehrt. Die Annäherung äußert sich deutlich in den Begriffen »subsidiäre Solidarität« und »solidarische Subsidiarität«. Sie lassen sich kaum voneinander unterscheiden und werden häufig ähnlich verwendet. Ich skizziere hier, teilweise recht komprimiert, die einzelnen Konzeptionen und versuche dann, den gegenseitigen Bezug zu präzisieren.

Die solidarische Selbsthilfe umfasst Konzepte einer grünalternativen Sozialpolitik, die in der Tradition früher Sozialutopien eine weitgehende Selbstorganisation proklamieren. (Opielka 1985: 282) Sie verlangt vom Staat, dass er auf vereinnahmende Kontrolle verzichtet und die Selbsthilfe sowie die Gemeinschaftshilfe fördert. (Senft 1990:177) Die solidarische Selbsthilfe setzt ein ausgeprägtes Verantwortungsgefühl voraus. Sie bedeutet – im Sinne des englischen »engagement« und »commitment« – Verpflichtung und Verbindlichkeit. Dazu gehört ein sozialpolitisches Verständnis, das über den Familienkreis hinausreicht. Die kleinen Schritte an der Basis orientieren sich am größeren Ganzen – und umgekehrt. Auch das globale Handeln ist lokal abzustützen. Die solida-

rische Selbsthilfe hält eine Autonomie hoch, die sich nicht abkoppelt und stets sozial eingebunden ist.

Menschen sind von Anfang an auf andere angewiesen. Das Ich kann weder aus sich selbst entstehen noch alleine existieren. Menschen entwickeln sich innerhalb von Beziehungen; sie werden in solche hineingeboren. Die Autonomie wächst erst in einem Entwicklungsprozess heran. Indem Menschen lernen, sich von andern abzugrenzen, werden sie selbständig. Die so erlangte Autonomie ist die Voraussetzung dafür, dass Menschen solidarische Beziehungen aufnehmen können. (Schmid 1994:503) Wer autonom sein will, muss nein sagen können. Ohne diese Fähigkeit gibt es kein souveränes Handeln. Ein autonomer Mensch ist ein solidarischer Mensch – und umgekehrt. Ohne Autonomie neigt er zu Anpassung, Verschmelzung, Vermassung, Gefolgschaft. Ohne Solidariät nehmen Narzissmus und Isolationismus überhand. Dann kämpfen alle gegen alle. In der Gestalt mechanischer Solidaritätsbeziehungen bedroht die enge Gemeinschaft die Autonomie des Einzelnen. (Beck 1997:395) Sie zwingt ihn zu übermäßiger Konformität. Eine wirksame Erneuerung der sozialen Solidarität ist dann möglich, wenn sich die persönliche Autonomie mit der gesellschaftlichen Demokratisierung verbündet. Die von Erik Erikson geprägte entwicklungspsychologische Autonomiedebatte der fünfziger und sechziger Jahre orientierte sich stark am Individuum. Die aktuelle Diskussion rückt zu Recht den gesellschaftlichen Bezug und die politische Emanzipation mehr in den Vordergrund. Die persönliche Autonomie hängt zwingend vom Gelingen einer sozialen Integration ab, die nicht mit Assimilation zu verwechseln ist. Zur Autonomie gehört die »Konomie«, die Mitgesetzlichkeit. (Saner 1997:93) Sie meint den Weg zu den Normen und den Vereinbarungen im Rahmen einer möglichst symmetrischen Kooperation. Die »Konomie« verbindet idealerweise die Autonomie mit einer kooperativen Solidarität, die mehr

ist als ein äußerer Akt, nämlich eine innere Haltung und Bereitschaft zur Kommunikation.

Wer den Menschen verändern will, muss bei sich selbst anfangen. (Buber 1962:9) Wer in sich selber den Frieden gefunden hat, kann in die Welt hinaus. (Schapira 1985:451) Carl Rogers teilt diese Sicht. Die Betonung der Selbstverantwortung geht von der Überzeugung aus, dass es prinzipiell allen möglich ist und zugemutet werden kann, für sich zu sorgen. (Justitia et Pax 1997:17) Als Orientierung dient das Leitbild selbständiger Menschen. Diese nehmen ihr Schicksal in die eigene Hand. Sie sind leistungsfähig und schätzen den Wettbewerb als Ansporn zu höheren Leistungen. Wo ein Wille vorhanden ist, ist aber nicht immer ein Weg. Menschen sind auf Unterstützung angewiesen.

Sich selber zu helfen, das lässt sich teilweise lernen und ins Verhalten integrieren. Wichtig sind gesellschaftliche Strukturen, welche die Selbsthilfe begünstigen. Manchmal ist es auch unter günstigen Bedingungen schwierig, sich selber zu helfen. Wie aber soll, wer im Sumpf steckt, sich am eigenen Schopf herausziehen. Die Selbsthilfe wird dort wirksam, wo eine tragfähige Infrastruktur vorhanden ist. Sie ermöglicht ein Selbstverständnis, das durch pädagogische Anstrengungen kaum zu erreichen ist.

Die sozialphilosophische Dogmengeschichte hat das Individuum wiederholt als begriffliche Entgegensetzung zu Gemeinschaft und Gesellschaft verstanden. Es wurde, scheinbar unabhängig von den Faktoren der gesellschaftlichen Umwelt, als eine Einheit interpretiert, die über einen freien Willen verfügt und sich selbst Maßstäbe setzt. Die Gegenwartssoziologie geht von der anthropologischen Prämisse aus, dass das Individuum erst durch die Gesellschaft zu dem werden kann, was das soziale Wesen in seiner spezifischen Ausprägung ausmacht.

Der Individualismus wird heute als wesentliches Merkmal des sozialen Wandels hingestellt. Damit verbindet sich häufig eine

Kritik an der Atomisierung und Vereinzelung der Gesellschaft. Während die einen die menschliche Isolation und den individualistischen Ego-Trip beklagen, betonen andere die Zunahme der individuellen Wahlfreiheit und der sozialen Selbsthilfe. Ob neue solidarische Netze die Grundlage für die Überwindung des »Zeitalters des Narzissmus« und der Betonung des Ichs bilden, lautet die eine Frage, die sich in diesem Zusammenhang stellt. Eine andere ist, ob wir noch blind für neue Muster sind, in denen ein hohes Potenzial an Beziehungsfähigkeit stecken könnte, wie Heiner Keupp (1995:361) vermutet. Er meint damit eine kooperative Individualität mit starker Neigung zu der von Ulrich Beck (1986) beschriebenen freiwilligen Solidarität, die eine neue Form der Alltagssolidarität darstellt.

Die aktuelle Kommunitarismus-Debatte befasst sich, wie dargestellt, mit dem Zusammenhang von Individualisierung und Solidarität. Die Kritik am extremen Liberalismus und dem sozial verpflichteten Individualismus fordert einen neuen Gemeinsinn mit zivilgesellschaftlicher Bürgertugend und starken, eigenwilligen, aber sozial eingebundenen und verknüpften Individuen. Heiner Keupp (1995:331) verwendet in diesem Zusammenhang den Begriff »kommunitäre Individualität«. Die individuelle Lebensgestaltung verknüpft sich mit sozialer Verantwortung. Die persönliche Entscheidungsfreiheit realisiert sich in einem kommunitären Netz, das Risiken mindert und damit Freiräume ermöglicht.

Ein neues Gemeinschaftsleben setzt die Überwindung alter, bürgerlicher Individualismuskonzepte voraus. (Richter 1975:71) Eine solidarische Gemeinschaft erfordert die Verwirklichung des Ich und Du. (Buber 1985:301) Sie kommt auch in größerem Rahmen nur in dem Maße zustande, wie die Einzelwesen ihre Eigenständigkeit beibehalten. Die ständige Erneuerung der Gemeinschaft setzt ein Ich voraus, das Ich- und Du-bezogen ist. Menschen sind umso personhafter, je stärker sie in der menschlichen Vielfalt

das Du in ihr Ich aufnehmen. Die Neugestaltung der Gesellschaft steht in dialektischem Verhältnis zur Entwicklung einer kooperativen Individualität, die eine Individualisierung durch Gemeinschaft und eine Gemeinschaft durch Individualisierung beinhaltet.

Der anonyme Automatismus abstrakter Regeln berührt die Ich-Identität, von der es oft heisst, dass sie sich auflöst. Jedenfalls scheint die Moderne eine »eigene Sehnsucht nach Identität« (Prokla 96:357) hervorzubringen. Fundamentalistische Strömungen bieten spezifische »kollektive Identitäten« an, die offenbar attraktiv sind, aber den Markt bei weitem nicht alleine beherrschen. Die Regeln kapitalistischer Ökonomie und moderner Technologie drohen die Vielfalt der Welt in marktfähige, universelle Verhaltensmuster einzuschmelzen. (Schmidt 1994:359) In diesem gewaltigen Planierungsprozess schwindet die europäische Idee vom sich selbst verwirklichenden Individuum. Sie weicht einer »Identität von oben« (Niethammer 1994:388), die als verordnete, festgeschriebene Kollektividentität auftritt.

Die Identität eines Gemeinwesens bezieht sich aber nicht einfach auf die politischen Prozesse, nach denen es regiert wird. Andere Kriterien kommen hinzu; beispielsweise die sprachliche, ethnische oder religiöse Homogenität. (Benhabib 1993:111) In einer entzauberten Welt sind moderne kollektive Identitäten zerbrechliche Errungenschaften und stets krisenanfällig. Der Druck ökonomischer Märkte, neue Formen der Modernisierung und die Preisgabe kultureller Traditionen machen es schwierig, ein gemeinsames Demokratieverständnis aufrechtzuerhalten. Ob es gelingt, hängt weniger von Verordnungen, sondern viel mehr von der Bereitschaft ab, öffentlichen Raum zur Verfügung zu stellen, in dem Fragen von Identität, Legitimation und Souveränität fortwährend gestellt und diskutiert werden. Die Ordnungskräfte können kein Land auf Dauer zusammenhalten. Die Konsistenz der Überzeugungen ist zentral. (Sabet 1994:20) Die Menschheit hat

die Horden-Identität allmählich zugunsten einer Stammes-Identität zurückgedrängt; und sie hat diese wiederum zugunsten einer Volks- und schließlich nationalen Identität abgestreift. Nun reifen die Merkmale einer universellen Identität heran. Manche Menschen empfinden diese Entwicklung als Identitätsverlust. Teilweise erweitert sie aber auch unser Zugehörigkeits- und Selbstwertgefühl. Möglicherweise haben die subjektiven Belastungen, die mit der fortschreitenden Ausdifferenzierung der politischen Strukturen einhergehen, einen Punkt erreicht, an dem Gegenbewegungen in Richtung Entdifferenzierung eintreten. (Brand 1982:60) Diese können sich als Kristallisationspunkte für die Herausbildung neuer kollektiver Identitäten erweisen. (Offe 1997:141) Die Fragmentierung des lebensgeschichtlichen Zusammenhangs fördert hingegen privatistische, konsumtive Existenzweisen. (Horn 1970:59) Sie sind auf Sinnsurrogate anfällig, die über Drogen zu Formen einer kollektiven Infantilität führen können. (Brand 1982:103) Hinzu kommen Tendenzen der Überanpassung sowie Syndrome eines neuen Narzissmus. In der infantil bleibenden psychischen Struktur erwächst das Ich-Ideal einem primär-narzisstischen, omnipotenten Selbst, dessen reales Ich aber schwach bleibt.

Das unterschiedliche Verständnis von Identität spiegelt meines Erachtens den gesellschaftlichen Wandel. Unter dem Eindruck der relativ stabilen Wachstumsbedingungen der Nachkriegszeit hat der Entwicklungspsychologe Erik Erikson (1959/1973) beschrieben, dass sich Menschen durch freies Rollen-Experimentieren in irgendeinem Sektor der Gesellschaft ihren Platz suchen können. Die Erwartungen waren einigermaßen klar. Die Identität hing davon ab, ob sich die Erwartungen erfüllen ließen. Es galt, Anspruch und Wirklichkeit möglichst zur Deckung zu bringen. Mitmenschen dienten als Vergleich, Altersgruppen und Berufsgruppen ebenso.⁵¹ Die Pluralisierung der Lebenslagen macht die Identitätsarbeit indes zu einem prekären Akt der Balance. Heiner Keupp

(1995:275) zeigt unter den Voraussetzungen zunehmender Fragmentierung und Dezentrierung die Vorteile einer »Patchwork-Identität« auf, bei der das Subjekt zum Konstrukteur seiner eigenen Person wird und sich von den Erwartungen des Umfeldes abnabelt. Hans Joas (1995:75) reagiert darauf. Die Verfechter der »Postmoderne« überbieten seiner Meinung nach die bereits übersteigerte Beschreibung einer Gesellschaft von Singles, die für sich ihre individuellen Biografien basteln, indem sie – etwas kryptisch – vom Ende des Sozialen und der Herrschaft fragmentierter Patchwork-Identitäten reden. Aber diese Kritik wird Keupp nicht gerecht, der die Patchwork-Identität von der beliebig multiplen abgrenzt und zu Recht betont, wie wichtig es ist, bei den vielfältigen Erwartungen, seine eigenen zu definieren.

In einem späteren Aufsatz über die »Identität der pluralistischen Gesellschaft« konkretisiert Heiner Keupp (1997:133-148), was er unter einem »reflexiv-kommunitären Selbst« versteht, das sich vom proteischen sowie vom fundamentalistischen Selbst unterscheidet. Zum proteischen gehört die »allseits fitte Person«. Sie sucht keinen persönlichen Kern, legt sich nie definitiv fest, trainiert sich Fähigkeiten an (»corporate fitness«), hält sich ans »Lean-« und »Body-Management«, geht in die Breite statt in die Tiefe. Zum Identitätsangebot des proteischen Selbst gehört auch die »Person mit »multioptionalen« Lebenschancen«. Sie geht davon aus, dass alles in ihrer Hand liegt, auch das Reich der Freiheit. Die Kehrseite derselben Münze bildet das sich selbst kontrollierende Subjekt. Es hat sich scheinbar von allen Zwängen und Ausreden befreit, übernimmt die Verantwortung für alles, propagiert die perfekte Welt- durch Selbstkontrolle. Das fundamentalistische Selbst setzt auf die ewigen Wahrheiten der menschlichen Existenz. Es paart sich mit dem nationalen Größenselbst. Das reflexiv-kommunitäre Selbst versteht sich im kommunitaristischen Sinne als Alternative zum liberalistischen. Es lehnt die Fiktion eines unge-

bundenen Selbst ab. (Keupp 1997:143) Das autonome Subjekt setzt die Bereitschaft und Fähigkeit zum Dialog voraus.

»Wir leben im Zeitalter des ›Und‹ – was heisst: der Ambivalenz«, schreibt Ulrich Beck (1993:27). Neue Identitäten orientieren sich am Muster des »global managers«. Bürgerinnen und Bürger müssen heute in übernationalen Kategorien denken. Identität ist nicht als abschließbares Projekt zu betreiben. Sie wird, teilweise von Standardisierung überlagert, zu einer Art Suchhabitus, der nie endet. Selbst die siegreichen Institutionen des Westens – wie Nato, Marktwirtschaft, Sozialstaat, Parteiendemokratie, nationale Souveränität – haben ihre historische Selbstverständlichkeit verloren. Was ist die Nato ohne ihren Antikommunismus? Was bedeutet Sozialstaat im globalen Konkurrenzkampf der Weltwirtschaft? Die Lage ist laut Beck so offen wie nie zuvor. Diese Situation erzeugt aber auch ein Vakuum, aus dem verschiedene Optionen entstehen. Die einen schätzen die Herausforderung. Sie freuen sich über neue Möglichkeiten der Entscheidung. Andere fühlen sich überfordert. Aber ist nicht die Achtung des Individuums »Europas kostbarste Utopie« (Schmid 1994)? Mit der Überwindung der lähmenden Zweiteilung der Welt lebte sie weiter auf. Doch neue Rückschläge ziehen die Hoffnung in Zweifel. Sie erweist sich zumindest teilweise als Illusion. Die universellen Verhaltensmuster schränken die Vielfalt ein. Trotz dieser Überlagerung lässt sich eine Pluralisierung der Lebensstile feststellen. Der Markt erhöht partielle Freiheiten. Die Vielfalt gerät zum hoffentlich heilsamen Stolperstein für jene, die unter den neuen Bedingungen die alte deckungsgleiche Identität suchen oder der Versuchung erliegen, möglichst vielen fremden Erwartungen gerecht zu werden, was zu einem großen Stress führt. Die Pluralisierung beinhaltet meines Erachtens auch die Chance, dass sich mit der Erfahrung der größeren Vielfalt ein Selbstverständnis verbreitet, das Differenzen respektiert. Die ambivalente Identität lässt Widersprüche zu, ohne

in Beliebigkeit abzudriften. Ich habe diese Haltung im vorigen Abschnitt auf Individuen bezogen. Sie lässt sich teilweise auch auf größere Gemeinwesen übertragen. Die Akzeptanz einer Differenz, die nicht auf Spaltung angelegt ist, dynamisiert den Entwicklungsprozess. Sie kann gefährlich ausgrenzende Homogenisierungen verhindern, die Identität als etwas verstehen, das sich von oben und für alle verordnen lässt. Ich plädiere dafür, deutlich Abstand zu deckungsgleichen Identitätsvorstellungen zu halten. Sie verkennen, dass Identität gerade dort zustande kommt, wo Widersprüche zugelassen sind.

Verbindliche Solidarität

Das Ethos einer »subsidiären Solidarität« beruht darauf, dass das demokratische Handlungsprinzip von unten nicht auf technokratische Lösungen von Eliten hofft, sondern eigene Initiativen ergreift. (Senft 1990:8) Ansatzweise äußert es sich in den sozialen Bewegungen, die teilweise auf staatliche Unterstützung angewiesen sind. Es äußert sich auch in der neuen Wertschätzung des Genossenschaftsgedankens, der eine lange Geschichte hat und in der traditionellen Arbeiterbewegung verankert ist. Wichtiges Kennzeichen des Prinzips ist die gegenseitige Hilfe. Die Kraft wird da sichtbar, wo der Schutz der Schwachen gelingt. Davon unterscheiden sich isolationistische Bestrebungen, bei denen Einzelne bloß sich selbst behaupten wollen. Die Subjektwerdung ist die Voraussetzung für das Ethos einer »subsidiären Solidarität«. Dazu gehören die Selbstbestimmung, die nicht entfremdete Arbeit, die Einmischung in die Politik, der Zusammenschluss von Betroffenen, die Vernetzung, ökologische Konsumformen sowie ein Wertewandel, der wegführt von der einseitig materialistischen Orientierung. Die »subsidiäre Solidarität« beinhaltet – angesichts der zunehmenden gesellschaftlichen Polarisierung und der vielfältigen

Bedrohung der Lebenswelt – die staatlich organisierte Solidarität. Das Ethos zielt darauf ab, die Gesellschaft von unten her aufzubauen. Es setzt bei den Einzelnen an, die aber stets eingebunden und zur aktiven Solidarität mit andern befähigt werden müssen.

Solidarität setzt gesellschaftliche Strukturen voraus, die das Verbindende unterstützen. Teilweise lässt sie sich auch lernen. Zu klären ist, was die Bildung von Gruppen hemmt und fördert. Horst E. Richter (1975:9ff.) untersucht individuelle und gesellschaftliche Bedingungen der Solidarisierung. Ich greife hier wichtige Ergebnisse auf und versuche abzuschätzen, wie weit das Lernziel Solidarität reicht.

Viele Menschen leben unter industriegesellschaftlich-städtischen, individualistischen Bedingungen dicht beieinander. Sie fühlen sich isoliert, flüchten in Pseudokontakte. Die Fremdheit verbreitet sich selbst in Primärgruppen und Wohngemeinschaften. Es kommt, nach der starken Emotionalisierung der modernen Kleinfamilie, zu einer neuen Versachlichung der Beziehungen. Das hat Vor- und Nachteile. Die Distanz ermöglicht individuell nutzbare Freiräume. Sie behindert aber die Nähe, die sich – je nach Voraussetzungen – fast von selbst ergibt. Die einseitige Außenorientierung und Selbstrealisierung kompensieren das Verkümmern der gefühlsmäßigen Innenwelt. Das Verhältnis zwischen den Geschlechtern verformt sich. Der gezielte Versuch, einander das Näherrücken zu erleichtern, führt häufig zu Misstrauen und Missverständnissen. Wollen die Männer den Emanzipationsbedürfnissen der Frauen folgen, müssen sie Privilegien abgeben. Zum Leiden vieler Männer gehört, dass sie nicht leiden dürfen. Wer einseitig erfolgsorientiert unter fortgesetztem Aktivitätsdruck steht, läuft Gefahr, krank zu werden. Die Herzinfarkt-Persönlichkeit entspricht weitgehend dem supermännlichen Idealbild der Leistungsgesellschaft. Die Risikopersönlichkeit hat die Tendenz, sich als gesund und stark darzustellen. Die Superaktivität ist oft ein rivalitätsbedingtes

Zwangsverhalten. Sie drückt wenig Unternehmungslust aus. Was helfen könnte, macht Angst. Beide Geschlechter sind in einer unheilvollen Weise auf Rollenbilder fixiert. Das behindert die Solidarität. Viele Männer halten an den Normen der expansionistischen Konkurrenz- und Wachstumsgesellschaft fest. Sie verteidigen die illusionären Vorbilder ihrer äußeren Anpasstheit.

Richter (1975:69ff.) fokussiert seine Gesellschaftskritik auf den Individualismus. Die Vereinsamungsangst breitet sich auf immer weitere Gruppen aus. Die Basis der kleinen Einheiten wie Ehe, Familie, Freundschaft ist zu schmal, um die Isolation aufzufangen. Die Überfrachtung mit kaum erfüllbaren, kompensatorischen Bedürfnissen führt in die Neurose. Die Menschen wollen in einer Gemeinschaft aufgehoben sein, aber ihre egozentrischen Positionen beibehalten. Richter postuliert eine Solidarität, die diesen Widerspruch angeht. An diesem Anspruch misst er emanzipatorische Ansätze. Die 1968er-Protestbewegung hat das Bild des befreiten Zukunftsmenschen teilweise übernommen, heroisiert und so die Solidarisierung bereits im eigenen Kreis erschwert. Das idealistische Autonomieverständnis reproduziert die narzisstischen Allmachtsträume aus der Zeit des aufstrebenden Kapitalismus. Das scheinbar unabhängige, schöpferische Individuum ist elitär konzipiert. In der universal verwalteten, computerisierten Massengesellschaft der Zukunft überlebt es als parasitäres Wesen und Gegenstück einer neuen Solidarität. Die antiautoritäre Bewegung verdeutlicht den Widerspruch zwischen der propagierten Solidarität und dem Neo-Individualismus. Davon zeugen auch die endlosen Rivalitätskämpfe in den eigenen Reihen. Sie haben den Zerfall der Protestbewegung gefördert. Richter plädiert dafür, diesen Individualismus abzubauen, um die menschliche Selbstverwirklichung und die Befreiung der Gesellschaft zu ermöglichen.

Ein Misstrauen, das gegenüber Gruppen besteht, führt Richter (1975:78ff.) auf mangelndes Selbstwertgefühl und auf Schuld-

gefühle zurück. Er geht davon aus, dass in unserer Gesellschaft alle mehr oder minder große Mühe damit haben, sich gut und wertvoll zu fühlen. Die überfordernde Erziehung hinterlässt eine Dauerlabilität des Selbstwertgefühls. Die moralistische Tradition unserer Gesellschaft hat zu einem Erziehungssystem geführt, das mit einem hohen Maß an Scham- und Schuldgefühlen manipuliert. Der Normenkodex, an dem das heranwachsende Kind sein Verhalten misst, übersteigt die realen Möglichkeiten. Das Leistungsprinzip, das Marcuse (1968:19) in ein Lustprinzip verwandeln wollte, ist in der Kindheit oft mit Triebunterdrückung verbunden. Autoritätspersonen halten die fortwährende Angst des Ungenügens planmäßig wach. Die Angst erzeugt eine Labilität des Selbstwertgefühls, die sich kaum überwinden lässt. Die Gruppe scheint gefährlich zu sein. Sie könnte einem beweisen, dass man zu nichts taugt. Diffuse Erwartungen schüren die Angst, dass die andern nur darauf lauern, einen zu verurteilen. Die Angst verkörpert den latenten Selbsthass, den alle mit sich herumtragen. Die ewigen Befürchtungen blockieren das Bedürfnis nach spontanem Kontakt.

Die Angst vor Ablehnung zwingt zu Anpassungsleistungen. Erwartungen werden erfüllt, um Fassaden aufrechtzuerhalten. So kommen Beziehungsmuster zum Tragen, die letztlich niemand will. Aus Unsicherheit übertragen alle ihre lauernde Selbstkritik in projektiver Weise auf die andern. Sie erliegen der Versuchung, den andern die gleichen Vorwürfe zu machen, die sie selber angstvoll erwarten. Die Angst der Prüflinge vor der Zensur ist die Kehrseite der Bereitschaft, andern strenge Zensuren zu erteilen. Im Kampf ums moralische Überleben verschafft es Erleichterung, wenn man die selbst erfahrene Kritik durch Beschuldigung anderer wettmachen beziehungsweise die erwartete Kritik präventiv umkehren kann.

Die Rivalität und das Ressentiment behindern die Solidarität. (Richter 1975:123ff.) Das präventive Anklageverhalten soll hel-

fen, denen zuvorzukommen, die einen moralisch anklagen könnten. Unbewusste Zwänge bewirken, dass man selbst die Inquisitionsszene mitgestaltet, vor der man sich fürchtet. Sie erstickt die angestrebte Gemeinschaft, verstärkt die Schuldgefühle und Abwehrreaktionen. Machtkämpfe werden gerne mit moralischen Argumenten maskiert. Hinzu kommen die faktische Machtausübung in der Wirklichkeit und die großen Besitzunterschiede. Sie widersprechen dem Postulat der sozialen Gleichberechtigung.

Von Kindesalter an sind wir daran gewöhnt, von vermeintlichen Niederlagen anderer zu profitieren. Heranwachsende sind in ein Erziehungssystem integriert, das planmäßig die Rivalitätsangst schürt. So lernen wir schon früh, Gruppensituationen als gefährliche Wettbewerbssituation zu empfinden. Als scheinbarer Ausweg bietet sich etwa der Heroismus der Einsamkeit an. Die vermittelte Isolation im Egozentrismus und die fortgesetzten Frustrationen bei Rivalitäten bewirken in der Regel ein Übermaß an Angst und Wut. Sie sind ein Nährboden für Ressentiments, die einen selber vergiften. Das Ich verliert die Fähigkeit, positive Angebote aus Gruppen aufzunehmen und sich selbst solidaritätsfördernd in Gruppen zu engagieren. Ressentiments und Solidarität schließen sich aus.⁵² Eine Gruppe, die einen Rahmen für eine freie(re) seelische Entfaltung schaffen will, muss erst einmal die Gefahr überwinden, dass dieser Rahmen sich in eine Arena für einen moralischen Selbstzerfleischungsprozess verwandelt.

Die Individualisierung führt dazu, dass die Solidarität neu gewonnen werden muss. Ulrich Beck (1997:395) hält es für möglich, die Bindungslosigkeit der Moderne durch die Ausgestaltung politischer Freiheiten zu überwinden. Diese lassen »freie Assoziation« entstehen. Von Emile Durkheim ist bereits bekannt, dass unter den Bedingungen fortgeschrittener Differenzierung die Solidarität weder auf einem kollektiven Geist beruht noch erzwungen werden kann. In der Moderne ist Solidarität zunehmend eine Funktion der

Spontaneität. Die Freiwilligkeit ist die Quelle einer Solidarität neuen Typs. Der libertäre Sozialist Kropotkin (1842–1921) hat wegweisend die Freiwilligkeit hochgehalten. Martin Buber (1985: 38) bezieht sich darauf. Die vollständige Entwicklung der Individualität soll sich mit der höchsten Entwicklung der freiwilligen Gesellung unter allen Aspekten, in allen möglichen Graden, zu allen möglichen Zwecken verknüpfen. Seit dem Fall der Berliner Mauer (1989) lebt Kropotkins libertärer Ansatz auch in der ehemaligen DDR auf. Während die 1968er-Bewegung die autoritäts- und staatskritischen Elemente des libertären Sozialismus betonte, steht heute die Frage im Vordergrund, was diese Konzeption zur Neugestaltung einer freiheitlichen Gesellschaftsordnung beiträgt. Für Kropotkin bedingen sich die Sozialität und Individualität gegenseitig. (Hug 1989) Sie streben nach weitgehender Herrschaftslosigkeit und konstituieren die freie Gesellschaft. Die freiwillige Solidarität stützt sich auf eine ausgeprägte Individualität ab. Die persönliche Entscheidung zur Solidarität ermöglicht eine neue Qualität. Sie resultiert weder aus der Angst noch aus der Not. Die Wirkung ist allerdings beschränkt. Sie ersetzt partielle gesellschaftliche Leistungen, gibt aber keine sozialstaatlichen Garantien. Die mangelnde Verbindlichkeit ist der Nachteil der neuen Freiwilligkeit, die es so zu fördern gilt, dass keine gefährlichen Scheinsicherheiten entstehen.

Die Auseinandersetzung zwischen Liberalismus und Kommunismus konstruiert einen scheinbar einfachen Gegensatz zwischen Gerechtigkeit und Solidarität beziehungsweise zwischen Recht und Freundschaft. Eine demokratisch ausgerichtete Solidarität orientiert sich aber auch an einer (universalen) Gerechtigkeit. Freundschaftliche Bande allein reichen nicht aus, um den Zusammenhalt einer komplexen Gesellschaft zu gewährleisten. Dazu braucht es verbindliche Rechte und Vereinbarungen sowie gemeinschaftliche Werte, die – in einem gewissen Ausmaß – Wider-

sprüche und Differenzen zulassen.⁵³ Sich gegenseitig wertzuschätzen, das ist die Voraussetzung, um untereinander Beziehungen der Solidarität zu entwickeln. (Honneth 1993:262) Soziale Beziehungen sind, wenn von »Gemeinschaften« die Rede ist, Verhältnisse der Solidarität. Die Solidarität ist eine Kernbestimmung der Gemeinschaft. Sie strebt die Gerechtigkeit an und ist – auch ohne schriftliche Zusicherungen – von hoher Verbindlichkeit. Solidarität ist an die Bedingung von sozialen Verhältnissen der möglichst symmetrischen Wertschätzung zwischen individualisierten und autonomisierten Subjekten gebunden. Sie muss auch auf künftige Generationen achten. Die Solidarität soll verhindern, dass die Individualisierung des Sozialgefüges zu einer atomisierten Gesellschaft führt. Die universelle soziale Gerechtigkeit strebt umfassende und verantwortliche Formen der Solidarität zwischen den lebenden und den zukünftigen Generationen sowie zwischen unterschiedlichen Gruppen an.⁵⁴

Ökosozialer Umbau

Gerechtigkeit ist kein Gegensatz zur Freiheit, sondern ihre Voraussetzung. Konkretisierungsversuche verwenden häufig die Formel vom ökosozialen Umbau. Im Widerstreit befinden sich technokratische und systemverändernde Konzepte.⁵⁵ Michael Arend (1993: VI) skizziert für den radikalpolitischen Umbau einen neuen Bezugsrahmen, der die Marginalisierung als gesellschaftliches Phänomen mit strukturellen Ursachen fasst, die Folgekosten einbezieht und neue Formen der Solidarität fördert. Die auf der Gleichartigkeit der Lebensumstände basierende »mechanische Solidarität« gehört seiner Auffassung nach der Vergangenheit an. Sie kann nicht mehr zurückgewünscht werden. Mehr Pragmatismus ist angesagt, ebenso eine bessere Verknüpfung der sozialen und ökologischen Verträglichkeit.

»Doppelter Wohlstand – halbierter Naturverbrauch« heißt Ernst Ulrich von Weizsäckers Variante eines ökosozialen Umbaus. Sie orientiert sich am Anliegen der sozialen Gerechtigkeit. Der 1995 an den Club of Rome gerichtete Bericht »Faktor vier« hält einen Richtungswechsel aus sozialen, ökologischen und ökonomischen Gründen für unausweichlich. Die Autoren plädieren für eine technologische Effizienzrevolution. Sie soll eine Vervielfachung der Ressourcenproduktivität ermöglichen. Wendet man die »Faktor-4-Revolution« beispielsweise auf Autos, Häuser, Lebensmittel, Haushaltsgeräte, Möbel, Bürogeräte, Chemikalien, Textilien und alle zugehörigen Dienstleistungen an, dann kommt man auf Umsätze, die das wirtschaftliche Gewicht der gesamten Gentechnik wohl um ein Hundertfaches übertreffen. Die Revolution erfordert auch eine Verhaltensänderung, die nichtmaterielle Wohstandselemente in den Vordergrund rückt. (Weizsäcker 1996:18) Sie postuliert – im Sinne einer reiferen Zivilisation – den Verzicht und das Sparen als wichtige Tugenden. Aber es gelte, »jenem weitverbreiteten Irrtum vorzubeugen, ein umweltfreundlicheres Verhalten würde uns hauptsächlich Einschränkungen abverlangen« (1996:20).

Eine andere Gewichtung geht aus dem »Bericht über die menschliche Entwicklung« (UNDP 1997) hervor. Für das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen verfasst, stellt er die ökosoziale Gerechtigkeit ins Zentrum. Der Bericht regt einen Ausgleich der sozialen Gegensätze durch Umverteilung und mehr soziale Investitionen an. Er will dazu beitragen, die sich weltweit öffnende Kluft zwischen Arm und Reich zu schließen.⁵⁶ Die Welt verfügt über genügend Mittel, um alle Menschen ausreichend zu ernähren, argumentieren die Verfasser. Das gesamte Bruttosozialprodukt (BSP) beträgt 25 Billionen Dollar. Doch mit der Verteilung hapert es. Über eine Milliarde Menschen haben kein sauberes Wasser. 840 Millionen leiden unter Hunger. 500 Millionen woh-

nen in ökologisch gefährdeten Gebieten. Als ärmste Region gilt Afrika südlich der Sahara. Erhebliche Rückschläge sind auch in Osteuropa feststellbar. In mehreren Ländern ist die Lebenserwartung rückläufig.

Nach dem Ende des Kalten Krieges wären Kürzungen der Militärausgaben eine Chance, soziale Investitionen zu erweitern. Stattdessen werden öffentliche Dienste abgebaut und in armen Regionen Menschen noch mehr belastet. Dies ist laut dem UNDP-Bericht »eine Perversion des Selbsthilfe-Ideals«. Die Selbsthilfe kommt dort zum Tragen, wo eine tragfähige Infrastruktur vorhanden ist. Deshalb braucht es, auch zur Schonung der Umwelt, eine Grundversorgung aller Länder mit sozialen Diensten. Die zusätzlichen Kosten würden während zehn Jahren je 40 Milliarden Dollar ausmachen. Das wären weniger als 0,2 Prozent des globalen Einkommens. Die Vereinigten Staaten haben, wie erwähnt, nach dem Zweiten Weltkrieg im Rahmen des Marshallplanes einen doppelt so hohen Anteil nach Europa überwiesen.

Der UNDP-Bericht plädiert dafür, die sozialen Investitionen zu erhöhen und die Ungleichheiten zu verringern. Ein verantwortungsbewusster Staat schützt die Rechte der Armen. Gesicherte Miet- und Pachtverhältnisse geben Rückhalt. Ein Schuldenerlass könnte Mittel für produktive Zwecke freisetzen. Mehr Hilfe für Afrika südlich der Sahara wäre auch mit weniger ausländischen Fachleuten möglich. Eine Stärkung der Uno soll dazu beitragen, weltweit die Menschenrechte sowie Leitplanken für eine soziale Wirtschaftspolitik zu verankern.

So weit Hinweise aus dem Bericht. Sie haben meines Erachtens viel mit sozialer Gerechtigkeit und einem ökosozialen Umbau zu tun. Über neue Technologien hinaus geht es auch darum, defensiv eine weitere soziale und ökologische Gefährdung zu vermindern. Es ist unabdingbar, dass heutige Konzeptionen eines ökosozialen Umbaus wieder vermehrt die globale Überlebensfrage gewichten.

Aber sie dürfen dabei nicht stehen bleiben. Konzepte einer sozialen Restrukturierung müssen sich auch vorwärts gerichtet an dem orientieren, was – qualitativ hoch stehend – vielleicht noch in weiter Ferne liegt. Der Rückgriff auf egalitäre Sozialstrukturen und libertäre Utopien weist auf prospektive Ansätze einer Regionalisierung auf der Grundlage einer sozialen Umstrukturierung hin.

Der älteste und wichtigste, aber am wenigsten anerkannte Steuerungsbereich ist – neben Markt und Staat – der dritte, die Solidarität. Sie umfasst das soziale Kapital. Soziale Gemeinschaften haben sich historisch vor den Märkten und Regierungen etabliert. Der soziale Austausch ging jenem der Waren stets voran. Der (uneinheitlich definierte) dritte Bereich wurde zwar im 20. Jahrhunderts in vielen Ländern marginalisiert. Er bleibt jedoch eine wichtige Grundlage, auf der die beiden andern Bereiche stehen. (Rifkin, Zeit, 2.5.1997) Der Hinweis auf diese Grundlage ist heute besonders wichtig; denn die soziale Restrukturierung wird oft einseitig als eine »Revitalisierung« diskutiert, die hauptsächlich Kosten senken, neue Ressourcen erschließen und Kontrollmechanismen verstärken soll. Interessant ist ein Blick auf frühere Erfahrungen und Debatten. Sie kontrastieren den instrumentellen Zugriff auf den zu stärkenden, solidarischen Bereich.

Der libertäre (Früh-)Sozialismus strebte eine umfassende Restrukturierung der Gesellschaft an. Die marxistische Kritik lehnte den »romantischen Versuch ab, überwundene Entwicklungsstadien zu erneuern«. Martin Buber (1985:41) sah in ihm eine Chance, »die in den Tiefen des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Werdens wahrnehmbaren dezentralistischen Gegentendenzen miteinander zu verbinden«. Dies sollte im Bunde mit der langsam in der Menschenseele wachsenden Auflehnung geschehen. Der Aufbruch richtet sich gegen die massierte, kollektivierte Einsamkeit. Die künftige Struktur der Gesellschaft ist eine neue. Sie orientiert

sich vorwärts; aber sie bewahrt auch erhaltene Gemeinschaftsformen und reaktiviert solche, die überlagert sind.

Der Sozialreformer Saint-Simon (1760–1825) war bestrebt, Fortschritt und Ordnung mit einer »planenden Wirtschaftslenkung« (Hartfiel 1972:574) zu verbinden. Die Zukunft sollte organisch und industriell sein. Buber (1985:47) vermisst bei Saint-Simon die Konzeption echter, organischer sozialer Einheiten, aus denen sich eine soziale Restrukturierung aufbauen kann; der Begriff der »industriellen Assoziation« genügt ihm nicht. Soziale Gebilde funktionieren nicht wie ein Räderwerk. Der gesellschaftliche Umbau setzt kleine soziale Einheiten voraus. Fourier hat wiederholt darauf hingewiesen. Er hat gemeindliche soziale Einheiten postuliert, die auf der Verbindung von Produktion und Konsum(vereinen) begründet sind. Die bloße Reorganisation einer Gesellschaft macht keine soziale Restrukturierung aus. Proudhon hat den Unterschied deutlich gemacht. Eine industrielle Verfassung ist keine soziale Strukturierung; ein föderalistischer Aufbau der Gesellschaft leistet hingegen schon einen wichtigen Beitrag dazu. Louis Blanc schlug soziale Werkstätten vor. Er regte die Solidarität innerhalb und zwischen den Werkstätten an, die dann als starke Einheit auch partnerschaftlich mit der Industrie oder anderen Einrichtungen kooperieren können. Dieser Ansatz kommt in aktuellen Konzepten einer sozialen Ökonomie zum Vorschein.

Eckhard Piller und Annette Zimmer (1997:17) weisen auf die derzeit beschränkte wirtschaftliche Bedeutung des nicht gewinnorientierten Sektors hin.⁵⁷ Bei der sozialen Restrukturierung geht es aber nicht nur darum, diesen nicht klar abgrenzbaren Bereich auszuweiten und neu zu organisieren. Wichtig ist die Verknüpfung mit der ganzen Wirtschaft und Gesellschaft, die es ferner mit konstituierenden Merkmalen der Solidarität zu durchdringen gilt. Eine besondere Aufgabe kommt hierbei intermediären Instanzen zu. Die Stärkung gesellschaftlicher Solidaritätspotenziale erfor-

dert eine Ausweitung des demokratischen Einflusses auf die politische und wirtschaftliche Verfügungsgewalt über jenes Kapital, das die Bedingungen der sozialen Restrukturierung beeinflusst.

Das Zusammenwirken von Selbsthilfe und Solidarität hängt davon ab, ob Verbindungsstrukturen bestehen, die ein Miteinander von Individuum und Gesellschaft ermöglichen. Intermediäre Gruppen sind Gruppen, über die das Individuum mit dem sozialen Ganzen verbunden wird. (Hartfiel 1972:310) Sie erfüllen in unserer Gesellschaft eine wichtige Sozialisationsfunktion. Vereine und Verbände sind intermediäre Einheiten. Sie wirken als Instanzen zwischen Individuum und Staat. »Pressure groups« setzen sich für bestimmte Interessen ein. Die sozialen intermediären Gruppen übernehmen in Kleinräumen Aufgaben, welche die intermediären politischen Gewalten im staatlichen Großraum erfüllen. Montesquieu betrachtete sie als Instanzen der Herrschaftsbegrenzung. Sie haben eine Art Doppelcharakter. Zum einen vermitteln sie dem Individuum gesellschaftliche Anforderungen; zum andern helfen sie ihm, eigene Anliegen nach außen zu tragen.⁵⁸

Paul Trappe (1990:293ff.) verweist auf die große und steigende Gruppendichte in der Schweiz. Dabei fallen genossenschaftliche Zusammenschlüsse besonders ins Gewicht. Hinzu kommen die vielen »faktischen Genossenschaften«, die nicht offiziell eingetragen sind, aber – wie die Selbsthilfegruppen – wesentlich zur Verbreitung eines »homo associativus« (Meier-Dallach) beitragen. Die vielen intermediären Gruppen prägen den sozialen Wandel nachhaltig. In der Entwicklungssoziologie hat die Debatte über Trägergruppen und freiwillige Zusammenschlüsse eine lange Tradition. Neue Aktualität erlangt sie durch die Verbreitung von Nichtregierungsorganisationen und Netzwerken.⁵⁹

Taylor (1993:143) beschreibt mit Bezug auf Tocqueville, wie wertvoll freiwillige Assoziationen und Zwischeninstanzen sind. Sie ermöglichen das Einüben einer nicht autistischen Selbstverant-

wortung. Wichtig ist hierbei die dezentrale Organisation eines Gemeinwesens. Vielfältige Formen der Selbstregierung sind am ehesten auf der lokalen Ebene möglich und eine Voraussetzung für eine nationale Willensvermittlung von unten. Tocqueville misst den »pouvoirs intermédiaires« eine verbindende Funktion zu, was einen hohen Aktualitätswert hat. (Schmid 1988:121) Die Gleichheit allein setzt die Menschen nicht in Beziehung zueinander. Auch die Freiheit ist nicht in der Lage, eine Gesellschaft zu strukturieren. Die Menschen sind vielleicht frei, aber einander nicht verpflichtet. Tocqueville ist die amerikanische Erfahrung wichtig. Hier konnte sich eine wenig zentralistische Demokratie entfalten. Ihre Fundamente sind die Gemeindefreiheit und die Vereinigungsfreiheit. Die demokratische Ordnung entsteht dezentral und von unten. Sie kann sich aber nur entfalten, wenn auch bürgerliche Tugenden verankert sind. Die Gesellschaft ist ein Zusammenschluss der Bürgerinnen und Bürger.

Im Vergleich zu anderen Bereichen der Politik zeichnet sich die Sozialpolitik durch das Vorherrschen von Akteuren aus, die weder dem Staat im engeren Sinne noch dem Bereich privater Organisationen wie Wirtschaftsunternehmungen oder Vereinen zuzurechnen sind. Sie haben als intermediäre Instanzen teils einen öffentlich-rechtlichen Status wie die Sozialversicherungen, oder sie sind privatrechtlich organisiert wie die Gewerkschaften, Unternehmen oder Wohlfahrtsverbände. Hilfswerke, Wohlfahrtsverbände und private Sozialeinrichtungen erfüllen die Funktion intermediärer Institutionen. (Becker 1997:9) Sie erbringen Transferleistungen, die der Staat oder die Wirtschaft nicht selber durchführen können.

Franz-Xaver Kaufmann (1987:9ff.) untersucht jene Selbsthilfe, die zwischen der individuellen Eigenhilfe und der staatlich oder intermediär organisierten Fremdhilfe liegt. Sie umfasst ein breites Feld interaktiv gesteuerter Formen des Beistands, der Wohlfahrtsproduktion und der Interessenvertretung. Nach einem

Grundgedanken der älteren Sozialwissenschaft vermittelt die Sozialpolitik zwischen Staat und Gesellschaft. Sie war lange Zeit die Domäne der Wirtschaftswissenschaft, die sich für Fragen der Einkommensverteilung interessierte. In den sechziger Jahren gewannen mit den sozialrechtlichen Bezügen auch die soziologischen an Bedeutung. Dabei kam es zunächst zu einer Polarisierung zwischen einer stark staatlich orientierten und einer auf Selbsthilfe ausgerichteten Optik. Die Diskussion über intermediäre Instanzen trug in den achtziger Jahren dazu bei, die vielfältigen Verflechtungen zwischen staatlichen und nichtstaatlichen sowie zwischen professionalisierten und nichtprofessionalisierten Trägern mehr zu beachten. Damit weitete sich auch das Verständnis von Sozialpolitik aus. Sie thematisierte vermehrt die Frage nach dem Zusammenspiel zwischen Fremd- und Selbsthilfe. Die Deutsche Forschungsgemeinschaft lancierte ein umfassendes Wissenschaftsprojekt zum Thema »gesellschaftliche Bedingungen sozialpolitischer Interventionen: Staat, intermediäre Instanzen und Selbsthilfe«. Daraus geht hervor, dass die intermediären Träger sozialer Leistungen keineswegs nur die Exekutoren staatlicher Politik sind. (Kaufmann 1987:21) Sie verfügen ihrerseits über Macht und Handlungsmöglichkeiten. Je nachdem versuchen sie, die staatliche Politik zu beeinflussen oder zu umgehen. Formen der sozialen Selbsthilfe sind ebenfalls in der Lage, das eigene Handlungspotenzial zu stärken. Die Verknüpfung mit stärkeren Trägern erhöht einerseits die Einflusschance, andererseits die Abhängigkeit. Sie ist zum Teil der Preis für die Sicherheit, die eine Gesellschaft gewährt, die sich auf Rechte und verlässliche Instanzen abstützt.

Huber plädiert für eine »intermediäre« Strategie. Er tritt für die Schaffung institutioneller Brückenköpfe ein. Sie sollen die Spielräume der sozialen Bewegungen sichern. (Brand 1982:183) Nur wenn sich der Ausbau einer alternativen Infrastruktur mit der öffentlichen Mobilisierung kritischer politischer, gewerkschaft-

licher und kirchlicher Kreise verbindet, lässt sich ihre Ambivalenz in konstruktiv-progressiver Weise bewältigen. Demgegenüber zielt die freiwillig subkulturelle Ausgrenzung auf eine Selbstgenügsamkeit und Geborgenheit in der Nestwärme des eigenen Milieus ab. Sie ist von Berührungsängsten gegenüber jeder Form institutioneller Vermittlung geleitet und hält sich so an illusionäre Gegenbeziehungsweise Allmachtsphantasien. Die simplen Freund-Feind-Bilder sind das Spiegelbild der vorherrschenden Kultur mit einem ängstlich-aggressiven Sicherheitsdenken. Sie kümmern sich nicht um die Verbindung. Gelingt es nicht, breite gesellschaftliche Bündnisse herzustellen und politisch abzusichern, so ist die Gefahr groß, dass verschärfte ökonomische Krisenerfahrungen und wachsende Unsicherheit in weiten Kreisen der Bevölkerung zu einer Verstärkung obrigkeitsstaatlicher Reaktionsmuster führen.

Opielka (1990a:13/30) nimmt den Begriff »gesellschaftliche Gemeinschaft« (Talcott Parsons) auf und charakterisiert das Steuerungssystem Gemeinschaft. Das Exklusivitätsprinzip impliziert Ausschlussmechanismen. Das Austauschprinzip bedeutet, dass der Austausch in Gemeinschaften nicht wie im Steuerungssystem Markt als Äquivalenzaustausch erfolgt, sondern – zeitlich und moralisch vermittelt – nach dem Reziprozitätsprinzip. Die Gemeinschaften beruhen auf subjektiv gefühlter, affektueller oder traditionaler Zusammengehörigkeit der Beteiligten (Max Weber). Diese Prinzipien gehen auf Tönnies' Unterscheidung von Wesenswille (Gemeinschaft) und Kürwille (Gesellschaft) zurück. Ein weiterer Bezug besteht zu Durkheim. Er sah die Moral als wichtiges Steuerungsmedium sozialer Gemeinschaften. Die vorgestellten kommunitaristischen Ansätze hoffen darauf, diese Quelle wieder mehr erschließen zu können.

Gemeinschaftliche Bindungen können (auch) in posttraditionalen Gesellschaften eine wichtige Bedeutung haben und den

Zusammenhalt fördern. Auf diese Sicherung zu vertrauen, wäre allerdings riskant. Mischformen drängen sich auf. Sie sprengen alte Muster einfacher Zuordnungen. Die Alternativen heißen nicht einfach Markt und Liberalismus, Gemeinschaft und Konservatismus oder Staat und soziale Sicherheit. Genossenschaften sind beispielsweise ein wichtiger Beleg dafür, wie zwischen Markt und Gemeinschaft »gemischt« werden kann. (Opielka 1990a:16) Wenn der Staat als korporative Institution den normativen Wert der Solidarität durch reale, kommunikative Arrangements ausfüllt, dann hat er auch etwas mit Gemeinschaft zu tun. Sollen neue Gemeinschaften gefördert werden, so lassen sich nicht einfach Schonräume konstruieren. Vielmehr ist die Ganzheit der Gesellschaft neu zu überdenken. Es gilt, Sicherheiten institutioneller Art zu entwickeln, die es den Menschen erlauben, auch Risiken unternehmerischer Art einzugehen.⁶⁰

Hans Joas (1993:49) zeigt auf, wie vor 1933 der Gemeinschaftsbegriff ein wichtiges Codewort antidemokratischer sozialer Bewegungen in Deutschland war. Tönnies hoffte indes auf die Stärkung genossenschaftlicher Züge im Rahmen der herausziehenden Gesellschaft. Seine Zukunftsperspektive beinhaltete den Einbau gemeinschaftlicher Elemente in die Gesellschaft. Doch das blieb zunächst eine politische Orientierung außerhalb der eigentlichen Theorie, die von einer idealtypischen Gegensätzlichkeit zwischen Gemeinschaft und Gesellschaft auszugehen schien. Durkheims Unterscheidung von mechanischer und organischer Solidarität »lud zwar den modernebezogenen Pol mit positiveren Ladungen auf, blieb aber ebenfalls zweiphasig«, wie Hans Joas (1993:54) weiter ausführt, der eine bloße Verlustperspektive von Gemeinschaft zurückweist. An die Stelle der verlorenen Gemeinschaften treten seiner Meinung nach »bessere Gemeinschaften«. Sie sind nicht mehr naturwüchsig, sondern bewusst erzeugt. Als Beispiel dient die amerikanische Tradition. Sie enthält theo-

retisch und praktisch durch ihre Betonung der freiwilligen Vereinigung (»voluntary association«) Mittel zur Versöhnung von Gemeinschaftssehnsucht und Demokratie. Aus den amerikanischen Debatten über die demokratische Notwendigkeit eines weiteren Ausbaus des Wohlfahrtsstaats könnte Deutschland lernen, »dass es wohl doch eher ein mangelnder als ein übermäßiger Ausbau des Wohlfahrtsstaats ist, der gemeinschaftszerstörend wirkt«.

Gvozden Flego (1993:70/71) sieht eine Gefahr darin, dass man entweder auf Gemeinschaft (»wie Extremisten der »civil society«) oder auf Gesellschaft (»wie fanatische Liberale«) setzt und so insistiert, dass die eine Seite die andere ausschließt. Das kann zu einer »gesellschaftlichen Gemeinschaft« oder »gemeinschaftslosen Gesellschaft« führen. Keine Seite will die Grenze zwischen Öffentlichem und Privatem anerkennen. Die eine versucht, die Privatheit weitgehend zu zerstören; die andere verbreitet eine »Tyrannei der Intimität«. Beiden gemeinsam ist eine totalitäre Tendenz. Die kommunitaristische Ausrichtung auf die »community« ist nur dann sinnvoll, wenn sie im Rahmen einer pluralistischen Gesellschaft erfolgt. Ernst Bloch schreibt im »Prinzip Hoffnung« von der Rettung des Individuums durch die Gemeinschaft. Jürgen Habermas benutzt den Gemeinschaftsbegriff in seiner Theorie des kommunikativen Handelns an kardinaler Stelle. Auch die Wiederentdeckung von Hannah Arendt trägt dazu bei, dass der Gemeinschaftsbegriff eine Aufwertung erfährt. Gérard Raulet (1993:80) sieht die positive Herausforderung darin, eine Gemeinschaft zu erfinden, die zugleich posttraditional und liberalismuskritisch ist.

Liberale kritisieren den Kommunitarismus dafür, die gesellschaftliche Komplexität zu vereinfachen. Ähnliche Einwände erheben Vertreter postmoderner Ansätze. Sie argumentieren, dass das kommunitaristische Verständnis von Gemeinschaft homogen und nicht heterogen ist. (Benhabib 1993:97) Es wirkt uniformierend, erlaubt kaum Unterschiede. Das führt je nachdem zu Aus-

schluss, Intoleranz, Marginalisierung und Eliminierung von Differenz. Der Traum von einer Gemeinschaft ohne Differenz kann repressiv sein. Die Konzeption einer deliberativen Demokratie erlaubt es hingegen, die Ideale von Gemeinschaft und das Streben nach Differenz vom Standpunkt einer dritten Alternative aus zu versöhnen. In der demokratischen Politik geht es darum, gegenüber falschen Hypostasierungen des »Wir« wachsam zu sein, die Gemeinschaft des »Wir« zu vergrößern und die Identität des »Wir« zu hinterfragen. Es gilt, »differente« und andere Weisen des »Wir«-Seins als die bestehenden hervorzubringen.

Hierbei ist nochmals an Martin Buber zu erinnern. Die Verwirklichung des Du und die Verwirklichung von echter Gemeinschaft sind auch in größerem Rahmen nur in dem Maße möglich, wie die Einzelwesen in ihrer Vereinzelung bestehen dürfen. Aus ihrer eigenständigen Existenz geschieht die ständige Erneuerung der Gemeinschaft – ebenso wie die dialogische Kommunikation. (Opielka 1990a:5) Eine gemeinschaftliche Gesellschaft hebt keineswegs die Ich-Stärke des Individuums auf. Im Gegenteil, sie setzt diese ebenso voraus wie eine rechtsstaatliche Ordnung und klare Strukturen. Das gilt auch für die »Rekommunalisierung«, die vielfältige Überschneidungen mit der gemeinschaftlichen Gesellschaft aufweist.

Es ist wohl richtig, wenn Leitbilder den Menschen ins Zentrum der Entwicklung stellen. Im Zeichen des narzisstischen Individualismus grassiert aber auch eine »Bauchnabelkultur«, bei der sich die Einzelwesen vorwiegend mit sich selber beschäftigen und sich selber inszenieren. »Sag nur immer, dass du dich von allem tief betroffen fühlst, und du wirst in diesem befreiten Gebiet willkommen sein«, schreibt Brand (1982:22). Er mokiert sich über den verbreiteten Betroffenheits- und Persönlichkeitskult. Die Ausbreitung individueller Lebensgeschichten ist »in«. Sie deckt jedoch das Grundbedürfnis der Menschen nach sozialer Einbindung nicht ab.

Dazu braucht es gesellschaftliche Verbindungsstrukturen und die persönliche Bereitschaft, sich wirklich zu öffnen und auf andere einzulassen.

Zwischen dem Individuum und der Gesellschaft liegen Kommunen, Städte und Dörfer. Hier befindet sich eine wichtige Operationsebene. Sie erfordert keine Entstaatlichung, aber einen Aufbau von unten nach oben. Das Anliegen der Rekommunalisierung entspricht dem Prinzip der Selbsthilfe. Winfried Kretschmann (1988:73) will ihm einen durchgängigen Verfassungsrang verleihen. Man soll der unteren Einheit materiell und formell nachweisen müssen, dass die bestimmte Aufgaben nicht erfüllen könne; nur dann könnte eine höhere staatliche Ebene ihr Rechte entziehen. Die Rekommunalisierung stärkt die unteren Einheiten. Diese eignen sich für gemeinschaftsorientierte Beziehungen, lassen sich aber nicht darauf reduzieren. Schließlich geht es auch um Rechte und Einflussmöglichkeiten.

Vobruba (1991:77) weist auf eine besondere Chance hin. Es gibt nämlich nicht nur die Globalisierung, sondern auch eine Polyzentrierung der Gesellschaft. Sie begünstigt in Teilbereichen eine Vergesellschaftung des Staates. Aber aufgepasst, der Staat ist im Unterschied zu Gemeinschaft und Markt gleichzeitig eine strukturelle und korporative Institution. Er ist Verfassungsstaat, demokratischer Staat und Verwaltungsstaat. (Opielka 1990a:18) Insofern der Staat als korporative Institution den normativen Wert der Solidarität durch reale, kommunikative Arrangements ausfüllt, ist er auch »ein Stück Gemeinschaft«. Heute wird die Vergemeinschaftung des Staates allerdings weniger im Interesse eines totalitären Staates gefordert. Es scheint vielmehr um die Auflösung und Privatisierung des Staates zu gehen. Doch können gerade entsprechende Versuche dazu führen, dass durch Desorientierung eine ordnungspolitische Aufrüstung erfolgt, auch wenn sie keineswegs beabsichtigt ist. Demgegenüber können gut verankerte

(staatliche) Leitplanken mehr Sicherheit und Freiheit garantieren. Verbindlichkeit setzt eine gewisse Regulierung voraus. Ohne sie ist ein ökosozialer Umbau undenkbar.

Wenn sich ein überzeugter Neoliberaler mit dem Hubschrauber über den Ghettos der Ausgeschlossenen absetzen lässt, kommt er, falls überhaupt, als Sozialstaats-Konvertit zurück. Davon ist der französische Soziologe Pierre Bourdieu überzeugt. Ulrich Beck (1997:21) zeigt anhand dieses Beispiels, dass die Freiheit auch Sicherheit voraussetzt. Den Marktfundamentalismus bezeichnet er als eine moderne Form des demokratischen Analphabetentums. Der Kapitalismus ist nur im Wechselspiel mit materieller Sicherheit, sozialen Rechten und Demokratie überlebensfähig. Der Markt setzt kulturelle, politische und rechtliche Institutionen voraus. Im Niemandsland »zwischen den Neoliberalen und Kommunitaristen« ortet Beck die »schweigende Mehrheit der Protektionisten«, bei denen er die schwarzen von den roten und grünen unterscheidet.

Komplizierte und potenziell gefährliche Technologien erfordern politische Sicherungen. Vobruba (1991:36) plädiert für keine übermächtige Hand, aber für verbindliche Regulierungen. Horst Mahler (Zeit, 2.5.1997, S.45) kritisiert die heute ausgeprägte Bereitschaft, den Rechtsstaat preiszugeben.⁶¹ Er rekurriert auf Hegels Staatsdenken, das gegen den Liberalismus gerichtet war. Im Vordergrund steht die Einsicht, dass wir nicht nur für uns da sind. Wir sind auch da, um das Leben zu teilen. Dieses Verständnis beinhaltet einen Freiheitsbegriff, der den Egoismus ausschließt.

Es mag sein, dass nach der modischen Deregulierungsphase gerade dort, wo sie am erfolgreichsten ist, zuerst auf mehr Regulierung gedrängt wird. Dafür gibt es Anzeichen in Großbritannien. Die Folgen der Privatisierungspolitik haben liberale Unternehmerinnen und Unternehmer dazu veranlasst, öffentlich für ein »comeback« der Labour-Regierung zu plädieren, die ein sozial-dynamisches Staatswesen anstrebt.

Ein moderner Staat benötigt zentrale und dezentrale Verwaltungseinheiten. Sie sind in scheinbar polarer Wechselwirkung miteinander verbunden. Nebst der Aufgabenteilung zwischen Zentralstaat, Kantonen und Gemeinden findet eine andere zwischen dem Staat und privaten Einrichtungen statt. Die Frage, wer für was zuständig ist, wird seit Jahren kontrovers diskutiert. Sie wird durch neu anstehende Aufgaben aktualisiert und in den Debatten über das »New Public Management« und die Deregulierung thematisiert.

Je heterogener eine Gesellschaft strukturiert ist, desto schwieriger ist es für den Staat, alle gesellschaftlichen Gruppierungen mit kollektiven Gütern zu versorgen. (Wagner 1992:35) Private Unternehmen und Institutionen können in Teilbereichen einer komplexen Gesellschaft flexibler reagieren als der Staat. (GGG 1977:25) Aber garantieren sie auch Leistungen, die sich kaum vermarkten lassen? Der 1997 aus dem Amt geschiedene österreichische Bundeskanzler Franz Vranitzky hält den Slogan »Weniger Staat – mehr Privat« für einen der törichtesten Aussprüche (in: Misik 1997:12). Hans-Peter Martin und Harald Schuman (1997) erachten die Instandsetzung des Staates und die Wiederherstellung des Primats der Politik über die Wirtschaft als größte Herausforderung für eine demokratische Politik an der Schwelle zum nächsten Jahrhundert. Opielka (1983a:15) drängt darauf, die weitere Demokratisierung mit der Schaffung von Freiräumen zu verbinden. Das verspricht längerfristig am meisten Erfolg. In einem solchen System verlagert sich die Funktion des Staates: Der Versorgungs- und Zuteilungsstaat wird immer mehr zu einem Vermittlungs- und Instandsetzungsstaat.

Taylor (1993:144/145) kritisiert das jakobinische Demokratieverständnis ebenso wie das Liberalismus-Modell, das von einer sich selbst regulierenden Gesellschaft ausgeht. Der Staat soll sich auf seine Stärken konzentrieren und die individuellen Freiheiten

garantieren. Niklas Luhmann weist prinzipiell auf die beschränkten Möglichkeiten des Staates hin, der andere Leistungen als die Wirtschaft erbringt. Jürgen Habermas bezweifelt mehr die Wirkungen der staatlichen Interventionen. Christoph Zöpel (1991: 100) thematisiert den »Schub der Verrechtlichung«: Zahlreiche Probleme, die den Staat herausfordern, haben mit den ökologischen Auswirkungen des rationalistischen Wissenschaftsprozesses zu tun. Der demokratische und soziale Rechtsstaat wird allmählich zum sozial-ökologischen Verfassungsstaat. Eine risikoreiche Produktion erfordert starke Leitplanken. Oft sind es gerade die Folgen privater Tätigkeiten, die den Staat zum Handeln zwingen.

Das bedeutet, dass es keine fixe Formel für das Verhältnis Staat-Privat gibt, die auf alle gesellschaftlichen Verhältnisse passt. Das Ausmaß und die Verteilung der Aufgaben hängen wesentlich von den Voraussetzungen ab. Diese sind meines Erachtens mehr zu berücksichtigen.⁶²

Heinz Kleger (WoZ, 11.4.1997) vertritt das Konzept eines kooperativen Staates. Statt »einsame Maßnahmen« zu treffen, soll die Regierung mehr Entscheidungsprozesse organisieren; statt alles zu regeln, soll sie die Kommunikation zwischen den verschiedenen Interessengruppen koordinieren. Das Ziel ist kein Minimalstaat. Kleger kritisiert die Lean-Management-Konzeption ebenso wie den dogmatischen Staatsinterventionismus. Er versteht die Idee des kooperativen Staates als neues Steuerungsmodell. Es führt von der hierarchischen Steuerung durch regulatives Recht zu »weiche« Steuerungsmethoden wie Moderation, Beratung, Überzeugung, bessere Entscheidungsvorbereitung. Dazu gehört der Einbezug von mehr Leuten in die Entscheidungsvorbereitung. Hinzu kommen die Steuerung durch prozedurales Recht, kooperatives Verwaltungshandeln und ressortübergreifendes Planen. Das bedeutet nicht schwacher Staat, sondern aktive Politik. Hierbei ist zu beachten, dass die Schweiz im Vergleich mit andern Staa-

ten einen relativ schlanken Staat hat. Dies gilt auch in Bezug auf soziale Einrichtungen. Die internationale Staatsforschung würdigt die Schweiz neben Japan und den USA als das liberale Modell par excellence. Laut Kleger läuft die Schweiz Gefahr, dass das wenige, was an Sozialstaat und an Leistungsstaat existiert, auch noch abgebaut wird. In der Schweiz ist – etwa im Vergleich zu Deutschland – das private und ökonomische Denken stärker verbreitet als das staatszentrierte.

Die soziale Demokratie geht auch auf die ökonomischen Krisen der zwanziger und dreißiger Jahre zurück. Sie sollte als Alternative zum Totalitarismus das Vaterland bewahren. In der Schweiz wurde der Grundstein zur Alters- und Hinterbliebenenversicherung (AHV) während des Zweiten Weltkriegs gelegt. Da zeigte sich, wie notwendig die Solidarität ist. Sie wurde zunehmend staatlich gestützt. Das hat teilweise die Einzelinitiative zurückgedrängt, die wieder zu reaktivieren ist. Neue soziale Probleme erfordern das. Die Zunahme der Aufgaben und die Abnahme der verwandtschaftlichen Bande verlangen aber funktions-tüchtige staatliche Strukturen. Staatliche Zurückhaltung führt in sozialen Bereichen mit wenig Marktchancen nur selten zu einer Stimulierung der Eigeninitiative. Deshalb wird der Staat sogar von libertär-sozialistischen Personen verteidigt, die ihn vor kurzem noch als »autoritären Moloch« abschaffen wollten.

Das »Absterben« des Staates erscheint heute mehr als Option der Globalisierung denn als »Sprung der Menschheit aus dem Reich der Notwendigkeit in das Reich der Freiheit«. Das macht ihn umso verteidigungswürdiger, was nicht bedeutet, dass man zwangsläufig an überkommenen Strukturen festhalten muss. Der aktuelle Ansatz »Umbau statt Abbau« lässt sich mit Martin Buber (1985:35) verbinden. Er will den Staat durch eine bessere Verknüpfung der sozialen und politischen Prinzipien erhalten. (Schapira 1985:448) Eine selektive Dezentralisierung, die bei-

spielsweise auf keinen Föderalismus der sozialen Sicherung setzt, ist ein geeignetes Mittel dazu. Die Globalisierung zeigt mit ihren Auflösungstendenzen allerdings, wie wichtig staatliche Verbindungsstrukturen sind. Die Konzentrationsprozesse der privaten Wirtschaft erfordern ein politisches Äquivalent beziehungsweise ein starkes Korrektiv. Sonst fehlt die Machtbalance, die einseitige Abhängigkeiten vermindert. Der kooperative Staat achtet deshalb nicht nur auf die innere Kommunikation. Er verknüpft sich, durch wirtschaftliche Konzentration bedrängt, auch nach außen. Die frühere Gefahr der politischen (Staats-)Monopolisierung stellt sich heute weniger, obwohl nebst auflösenden Kräften auch Ansätze ordnungspolitischer Aufrüstung feststellbar sind.

Holloway (1993:21) wundert sich darüber, wie gesellschaftskritische Menschen alten Bildern treu bleiben. Sie diskutieren das Verhältnis von Staat und Kapital so, als ob das Kapital unbeweglich und an bestimmte Aktivitäten, Orte oder Personen gebunden sei. Wer den Staat auflösen will, versteht ihn nicht als etwas Eigenständiges, sondern bloß als eine verfestigte Form gesellschaftlicher Verhältnisse. Die starre Unterscheidung von innen und außen, intern und extern, endogen und exogen reproduziert gedanklich die inexistente Autonomie von Nationalstaaten. Sie behindert eine kooperativ-staatliche Entwicklung, die sich mit der beschriebenen dialogischen Demokratie (Giddens 1997:159) verbindet. Diese rückt den Staat nicht in den Mittelpunkt, ermöglicht ihm aber gerade dadurch eine wichtige Funktion.

Nach meinem Dafürhalten ist ein ökosozialer Umbau nur in enger Verbindung mit sozialstaatlicher Verbindlichkeit zu verwirklichen. Dazu gehört die Frage, was ein ökosozialer Umbau in Bezug auf die Geschlechterfrage bedeutet. Die Forderung nach einer neuen Arbeitsteilung verlangt – unabhängig von der Gewichtung staatlicher und privater Aufgaben – eine Flexibilität, die

es Frauen und Männern ermöglicht, Haus- und Erwerbsarbeiten besser aufeinander abzustimmen. Solidarität beinhaltet auch die konkrete Chancengleichheit.

Arbeit teilen

Männer leisten mehr Erwerbsarbeit, Frauen mehr Hausarbeit. Diese Arbeitsteilung hat Tradition. Sie wird zunehmend in Frage gestellt. Eltern sollen sich in die Familien- und Lohnarbeit teilen. Verschiedene ökosoziale Umbaukonzepte fordern das. Urs Haldimann (1996) stellt in seinem Buch »Zwischen Karriere, Küche und Kinderzimmer« konkrete Ansätze vor. Ich beziehe mich zunächst darauf. Zur Ausgangslage: Neunzig Prozent der Väter, die Kinder unter fünfzehn Jahren haben, sind voll erwerbstätig. Achtzig Prozent der Frauen im erwerbsfähigen Alter sind ebenfalls erwerbstätig. Von allen Müttern, die Lohnarbeit verrichten, haben sechzig Prozent ein Teilzeitpensum. In gut der Hälfte der Paarhaushalte mit Kindern ist der Vater Vollzeit und die Mutter gar nicht erwerbstätig. In fast einem Drittel dieser Haushalte ist der Vater Vollzeit und die Mutter Teilzeit erwerbstätig. In über zehn Prozent der Familien sind Vater und Mutter voll erwerbstätig. In weniger als fünf Prozent leisten beide ein Teilpensum Lohnarbeit. Frauen engagieren sich im außerhäuslichen Bereich wesentlich mehr als Männer im familiären. Zwar steigt der Anteil der Jugendlichen, die sich eine gleichberechtigte Partnerschaft wünschen. »Statistisch fallen die neuen Väter jedoch kaum ins Gewicht«, stellt die Eidgenössische Kommission für Frauenfragen (in: Haldimann ebd.) fest.⁶³

Die Wirtschaft verlangt Flexibilität und Mobilität. Häusliche Qualifikationen sind im beruflichen Bereich gefragt. Die Kinderbetreuung fördert die soziale Kompetenz. Dazu gehören die Fähigkeiten, tragende Beziehungen aufbauen und mit unterschiedlichen Erwartungen umgehen zu können, in heiklen Situationen

den Überblick zu behalten, unter Zeitdruck wichtige Entscheide zu treffen, vielfältige Aktivitäten zu planen und mit beschränkten Ressourcen sorgsam zu haushalten. Haushalte sind kleine Unternehmen. Schlüsselqualifikationen wie die Kommunikations- oder Teamfähigkeit gewinnen in Wirtschaft und Gesellschaft an Bedeutung. Sie lassen sich vom Arbeitsplatz Familie sowohl ins Büro im Hochhaus als auch in die Gemeindekommission übertragen. Trotzdem werden Teilzeitarbeitende oft nicht von Gesamtarbeitsverträgen erfasst, was die Lohnentwicklung und Fortzahlung bei Krankheit vermindert.

Die McKinsey-Studie »Teilen und gewinnen« hat in Deutschland das Potenzial der flexiblen Arbeitszeitverkürzung untersucht. Das Fazit: Sechzig Prozent aller Arbeitsplätze wären teilbar und vierzig Prozent der Erwerbstätigen sind an Teilzeitstellen interessiert. So ließen sich fast zwei Millionen neue Arbeitsplätze schaffen und große Summen an Arbeitslosen- und Fürsorgegeldern sparen. Hinzu kommen die höhere Produktivität der Teilzeitarbeitenden sowie die tiefere Absenzenquote. Diese Vorteile wiegen die höheren Verwaltungskosten auf. Die Schweizerische Kreditanstalt wollte von den Vorgesetzten wissen, wie sie die Leistungen und Einstellungen der Teilzeitbeschäftigten beurteilen. Was dabei herauskam: Nahezu alle Teilzeitarbeitenden waren bei großem Arbeitsanfall bereit, Überstunden zu leisten. Im Vergleich mit den Vollzeitbeschäftigten gelten sie als überdurchschnittlich motiviert, einsatzfreudig und betriebstreu. Zudem widerlegt die Befragung die Auffassung, wonach Teilzeitarbeitende weniger Verantwortung übernehmen. Als wichtiges Kriterium für den Erfolg von Teilzeitstellen gilt die Freiwilligkeit.

Nebst dem Mangel an Teilzeitstellen gibt es auch rechtliche Probleme. Sie behindern eine neue Aufteilung der Arbeit. Der »Beobachter-Ratgeber« (Haldimann 1996) geht ausführlich darauf ein, betont aber die neuen Chancen. Mit der Einführung der

10. AHV-Revision haben in der Schweiz die Ehepaare die Möglichkeit, ihre Aufgabenteilung frei zu wählen, ohne Nachteile für die spätere Rente befürchten zu müssen. Zudem nehmen die Rollenzwänge allmählich ab. Das Konkubinat, das vor wenigen Jahrzehnten als anrühlich galt, ist heute weithin akzeptiert. Damit sind allerdings längst nicht alle Schwierigkeiten ausgeräumt. Soziale Fertigkeiten gelten nach wie vor als vorwiegend »weibliche Tätigkeiten«. Mit der gesellschaftlichen Anerkennung hapert es. Weitere Verbesserungen der Rahmenbedingungen können die individuelle Bereitschaft fördern, neue Rollen auszuprobieren. Der »Beobachter-Ratgeber« regt beispielsweise Kinderbücher an, in denen Buben ihre emotionalen Seiten leben dürfen. Statt den Helden zu spielen, sollen sich Männer mit ihren verdrängten Ängsten und abgespaltenen Gefühlen auseinander setzen. Offene Aussprachen können der Entfremdung entgegenwirken, die sich – oft zu spät bemerkt – bei vielen Paaren insbesondere nach der Geburt des ersten Kindes einstellt.

Die Auflösung der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung erfordert auch eine Veränderung der Beziehung zwischen Kapital und Arbeit. Die Arbeit muss gegenüber dem Kapital den Vorrang haben. Das ist eine ethische Forderung, die in der christlichen Soziallehre eine lange Tradition hat. (Senft 1990:273) Das Wirtschaften muss menschlich betrieben werden. So lautet das Anliegen. Leitideen der sozialen Ökonomie beziehen sich darauf. Sie wollen die Entfremdung der Arbeit aufheben und die starke Trennung zwischen Hand- und Kopfarbeit überwinden. Sie engagieren sich für mehr Gebrauchswertproduktion, für solidarische Verkehrsformen, für eine Veränderung tradiertter Rollenmuster und überlieferter Familienstrukturen, für einen Abbau sozialer Gegensätze, für möglichst überschaubare Strukturen, für ein ökologisches Bewusstsein und eine Verbindung der politischen Praxis mit der individuellen Emanzipation.

Heute hat die Produktivität einen Grad erreicht, der einen Großteil der Menschen für die Herstellung des gesellschaftlichen Reichtums kaum mehr benötigt. Doch daraus folgt keine Befreiung von den Zwängen der Lohnarbeit, sondern eine noch radikalere Unterwerfung. (Misik 1997:19). Wenn der Hafer knapp ist, beißen sich die Pferde. Arbeitszeitverkürzungen sind offenbar umso schwieriger durchzusetzen, je mehr sie sich beschäftigungspolitisch aufdrängen. (Vobruba 1990:49) Die zunehmende Fraktionierung der Lebenslagen und Verteilungsinteressen innerhalb der Gesamtheit der Nichtproduktionsmittelbesitzer erschweren die Verteilung. Eine Weiterentwicklung des Systems sozialer Sicherung muss deshalb den sich selbst verstärkenden Mechanismus der Interessensplitterung zum Halten bringen.

Jeremy Rifkin (Zeit, 2.5.1997) fordert sogar die 30-Stunden-Woche für westliche Industrieländer. Kürzere Arbeitszeiten, mehr Freizeit, höhere Löhne und bessere Sozialleistungen waren die Qualitätskriterien für den Erfolg des Industriezeitalters im 20. Jahrhundert. Das 21. Jahrhundert soll nicht weniger bringen. Bei kürzerer Arbeitszeit haben mehr Menschen eine Arbeitsstelle; sie verfügen über Kaufkraft, können Steuern zahlen, und weniger Menschen benötigen Sozialhilfe. Der Staat könnte jenen Unternehmen Steuerabzüge einräumen, welche die Arbeitszeit verkürzen und die Arbeitskräfte direkt an den Produktionsgewinnen teilhaben lassen. Unternehmen wie Hewlett Packard in Frankreich oder BMW in Deutschland senkten ihre Arbeitszeit von 37 auf 31 Stunden – bei vollem Lohnausgleich. Als Gegenleistung waren die Arbeitnehmer bereit, durch neue Schichtmodelle die Maschinen länger laufen zu lassen.

Der gemeinnützige dritte Bereich bietet Möglichkeiten für neue Arbeitsplätze. In Deutschland gibt es bereits über 300 000 gemeinnützige Organisationen. Viele neue soziale Aufgaben stehen an, beispielsweise im Pflegebereich. Die Gesellschaft lässt sich

nicht auf den Markt und den Staat reduzieren. Neben dem wirtschaftlichen und dem öffentlichen Kapital gibt es ein soziales. Konzepte einer Sozialzeit setzen da an. Um sie zu fördern, bezieht sich eine meiner Kernforderungen auf die Lohnarbeit. Je besser die Erwerbsarbeit verteilt ist, desto mehr Menschen haben die Möglichkeit, mit eigenen Kräften ihre Existenz zu sichern und sich sozial zu engagieren.

Grundsicherung ausbauen

Wenn eine Brücke gebaut wird, braucht es dazu ein besonderes Wissen. Fehlkonstruktionen können gefährlich sein. Das gilt auch für den sozialen Bereich, in dem ebenfalls ein hohes Maß an Professionalität gefragt ist. Fachleute sind allein schon nötig, um die Freitätigen und Ehrenamtlichen sinnvoll einzusetzen. Ich halte dafür, die freiwillige Arbeit nicht gegen die professionelle auszuspielen. Das gilt ebenso für die staatlichen und privaten Tätigkeiten. Beide verfügen über spezifische Chancen und Grenzen. Sie können sich ergänzen, aber nicht ersetzen.

In der sozialen Arbeit und in der Politik spricht viel dafür, die Zuständigkeiten möglichst an untere Ebenen zu delegieren. (Wagner 1985:227) Basisnahe Einrichtungen wirken der Entfremdung zwischen Bürger und Staat entgegen. Finanzielle Engpässe legen nahe, nicht alle Aufgaben dem Staat aufzubürden. Abstriche sind indes äußerst heikel. Auslagerungen bei den spitalexternen Diensten zeigen, wie Privatisierungen zu einem Leistungsabbau und zu Preissteigerungen führen können. Die Gefahr besteht, dass Leistungen selektiv übernommen werden. Tätigkeiten, die sich gut verrechnen lassen, werden gerne ausgeführt, andere vernachlässigt. Das führt einerseits zu einseitiger Abhängigkeit, andererseits zu Überforderung. Folge hiervon kann eine vorzeitige Einweisung in eine institutionelle und damit teurere Einrichtung sein. Wenn

gesellschaftliche Aufgaben auf Einzelne abgewälzt werden, verstärken die individuellen Unterschiede je nachdem die bestehenden Ungleichheiten. Als problematisch erweist sich in der Schweiz auch die Abwälzung staatlicher Aufgaben vom Bund auf die Kantone und Gemeinden. Das Subsidiaritätsprinzip impliziert zwar den Aufbau von unten nach oben. Aber die unterschiedliche Größe und Finanzkraft der einzelnen Gemeinden zeigen deutlich die Grenzen auf. Der Grundsatz der Solidarität erfordert bei der Aufgabenteilung einen überregionalen Ausgleich.

Antonin Wagner (1985:133) betrachtet die Gewährung von Versicherungsleistungen im Sinne einer kollektiven sozialen Sicherung als Sache des Bundes und die individuelle Unterstützung und Betreuung als Aufgabe der Kantone und Gemeinden. Der Bund soll die kollektive soziale Sicherheit garantieren und die individuelle Unterstützung den Kantonen und Gemeinden übertragen. So lassen sich regionale Eigenheiten und Präferenzen besser berücksichtigen. Hierbei stellt sich die Frage, ob damit auch die Fürsorge gemeint ist, die heute zunehmend Sachleistungen übernehmen muss. Wagner (1985:238) plädiert für eine Resozialisierung der Sozialpolitik. Er meint damit einen Paradigmawechsel im Sinne einer Stärkung des Selbsthilfegedankens. Aber beinhaltet das auch eine Privatisierung staatlicher Maßnahmen? Ein Abbau der bürokratischen Bevormundung soll autonome und selbst bestimmte Handlungsräume ausdehnen. Dabei ist allerdings zu beachten, dass private Firmen oft nur deshalb kostengünstiger arbeiten, weil sie vorwiegend Aufgaben übernehmen, die sich gut vermarkten lassen. Hinzu kommt: Die Konkurrenz zwischen privaten Unternehmen kann auch dazu führen, den Markt auszuschalten. Wenn einzelne Unternehmen eine Monopolstellung erlangen, steigen in der Regel die Preise und die Kosten. Der Staat kann zwar soziale Dienstleistungen von privaten gemeinnützigen Trägern herstellen lassen. Eine eigentliche Privatisierung sozialer Dienstleistungen

könnte jedoch den Abbau staatlicher Leistungsgarantien bedeuten und auf eine Minderung der kollektiven Sicherheit hinauslaufen. Wagner regt aber nicht die Privatisierung, sondern die Sozialisierung der Sozialpolitik an. Er bezieht sich dabei unter anderem auf einen Bericht der Freisinnig-Demokratischen Partei, der ebenfalls zum Schluss kommt, dass es im Sozialwesen kaum Privatisierungsmöglichkeiten gibt, und – im Sinne einer Stärkung der gesellschaftlichen Selbstorganisation – die Übertragung von Arbeiten an gemeinnützige Träger und deren Subventionierung propagiert.

Die Stärkung der Hilfe zur Selbsthilfe ist eine Alternative zur bürokratisch organisierten Dienstleistungsproduktion. Sie entlässt den Staat aber nicht aus seiner Verantwortung. Die Selbsthilfe soll besonders dort zum Einsatz kommen, wo es in erster Linie nicht ums Geld, sondern um Zeit und immaterielle Integrationsleistungen geht. Selbsthilfe und Selbstorganisation lassen sich nicht gegen professionell organisierte Institutionen ausspielen. Sie können bürokratische Dienstleistungssysteme ergänzen, aber nicht ersetzen. Die meisten Selbstverwaltungsmodelle sind auf eine soziale Infrastruktur angewiesen. Sie kommen ohne Unterstützung durch die staatliche Bürokratie kaum aus. Bestandene Fachleute stehen beratend zur Seite. Sie sollten allerdings bei der Zusammenarbeit alles unterlassen, was die kleinen Netze schwächen könnte. Dazu braucht es eine Verständigung über die Zielsetzung. Ein Konsens über einen ökosozialen Umbau könnte dazu beitragen, nicht bei jedem kleinen Schritt befürchten zu müssen, es gehe nun in Richtung Privatisierung oder Verstaatlichung.

Der ökosoziale Umbau hebt obsoletere gemeinschaftliche und prekäre individualistische Lösungen auf. Er strebt neue Formen kooperativer und sozialstaatlicher Institutionen an. (Opielka 1990a:37) Dazu gehört auch eine Neuordnung der sozialen Beziehungen. Sie trägt dazu bei, das destruktive Verhältnis der modernen Gesellschaften zur Natur zu überwinden. Entsprechende

Regulative sind notwendig. Sie erfordern keinen Verzicht auf den Markt. Der Markt ist nicht nur individuell-utilitaristisch als Feld privater Nutzenmaximierung zu begreifen. Er kann – als ein Steuerungssystem neben andern – auch helfen, Ressourcen sorgsam zu nutzen. Wenn es um soziale Bedürfnisse und moralische Anliegen geht, ist allerdings auf den Markt wenig Verlass. Da bieten sozialstaatliche und öffentlich-rechtliche Institutionen in der Regel mehr Gewähr. Es gilt, diese wieder als Voraussetzung individueller Freiheit und gemeinschaftlichen Handelns positiv zu besetzen. Das braucht – wie die Entmystifizierung des Marktes – eine mehr oder weniger grosse Überzeugungskraft. Wichtig ist eine Kombination der drei sich ergänzenden Steuerungssysteme Staat, Markt und Solidarität. Sie haben je unterschiedliche Charakteristika.⁶⁴

Im sozialen Bereich geht es heute darum, die staatliche Verantwortung beizubehalten, Lücken – wie die fehlende Mutterschaftsversicherung – im System der sozialen Sicherung zu schließen, die gesellschaftliche Solidarität ergänzend zu stärken und die individuelle Selbstverantwortung zu fördern. Das ist auch mit der Forderung gemeint, die Sozialpolitik zu resozialisieren, was nicht darauf abzielt, die gängige Sozialpolitik, die einen beachtlichen Stand erreicht hat, umzukrempeln. Ohne sie hätten die rezessiven wirtschaftlichen Einbrüche noch mehr Menschen in Mitleidenchaft gezogen. Ralf Dahrendorf (Zeit, 8.1.1998:1) weist auf die solidaritätsstiftende Wirkung der Sozialpolitik hin. Ein »Bürgergeld« drängt sich seiner Auffassung nach auf. Diese Grundsicherung für alle sollte möglichst über progressive Steuergelder finanziert werden. Als »liberal« bezeichnet Dahrendorf (ebd.) eine Offenheit gegenüber Reformen, die im Interesse der Lebenschancen von Einzelnen die Sicherheit erhöhen und die gefährliche Flexibilisierung nach unten eindämmen.

Sozialleistungen sind weder bloße Soziallasten noch (à fonds perdu) Geschenke. Wer Mittel erhält, hat diese meistens selber

erwirtschaftet. Was die Altersversicherung ausbezahlt, kommt über Konsumleistungen vorwiegend der Wirtschaft zugute. Wirtschaftspolitik ist ohne Sozialpolitik nicht möglich. Die Sozialpolitik erhält und qualifiziert die Arbeitskraft. Soziale Sicherheit ist auch eine wichtige Voraussetzung für Innovation. (Vobruba 1991:8) Sie garantiert unter Bedingungen ökonomischer Knappheit eine relative Autonomie. Die Sozialhilfe gewährleistet allerdings keine Grundsicherung. Aber wie kann das System der sozialen Sicherung gestaltet werden, damit seine Anreizkompatibilität mit dem Arbeitsmarkt gewahrt bleibt?

Die Vorstellung einer »Staatsbürger-Grundversorgung« gehörte in Deutschland zu den nationalsozialistischen Plänen. (Schulte 1990:86/87) Das auf dem Sozialversicherungsprinzip basierende Alterssicherungssystem sollte durch ein Grundrentensystem ersetzt werden. Hier bestand eine Affinität zum britischen Beveridge-Plan, der 1942 veröffentlicht wurde. Er sah – nebst dem staatlichen Gesundheitsdienst – eine Grundrente vor und wurde nach dem Zweiten Weltkrieg auch für die SPD wegleitend. Demgegenüber betonte die CDU die Eigenverantwortlichkeit des Einzelnen, für sich und seine Familie zu sorgen. Die CDU befürwortete eine Fortschreibung der weitgehend auf dem Äquivalenzprinzip fußenden traditionellen Sozialversicherung. Allerdings wollte die SPD die Eigenverantwortlichkeit keineswegs durch ein System der Staatsversorgung ersetzen. Ein solches versorgungsstaatliches Denken entsprach auch nicht den Vorstellungen des Liberalen Beveridge und der unter einer Labour-Regierung erlassenen britischen Gesetzgebung. Diese wurde allerdings oft so interpretiert. Sowohl die britische Labour Party als auch die SPD sahen lediglich eine Grundrente für alle vor, auf der die Eigenverantwortung aufbauen sollte. In der konkreten Ausprägung sind die verschiedenen Systeme ohnehin ähnlicher als auf dem Papier. Ein Trend geht vom Versicherungsprinzip zum Bedarfsprinzip. Andere Einschät-

zungen (Schulte 1990:174) sagen, dass sich die Systeme der sozialen Sicherheit in den 18 OECD-Staaten in den letzten 30 Jahren eher auseinander entwickelt haben.

Was die Gestaltungsprinzipien der sozialen Sicherungssysteme betrifft, so ist bei den vor allem in Großbritannien, Irland, aber auch in den nichteuropäischen angelsächsischen Ländern und in Skandinavien anzutreffenden universellen Systemen ein stärkerer Anteil von Versorgungs- und Fürsorgeleistungen feststellbar. In den mittel-, süd- und west- bzw. kontinentaleuropäischen Ländern fallen die auf dem beschäftigungsbezogenen Sozialversicherungsprinzip beruhenden Leistungen mehr ins Gewicht. Die EU-Perspektiven gehen nun in Richtung Mindestlohn-Gesetzgebung. Eine Entkoppelung von Arbeit und Einkommen wird nur noch beschränkt ins Auge gefasst. Das Fürsorgesystem soll beibehalten werden. Schulte (1990: 170) skizziert eine sozialpolitische Linie, die dahin geht, bestehende Strukturen der Sozialleistungssysteme zu belassen und durch bedarfsbezogene, einkommensabhängige Komponenten zu ergänzen. Allerdings werden nach wie vor verschiedene Varianten eines garantierten Mindesteinkommens (GME) geprüft.⁶⁵ Die einen wollen die bestehenden Sozialversicherungen durch eine negative Einkommenssteuer oder einen Grundlohn ersetzen, andere wollen die bestehenden Einrichtungen durch ein GME ergänzen.

Ein recht umfassendes Modell für ein GME liegt von einer Arbeitsgruppe der Sozialpolitischen Kommission der Sozialdemokratischen Partei Schweiz (SPS) vor. Der Grundsatz lautet, wie die Koordinatorinnen Susann Leuzinger-Naef und Eva Ecoffey (1992) ausführen: Alle in der Schweiz wohnhaften Erwachsenen haben Anspruch auf ein GME, das zusammen mit ihrem autonomen Einkommen ihren finanziellen Existenzbedarf deckt. Die Berechnung erfolgt nach Haushalt. Zwei Personen, die zusammenleben, erhalten keine zwei vollen Einkommen. Nach einer Anreiz-

Variante sind alle anspruchsberechtigt. Eine davon abweichende Katalog-Variante schränkt den Kreis der möglichen Bezügerinnen und Bezüger ein. In Frage kommen lediglich jene, die unfreiwillig erwerbslos sind, zu wenig verdienen, bereits heute Sozialleistungen beziehen, eine gesellschaftlich notwendige Tätigkeit wie Betreuungsarbeiten verrichten und eine anerkannte Aus- oder Weiterbildung besuchen. Kein Anspruch hat, wer erwerbsfähig ist und eine Arbeit ablehnt, die der eigenen Qualifikation entspricht. Bei beiden Varianten gilt ein rechtmäßiger Anspruch auf Leistungen. Beiden gemeinsam ist auch die Verknüpfung mit Angeboten der beruflichen Eingliederung. Die während Jahrzehnten hart erkämpften Sozialleistungen sollen keinesfalls ersetzt oder unterlaufen werden. Unterstützung erhält, wer sie beantragt und die erwähnten Bedingungen erfüllt. Notwendig ist eine gute Information über alle Angebote. Die Finanzierung soll über die progressiven Steuern erfolgen. Die Kosten werden auf weniger als ein Prozent des Bruttosozialproduktes geschätzt. Was die Festlegung der GME-Höhe betrifft, sieht die Arbeitsgruppe zwei Möglichkeiten. Die eine legt die Grenze bei 60 Prozent des durchschnittlichen Einkommens der Wohnbevölkerung fest. Die andere geht von der Mindesthöhe der Ergänzungsleistungen (Anm. 2) aus.

Hier geht es nun nicht darum, verschiedene Varianten eines GME detailliert vorzustellen und zu diskutieren. Ich bringe lediglich ein paar umsetzungsbezogene Überlegungen, die sich auf das Prinzip beziehen, das den skizzierten Varianten zugrunde liegt. Dabei gehe ich davon aus, dass ein GME die bisherigen Sozialleistungen nicht unterläuft, sondern ergänzt und möglichst allen Einwohnerinnen und Einwohnern mit zu wenig Einkommen zugänglich ist. Zwar lassen sich bestimmte Bevölkerungsgruppen wie Alleinerziehende benennen, die derzeit am meisten auf ein GME angewiesen wären. Die Typologien ändern sich aber mit konjunkturellen Schwankungen und vor allem mit dem struktu-

rellen Wandel und der Pluralisierung der Lebensstile. Ich betone im Folgenden zunächst die Chancen eines GME und komme dann auf dessen Grenzen zu sprechen.

Nehmen wir einmal an, wir hätten ein garantiertes Mindesteinkommen. Wer will dann überhaupt noch arbeiten? Diese Frage wird häufig gestellt. Ich frage zurück: Sind materielle Anreize der einzige Grund für unsere Erwerbstätigkeit? Viele Rentnerinnen und Rentner möchten berufstätig sein. Arbeitslose und psychisch Kranke strengen sich enorm an, um eine Stelle zu finden. Anspornend wirkt die Möglichkeit, Verantwortung zu übernehmen und Sozialprestige zu erlangen. Die Erwerbstätigkeit dürfte nach Einführung eines GME weiterhin einen hohen Stellenwert haben. Einbußen wären durchaus zu verkraften und aus ökologischen Gründen sogar wünschenswert.

Aber wer verrichtet dann die »Drecksarbeit«, die relativ schlecht bezahlt ist? Ein GME könnte dazu führen, dass unattraktive Arbeiten besser entlohnt und verteilt werden müssten. Ich halte das für wünschenswert. Aber würden dann die Unternehmen die Leistungsschwachen nicht einfach entlassen und so die Zweidrittelsgesellschaft stabilisieren? Diese Gefahr besteht. Das GME unterstützt die Ausgegrenzten. Für die berufliche und soziale Integration sind weitere Maßnahmen nötig. Immerhin gewährt das GME auch unbürokratische Überbrückungshilfen. In etlichen Fällen lassen sich dadurch langfristige Abhängigkeiten verhindern. Menschen, die in eine Krise geraten und keine Reserven haben, müssen nicht zuerst auf ein Niveau abdriften, das offizielle Hilfe erlaubt. Zudem werden sie – dank allgemeinem Rechtsanspruch – weniger stigmatisiert.

Das GME erweitert persönliche Entscheidungsmöglichkeiten. Es entlastet von einem Anpassungsdruck, der dazu führt, dass sich sozial Benachteiligte gegenseitig aufreiben, statt sich miteinander zu solidarisieren. Soziale Risiken werden auf die ganze Gesell-

schaft verteilt. Indem diese ihre Verantwortung wahrnimmt, tritt sie aus der Anonymität hervor. Die Rückendeckung ermuntert die Individuen dazu, selber Verantwortung zu übernehmen. Sie ermöglicht es, Kräfte gezielt und konstruktiv einzusetzen. Zudem relativiert das GME die einseitige Erwerbsorientierung, die soziale Fertigkeiten verkümmern lässt. Es vermindert psychosomatische Erkrankungen. Wer Freiräume hat, leidet weniger.

Das GME entlastet die Fürsorge von der Sachhilfe. Aufwendige Abklärungen über die Anspruchsberechtigung entfallen. Das »liebe Geld« lässt sich weniger als Machtmittel einsetzen. Die Sozialarbeit kann sich mehr auf präventive Tätigkeiten konzentrieren. So weit mögliche Vorteile. Sie lassen sich empirisch kaum belegen und sind zu relativieren.

Unter heutigen Bedingungen ließen sich mit einem GME die (Miet-)Preise erhöhen. Der Staat würde die Differenz übernehmen und indirekt viel Geld für die Subvention der Spekulation ausgeben. Ohne Wirtschaft und Gesellschaft weiter zu demokratisieren, ist ein GME von beschränkter Reichweite. Damit sich Menschen möglichst selber über Wasser halten können, sind meines Erachtens existenzsichernde Löhne und eine Ausweitung der Mitbestimmung nötig. Weithin akzeptiert ist die Ausdehnung der Sozialversicherungen auf Betreuungsaufgaben. Daran ließe sich anknüpfen. Ein Recht auf Arbeit könnte den Druck erhöhen, mehr soziale Investitionen zu tätigen.

Wichtig ist es zunächst, die Debatte über das GME zu vertiefen. Sie dynamisiert die langwierige Diskussion über die Reform der Sozialversicherungen. Auch wenn zum GME noch viele Fragen offen sind, lassen sich Vereinfachungen bereits heute einleiten. Die Existenzminima sind zu harmonisieren und den Lebenskosten anzupassen. Um Mittel gezielt einzusetzen, ist die Zusammenarbeit zwischen öffentlichen und privaten Einrichtungen zu verbessern. Klare Absprachen erhöhen die Wirksamkeit der Leistun-

gen. Mehr Transparenz ist bezüglich der Ansprüche auf Unterstützung sowie der Sozialausgaben erforderlich, die bei uns – im internationalen Vergleich – relativ tief sind. Das gilt auch für die Anteile der Staatsausgaben am Bruttoinlandprodukt. Ohne die lohnprozentfinanzierten Anteile der Sozialversicherungen und die Zahlungen an die Regiebetriebe (PTT und SBB) liegen sie in der Schweiz seit Jahrzehnten konstant unter 30 Prozent. Damit plädiere ich nicht für ein Gießkannenprinzip. Die Kürzung von Subventionen kann jedoch im Sozialwesen sehr kontraproduktiv sein.

Als »nicht effizient« bezeichnen vor allem Vertreter der Arbeitgeberorganisationen unser System der sozialen Sicherheit. Egal, ob benötigt, bestünden allgemeine Rechtsansprüche auf Sozialleistungen. Die Dekreditierung sozialer Rechte verdränge die Selbsthilfe. Notwendig sei eine konsequentere Anwendung des Bedarfsprinzips. Viele Institutionen reagieren darauf mit einer defensiven Flucht nach vorn. Im Selbstlauf versuchen sie, die eigene Haut zu retten und den Leistungsausweis aufzupolieren. So schaukelt sich ein Anspruchsniveau hoch, das die Qualität der Leistung mindert. Der Sozialbereich soll mit weniger Mitteln größere Probleme lösen. Das geht nicht. Die Deregulierung erdrückt jene, die bereits mit dem Rücken zur Wand stehen. Die Ideologie des freien Marktes rechtfertigt eine Abwälzung gesellschaftlicher Gegensätze auf sozial Benachteiligte. Probleme lassen sich aber nicht mit jenen Methoden bewältigen, die sie verursachen.

Bei den Sozialversicherungen drängt sich meines Erachtens eine Ergänzung des Kausalprinzips durch eine spezifische Form des Finalprinzips auf, das den Menschen in allen Lebenssituationen ein angemessenes Existenzminimum ermöglicht und die Existenzsicherung als Grundrecht garantiert.⁶⁶ Das Kausalprinzip deckt nur bestimmte Risiken ab. Das gilt für das Alter, den Tod, die Arbeitslosigkeit, einzelne Familienlasten sowie Folgen von Krankheit, Unfall und Invalidität. Strukturelle Ursachen von Armut und sozialer

Ungleichheit bleiben den Einzelnen und der Fürsorge überlassen. Dazu gehören Dauerarbeitslosigkeit, Langzeitkrankheit, Frühinvalidität, Wohnungsnot sowie die Absicherung von Betreuungs- und Hausarbeit. Das Kausalprinzip bedeutet, dass die Ausgestaltung der Anspruchsberechtigung sowie die Höhe der Leistungen für jeden Risikotyp in einem eigenen Verwaltungssystem geregelt werden. Innerhalb dieses Systems überschneiden sich die Tätigkeiten. Viel Zeit und Geld werden für Abklärungs- und Begrenzungsfragen benötigt. Die Stärkung der Solidarität spart Kosten. Sie reicht über die bedarfsorientierten Leistungen der Sozialhilfe hinaus. Eine Ausweitung der Ergänzungsleistungen auf wirtschaftlich Schwache und sozial Benachteiligte verbessert die Grundsicherung. Sie knüpft an das bestehende System der sozialen Sicherung an und verhindert, dass die bestehenden Leistungen unterlaufen werden. Dieser Vorteil überwiegt den Nachteil, weiterhin auf ein System zu setzen, das recht kompliziert ist. Vereinfachungen sind allerdings auch unter den gegebenen Voraussetzungen möglich. Ich skizziere im folgenden Abschnitt über die Sozialhilfe einen Vorschlag.

Pierre Bourdieu (1997) zeigt, wie (familiäre) Bande der Solidarität vom Sozialstaat überlagert und durch neue Abhängigkeiten ersetzt wurden. Werden nun diese institutionellen Strukturen abgebaut, wächst die Gefahr der Unsicherheit. Es kommt zu verzweifelten Reaktionen. Der Rückzug des Staates aus der Sozialpolitik und gesellschaftlichen Verantwortung verursacht eine Desorientierung. Möglichkeiten der Subsistenz sind rar. Deshalb muss das soziale Netz erhalten und gestärkt werden. Das wirtschaftliche Wachstum kann die soziale Sicherheit begünstigen; es gewährleistet sie aber nicht. Entscheidend ist die praktische Umsetzung der (Verteilungs-)Gerechtigkeit. Die Ausweitung der Ergänzungsleistungen trägt dazu bei.

Das soziale Sicherungssystem geht davon aus, dass sich die Existenzsicherung über die individuelle Teilnahme am Arbeits-

markt und gemeinschaftliche Arrangements wie die Familie und die Sozialhilfe realisieren lässt. Sozialpolitische Versorgungsleistungen und universalistische Transfers des Staates werden als Zusatzeinkommen verstanden. Opielka (1990:25) will das System der Sozialhilfe von seinen »fiktiv-gemeinschaftlichen« Elementen befreien und auf Aufgaben reduzieren, die konkret als gemeinschaftliche Solidarität erfahrbar sind. Eine kommunale Leistung kann in hoch aggregierten Gesellschaften grundlegende Ungleichheiten der Primäreinkommens- und Vermögensverteilung nicht beseitigen. Eine an Verhaltensauflagen geknüpfte Leistung erreicht weder das Gleichheits- noch das Freiheitsziel. Opielka plädiert dafür, das Subsidiaritätsprinzip grundlegend zu überdenken und »vom Kopf auf die Füße zu stellen«. Die Umkehrung beschreibt er als »solidarische Subsidiarität«. Sie gewährt allen Bürgerinnen und Bürgern, unabhängig von der Teilnahme am Arbeitsmarkt und der familiären Situation, das Recht auf ein garantiertes Grundeinkommen. Darüber hinaus lässt sich ein leistungsabhängiges Markt- und Sozialversicherungseinkommen erzielen. Wenn das nicht möglich ist oder nicht ausreicht, kommt die auf die solidarische Einzelfallhilfe beschränkte Sozialhilfe zum Tragen. Das Grundeinkommen könnte die individuellen Handlungsspielräume erweitern. Die Konzeption wird auch von Liberalen wie Ralph Dahrendorf (Zeit, 8.1.1998:4) unterstützt. Die Ausweitung der Ergänzungsleistungen geht in diese Richtung. Die Sozialhilfe ließe sich so entlasten und auf ihre eigentliche Ausrichtung zurückführen.⁶⁷

Das Prinzip der Subsidiarität ist in der Schweiz in allen kantonalen Sozialhilfegesetzen explizit festgelegt. Es setzt auf kommunaler Ebene eine enge Zusammenarbeit zwischen öffentlichen und privaten Einrichtungen sowie die persönliche Hilfe familialer Strukturen voraus. Wenn klar abgrenzbare Probleme und politische Systeme vorhanden sind, dann lassen sich die Zuständigkei-

ten einfach regeln. Diese Voraussetzung ist jedoch bei der Armutsbekämpfung durch die Sozialhilfe nur beschränkt gegeben. Sie gestaltet sich in komplexen Gesellschaften recht schwierig. Die Vernetzung der Systeme äußert sich beispielsweise darin, dass Einsparungen im Bereich der Arbeitslosenversicherung nicht nur zu einer Mehrbelastung der kommunalen Ebene führen, sondern auch Mehrausgaben bei den Gesundheitskosten mit sich bringen. (Höpflinger 1995:14) Die starke Vermischung der Aufgabenteilung zwischen Bund, Kantonen und Gemeinden macht es schwierig, diese Verlagerungen genau aufzuzeichnen. Als letztes Netz muss die Fürsorge immer mehr sozial Benachteiligte auffangen, ohne dazu geeignet zu sein. Tobias Bauer und Ursula Wyss (1997) kommen in ihrer Analyse zum Schluss, dass die föderalistische Regelung im Bereiche der Sozialhilfe die Rechtsungleichheit für die Bezüger fördert. Eine allein erziehende Mutter erhält im Kanton Bern je nach Gemeinde bis zu 1712 Franken mehr oder weniger Unterstützung. Christine Goll (Nora 1/1998:11) schlägt deshalb bei der Sozialhilfe die Festsetzung eines Rechtsanspruches auf ein sozial angemessenes, für alle geltendes Niveau vor; ferner die Verbesserung der Bedingungen für das Geltendmachen von Ansprüchen, die Schaffung von Anreizen für Erwerbsarbeit und Integration sowie der Aufbau eines Finanzierungssystems, das die Ungleichbelastung zwischen den Gemeinwesen vermindert und ein Abschieben der Soziallasten unattraktiv macht. Im Vordergrund steht dabei die Transparenz und Rechtssicherheit für alle Bezüger. Ein entsprechendes Rahmengesetz soll auch die Professionalisierung der Sozialdienste fördern.

Das grundsätzlich einleuchtende Subsidiaritätsprinzip stößt in der Armutsbekämpfung auf Grenzen. Die in neueren Armutsstudien stark betonten Lebenslagenperspektiven verlangen eine umfassende Berücksichtigung der jeweiligen unmittelbaren Lebensumstände. Da sind die kleinen Netze gefragt. Hinzu kommen die

quasi übergeordneten Rahmenbedingungen. Dabei zeigt sich: Die wirtschaftlichen Aspekte der Armut überschreiten in einer globalisierten Gesellschaft die Reichweite kommunaler Maßnahmen. Allerdings gibt es vielfältige Überschneidungen. Der Bund sollte meines Erachtens die Grundsicherung übernehmen und die Kantone bei der Beschäftigungspolitik unterstützen. Die Gemeinden wären dann für die (Hilfe zur) Selbsthilfe und für die soziale Integration zuständig. Eine klare Trennung ist aber im flickwerkartig gewachsenen Sozialbereich schwierig. »Das Subsidiaritätsprinzip erweist sich für eine moderne Armutsbekämpfung als zweifelhaft«, folgert Höpflinger (1995:19). Gerade kleinere Gemeinden fühlen sich mit den steigenden Fürsorgeaufgaben überfordert. Es fehlt an Geld und teilweise auch an professionellem Wissen. Ein eigener Sozialdienst setzt ein gewisses Einzugsgebiet voraus. Zudem ist die Hemmschwelle von sozialen Einrichtungen, die gerade vor der Haustüre liegen, recht groß. Deshalb ist die Entflechtung und Verknüpfung der verschiedenen Anstrengungen von unten (soziale Integration) und von oben (materielle Existenzsicherung) so wichtig. Solange das System der Fürsorge bestehen bleibt und der Ausbau der postulierten Grundsicherung auf sich warten lässt, sollen die Gemeinden ihre Sozialpolitik angleichen und die Sozialhilfe vereinheitlichen.⁶⁸

Zivilcourage stärken

Die Frage nach der Effizienz wird auch im Sozialbereich zunehmend gestellt. Sie verlangt Rechenschaft über die Wirkung des vorhandenen Instrumentariums. Das ist gut so. Aber welches sind die Beurteilungskriterien? Ich halte es für problematisch, wenn einfach Messmethoden aus der Wirtschaft übernommen werden. Dabei kommen jene Qualitätsmerkmale zu kurz, die sich nur ungenau quantifizieren lassen. »Effizienz ist nicht Ellbogenmen-

talität«, stellt Vobruba (1991:47) fest, der sich für die positiven Überschneidungen zwischen Effizienz und Emanzipation interessiert. Die Bedeutung der Sozialpolitik besteht oft gerade darin, Handlungsspielräume zu eröffnen und Kreativität zu ermöglichen. Selbsthilfe und Emanzipation begünstigen sich gegenseitig. Prozesse der Dezentralisation kommen ihnen entgegen, wenn sie der Basis echte Entscheidungsfreiheiten gewähren.

Nach Studien von Richard Sennett (über die »Tyrannei der Intimität«) ziehen sich Individuen immer mehr aus der politischen Sphäre in die Privatwelt zurück. Paul Trappe (1997:260/61) stellt fest, dass die Partizipationsbereitschaft der Individuen unter den Bedingungen der komplexen Gesellschaft und des undurchschaubaren politischen Apparats eher sinken. Je mehr Partizipationsmöglichkeiten bestehen, desto weniger werden sie zuweilen wahrgenommen. Die Abstimmungshäufigkeit scheint in der Schweiz eine gewisse Passivität zu fördern. Meines Erachtens wäre es aber verfehlt, deswegen die Handlungsräume einzuschränken. Die Möglichkeit der Mitbestimmung ist eine wichtige demokratische Errungenschaft. Sie stärkt die Integration, auch wenn sie nicht immer wahrgenommen wird. Handlungsspielräume, die nicht voll ausgeschöpft werden, haben trotzdem einen großen Wert. Die Möglichkeit der freien Gestaltung ist eine besondere Lebenskraft.

Die »paradoxe Situation« (Linder 1987:10) lässt sich so umschreiben: Einerseits politisieren sich viele Bürger. Sie sammeln Unterschriften, führen Protestaktionen durch, gründen soziale Bewegungen, wenden sich an den Staat oder an andere Institutionen. Andererseits sinkt das Interesse an den Entscheidungen der institutionellen Politik. Das wird gemeinhin als Zeichen der Ohnmacht oder des Verdrusses interpretiert. Offenbar sind auch hier gegenläufige Tendenzen feststellbar. Mit keiner lässt sich ein bestimmter »Gang der Dinge« belegen. Die Zukunft ist nirgendwo festgeschrieben. Sie hängt auch davon ab, wie sich die Subjekte

verhalten und ob sie bereit sind, das Heft wieder mehr in die eigene Hand zu nehmen. Eine besondere Herausforderung stellt der Einbezug von sozial Benachteiligten dar. Hierbei ist vor jeglicher Instrumentalisierung zu warnen. Es geht nicht darum, alte Randgruppenstrategien neu aufleben zu lassen. Hilfreicher ist eine respektvolle Hilfe zur Selbsthilfe, die nicht mit Defiziten, sondern mit ressourcenorientierter Kompetenzmotivation arbeitet und die Zivilcourage fördert. Für ebenso zentral halte ich die vermehrte Beteiligung von Jugendlichen an der Gestaltung des Gemeinwesens. Hier sind Handlungsperspektiven gefragt. Ob es gelingt, persönlich-emanzipatorische Ansätze zu verwirklichen, hängt von der gesellschaftlichen Bereitschaft ab, Handlungsräume im lebensweltlichen und kulturellen Bereich zu öffnen.

Die erwähnte »Hilfe zur Selbsthilfe« wird in unzähligen Publikationen gefordert. Der Ausspruch läuft Gefahr, zu einer Leerformel zu verkommen. Joseph Huber bezeichnet ihn »aus gutem Grund« (Senft 1990:24) als nachindustrielles Dienstleistungsethos. Nicht nur liberale Kapitalisten und libertäre Sozialistinnen beziehen sich darauf. Die etwas inflationäre Verwendung veranlasst immer mehr Sozialtätige, auf den Begriff zu verzichten. Ich halte das für falsch und plädiere dafür, den Inhalt zu klären und den Grundsatz umzusetzen. Dass sich unterschiedliche Kreise auf den Slogan berufen, kann eine Chance sein. Die »Hilfe zur Selbsthilfe« ist vor allem dann nützlich, wenn sie die autonome Zivilcourage stärkt. (Opielka 1983:15) Viele Bürgerinnen und Bürger müssen sich ihre Kompetenzen zur Selbsthilfe erst wieder aneignen. Das geschieht nicht einfach von selbst. Wenn der Sozialhaushalt reduziert wird, um die Selbsthilfe zu fördern, erweist sich diese Hoffnung oft genug als Illusion. Die »Hilfe zur Selbsthilfe« setzt funktionierende soziale Strukturen voraus.⁶⁹ Die Selbsthilfe ersetzt einzelne Dienstleistungen, aber nicht den Sozialstaat.

Damit Selbsthilfegruppen sozial integrativ wirken, sind vielfältige staatliche Maßnahmen nötig. (Joas 1995:71) Es braucht auch große Anstrengungen der Netzwerke sozialer Bewegungen, um die negativen Folgen der fortschreitenden Differenzierung aufzufangen. Die Art und das Ausmaß der Interventionen hängen von unterschiedlichen Voraussetzungen ab. Wichtig ist, dass sich die »Hilfe zur Selbsthilfe« nicht von einer Verklärung der »guten, alten Zeiten« leiten lässt. Der Vergangenheit wird meistens ein zu hohes Maß an sozialer Integration unterstellt. Die nostalgische Verklärung schürt Erwartungen, die weder erfüllbar noch erstrebenswert sind. Sie überhöht das Gemeinschaftliche. Die Hilfe zur Selbsthilfe ist ein Beispiel dafür, wie sich die Solidarität und die Selbsthilfe gegenseitig bedingen. Das gilt auch für das Konzept des Empowerment, das heute teilweise im Sinne der Hilfe zur Selbsthilfe verwendet wird.

»Subjektorientierung« ist ein Begriff, der in der Theorie der sozialen Arbeit oft benützt wird. Er meint, dass der Mensch im Vordergrund steht und nicht als Objekt behandelt werden soll. Das »Empowerment« ermöglicht Personen eine Teilhabe, die den Zugang zu fehlenden sozialen Ressourcen verbessert. Es handelt sich um einen aktivierenden Ansatz. Er spricht die Menschen als selbsttätige Wesen an und fördert die Selbstorganisation. Wolfgang Stark (1996:16) versteht Empowerment als »andauernder, zielgerichteter Prozess im Rahmen kleiner, meist lokaler Gemeinschaften«. Im anglo-amerikanischen Bereich wird der Begriff nicht nur im psychosozialen Bereich verwendet. »To empower« heißt in der wörtlichen Übersetzung jemanden ermächtigen oder jemandem die Vollmacht geben, etwas zu tun. In der sozialen Arbeit zielt das Empowerment auf eine Hilfe ab, die mit möglichst wenig sozialer Kontrolle verbunden ist. Mündigkeit statt einseitige Abhängigkeit lautet das Ziel. Es geht darum, eigene Ressourcen zu entdecken und zu mobilisieren. Dazu gehört auch die Bürger-

beteiligung. Ein Strang der europäischen Gemeinwesenarbeit geht auf die schwarze Bürgerrechtsbewegung in den Vereinigten Staaten zurück.⁷⁰ Die Grundidee des Empowerment ist bereits in früheren Selbsthilfe-Konzepten angelegt. Stark (1996:62) verbindet sie mit kommunitaristischen Ansätzen. Solidarität und Partizipation sind Grundbedingungen einer Demokratie. Sie fördern die Kohärenz der Gesellschaft. Handlungsoptionen sind an Vorstellungen von entsprechenden Werten gebunden. Allerdings gibt es immer weniger klar benennbare, gemeinsame Orientierungen, die zum Engagement stimulieren. (Solinger 1996:8) Auch richtet sich die Teilhabe kaum auf gängige Machtstrukturen aus. Neue Formen des Empowerment setzen stärker auf persönliche Motive und Vorstellungen. Sie gehen von möglichst lebensnahen Anlässen und überschaubaren Einheiten aus, sind aber auf politische Rahmenbedingungen angewiesen, die den Individuen entsprechende Handlungsräume gewähren. Das Empowerment soll eine bürgerchaftliche Beteiligung anregen, die ein konkretes Mitdenken, Planen, Entwerfen und Umsetzen bei allen Aufgaben eines Gemeinwesens ermöglicht. (Wendt 1996:156) Das kann die Gestaltung eines städtischen Parkes von, mit und für Jugendliche betreffen. Im Kern geht es um die Ausweitung demokratischer Beteiligung. Sie erfolgt sowohl selbst organisiert als auch durch Fachkräfte animiert.

Konzepte eines Empowerment erfordern eine Konfliktbereitschaft. Die Erweiterung der individuellen Potenziale geht selten ohne Reibung. Wer sich einmischt, stößt auf Widerstand. Kleine, weiterführende Schritte begünstigen den Prozess. Zu hohe Erwartungen behindern die Veränderung. Die individuellen Möglichkeiten hängen auch vom sozialen Kontext ab. Wenn Menschen ernst genommen werden, als Persönlichkeit gefragt sind und selber bestimmen können, dann trauen sie sich eher zu, etwas leisten zu können. Aber das Selbstverständnis der Handlungs- und Durch-

setzungsfähigkeit erwirbt sich niemand ein für alle Mal. Es muss immer wieder neu gesucht und abgestützt werden. Das Empowerment ist Teil der alltäglichen Selbstorganisation sowie der professionellen Unterstützungsarbeit. Die soziale Arbeit versucht, solche Prozesse zu fördern, und zwar im Sinne der beschriebenen Hilfe zur Selbsthilfe. Zentral ist dabei die Berücksichtigung einer Kompetenzmotivation. Statt Defizite in den Vordergrund zu rücken, knüpft die Kompetenzmotivation an vorhandene Ressourcen an.

Das Empowerment geht von einem Menschenbild aus, das Heiner Keupp (1997:144) mit dem »aufrechten Gang« verbindet. Es orientiert sich nicht an Defiziten und am »Gebückten«. Im Vordergrund stehen die vorhandenen Ressourcen, Handlungspotenziale und Fähigkeiten, die weiter zu fördern sind. Wichtig ist hierbei, dass keine lähmenden Abhängigkeiten entstehen. Die Subjekte sollen befähigt und dazu ermutigt werden, sich selber zu organisieren und selbst bestimmt miteinander zu verknüpfen. Das Empowerment unterstützt statt der einseitigen Anpassung die kreative und selbstbewusste Entfaltung der Menschen. Das zivilgesellschaftliche Engagement ist Teil einer verantwortungsvollen Sozialpolitik. Es ersetzt sie nicht.

Wir sind von Kindesalter an gewöhnt, von vermeintlichen Niederlagen anderer zu profitieren. Die Differenz zu andern Menschen kann Vorteile bringen. Viele Konkurrenzsituationen sind darauf angelegt, andere zu überbieten. Eltern halten ihren Kindern unablässig Defizite vor. Sie tun dies in der Hoffnung, den Willen zum Aufholen zu stärken. Oft genug ist das Gegenteil der Fall. Die Kinder fühlen sich entmutigt, »hängen ab«. Oder sie kämpfen verbissen und lernen, Leistungen nur unter Druck zu erbringen und Reserven aufzubrechen. Es gibt aber auch Möglichkeiten einer Motivation, die vorhandene Ressourcen so nutzt, dass sie sich regenerieren. Ich halte das bei sozial benachteiligten Menschen für besonders wichtig. Sie machen meistens viele Defi-

ziterfahrungen und müssen mit den knappen Ressourcen sparsamer haushalten als andere. Von großem Interesse ist in diesem Zusammenhang die Frage nach dem Konfliktpotenzial.

Dass sich kollektive Unzufriedenheit in politischen Protest umsetzen lässt, ist eine häufige Annahme. Brand (1982:30) hält sie dann für berechtigt, wenn die Unzufriedenheit kollektiver Natur ist und einen nennenswerten Teil der Bevölkerung betrifft. Sie muss für die Individuen große Bedeutung haben und sich auf einen Bereich beziehen, für den der Staat zuständig ist, aber nicht genügend sorgt. Die »politische Deprivation« orientiert sich an gängigen Mustern. Diverse Ablaufmodelle sozialer Bewegungen gehen von einer sozialen Krise aus, die sich auf der System- und Handlungsebene nicht durch herkömmliche routinisierte Mittel beheben lässt. Auf der Ebene des Alltagserlebens und Alltagshandelns ist sie längerfristig mit nachdrücklichen Mangelerscheinungen verbunden.⁷¹ Risiken sagen, was zu vermeiden, nicht aber, was zu tun ist. Sie rufen nach immer mehr Verteidigungsimperativen. Wer die Welt als Risiko entwirft, wird letztlich handlungsunfähig, schreibt Ulrich Beck (1993:48) sieben Jahre nach Herausgabe seines Buches über die »Risikogesellschaft«. Menschen ändern ihre Gewohnheiten, wenn sie starke Beweggründe haben. (Weizsäcker 1996:16) Angst und Verunsicherung lösen eher unsolidarische und »unvernünftige Verhaltensweisen« (Arend 1993:85) aus.

Verschiedene Theorien befassen sich mit der Entstehung der Solidarität und Zivilcourage. Tiefenpsychologische Analysen neigen dazu, die Solidarität aus einem Grundgefühl der Angst (vor Trennung) und Einsamkeit abzuleiten. Der Begegnungsphilosoph Martin Buber entwickelt die Solidarität nicht aus einem Defizit. Er versteht sie als Grundverfasstheit des Menschen, der von Natur aus ein soziales Wesen ist, das Solidarität erfährt und deshalb auch zur Solidarität fähig ist. Dies im Gegensatz zu jenen, die nicht solidarisch aufgenommen werden. Sie entwickeln sich zu Egoisten,

weil sie ihr Ich nicht von einem positiven Du abgrenzen können. (Schmid 1994) In der Aufklärung war das Problem der Angst mit der Entzauberung der Natur zu lösen. Angst hatte etwas mit der Realität zu tun, die das Subjekt umgab. (Anselm 1985:9) Im Existenzialismus wird die Angst zum ontologischen Existential. Sie wird vor aller Erfahrung in der menschlichen Existenz begründet. Aufbruchstimmung verwandelt sich in Untergangsstimmung, Pioniergeist in den »Ästhetizismus der Décadence«. Die Devise der Naturbeherrschung (Bacon) weicht der »Krankheit zum Tode« (Kierkegaard), der kritische Anspruch der Individualität (Rousseau) dem dionysischen Rausch ihrer Vernichtung (Nietzsche). Der Subjektbegriff des Existenzialismus verkehrt den Subjektbegriff der Aufklärung in sein Gegenteil. Das Pathos der Existenz verlegt die Angst in das vom Objekt abgetrennte Subjekt. Der Alltag liefert gutes Anschauungsmaterial dafür, dass die Reaktionen auf Druck und Angst oft kontraproduktiv sind und nicht dazu führen, Fortschritte zu erzielen. Adler (1928/1984:44) hält es für ein Merkmal der menschlichen Natur, wenn Kinder und Erwachsene, die sich schwach fühlen, wenig soziales Interesse aufbringen. Arend (1993:71) erwartet von Ausgegrenzten keine freiwillige Solidarität mit der Natur. Beteiligung schafft Identifikation. Bedingung dafür ist die eigene Betroffenheit. Es braucht aber auch konkrete Möglichkeiten zur Veränderung und Selbstverantwortung. Viviane Forrester (1996) betrachtet diese als Voraussetzung für Widerstand.

Marianne Gronemeyer (1976:9) analysiert ein beispielhaftes Projekt von Lorenzo di Milani. Der Pater gründete in der Toscana die »Scuola di Barbiana« für Kinder von Landarbeitern, die in der offiziellen Schule »versagten«. Er schaffte die Noten ab, nahm die Langsamsten zum Maßstab für das Tempo, setzte die älteren Schülerinnen und Schüler als Lehrkräfte ein und orientierte den Unterricht in erster Linie an den Fragen der Kinder. Resultat: Alle

Schülerinnen und Schüler bestanden die Abschlussprüfung. Grone-meyer folgert: Die Empörung war so lange machtlos gegen die Resignation, bis eine produktive Handlungsalternative vorlag. Von sich aus haben die Eltern und Schüler nichts unternommen. Die Überzeugung von der eigenen Unzulänglichkeit war zu tief verwurzelt. Es brauchte einen Impuls von außen und einen Zugang zu den positiven Ressourcen der Defizitgeschädigten.

Wenn ich diese Folgerungen mit Erfahrungen aus der Basler Armutsstudie (Mäder 1991:238ff.) verknüpfe, komme ich zu folgendem Schluss: Soziale Benachteiligungen werden oft über lange Zeit hingenommen. Sie motivieren nicht automatisch zur Veränderung. Der Mangel verstellt den Blick. Er lässt Defizite nicht als Unrecht erkennen. Wichtig ist deshalb die Vermittlung des Bewusstseins, dass eine missliche Situation kein Schicksal, sondern veränderbar ist. Der Hinweis auf die gemeinsame Betroffenheit entlastet von persönlichen Schuldgefühlen, die bei sozial Benachteiligten unter Bedingungen der Vereinzelung verbreitet sind. Arme empfinden ihre Ohnmacht als individuelle Schwäche. So lassen sich gesellschaftliche Probleme einfacher auf jene abwälzen, die unauffällig bleiben wollen. Wenn sie die Lage akzeptieren, laufen sie weniger Gefahr, bei einem Versuch der Veränderung nochmals zu scheitern. Wer sich mit dem Vorhandenen zufrieden gibt, schützt sich gegen weitere Enttäuschungen. Die Angst führt zum Rückzug. Sie behindert das lösungsorientierte Denken und Ausprobieren. Der Pakt mit dem Verzicht macht diesen aushaltbar.

Dagegen helfen Teilerfahrungen gelungener Lebenspraxis. Das Zutrauen in die eigene Kompetenz erfordert kleine Schritte. Große Ziele sind in Teilziele zu zerlegen, die sich in absehbarer Frist erreichen lassen. Die sinnliche Erfahrung, dass Veränderungen möglich sind, motiviert zu weiteren. Sie lenkt den Blick vom scheinbar Unabdingbaren zum offensichtlich Möglichen. Die in-

nerlich blockierende »Du solltest«-Anforderung verwandelt sich in eine »Ich kann etwas«-Haltung. Sie knüpft an vorhandene Interessen und Fertigkeiten an, die alle Menschen haben. Ihre Ressourcen sind oft verschüttet. Sie werden zu wenig wahrgenommen. Die Kompetenzmotivation ist hilfreich. Sie unterstützt die Entfaltung eigener Kräfte und damit auch die Subsidiarität. Der individuell bedeutsame Ansatz lässt sich teilweise auch auf die gesellschaftliche Ebene übertragen. Soziale Gruppen kommen nicht nur durchs Dunkel zum Licht. Der Weg zur Selbstbestimmung und Zivilcourage führt nicht über die Fremdbestimmung.

Es gilt, die sozialen Fertigkeiten der Bürgerinnen und Bürger zu stärken. Die erwünschten gruppen- und gemeinwesenbezogenen Aktivitäten ersetzen jedoch keineswegs das starke, mündig-empazipatorische Ich. Es geht nicht darum, die eigene Persönlichkeit zugunsten allgemeiner Standards aufzugeben. Im Gegenteil. Wer sich selbst treu bleibt, wer selber denkt und selbstbewusst handelt, bringt meistens auch dem Gemeinwesen weiterführende Impulse.

In der deutschen Sprache fehlt ein Pendant zur Unterscheidung zwischen dem französischen »bourgeois« und »citoyen«, das dem römischen »civis« entstammt. Bastian (1996:38) referiert zahlreiche Beispiele, die belegen, wie gefährlich die unreflektierte Anpassung an das sein kann, was zwar erwartet, ja verlangt wird, aber eigentlich durch nichts begründet ist. Er stellt diesem Verhalten die Zivilcourage entgegen. Der Begriff geht auf Otto von Bismarck zurück: »Mut auf dem Schlachtfeld ist bei uns Gemeingut, aber Sie werden nicht selten finden, dass es ganz achtbaren Leuten an Zivilcourage fehlt.« Der »Dienst im Glied« ist das Gegenteil jenes »Bürgersinns«, jener »Zivilgesinnung«, auf die der Reichskanzler angespielt hat. Bastian bezeichnet die starke Neigung zu Pflichterfüllung und Ordnungsliebe als eine der wesentlichen Gegenkräfte, welche die Erhaltung von Hilfsbereitschaft und Zivilcourage behindern.

Amitai Etzioni (1995:IX) stellt die kommunitaristische Haltung in diesen Zusammenhang. Er tadelt jene, die gemeinsame moralische Normen verletzen, und lobt jene, die sie beachten. Er fordert damit die aktive Einmischung der Bürgerinnen und Bürger. Diese erfordert mehr Mut als Anpassung. Doch wird die zivile, moralische Ordnung nicht gestärkt, dann rufen immer mehr Menschen nach einer starken Hand. Rawls will die bürgerliche Loyalität dann aufkündigen, wenn der Widerstand sich gegen wohlbestimmte Fälle gravierenden Unrechts und erheblicher Gefährdung richtet, wenn sich alle Rechtswege zuvor als Sackgasse erwiesen haben und wenn durch die illegalen Handlungen die Verfassungsordnung nicht bedroht wird. (Kersting 1993:157) Eine weitere Legitimitätsbedingung bürgerlichen Ungehorsams liegt in der strikten Anerkennung der demokratischen Grundprinzipien. Eine allgemeine Bereitschaft zu gerechtfertigtem zivilen Ungehorsam bringt einer wohl geordneten oder fast gerechten Gesellschaft Stabilität. Der Staat darf sich nicht obrigkeitsstaatlich oder sicherheitspolitisch versteifen. Er braucht politische Persönlichkeiten, die im bürgerlichen Ungehorsam keinen Anschlag auf die Verfassung wittern, sondern in ihm ein belebendes demokratisches Element erkennen. In der Einstellung der Bürger und der staatlichen Stellen gegenüber der Zivilcourage und dem zivilen Ungehorsam zeigt sich die demokratische Reife eines Gemeinwesens.

Gesellschaftsvertrag

Soziales Handeln lässt sich weder abschließend noch aus sich selbst heraus begründen. Es stützt sich auf ethische Grundlagen ab. Wichtig ist, dass diese – im Sinne einer offenen Diskussion – transparent dargestellt werden. Tönnies forderte eine Art kopernikanische Wende der Ethik. (Bickel 1990:43) Sie sollte von der Individual- zu einer Sozialethik führen, die sich im Gemein-

schaftsprinzip und Genossenschaftsgedanken verkörpert. Eine Verbindung sehe ich zu dem, was Etzioni »the responsive community« nennt. Er meint damit »die zur Verantwortung fähige Gemeinschaft« und bezieht sich dabei wiederum auf Martin Buber. (Schapira 1985:428) Indem dieser das Ich und Du miteinander verknüpft und den Dialog mit sich selbst propagiert, nimmt er etwas von dem vorweg, was Hans Lenk (1997:168) »konkrete Humanität, Selbstsein und Sozialverantwortlichkeit« nennt. Die in der Existenzphilosophie hochgehaltene Selbstverantwortlichkeit wird hier zur Voraussetzung für die soziale Verantwortlichkeit, die meines Erachtens die Selbstverantwortlichkeit so begünstigt, wie das im Verhältnis von Selbsthilfe und Solidarität wünschbar ist. Die Menschen müssen zur Sicherung eines kohärenten Gefühls der Ich-Identität ihre eigene Lebensgeschichte entwerfen. Das ist aber ohne Interaktion mit andern ausgeschlossen, wie Giddens (1997:176) beschreibt, der sich auf Tocquevilles Darstellung vom Niedergang der gemeinschaftlichen Verantwortung bezieht. Nach dem Schauspiel isolierter Individuen, die sich rastlos um sich selbst drehen, haben die Menschen im Zeichen der voranschreitenden sozialen Reflexivität immer mehr Entscheide zu treffen. Das macht einen sozialen Bezug unumgänglich.

Eine Demokratie kann nicht leben, ohne Übernahme von Verantwortung durch alle einzelnen Personen, die dazu in der Lage sind, sagt Ulrich Beck (BaZ, 16.7.1992). Wer nach Innovation und einer Aufweichung festgefahrener Strukturen ruft, muss zu erkennen geben, dass er bereit ist, seine Verantwortung zu übernehmen. Wir können die Politik nicht an wenige Gewählte delegieren. Wir haben als Einzelne und als ganze Bevölkerung die demokratische Kontrolle und Verantwortung mitzutragen. Was Beck 1986 gefährdet sah, 1993 postulierte, sieht er 1997 immer mehr realisiert: Als Antwort auf die ökologische Frage gewinnt seines Erachtens ein erstaunliches globales Verantwortungsgefühl an Kontur.

Hans Jonas versteht sein »Prinzip Verantwortung« (1984) beziehungsweise seine »Erkenntnis und Verantwortung« (1991) als Versuch einer Ethik für die technologische Zivilisation. Der Mensch hat die Aufgabe, die Unversehrtheit seines Wesens und der Welt gegen die Übergriffe der eigenen Macht zu schützen. Die Industriestaaten verursachen mit ihrem Expansionsmodell große ökologische Schäden. Sie reichen über geografische Grenzen hinaus. Damit erhält die Ethik eine übergreifende Dimension. Die Komplexität erweckt den Eindruck, als ob nur eine Elite in der Lage wäre, die Verantwortung für die Zukunft wahrzunehmen. Demokratische Gepflogenheiten scheinen notwendigen Auflagen, die für alle gelten müssten, enge Grenzen zu setzen.

Die Wirtschaft verlangt eine Ethik, die durch eine freiwillige Zügelung die Macht zurückhält und die Welt davor bewahrt, ins Verderben zu stürzen. Jonas glaubt, ähnlich wie Weizsäcker, dass nur eine Elite die Zukunftsverantwortung übernehmen kann. In dieser Beziehung hält er das sozialistische Modell der Demokratie für überlegen, weil die Spitze rascher entscheiden kann. (Senft 1990:143) Außerdem sind asketische Züge in der sozialistischen Disziplin verankert. Jonas sieht allerdings im sozialistischen Utopismus keine Perspektive. Er stellt das Prinzip Verantwortung dem Bloch'schen Prinzip Hoffnung gegenüber, das die freie Assoziation der Produzenten und die Entfaltung individueller Fähigkeiten beinhaltet. Jonas will die Entwicklung der Produktion im Interesse der Erhaltung der Ökosphäre durch eine asketische Ökomoral begrenzen, ohne aber die bestehenden sozio-ökonomischen Verhältnisse grundlegend zu ändern. Die Gruppe von Lissabon (1997:187) führt den Gedanken weiter. Lokales Handeln, regionale Verhaltensmuster und Experimente müssen sich auf das neue Globalisierungsparadigma beziehen. Sie sind weltweit zu unterstützen und miteinander zu verbinden. Die Gruppe beschreibt das Szenario einer nachhaltigen globalen Integration, in der die Prinzi-

prien des Gemeinwohls, der Solidarität, der Teilhabe am Wohlstand, der globalen sozialen und ökologischen Rechenschaftspflicht, des Dialogs der Kulturen, der Einhaltung der Menschenrechte und der universellen Toleranz allmählich auf allen relevanten Ebenen in das Alltagsleben Eingang finden. Das Prinzip der Verantwortung verlangt eine globale Zivilgesellschaft. Das muss auch die Diskussion über einen neuen Gesellschaftsvertrag berücksichtigen, der oft sehr eng verstanden wird. Voraussetzung zur Kooperation ist meines Erachtens die vorgängige Selbstdefinition der Partner. Ohne sie erhalten global orientierte Eliten zu viel Definitionsmacht über das, was die Verantwortung beinhalten soll.

Wenn heute von der Erneuerung des Gesellschaftsvertrages die Rede ist, dann geht es oft um die Aufkündigung des so genannten Generationenvertrages, der als Teil des Gesellschaftsvertrages hauptsächlich die Verteilung der Lebenseinkommen der Generationen regelt. Ich gehe deshalb kurz darauf ein, bevor ich die Notwendigkeit eines umfassenderen Verständnisses weiter ausführe. »Der Generationenvertrag wird in Zukunft nur zu erfüllen sein, wenn die Senioren einen großen Teil der staatlichen Aufgaben im sozialen und kulturellen Bereich als Aufgaben für den dritten Lebensabschnitt sehen werden«, schreibt – stellvertretend für viele – Helmut Bachmaier (Tertianum, 2/1997). Die Jungen könnten nicht länger die Alten finanzieren, heißt es weiter. Ältere Menschen haben ihre Renten aber selber erarbeitet. Die Versicherungsleistungen sind keine Geschenke. Und sie fließen als Konsumausgaben wieder in die Wirtschaft zurück. Auf große Akzeptanz stößt in der Schweiz ein Vorschlag vom Bundesamt für Sozialversicherung. Das Amt will mit einer Sondersteuer »400 Millionen Franken bei den Rentnern holen« (BaZ, 28.8.1997). Ich halte solche Sonderabgaben für problematisch. Sie greifen eine Bevölkerungsgruppe hinaus, die sich – im Zeichen der vermeintlichen

»Rentnerschwemme« und »Alterslast« – bereits mit zunehmenden Ressentiments konfrontiert sieht. Angemessener wäre eine progressive Besteuerung aller Vermögen, unabhängig vom Alter der Besitzenden. Es gilt, das Verständnis vom Gesellschaftsvertrag zu erweitern und den Generationenvertrag als Teil der gesamten Sozialpolitik zu betrachten.

Die Französische Revolution hat das Vertragsmodell popularisiert. Das moderne Verständnis geht auf Rousseau zurück. Die Bürger verzichten darauf, ihren Einzelwillen durchzusetzen. Sie vereinbaren im Gesellschaftsvertrag einen gemeinsamen Willen. Alle Einzelnen sind Partner. Der Staat drückt – als Gemeinschaft der Parteien – das allgemeine Bewusstsein aus. Vertragsänderungen erfordern die Zustimmung der Beteiligten. Rechte und Pflichten werden ausgehandelt. Sie müssen verstehbar sein. Sie lassen sich nicht einseitig verordnen. Die Konsensfindung braucht Zeit und spart Zeit, indem sie andauernde Konflikte minimiert. Eine ausgiebige Debatte über das, was eine »soziale Zeit« ausmachen könnte, ist außerordentlich wichtig. Sie muss von einer individuell möglichst nachvollziehbaren Gesamtopik ausgehen. Die dritte Generation darf nicht dazu zwangsverpflichtet werden, für die vierte zu sorgen. Wichtig sind Voraussetzungen, die das soziale Engagement anregen und ermöglichen.

Mechthild Vieil (1995:159) skizziert einen Gesellschaftsvertrag, der das Verhältnis von Arbeit, Existenzsicherung und Gleichberechtigung neu bestimmt. Er beinhaltet eine andere gesellschaftliche Arbeitsteilung. Diese soll zwischen Frauen und Männern so gestaltet sein, dass beide Beruf und Familie miteinander vereinbaren können. Hilfreiche Einrichtungen sind Spielplätze, Tagesstätten, Kindergärten und Schulen mit festen Blockzeiten. Das System der sozialen Sicherung muss neben der Erwerbsarbeit auch bestimmte Familienarbeiten berücksichtigen. Wenn die Sozialversicherungen, wie verfassungsmäßig garantiert, existenz-

sichernd wären, dann könnte sich die Sozialhilfe wieder auf ihre originären Aufgaben konzentrieren. Sie könnte Integrationshilfe und Unterstützung in besonderen Lebenslagen leisten. Auch Sibylle Raasch (1995:103) plädiert für eine Neubestimmung des Verhältnisses zwischen gesellschaftlich notwendiger bezahlter und unbezahlter Arbeit. Unerlässliche Reproduktionsarbeiten wie Kindererziehen oder Kranken- und Altenpflege dürfen im System der sozialen Sicherheit kein persönlicher Risikofaktor bleiben. Eine Flexibilisierung soll ferner das starre Korsett von Zeit- und Organisationsvorhaben aufbrechen, das die Erwerbsarbeit und persönliche Freiheit beeinträchtigt.

Diese Forderungen sind nicht neu. Sie sind stärker zu gewichten. Der alte Gesellschaftsvertrag ist in diesem Sinne zu ergänzen, aber keineswegs völlig zu erneuern. Es geht im Wesentlichen darum, das bereits in der Verfassung angelegte Recht auf Existenzsicherung zu verankern und die prinzipiell kaum bestrittene Chancengleichheit umzusetzen. Der Gesellschaftsvertrag ist zu wichtig, als dass er sich im Rahmen einer Deregulierungs- und Spardebatte grundlegend umgestalten ließe. Er ermöglicht auch die Umsetzung einer Sozialzeit-Konzeption. Über die individuelle Haus- und Betreuungsarbeit hinaus ist mit Sozialzeit – neben der Erwerbszeit und der Freizeit – eine dritte Kategorie gesellschaftlicher Zeitorganisation gemeint, die verbindlicher ist als die freiwillige Arbeit. Zur Sozialzeit können beispielsweise erzieherische, pflegerische, ökologische oder kulturelle Tätigkeiten gehören. Ich sehe in diesem Ansatz eine große Chance, neue Aufgaben auf möglichst viele Schultern zu verteilen, ohne dadurch staatliche Leistungen abzubauen oder einzelne Individuen zu überlasten. Die »soziale Zeit« erlaubt meines Erachtens eine ideale Zusammenfügung von Selbsthilfe und Solidarität. Sie setzt eine soziale Infrastruktur sowie die Bereitschaft zur Eigeninitiative voraus.

Frühsozialistische Entwürfe brachten schon die Idee einer Dienstpflicht auf. (Opielka 1990a:32) Sie tendierten darauf, das Wirtschaftssystem in zwei Sektoren zu teilen: einen Grundbedarfssektor und einen Sektor, der Luxusgüter produziert. Der Grundbedarf sollte durch den Staat planwirtschaftlich organisiert werden, die Verteilung der Luxusgüter marktwirtschaftlich. Die Vorstellung einer Mehrsektoren-Wirtschaft findet sich beispielsweise beim Föderalisten und libertären Sozialisten Pierre Proudhon. André Gorz (1997) bezieht sich auf diese Entwürfe und schlägt eine Kombination von 20 000 Lebensarbeitsstunden und einem Sozialeinkommen vor, welches ein »multiaktives Leben« erlaubt, in dem berufliche und andere Tätigkeiten einander ablösen. Opielka (1990a:33) kritisiert bei entsprechenden Ideen den Zugriff des Staates auf die persönliche Arbeitskraft. Die Sozialzeit ermöglicht die notwendige Expansion sozialer Dienstleistungen, ohne die monetäre Staatsquote und damit die Legitimationsnotwendigkeit des Staates zu erhöhen. Sie stärkt selbst organisierte Arbeitsformen und bezieht mehr Männer in die soziale Arbeit ein. Das hat auch einen Umverteilungseffekt für die Familienarbeit zur Folge. Trotzdem bleibt eine Fülle von Unwägbarkeiten. Sie erfordert eine intensive Forschungsarbeit zu diesem Ideenkomplex. Claus Offe und Rolf G. Heinze (1990) schlagen vor, Kooperationsringe einzuführen. Sie wollen gemeinschaftliche Hilfesysteme durch die Einführung von Marktelementen (Gutscheine als Tauschäquivalent) gestalten. Opielka (1990a:19) befürchtet, dass dadurch ein Verlust der gefühlsmäßig erlebten Solidarität und des Vertrauens zustande kommt. Wichtig sind mehr konkrete Versuche, um empirische Grundlagen für die konkrete Ausprägung zu haben.

Die Werte Solidarität und Gleichheit können durch einen Sozialdienst ein funktionales Äquivalent erhalten. Das unterscheidet das Vorhaben von neokonservativen Bemühungen, die dem mo-

nierten Zerfall moralischer Grundlagen eine Strategie abstrakter Remoralisierung entgegenhalten. Das Modell der Sozialzeit knüpft an die Idee des Sozialdienstes an. Sie geht aber über den limitierten Zivildienst hinaus. Die Sozialzeitkonzeption zielt nach meinem Verständnis nicht darauf ab, die professionelle Sozialarbeit oder bestehende sozialstaatliche Leistungen zu ersetzen. Sie kann nebst dem sich ausweitenden Sozialbereich auch kulturell oder ökologisch wertvolle Aktivitäten umfassen. Ein wichtiges Arbeitsfeld sehe ich im steigenden Pflegebedarf.

»Hauspflege am Limit« (Vogel, BaZ, 26.3.1994) lautet das Fazit einer OECD-Studie. Sie weist einen »dramatisch wachsenden Bedarf an Pflegeleistungen für Betagte« aus. Er geht mit der demografischen Umschichtung und einer wachsenden Zahl von Einpersonenhaushalten einher. Bis heute werden Pflegeleistungen in den meisten Ländern überwiegend von Angehörigen erbracht. Laut der OECD-Studie sinkt jedoch mit der stagnierenden Geburtenentwicklung das Potenzial an jenen (meist weiblichen und vielfach unbezahlten) Personen mittleren Alters, welche (als »unsichtbarer Wohlfahrtsstaat«) die private Pflegearbeit erbringen. So plant die britische Sozialministerin Harriet Harman bereits die Einführung einer »Bürgerpension«. Sie soll speziell auf die Bedürfnisse jener Personen ausgerichtet sein, die unentgeltlich Pflegedienste leisten. (NZZ, 18.7.1997) Die Sozialzeitkonzeption führt dazu, diese Arbeiten nicht einseitig auf Frauen oder Freiwillige abzuwälzen, sondern auf möglichst alle Bürgerinnen und Bürger zu verteilen.

Trotz der Gefahr eines Qualitätsverlustes sozialer Dienstleistungen halte ich es für möglich, eine Sozialzeit für alle einzuführen. Als günstige Möglichkeit sehe ich den Zeitraum nach dem Abschluss der ersten Ausbildung. Danach bestünde auch die Chance, die erworbenen sozialen Fertigkeiten zeitlebens weiter anzuwenden. Ich bin überzeugt, dass die sinnliche Wahrnehmung

sozialer Probleme das soziale Handeln und die Solidarität in andern Zusammenhängen fördert. Die konkrete Umsetzung der Sozialzeitkonzeption erfüllt den Gesellschaftsvertrag mit Leben.

Ulrich Beck (Zeit, 28.11.1997) plädiert für eine Sozialzeit im Sinne einer freiwilligen Bürgerarbeit.⁷² Nichtmarktgängige, gemeinwohlorientierte Tätigkeitsfelder müssen seiner Auffassung nach erschlossen und zu einem neuen, sozial verführerischen Zentrum gesellschaftlicher Aktivität gebündelt werden. Statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren, sollen Mittel für die ökologische Erhaltung und kulturelle Attraktivität der Städte zur Verfügung gestellt werden. Die Bürgerarbeit ist »sozusagen eine dosierte Entzugstherapie für die arbeitsdrogenabhängige Gesellschaft«. Sie meint keine Zwangsarbeit für Empfänger von Sozialhilfe. Als selbst organisierte Arbeit wird sie projektgebunden und zeitlich begrenzt. Sie findet, durch die Kommune autorisiert, unter der Regie der Gemeindeführer statt. Die Bürgerarbeit wird nicht entlohnt, aber durch Ehrungen oder das Anerkennen von Rentenansprüchen belohnt. Nur wer existenziell darauf angewiesen ist, erhält ein Bürgergeld (in der Höhe des Fürsorgeansatzes). Die Bürgerarbeit situiert sich jenseits der klassischen Ehrenamtlichkeit. Vereine, Kirchen und Wohlfahrtsverbände sind kaum in der Lage, das Potenzial anzusprechen. Die Angebote müssen so ausgerichtet sein, dass auch die scheinbar egoistischen »Kinder der Freiheit« (Beck 1997) ihr Sozialengagement erproben können; ebenso Eltern nach der Erziehungsphase, ältere Menschen im Übergang und Erwerbstätige, die einen Bildungsurlaub nehmen. Die Bürgerarbeit soll Sozialkosten sparen und qualifizieren. Beck ist zuversichtlich, dass sich dafür schon bald eine breite Koalition von Grünen, Liberalen, Sozialdemokraten und Christlich-Sozialen stark macht. Antje Vollmer (Zeit, 28.11.1997), die derzeitige Vizepräsidentin des deutschen Bundestags, sieht günstige Finanzierungsmöglichkeiten. Die grüne Politikerin weist darauf hin,

dass in Deutschland jährlich 300 Milliarden Mark vererbt werden und die Öffentlichkeit davon mehr profitieren könnte. Zuwendungen an gemeinnützige Stiftungen sollen künftig bis in Höhe von 50 000 Mark steuerlich abzugsfähig werden. Zudem soll ererbtes Vermögen in eine gemeinnützige Stiftung steuerfrei eingebracht werden können.

Wie bei der freiwilligen Arbeit und der Sozialhilfe ist es meines Erachtens wichtig, dass die »soziale Zeit« weder zum Lohn-dumping noch als Konkurrenz zu bestehenden Arbeitsplätzen eingesetzt wird. Während die aktuelle Zeitstruktur das Spiegelbild gesellschaftlicher Spaltungen darstellt, beinhaltet die »soziale Zeit«, sofern sie nicht quasi militärisch organisiert wird, einen teilweise systemkritischen Ansatz. Sie drängt auf eine ökologische Umgestaltung der Gesellschaft und reduziert, allenfalls tauschorientiert, die Monetarisierung sozialer Leistungen. Anders verteilt muss nicht jede Handreichung in Franken veranschlagt werden. Wer allerdings die Gleichstellung von Frau und Mann nur außerhalb der Lohnarbeit anstrebt, verhindert sie. Eine wirkliche Integration der »sozialen Zeit« in den Alltag setzt unabdingbar die Verkürzung der durchschnittlichen Erwerbszeit und eine gerechtere Verteilung der Haus- und Erwerbsarbeit auf Männer und Frauen voraus.

Unsere geschlechtshierarchische Arbeitsteilung ist auf allen Ebenen umzugestalten. Sonst erweisen sich Konzepte einer Ausweitung der Freiwilligenarbeit, Selbsthilfe und Sozialzeit als unsozial. Die »soziale Zeit« ist kein Zivildienst für Privilegierte oder Wohlmeinende, sondern eine neue Form gesellschaftlicher Solidarität. Strukturell verankert verfestigt sie neben der sozialen Gerechtigkeit auch jene individuelle Freiheit, die nicht manchester-liberal den Starken nützt und antithetisch gegen den Sozialstaat gerichtet ist. Sie begnügt sich nicht damit, soziale Gegensätze bloß abzufedern. Sie unterwirft sich auch keiner Deregulierung,

die den sozialen Schutz aushöhlt, rechtslastigen Strömungen Auftrieb gibt und die demokratischen Kräfte dazu veranlasst, den Status quo mehr zu verteidigen, als ihnen selber lieb ist.

SCHLUSSBETRACHTUNG

Am Anfang der vorliegenden Arbeit steht keine einfache Hypothese, die sich klar bestätigen oder widerlegen lässt. Mich interessiert, wie die Verknüpfung der individuellen und gesellschaftlichen Verantwortung dazu beitragen kann, den sozialen Zusammenhalt zu fördern und neue Formen der Armut zu bewältigen. Die diskutierten Fragen und Orientierungshypothesen beziehen sich darauf. Abschließend greife ich nochmals ein paar wesentliche Punkte auf. Nach meinem Verständnis gehören Selbsthilfe und Solidarität unabdingbar zusammen. Der Begriffskern der emanzipatorischen Selbsthilfe verschiebt sich in den Bereich der Solidarität hinein. Je nach Akzentuierung wird entweder von »subsidiärer Solidarität« oder von »solidarischer Subsidiarität« gesprochen. Diese beiden Begriffe werden oft verwechselt. Eine klare Abgrenzung ist schwierig. Das dahinter steckende Verständnis ist entscheidend und weitgehend übereinstimmend. Justitia et Pax (1997:67) betont die Verknüpfung. Sie ist heute besonders wichtig, weil die Selbsthilfe mit unrealistischen Erwartungen überfrachtet wird.

Die Verlagerung von der staatlichen zur privaten Sicherung mag in Teilbereichen möglich sein. Die Selbsthilfe ist aber kein Patentrezept. Sie ist nicht in der Lage, die Strukturprobleme des Systems der sozialen Sicherheit zu lösen. Die Individualisierung der Lebensverhältnisse macht einen Rückgriff auf familiäre und nachbarschaftliche Selbsthilfenetze immer schwieriger. In der Sozialhilfe und bei der Inanspruchnahme von Leistungen der Sozialversicherungen ist ein isoliertes Selbsthilfeprinzip problematisch. Es führt dazu, dass die Hilfe erst nach bereits erfolgter Desintegration und damit oft zu spät kommt. Deshalb ist ein neues, dynami-

ches Verständnis der Selbsthilfe zu fordern, das die Solidarität mitbedingt.

Der Staat soll möglichst zurückhaltend, aber auch initiativ sein und darauf hinwirken, das Leistungsangebot des Sozialsystems durch außenstehende private Akteure zu ergänzen. Die Selbsthilfe bedeutet nicht Rückzug des Staates. Ein »Sozialstaat light« kann die steigenden Aufgaben nicht bewältigen. Der Staat ist selbst ein solidarisches Projekt. Er hat dafür zu sorgen, dass nebst ihm weitere Träger soziale Aufgaben übernehmen. Um dieser Zielsetzung gerecht zu werden, muss er sich beispielsweise darum kümmern, die heterogenen Versicherungszweige besser aufeinander abzustimmen. In erster Linie soll die (resozialisierte) Sozialpolitik gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen. Probleme wie Privatverschuldung und Betäubungsmittelabhängigkeit lassen sich mit Versicherungen allein nicht regeln.

Wichtig ist gewiss ein verfassungsmäßiges Recht auf Existenzsicherung.⁷³ Neben der finanziellen Absicherung spielen aber auch infrastrukturelle Leistungen (zum Beispiel Kinderkrippen, kinderfreundliche Umgebungsgestaltung, ausreichender Wohnraum für Familien) für die soziale Sicherung eine zentrale Rolle. Eine gut ausgebaute Arbeitslosenversicherung ist wichtig. Sie erleichtert Umstrukturierungen auf dem Arbeitsmarkt und trägt dazu bei, ganze Wirtschaftszweige zu modernisieren. Aber damit ist noch keine Integration der Arbeitslosen erreicht. Immerhin verstärkt das Versicherungsprinzip gegenüber einem reinen Fürsorgesystem den Aspekt der Selbstvorsorge, und zwar ohne dass die Solidarität dabei vernachlässigt würde. Dass der Sozialstaat die Selbstverantwortung behindert, mag in Einzelfällen zutreffen. Im großen Ganzen stützt er sie. Die Zukunft der sozialen Sicherheit ist primär kein Problem der Finanzierung. Mittel sind vorhanden, weitere Ressourcen erschließbar. Die Frage ist, ob wir uns eine soziale Sicherheit leisten wollen, die eine verbindliche gesellschaft-

liche Infrastruktur erfordert, aber auch die Bereitschaft voraussetzt, sich persönlich und freiwillig zu engagieren.

Was die Verbindung von Verbindlichkeit und Freiwilligkeit betrifft, deckt sich eine meiner zentralen Schlussfolgerungen weitgehend mit jener der Nationalfondsstudie »Ökosozial« (Arend 1993:IV): Die professionelle Sozialhilfe und nichtprofessionelle Selbst- und Freiwilligenhilfe haben ihre spezifischen Stärken und Schwächen. Sie konkurrenzieren sich allenfalls in Teilbereichen, sind aber im Wesentlichen in der Lage, sich gegenseitig zu ergänzen. Die Komplementarität setzt allerdings voraus, dass die Aufgabenverteilung in zentralen Bereichen geklärt ist. Wichtig sind ferner Rahmenbedingungen, welche die nicht professionellen Dienste stimulieren. Der bereits stark überlasteten Familie können nicht einfach weitere sozialpolitische Pflichten aufgebürdet werden. »Das Rad der Geschichte lässt sich nicht zurückdrehen.« (Arend 1993:21) Diese häufig gehörte Aussage bezieht sich auf den Umstand, dass Familienangehörige früher generationenübergreifend füreinander da sein mussten und aus verschiedenen Gründen an die »Schicksalsgemeinschaft Familie« gebunden waren. Der Zwang zur innerfamiliären Solidarität hat sich mittlerweile stark gelockert. Er kann mit keinen Maßnahmen erzwungen werden. Anstelle des Zwangs kommt eine mehr freiwillige inner- und überfamiliäre Solidarität zum Tragen, welche sich auch gezielt fördern lässt. Dies allerdings nicht mit moralischen Appellen, sondern mit räumlichen Bedingungen, existenzsichernden Einkommen, Versicherungsleistungen für Pflege- und Betreuungsaufgaben sowie der Einführung einer »sozialen Zeit«. Entscheidend ist, dass die Solidarität und das soziale Engagement auf die Nachbarschaft und das weitere Umfeld ausgeweitet werden. Dies als Ergänzung zum Sozialstaat, nicht als Ersatz. Der Sozialstaat hat nicht ausgedient. Im Gegenteil. Ein Rückzug würde die sozialen Probleme verschärfen. Der angeregte Umbau verhilft dem Sozialstaat zu mehr Dynamik und Stabilität.

ANMERKUNGEN

- 1 Im Vordergrund stehen die Studie »Armut im Kanton Basel-Stadt« (Mäder et al. 1991) und die »Sozialuntersuchung Baselland – Alter« (Mäder et al. 1995). Beim vorliegenden Text handelt es sich um die stark gekürzte und popularisierte Fassung meiner Habilitationsschrift zum Thema »Subsidiarität und Solidarität« (Social Strategies, Basel 1999).
- 2 Arm ist laut der Studie (Leu et al. 1997), wer nach »Ausschüttung« von staatlichen Geldern unter der Existenzgrenze liegt. Wer mit Hilfe der Fürsorge das Existenzminimum erreicht, gehört nicht dazu. Viele Abhängige fühlen sich jedoch ausgegrenzt. 170 000 Personen waren 1992 auf die Fürsorge angewiesen, 1996 bereits 300 000. Verdoppelt hat sich im selben Zeitraum die Arbeitslosigkeit. Gleichwohl nehmen die Autoren an, die Armut habe sich kaum verschärft. Sie vernachlässigen meines Erachtens die psychischen Langzeitfolgen, die auch Kinder treffen. Hinzu kommt, dass viele Erwerbslose zu den Ausgesteuerten von morgen gehören. Die Daten der Studie beziehen sich auf das Jahr 1992. Nach der (ab 1.1.1998 geltenden) dritten Ergänzungsleistungsrevision beträgt der Ansatz für den monatlich anrechenbaren Lebensbedarf Fr. 1357.50 für Alleinstehende und Fr. 2036.25 für Ehepaare.
- 3 Monika Stocker ist Mitglied der Grünen Partei Schweiz und betrachtet das mangelnde Geld als Herausforderung, mit beschränkten Ressourcen die Lebensqualität zu erhöhen. Sie strebt zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit einen zweiten Arbeitsmarkt für Langzeiterwerbslose und sozial Randständige an (BaZ, 22.4.1995). Dem steht das Verbot entgegen, mit solchen Angeboten das Gewerbe zu konkurrenzieren. »Wenn wir als Stadt soziale Pflichten haben und die Lasten tragen, dann müssen wir Rechte auf dem Markt bekommen«, entgegnet die Politikerin auf diesen Einwand. Der Staat soll Unternehmen für Benachteiligte gründen können, die ihre Produkte offensiv anbieten. Wirtschaftskreise kritisieren diese Auffassung und strapazieren die »neuen sozialen Probleme«, um von den verstärkt auftretenden materiellen abzulenken. Die Verunsicherung der Menschen sei heute größer denn je, während die Bereitschaft zum persönlichen Engagement allmählich schwinde, urteilt Heinz Allensbach (1995:8). Als Vertreter des

Schweizerischen Unternehmerverbandes plädiert er dafür, der geistigen Not der Menschen und der Anonymisierung der Gesellschaft mehr Aufmerksamkeit zu schenken. Nach seiner Auffassung steckt der Sozialstaat nicht nur in der Schweiz, sondern in allen Ländern Europas in der Krise. Die heutige Sozialpolitik beeinträchtigt den Leistungswillen. Sie schränke die Entscheidungsfreiheit der Individuen ein und untergrabe deren Selbstverantwortung.

- 4 Der Ökonom Markus Schneider (Facts 15/1995:86) kritisiert, dass »der unsoziale Sozialstaat« die Umverteilung kaum von Reich zu Arm, sondern vielmehr zugunsten der Privilegierten vornimmt. Jedenfalls zeichnet sich für die kommenden Jahre ein härterer Verteilungskampf zwischen jenen ab, welche den Sozialstaat aus-, ab- oder umbauen wollen. Wirtschaftsjournalist Werner Vontobel (Weltwoche, 10.11.1994) ortet eine der größten Gefahren für den Sozialstaat im zunehmenden Auseinanderklaffen der Einkommen und Vermögen. Die Kluft zwischen Begüterten und Unterprivilegierten entmutigt breite Bevölkerungskreise. Nach Studien der US-Ökonomen Torsten Persson und Guido Tabellini über die Wachstumsraten und Einkommensverteilung von 56 Ländern fällt das tendenzielle Wachstum umso höher aus, je gleichmäßiger die Einkommen verteilt sind. Zum Schluss, dass Ungleichheit zu sozialem Stress, Krankheit und Kriminalität führt und das Wachstum behindert, kommt auch das britische »Institute for Public Policy Research«.
- 5 Untersuchungen der Schweizer Kantone Wallis und Bern verlangen ein garantiertes Mindesteinkommen (Perruchoud-Massy 1991:65) und einen einklagbaren Rechtsanspruch auf das soziale Existenzminimum (Binder 1992:71). Als Nachteile eines garantierten Mindesteinkommens nennt die Zürcher Armutsstudie (Farago/Füglister 1992:71) die Schwächung des Arbeitsanreizes und des sozialen Gewissens der Unternehmer. Zudem handle es sich um ein einseitig finanzielles Konzept, das bei einem Teil der Bedürftigen zu einer Verschlechterung der Lebenssituation führe. Eine Studie des Kantons Jura (Service de l'aide sociale 1991:19) verweist auf positive Erfahrungen mit einem RMI (revenu minimum d'insertion) in Frankreich. Eine Untersuchung der Stadt Neuenburg (Hainard et al. 1990) will ein solches Mindesteinkommen an verpflichtendere Bedingungen der Wiedereingliederung knüpfen. Die St.Galler Armutsstudie (Füglister/Hohl 1992:245) schlägt ein Existenzminimum zur Wiedereingliederung von Langzeitarbeitslosen vor. Sie favorisiert gegenüber den Konzeptionen eines Grundeinkommens Maßnahmen im Bereich der Beschäftigung. Die erwähnten Armutsstudien, die in der ersten Hälfte der neunziger Jahre

erschienen sind, befassen sich auch mit einer Neuausrichtung der sozialen Arbeit. Für eine Popularisierung der Familiensolidarität tritt die Walliser Untersuchung (Perruchoud-Massy 1991:65) ein, für mehr Kurse im psychologischen Umgang die St. Galler Studie (Füglister/Hohl 1992:245). Ein Fazit lautet, dass die Sachhilfe zwar wichtig bleibt, aber keineswegs ausreicht. Suchtprobleme verstärken die Armut, lassen sich aber nicht einfach mit Geld bewältigen.

- 6 Der Basler Psychiatrieprofessor Raymond Battegay wehrt sich dagegen, die wirtschaftliche Krise als Vorwand zu nehmen, um aus kurzfristigen Rentabilitätsgründen Leistungen für sozial Benachteiligte zu kürzen: »Es werden Subventionen und Kredite beinahe ohne Rücksicht auf die Menschen gekürzt und gestrichen, und es wird nach Stellen Ausschau gehalten, die zufällig frei werden und aufgehoben werden könnten, ohne daran zu denken, dass bei einer sorgfältigeren Abklärung der Gegebenheiten die Prioritäten sorgfältig abgewogen werden könnten.« (Basler Zeitung, 16.7.1992:35)
- 7 Die Fragen zur Selbsthilfe berühren persönliche Fertigkeiten, zwischenmenschliche Interaktionen, das Zusammenwirken der Gruppen untereinander sowie den Stellenwert der Selbsthilfe in der Gesellschaft. Dabei interessiert, wie sich sozialisationsbedingte und lebensweltliche Erfahrungen der Individuen auf die Bereitschaft zur Selbsthilfe auswirken und welche gesellschaftlichen Strukturen diese Bereitschaft fördern? Befinden wir uns etwa auf dem Weg zu einer Selbsthilfegesellschaft? Und wie erstrebenswert ist das?
- 8 Zu den eigenen Erhebungen gehören die Studie »Armut im Kanton Basel-Stadt« (Mäder et al. 1991) und die »Sozialuntersuchung Baselland« (Mäder et al. 1995). Zur Basler Armutsstudie: Die schriftliche Befragung von 450 sozialen Institutionen und die 100 mündlichen Nachgespräche analysieren das Verhältnis zwischen privaten und öffentlichen Einrichtungen. Die Prozessanalyse bei 486 Sozialhilfeempfängern und die Auswertung von 120 Fürsorgedossiers enthalten Hinweise auf die Wirksamkeit einer Hilfe zur Selbsthilfe. 60 Tiefeninterviews mit Personen, die sich um das Existenzminimum bewegen, beziehen sich je hälftig auf solche, die Sozialhilfe erhalten bzw. nicht beanspruchen. Dabei kommen unterschiedliche Bewältigungsstrategien zum Vorschein. Erwähnt sei ferner die Verknüpfung sozio-ökonomischer Merkmale bei einer Stichprobe von 413 Bezüglern von Krankenkassenprämien-Beiträgen (Grundgesamtheit 29 000) und bei 7000 Bezüglern von Ergänzungsleistungen. Die Analyse von 31 Haushaltungen zeigt – nebst Doppelspurigkeiten – die mögliche

Entlastungswirkung durch spitalexterne Dienste. Den Verschleiß menschlicher Ressourcen thematisiert die Situationsanalyse von Bezüglern kantonalen Beihilfe, die auf weitere Unterstützung angewiesen sind. Die Befragung von Mieterinnen und Mietern von Not- und Kommunalwohnungen gibt teilweise darüber Auskunft, wie stimulierend oder stigmatisierend sich die Bereitstellung von Unterkünften auswirken kann. Die »Sozialuntersuchung Baselland« (Mäder et al. 1995) konzentriert sich auf die Auswirkungen des sozialen Wandels auf die Situation älterer Menschen sowie auf das Zusammenwirken öffentlicher Hilfe und privater Anstrengungen. Auf der Grundlage von mündlichen und schriftlichen Befragungen mit Schlüsselpersonen haben wir versucht, mögliche Entwicklungen zu antizipieren. Wir diskutieren, was die zu erwartenden Trends für soziale Einrichtungen wie die Pro Senectute bedeuten könnten. Hinzu kommen eine teilnehmende Beobachtung und schriftliche Befragung bei Basels »Grauen Panther«, die sich als Selbsthilfegruppe verstehen, sowie eine mündliche Befragung von hundertfünfzig Genossenschaftshaushalten über das Potenzial an Selbsthilfe. Es handelt sich hier um Zusatzauswertungen. Am Rande fließen auch Ergebnisse von Diplom- und Projektarbeiten ein, die Bezüge zum Thema haben und von mir an der »Höheren Fachschule für Soziale Arbeit beider Basel« begleitet wurden. Beispielsweise: Claussen V., Ott B., Selbsthilfegruppen und Sozialarbeit, HFS, Basel 1987.

Da Wissenschaftler nie ratlos sind, haben sie für ihre Ratlosigkeit viele Worte, Methoden und Zahlen. In Zeiten strukturellen Wandels geht die viel gepriesene Repräsentativität ein Bündnis mit der Vergangenheit ein. Manchmal verstellt sie den Blick auf die Zukunft. Demgegenüber beinhaltet beispielsweise Ulrich Becks Analyse der Risikogesellschaft (1986) ein Stück empirisch orientierter, zukunftsgerichteter Gesellschaftstheorie. Sie versucht ohne methodisch ausgetüftelte Sicherung auszukommen. Risiken sind auch dann Risiken, wenn sie nicht beweisbar sind. Wer die Gesellschaft ergründen will, benötigt Mut zur Vereinfachung. Er mag sich dabei wie »ein spekulativer Unternehmer« fühlen. Dieser Ausdruck stammt von Niklas Luhmann, in dessen »versponnener Systemtheorie« (Habermas 1990) sich auch die Erfahrung eines Komplexitätsschubes spiegelt, mit dem die Weltgeschichte einen großen Schritt in Richtung auf eine Weltgesellschaft getan hat. Neue Abhängigkeiten sind entstanden: Vernetzungen, die den Subjekten manchmal über den Kopf wachsen. Sie erschüttern bisherige Vorstellungen von gesellschaftlicher Selbstorganisation und Selbststeuerung. Bei aller Angst vor Regression sieht Habermas (1990) keine Alternative zu einem beharrlichen Weiterdenken, das stets von be-

schränkter Reichweite ist. So »stochert« er mal hier, mal da nach Spuren einer Vernunft, die zusammenführt, ohne Abstände zu tilgen; einer Vernunft, die verbindet, ohne Verschiedenes gleichnamig zu machen. Sie weist unter Fremden auf das Gemeinsame hin, lässt aber allen ihre Eigenart. Habermas hat lange eine Theoriegläubigkeit geschürt. In seinem Buch über »Die neue Unübersichtlichkeit« (1985) weist er auf die Erkenntnis-Chancen einer neuen Bescheidenheit hin. Er meint das Einfache, das so schwierig zu realisieren ist.

- 10 In den Vereinigten Staaten sank der Anteil der Fabrikarbeiter an den Erwerbstätigen in den letzten 30 Jahren von 33 Prozent auf 17 Prozent, obwohl die Industrieproduktion stark anstieg. Anfang des 21. Jahrhunderts werden rund ein Zehntel der lohnabhängigen Bevölkerung Amerikas in Fabriken beschäftigt sein, im Jahre 2020 sollen es weltweit weniger als zwei Prozent der erwerbstätigen Bevölkerung sein. (Die Zeit, 2.5.1997:32)
- 11 Thomas Assheuer (Die Zeit, 18.7.1997) kritisiert an Beck, dass er aus der halben Hoffnung auf die »zweite Moderne« ein ganzes Buch mache, alte Fragen neu drapiere, die individuelle Wahlfreiheit überschätze und mit überhöhter Geschwindigkeit die staatlichen Agenturen aus der gesellschaftlichen Verantwortung entlassen wolle.
- 12 Dazu: Diewald (1990:3). Daniel Bell (1975/1973) sieht in der postindustriellen Gesellschaft einen Übergang zur Dienstleistungsgesellschaft und zum starken Ausbau der Mittelschichten. Roth (1989:17) stellt gegen Ende des 20. Jahrhunderts eine Desintegration der industriellen Gesellschaft fest. Er kritisiert Theorien über die Pluralisierung der Lebensstile, die bei der Auflösung sozialer Zusammenhänge stehen bleiben. Die konkrete Gestalt der Auflösung und der Pluralisierung bleibt bei dem derzeit am meisten zitierten Theoretiker Ulrich Beck (1986) zunächst unbestimmt, konkretisiert sich aber später (1993/1997). Nach Theodor Geigers Untersuchung von 1932, die in vielem übrigens die Problemlösungen Bourdieus bereits anvisiert, ist ein halbes Jahrhundert lang keine entsprechende Analyse der sozialen Strukturen und Mentalitäten in Deutschland erschienen. Bourdieu (1983/1979) veröffentlichte zuerst ein vereinfachtes Modell des sozialen Raums, der nach verschiedenen Ebenen strukturiert ist. Eine wichtige ist der Raum der sozialen Positionen und sozialen Lagen.
- 13 Sten Nadoldny (1987) hat unter diesem Titel eine faszinierende Biografie über den britischen Polarforscher John Franklin (1786–1847) geschrieben, der behindert und in der Lage war, aus seiner Not eine Tugend zu machen. Als Gouverneur von Tasmanien wies er immer wieder darauf hin, dass Demokratie und Begegnungen Zeit brauchen. Der amerikanische Benja-

min Franklin (1706–90) prägte hingegen den Ausspruch »Time is money«. Fritz Reheis (1996) zeigt ferner auf, wie »die Kreativität der Langsamkeit« neuen »Wohlstand durch Entschleunigung« bringen könnte. Salomon Biderbost (1997:90) führt den wichtigen Zeitaspekt in seinem Buch »Mit übersetzter Geschwindigkeit am Leben vorbei« aus. Als Beispiele dienen ihm u. a. die persönlichen Sozialbeziehungen und die Qualität der Pflegeleistungen im Sozialbereich. Diese hängt wesentlich vom Faktor Zeit ab. Mehr Tempo erhöht insbesondere bei älteren Patientinnen und Patienten die Verunsicherung und hat oft nicht den erhofften Effizienzgewinn zur Folge.

- 14 Die persönliche Verunsicherung kann allerdings auch infolge materieller Knappheit auftreten. Bei Gesprächen mit Armutsbetroffenen habe ich viel Verunsicherung in Familien festgestellt, bei denen der soziale Zusammenhalt bedroht ist, weil sie kaum das Existenzminimum erreichen. Die Verunsicherung äußert sich dann in einem ausgeprägten Rückzugsverhalten oder in einer Flucht nach vorn, die viel Energie verpufft. Eine gute Grundsicherung kann dazu beitragen, Ängste abzubauen und Kräfte gezielter zu kanalisieren. Unsere Vergleiche zwischen Sozialhilfe-Abhängigen und »working poor«, die keine Unterstützung erhalten, zeigen, dass es identitätsfördernd ist, wenn Menschen ihren Unterhalt aus eigener Kraft erarbeiten. Das gibt auch deshalb Sicherheit, weil unsere Gesellschaft nach wie vor stark erwerbsorientiert ist.
- 5 Mit Familie ist hier ein Haushalt gemeint, in dem mindestens ein (nicht unbedingt leiblicher) Elternteil mit einem Kind oder mit mehreren Kindern zusammenlebt. Das Bundesamt für Statistik (1996) zählt zu den Familien Ehepaare, unabhängig davon, ob sie (noch) kinderlos sind oder ob die Kinder das elterliche Haus verlassen haben. Hinzu kommen Haushalte, in denen Mütter oder Väter allein mit minderjährigen oder unverheirateten erwachsenen Kindern zusammenleben. Die Christliche Volkspartei der Schweiz (CVP) würdigt die Familie als dauernde Verbindung von Mann und Frau mit einer gemeinsamen Verantwortung für die Elternschaft. Die Lebensgemeinschaft verschiedener Generationen sei die tragende soziale Gruppe auf dem Fundament einer religiösen oder ethisch motivierten Weltanschauung, heißt es im Grundsatzpapier zum »Jahr der Familie« (1994). Rund die Hälfte der Bevölkerung lebt noch in klassischen Familien. Gemeint sind Haushalte, in denen Mutter, Vater und Kind(er) zusammenwohnen. 1990 lebten bereits zweieinhalbmal so viele Personen in unehelichen Haushalten wie 1980. Die Zahl der Konsensualpaare erhöhte sich im selben Zeitraum um 150 Prozent. Während in den letzten zwanzig

Jahren die Zahl der Paarhaushalte mit Kindern konstant blieb, nahmen die Einelternfamilien um 37 Prozent zu. Sie machen mittlerweile 13,5 Prozent der Haushalte mit Kindern aus. 128 Prozent betrug die Zunahme der Einpersonenhaushalte. Sie gilt als wichtiger Indikator für die Individualisierung. Hinzu kommen der Rückgang der Einzelpersonen, die mit ihren Eltern zusammenleben um 32,3 Prozent und der Rückgang der Haushalte, die mit weiteren Personen zusammenleben um 57,9 Prozent. (Bundesamt für Statistik, Haushalte und Familien: die Vielfalt der Lebensformen, Bern 1996) In Städten ist dieser Prozess weiter vorangeschritten. In bereits zwei Dritteln der basel-städtischen Haushalte wohnen Alleinlebende und Paare ohne Kinder (ÖKK-Info, 1.3.1995).

- 16 Nach einer 1996 durchgeführten Erhebung des Bundesamtes für Statistik ist die klassische »Ernährerfamilie« ein Auslaufmodell. Die nichteheliche Lebensgemeinschaft hat sich bei der jüngeren Generation durchgesetzt. Mehr als zwei Drittel der zwischen 1960 und 1964 geborenen Personen begannen das Zusammenleben mit einem Partner oder einer Partnerin in dieser Lebensform. Bei der zwischen den Jahren 1945 und 1949 geborenen Generation ist das Verhältnis umgekehrt. 67 Prozent der Frauen und 61 Prozent der Männer begannen ihr Paarleben mit der Eheschließung. Im Jahr 1994 heirateten Frauen durchschnittlich im Alter von knapp 28 Jahren (1970 mit 24 Jahren), Männer im Alter von gut 30 Jahren (1970 mit 26 Jahren). 70 Prozent der älteren Frauen bekamen ihr erstes Kind vor dem 30. Geburtstag. Bei den jüngeren Frauen trifft dies noch auf 57 Prozent zu. (NZZ, 14.2.1997) Das hat auch mit der höheren Erwerbsquote der Frauen zu tun. Die Zahl der Familien, in denen beide Ehepartner berufstätig sind, hat sich beispielsweise im Kanton Tessin in den letzten 15 Jahren verdoppelt. Laut einer 1996 durchgeführten Untersuchung des Statistischen Amtes sind heute gut ein Drittel aller steuerzahlenden Ehepaare Doppelverdiener. (DAZ, 13.2.1997) Der viel zitierten Scheidungshäufigkeit steht übrigens eine erhebliche Zunahme der durchschnittlichen Dauer der nicht geschiedenen Ehen gegenüber. Sie beträgt 43 Jahre.
- 17 Der Ansatzpunkt, die Familie nicht als einen in sich geschlossenen Mikrokosmos zu betrachten, sondern als Institution mit einem demokratischen Auftrag, knüpft an die familiensoziologischen »Studien über Autorität und Familie« der kritischen Theorie an. Dieser familienkritische Diskurs wird laut der Familiensoziologin Ruth Hungerbühler (WoZ, 24.6.94) sträflich vernachlässigt. Die Familie wird als »Sozialisationsagentur« zwar für allerlei Missstände verantwortlich gemacht, das Augenmerk richtet sich dabei aber zunehmend auf die »verwahrlosten Mütter« oder die »bösen

Väter«. Die pluralisierten Familienformen sind in ihrem flexiblen und mobilen Charakter Abbild und Antwort auf derzeitige wirtschaftliche Leistungsanforderungen. Aber dieses Menschenbild eines marktgerechten Individuums, das frei, unabhängig, flexibel und mobil ist, grenzt weite Teile der Bevölkerung aus. Oft kommt es übrigens in Familien just dann zu Gewaltszenen, wenn es so schön sein könnte: am freien Wochenende und in den Ferien. Auf diese Zeiten richten sich besonders hohe Erwartungen. Entsprechend groß ist die Enttäuschung, wenn diese sich nicht erfüllen.

- 18 Der Föderalismus und die Subsidiarität sind entscheidungs- und handlungsleitende Prinzipien des schweizerischen Systems der sozialen Sicherung. (Pfister 1996) Der Föderalismus gewährt ein hohes Maß an Autonomie – für die Kantone auf der nationalen Ebene, für die Gemeinden auf der kantonalen. Er bringt große Unterschiede und Koordinationsschwierigkeiten mit sich. Der Aufbau des Sozialwesens ist kantonal recht unterschiedlich. Auf der Gemeindeebene sind die Unterschiede noch größer. Das erschwert die Übersicht. Gut ausgestattete Gemeinden klagen über einen so genannten »Sozialtourismus«, der ihnen einen starken Zuzug von Personen beschere, die Unterstützung brauchen. Das Subsidiaritätsprinzip steuert auf staatlicher und auf privater Ebene eine vertikale Gliederung an. (Fehlmann 1987:154) Es begründet eine hierarchische Anordnung der Instanzen, die für bestimmte Probleme, Personen oder Sachbereiche zuständig sind. Im Rahmen übergeordneter gesetzlicher Bestimmungen bleibt den jeweils unteren Handlungseinheiten ein möglichst umfassender Aufgabenbereich zugewiesen. Die Grenzen werden durch formelle (z. B. gesetzliche) und/oder materielle (z.B. fachliche) Kompetenz bestimmt. Zentral ist die Betonung der privaten Hilfe. Sie soll – falls möglich – vor der staatlichen einsetzen.
- 19 Das fordistische Akkumulationsmodell kommt ohne neue Formen der politischen Regulierung nicht aus. Die Ausdehnung der Staatstätigkeit reicht vom keynesianischen »deficit-spending« bis zur gezielten Familienpolitik. Eckpfeiler einer »Durchstaatlichung der Gesellschaft« ist die Herausbildung des modernen Sozialstaats. (Roth 1989:21) Er hält im Dienste einer intensiven Arbeitskraftnutzung soziale Infrastrukturen bereit, die wiederum spezifische Reproduktionsrisiken absichern und zugleich ein Selektions- und Kontrollsystem darstellen. Staatliche Einrichtungen übernehmen zunehmend Funktionen, die vormals von »naturwüchsigen« gesellschaftlichen Institutionen (Familien, Nachbarschaften, Vereine) erbracht wurden. Desintegrative Tendenzen werden von staatlichen Kontrollsystemen bearbeitet. Die aktuelle Stufe des wohlfahrts- und sozialstaatlichen Kapitalis-

mus ist mit einem hohen Maß an innerökonomischer Verflechtung und staatlicher Regulierung verbunden, die jedoch demokratisch rückgebunden bleibt. (Rucht 1994:23) Kapitalistisch ist diese Gesellschaft insofern, als die Produktionsmittel weitgehend in privaten Händen sind und der Mehrwert überwiegend privat angeeignet wird, wenngleich auf der Basis fiskalischer Abschöpfung erhebliche Umverteilungen stattfinden.

- 20 In den städtischen Agglomerationen sind die Ausgaben höher als in den ländlichen. Der Stadtkanton Basel-Stadt kommt bundesweit (nach dem Kanton Genf) auf die zweithöchsten Aufwendungen. Er gibt pro Kopf der Bevölkerung jährlich 2835 Franken aus. Von den 100 Milliarden Franken Sozialleistungen entfallen in der Schweiz auf die Bereiche Gesundheit und Invalidität 45 Prozent, Alter 39 Prozent sowie Familie, Mutterschaft, Arbeitslosigkeit und Fürsorge 16 Prozent. Die 125 Milliarden Franken Einnahmen haben als Quellen: 45 Prozent Lohnabgaben, 20 Prozent Haushalte, 20 Prozent öffentliche Hand, 15 Prozent Sparaufwendungen im Rahmen der zweiten Säule. »Was in Zukunft eine Schwierigkeit werden kann, ist weniger die Finanzierung der sozialen Sicherheit als die Solidarität, welche sie bedingt«, folgert Gilliland (1997:24). Während der neunziger Jahre sind die Ausgaben für die Fürsorge stark angestiegen. Die Abwälzung der Kosten auf die Sozialhilfe belastet die Haushalte der Gemeinden. Das ist eine der nur scheinbar unabdingbaren Konsequenzen, wenn der Föderalismus und die Subsidiarität entscheidungs- und handlungsleitende Prinzipien für ein Sozialwesen darstellen. Was die Zukunft der sozialen Sicherung betrifft, skizziert der schweizerische Bundesrat in einem Referenzszenario (1996/Gilliland 1997:24). Dieses Szenario geht von 1,3 Prozent Wachstum während 15 Jahren aus (das entspricht dem Mittel von 1980–1995). Nach dieser Annahme würde das BIP von 390 Milliarden Franken auf 435 Milliarden Franken im Jahre 2010 (Indexbasis 1995) anwachsen und die Leistungen für die obligatorischen Sozialversicherungen von 73 Milliarden Franken (1995) auf 103 Milliarden im Jahre 2010. Das Wachstum von 30 Milliarden ist zur Hälfte durch die AHV/IV (inkl. Ergänzungsleistungen) und zu einem Drittel durch die Krankenpflegeversicherung (10 Mrd.) bedingt. Den Rest macht die obligatorische berufliche Vorsorge in der Größenordnung eines Sechstels (5 Mrd.) aus. Die 30 Milliarden Franken entsprechen zwei Fünfteln des BIP-Wachstums. »Das ist sicher nicht vernachlässigbar, aber wohl finanzierbar«, bilanziert Gilliland (ebd.). Im Dezember 1997 hat der Bundesrat einen Zusatzbericht mit »drei Szenarien für die Finanzierung der Sozialwerke« vorgelegt (Basler Zeitung, 23.12.1997).

- 21 »Am Anfang war die Gemeinde«, stellt Gasser (1976:70ff.) fest: Die Eidgenossenschaft existierte als Bundesgemeinschaft souveräner Einzelgemeinden. Bis zur Französischen Revolution von 1798 wohnten allerdings 80 Prozent der Schweizer Bevölkerung in »Untertanenlanden«. Bis dahin waren die Kommunen in Bürgergemeinden organisiert. Sie waren die Allmendkorporationen oder »Markgenossenschaften«. Die seit dem 17. Jahrhundert zugewanderten Familien waren ausgeschlossen. Das Grundübel des 18. Jahrhunderts sieht Gasser darin, dass in der Schweiz jede Gemeinde nur für sich allein zu leben bestrebt war und der Lokalitätsgeist daher überbordete. In den Länderkantonen des Alpengebirges unterlag das ganze Volk der Korruptionsgefahr. Gleichzeitig waltete auch in den Untertanenlanden ein Geist der Engherzigkeit. Lokale Eigensucht führte die Gemeindefreiheit ad absurdum. Aus dieser gefährlichen Zersplitterung und Erstarrung wurde die Schweiz durch die Auswirkungen der Französischen Revolution herausgerissen. Sie brachte die Erkenntnis, dass die Erhaltung des freiheitlichen Staatsaufbaus in den Kantonen wie im Bunde zentralistische Klammern erfordert. Was man brauchte und erreichte, »war eine zentrale Organisation, die die lokale und kantonale Selbstverwaltung nicht schädigte, sondern heilsam einschränkte« (Gasser ebd.). So hat die Schweiz eine jahrhundertelange Schulung in der kommunalen Selbstverwaltung und damit eine Grundlage, an die sich anknüpfen lässt. Nach der Revolution war die Bildung von »Einwohnergemeinden« wichtig. Die politischen Gemeinden garantieren staatliche bzw. örtliche Rechte für alle.
- 22 Kooperation ist keine europäische Erfindung des 19. und 20. Jahrhunderts. Zahlreiche »Gesellschaften mit beschränkter Naturbeherrschung« kannten genossenschaftsähnliche Organisationsformen. Solche Einrichtungen waren auch im vorindustriellen Europa verbreitet, beispielsweise in den Zünften und Gilden des Mittelalters. (Glaessner 1984:6ff.) Minderheiten nutzten das Prinzip der gegenseitigen Hilfe. Sie schlossen sich zusammen, um eigene Interessen zu verwirklichen. Der Gemeinschaftsgedanke lebte besonders in Umbruchsituationen auf. Er verbreitete sich während der Reformation und der Bauernkriege des 16. Jahrhunderts, der Französischen Revolution sowie der revolutionären Umwälzungen des 19. und 20. Jahrhunderts. Die Idee der Genossenschaften begleitete die Auswanderer, die in der Fremde eine »neue Welt« suchten. Sie prägte auch die europäische Arbeiterbewegung, die ländlichen Revolutionen in Mexiko und China, die israelischen Kibuzzim, den spanischen Bürgerkrieg und die sozialen Bewegungen der Dritten Welt. In Indien, Russland, Israel und andern Ländern unterstützten Regierungen ganze Gemeinschaftssiedlungen. Tansania ver-

suchte mit Ujamaa-Dörfern an eine genossenschaftliche Tradition anzuknüpfen. Paul Trappe (1966/1984) weist darauf hin, wie bedeutsam vorgegebene Sozialstrukturen für die Entwicklungsfunktion des modernen Genossenschaftswesens sein können. Glaessner (1984:8) erwähnt nebst frühchristlichen auch mittelalterliche Gemeinschaftsformen und klösterliche Orden. Spätere Kollektivsiedlungen des utopischen Sozialismus bezogen sich auf ur- und vogenossenschaftliche Erfahrungen, die sich bereits an den Prinzipien der Selbsthilfe, Gleichberechtigung und Solidarität orientierten. Wesentliche Merkmale der nichteuropäischen Tradition des Kooperationsgedankens waren die relative Gleichberechtigung der Mitglieder in überschaubaren Einheiten, der Verzicht auf Ausschluss einzelner Gruppen, die Leitung der Gemeinschaft auf der Grundlage von Autorität und Anerkennung, die gemeinsame Verfügungsgewalt über wichtige Güter sowie die Verpflichtung, Arbeiten gemeinsam zu verrichten, die Einzelne nicht bewältigen können. Alfred Vierkandt (1931:195) beschreibt die gegenseitige Hilfsbereitschaft als zentrales Prinzip. Er stellt die genossenschaftliche Gesellschaftsform der herrschaftlichen gegenüber. (Trappe 1966:17/18)

- 23 Rosa Luxemburg (1899/1987:159) beschrieb am Ende des 19. Jahrhunderts die Genossenschaften als ein Zwitterding und eine im kleinen sozialisierte Produktion bei kapitalistischem Austausch. Vor allem in der Produktivgenossenschaft habe der Arbeiter sich selbst gegenüber die Rolle des kapitalistischen Unternehmers zu spielen. In der Inauguraladresse der Internationalen Arbeiterassoziation bezeichnete Karl Marx (MEW 16:11) die Genossenschaften als Sieg der politischen Ökonomie der Arbeit über die Ökonomie des Kapitals. Seiner Auffassung nach beweisen die Genossenschaften, dass moderne Großproduktion ohne Klassengesellschaft möglich ist. Um die arbeitenden Massen zu befreien, bedürfe das Kooperationsystem der Entwicklung auf nationaler Stufenleiter und der Förderung durch nationale Mittel. Ansonsten wandte sich Marx, beispielsweise in der Kritik des Gothaer Programms (1875), gegen Lasalles hohe Wertschätzung der Produktivgenossenschaften. Nach Franz Oppenheimer (Die Siedlungsgenossenschaft, 1896) scheitern, wie Klaus Novy (1985:128) beschreibt, die Produktivgenossenschaften entweder schon an ihren Geburtsmerkmalen (Kapitalmangel, Absatz-, Qualifikations- und Führungsprobleme) oder sie verwandeln sich, wenn sie wirtschaftlich erfolgreich sind, in kollektiv-kapitalistische Unternehmen. Die eher zurückhaltende Haltung der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften änderte sich am Anfang des 20. Jahrhunderts aufgrund der erfolgreichen Praxis der Konsum- und Wohnungsbaugenossenschaften.

- 24 Proudhon stellte sich ein libertär-sozialistisches Europa als »föderative Republik der zivilisierten Staaten« vor. Sie bilden eine Einheit in Solidarität. (Buber 1985:60) Die Neugestaltung der Gesellschaft geschieht durch eine grundlegende Änderung der sozialen und politischen Ordnung und begnügt sich nicht etwa damit, die Verfassung zu ersetzen. Die Aufgaben des Staates sind zu begrenzen. Das Individuum steht im organischen Zusammenhalt seiner Gruppe. Kropotkin kritisierte den Staat als Leviathan und lobte die mittelalterliche Kommune. Er datierte die Entstehung des modernen Staates auf das 16. Jahrhundert. Damals wurden die freien Verträge der Dorfgemeinschaften, Gesellenbünde, Bruderschaften und Eidgenossenschaften des Mittelalters eingeschränkt. Es vollzog sich ein großer Wandel. Zwischenverbände wurden zu willkürlichen Gebilden degradiert. Damit veränderte sich auch die soziale Gruppierung der Menschen. In den neuen Bundesländern Deutschlands beziehen neue soziale Bewegungen ihre »Konzepte eines dritten Weges« auf Kropotkin. (Achenbach, WoZ, 2.2.1990) Einigermassen aktuell ist auch Kropotkins Sicht einer Weltwirtschaftsordnung. (Hug 1989:69-91) Sie sieht eine selektive Nutzung des Weltmarktes und einen gerechten Austausch der Güter vor. Landauer differenzierte gegenüber Kropotkin das Wesen des Staates. Sein Konzept fordert eine Restrukturierung der Gesellschaft, zielt aber nicht auf eine Auflösung des Staates ab. Der Umbau drängt den Staat lediglich von der faktischen auf die prinzipielle Grundlinie zurück. Die Gemeinschaft muss aus der Tiefe erweckt und hervorgeholt werden. Die innere Verstaatung verkrustet die Menschen. Es braucht eine »Lockerung der Verhärtung in den Gemütern«. (Buber 1985:95) Landauer hoffte auf sozialistische Siedlungen. In ihnen soll sich ein starker Gemeinschaftsgeist entwickeln. Die Gemeinde ist die Grundform der neuen Gesellschaft, geht aber auf Urformen zurück. Sie ist die »Gesamtheit von Selbständigkeiten«, die sich gegenseitig zu einer »Gesellschaft von Gesellschaften« durchdringen.
- 25 Roland Roth (1989:13ff.) beschreibt soziale Bewegungen als eine besondere Form kollektiven Handelns – mit eigener Rationalität, spezifischen Ressourcen, kollektiver Identität, gemeinsamen Motiven und Zielen. Dieter Rucht (1994:22/23) versteht sie »als ein auf gewisse Dauer gestellter Versuch mobilisierter Netzwerke von Gruppen und Organisationen, sozialen Wandel durch Protest herbeizuführen, zu verhindern oder rückgängig zu machen«. Hauptert (1991:3) beschreibt die soziale Bewegung als mobilisierenden kollektiven Akteur, der das Ziel verfolgt, grundlegenden sozialen Wandel herbeizuführen, zu verhindern oder rückgängig zu machen. Er tut dies mittels variabler Organisations- und Aktionsformen sowie einer ge-

wissen Kontinuität auf der Grundlage hoher symbolischer Integration und geringer Rollenspezifikation. Eine Gliederung sozialer Bewegungen (nach: langen Wellen, Zyklen, sozialen Trägern) findet sich bei Joseph Huber (1988:424–435).

- 26 Rucht (1994:168) untersucht auch die Anzahl der Personen, die sich im Zeitraum von 1977 bis 1989 an Protestaktionen der neuen sozialen Bewegungen beteiligt haben. Die höchste Mobilisierung weist er in der Bundesrepublik Deutschland nach. Von einer Million Einwohnerinnen und Einwohnern nehmen 186 000 teil. In der Schweiz sind es 104 000, in Frankreich 79 000. In der Schweiz schlüsselt Rucht (ebd.) die »Bewegten« in folgende Teilbereiche auf: 600 gegen Nuklearwaffen, 26 000 übrige Friedensbewegung, 24 000 gegen Atomenergie, 16 000 übrige Ökologiebewegung, 400 Antirassismus, 19 000 übrige Solidaritätsbewegung, 10 000 Hausbesetzung, 5000 übrige gegenkulturelle Bewegung, 400 Schwulenbewegung, 3000 Frauenbewegung. Eine weitere Unterscheidung arbeitet mit den Kategorien demonstrativ, konfrontativ und gewaltförmig. Auf die höchsten Anteile gewaltförmiger Aktionen (rund ein Fünftel) kommt Frankreich. Die zahlenmäßig größte Beteiligung weist Rucht (1994:180) Anfang der achtziger Jahre nach. Er bezieht sich dabei auf Studien von Hanspeter Kriesi (u. a. 1985).
- 27 Lukas Moeller (1981:13-23) unterscheidet zwischen Selbsthilfegruppen und Selbsthilfeorganisationen. Unter Selbsthilfegruppen versteht er psychologisch-therapeutische oder andere themenzentrierte Gesprächsgruppen von 6 bis 12 gleich betroffenen Mitgliedern. Sie versuchen ihre Probleme in regelmäßigen Gruppengesprächen ohne therapeutische Fachleute zu lösen. Selbsthilfeorganisationen entstehen zwar häufig aus Selbsthilfegruppen. Sie unterscheiden sich von ihnen aber durch eine größere Mitgliederzahl, durch formalisierte Arbeits- und Verwaltungsabläufe und stärkere Kontakte zum staatlich-professionellen System. Viele Selbsthilfeorganisationen bieten mehr (Fremd-)Hilfe als Selbsthilfe (im Sinne gegenseitiger Hilfe) an. Sie werden oft zu Trägern professioneller Dienste.
- Wenn Betroffene sich zusammenschließen, um ihre Interessen in die politische Auseinandersetzung einzubringen, können wir von sozialer Selbsthilfe reden. (Franz-Xaver Kaufmann 1987:39) Sie nimmt hier die charakteristische Form der sozialen Bewegung an.
- Joseph Huber zählt alternative Kleinbetriebe ohne Gewinnorientierung sowie Bürgerinitiativen zur »Selbsthilfe im weiteren Sinne«. Dazu gehören therapeutische Gemeinschaften, Frauenhäuser, Gesundheitsläden sowie selbst organisierte Wohnprojekte. Anke Brunn (1986:172) versteht Selbst-

hilfe als Ausdruck einer neuen Form der Bürger-Beteiligung im Sinne des Genossenschaftsgedankens und der kritischen Konsumbewegung.

- 28 Verena Claussen und Britt Ott (1987) haben in ihrer von mir begleiteten Diplomarbeit mehrere Selbsthilfegruppen untersucht und dabei festgestellt, dass einzelne zwar sehr wirkungsvoll sind, aber ohne Anstoß von außen und zeitweilige Beratung nicht auskommen. Das Selbsthilfzentrum »Hinterhuus« betreibt ein Vereinssekretariat, einen Bereich »Interne Gruppen« sowie eine Selbsthilfgruppen-Kontaktstelle. Zum Bereich »Interne Gruppen« gehört ein vielfältiges Angebot. Es bietet die Möglichkeit zum Musizieren, Theaterspielen, Malen, Werken sowie zur Teilnahme an Gesprächsgruppen oder externen Aktivitäten. Dabei wird Wert auf kleine Gruppen gelegt. Sie erlauben eine persönliche Atmosphäre, was für Menschen mit psychischen Schwierigkeiten und Behinderungen besonders wichtig ist. Die Selbsthilfgruppen-Kontaktstelle ist zuständig für den Betrieb eines Kontakttelefons, die Information und Beratung von Hilfesuchenden, die Vernetzung untereinander, die Anregung und Begleitung von Selbsthilfe-Gruppen sowie die Herausgabe eines Bulletins. Ende 1990 wurde mit dem Verein »Selbsthilfzentrum Hinterhuus« ein erster Subventionsvertrag verabschiedet. Der Kostenrahmen betrug 100 000 Franken pro Jahr. 1997 erhöhte der Kanton seinen Beitrag auf 213 000 Franken. Mit den eigenen Einnahmen und Bundeszuschüssen kommt der Verein damit auf ein Budget von 600 000 Franken.

Zur Dichte von Selbsthilfgruppen: Im Kanton Basel-Landschaft kommt eine Gruppe auf 3800 Einwohnerinnen und Einwohner, im Kanton Luzern eine Gruppe auf 5100, im Kanton Zürich eine Gruppe auf 6400 und im Kanton Bern eine Gruppe auf 8950 Einwohnerinnen und Einwohner.

- 29 Die regionalen Kontaktstellen registrierten 1994 in der Schweiz 834 Selbsthilfgruppen. 53 Gruppen sind zwischen 1992 und 1994 entstanden. Auf 93 Gruppen werden die Anonymen Alkoholiker (AA) und die Angehörigen (Al-Anon) in jenen Regionen geschätzt, die keine Koordinationsstelle haben. Die bekannten Selbsthilfgruppen zählen rund 8400 Mitglieder. Die Frauen machen vier Fünftel der Mitglieder aus. Am häufigsten vertreten sind Personen mittleren Alters aus der Mittelschicht. In der Schweiz gibt es auf 6300 Einwohnerinnen und Einwohner mindestens eine Selbsthilfgruppe, die den Koordinationsstellen bekannt ist. In Deutschland scheint die Dichte noch höher zu sein. In ländlichen Gebieten ist auf 1800 Einwohnerinnen und Einwohner eine Selbsthilfgruppe bekannt, in städtischen Gebieten kommt auf 1000 Einwohnerinnen und Einwohner eine Selbsthilfgruppe. Der Unterschied hängt vermutlich damit zusammen,

dass in Deutschland die Selbsthilfgruppen stärker gefördert werden. Im Juni 1995 waren in Deutschland 270 Koordinationsstellen bekannt, die lokale Selbsthilfgruppen fördern. Sie werden vom Bund, von Wohlfahrtsverbänden und Krankenkassen unterstützt. 1987–1991 lancierte das Bundesministerium für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit eine Unterstützungskampagne. Das Gesundheitsreformgesetz sieht solche Maßnahmen im Präventionsbereich vor. In der Schweiz hat die Region Basel die höchste Dichte. Die geringste Dichte haben die Kantone Aarau, Bern und St. Gallen. Die Regionen mit den meisten Selbsthilfgruppen verzeichnen auch in den neunziger Jahren die größte Zunahme an weiteren Gruppen.

- 30 Die Kontakt- und Koordinationsstellen schlagen auf Grund ihrer Erfahrungen für die Begleitung von 30 Selbsthilfgruppen eine halbe Arbeitsstelle vor. Dazu gehören Aufgaben wie die Instandhaltung der gemeinsamen Infrastruktur (Lokal), die Herausgabe einer gemeinsamen Zeitung und die (zurückhaltende) Hilfe bei der Initiierung neuer Gruppen. In Deutschland wird in Städten bzw. Kreisen von 100 000–200 000 Einwohnerinnen und Einwohnern mit 1,5 Stellen für Selbsthilfeberatung und einer halben Stelle für Verwaltung gerechnet. (Vogelsanger 1995:153) Das Bundesamt für Sozialversicherungen gewährt den bestehenden Kontaktstellen Beiträge im Rahmen von 27 Prozent (Thurgau) und 71 Prozent (Basel) der Gesamtkosten. Hinzu kommen kantonale Beiträge und Spenden. Das sind gut investierte Gelder. Die Solidarität stärkt den sozial Benachteiligten den Rücken.

- 31 Müller in: Engholm (1987:22), der (aaO. S. 9) auf die internationale Umfrage »Jobs in the 80ies« hinweist. Diese belegt, dass in den Ländern der Europäischen Gemeinschaft die betriebliche Mitbestimmung tendenziell rückläufig ist. Das Damoklesschwert der Arbeitslosigkeit diszipliniert. Nur einer von zwanzig Erwerbstätigen hat die Möglichkeit, seine Arbeitszeit flexibel zu wählen. Der Anteil der selbständig Erwerbstätigen sinkt. Trotz Zunahme von Selbsthilfeinitiativen vermindert sich die Zahl der Kleinbetriebe. Diese Angaben beziehen sich allerdings auf die achtziger Jahre. Die Deregulierung und die Zunahme der Arbeitslosigkeit haben mittlerweile zu einer (allerdings oft unfreiwilligen) Zunahme der Selbständigen geführt. Die Grundmuster der Betriebsorganisation prägen nach wie vor unzählige Menschen. Neue Formen der Armut kontrastieren die Erhöhung der Kaufkraft und des wirtschaftlichen Outputs. Die Internationalisierung des Kapitals schränkt die Möglichkeiten des Staates ein, das Wirtschaftsleben mitzugestalten. Die weltwirtschaftliche Orientierung begrenzt teilweise auch die lokale und regionale Selbstbestimmung und relativiert allzu

kühne Erwartungen in eine bedürfnisgerechte Selbsthilfegesellschaft. Selbst dort, wo in Nischen eine »neue Ganzheitlichkeit« angestrebt wird, machen sich wirtschaftliche Abhängigkeiten bemerkbar. Sie lassen die Selbsthilfebewegung nur partiell jene Freiheiten vorwegnehmen, die später gesamtgesellschaftlich zum Tragen kommen sollen.

- 32 Seit Mitte der achtziger Jahre bezieht sich die Diskussion über Selbsthilfe und Subsidiarität immer wieder auf das »Modell Berlin«. In dieser Stadt lebt fast ein Zehntel der Bevölkerung von der Sozialhilfe. (Joseph Huber 1987:10) Ein Drittel der Erwerbstätigen arbeitet im öffentlichen Dienst. Mehr als die Hälfte der privaten Haushalte wird von Einzelpersonen bewohnt. In Berlin gibt es über tausend Selbsthilfeinitiativen. Sie verteilen sich auf folgende Bereiche: 34 Prozent Alter, 24 Prozent Familien- und Jugend, 17 Prozent Gesundheit, 11 Prozent Migration, 5 Prozent Menschen mit Behinderungen. 7 Prozent der Projekte sind spezifische Frauenprojekte. 2 Prozent lassen sich nicht verorten. Die meisten Projekte zählen zum Alternativsektor. Er beschäftigt etwa 1,25 Prozent aller Erwerbstätigen. Rund 150 Projekte werden staatlich gefördert. In Deutschland gibt es seit Mitte der achtziger Jahre über 40 000 »soziale Selbsthilfegruppen«. (Vilmar 1986) Sie verteilen sich auf die Bereiche Arbeitswelt (Ökobanken, Initiativen für Arbeitszeitverkürzung und Arbeitslosengruppen), Ökologie und Lebenswelt (Wohnbereich- und Stadtteilbewegung), Behinderungen und Krankheiten (Gesundheitsinitiativen, Therapiegruppen, Treffs, Wohngemeinschaften), Diskriminierung (Obdachlosen- und Straffälligenhilfe, Dritte-Welt-Initiativen, Migrationsgruppen, Homosexuellen-Gruppen), Benachteiligung (Jugendzentren, Kinderläden, Altenselbsthilfe, Frauengruppen), Freizeit, Bildung und Kultur (soziokulturelle Zentren, Wissensschäftsläden). Auffällig ist der hohe Anteil (70 Prozent) der Frauen. Überrepräsentiert sind die 30- bis 50-jährigen, untervertreten die Ledigen. Am meisten Gruppen gibt es im Gesundheitsbereich. 34 Prozent der Selbsthilfegruppen geben nach Joseph Huber (1987: 22) an, mit der neuen sozialen Bewegung nichts zu tun zu haben. 40 Prozent orten ihre Ursprünge in der Studenten-, Ökologie-, Alternativ-, Friedens-, Gesundheits- oder Frauenbewegung. 26 Prozent kommen vom Milieu her nicht aus diesen Gruppen. Sie fühlen sich aber mit ihnen verbunden. 53 Prozent der Mitglieder aller Selbsthilfegruppen verbinden ihre praktische Projektträtigkeit mit weitergehenden politischen Absichten. Diese Angaben widersprechen der Annahme, dass sich die neuen Selbsthilfeinitiativen vornehmlich im eigenen »Psychokreis« bewegen. Selbsthilfegruppen bestehen aus initiativen Menschen, die sich mit gleichartig Betroffenen zusammenschließen, um gemeinsam »ihr

Los zu verändern« bzw. etwas zu erreichen. Ausschließlich sich selber helfen wollen etwa 25 Prozent der Selbsthilfegruppen. 55 Prozent der Projekte sind maximal fünf Jahre alt, 21 Prozent zwischen fünf und zehn Jahren, 24 Prozent existieren schon seit über zehn Jahren, 3 Prozent seit über zwanzig Jahren.

- 33 Nadai und Hess (ebd.) definieren die Freiwilligenarbeit als unentgeltliche Tätigkeit zugunsten anderer, die im Auftrag einer Organisation geleistet wird. Die Freiwilligenarbeit umfasst nach ihrem Verständnis die Basisarbeit und das Ehrenamt. Zur Basisarbeit gehören Dienstleistungen wie Fahrt- und Mahlzeitendienste, das Verkaufen zwecks Mittelbeschaffung für soziale Werke, das Servieren in einer Altersheimcaféteria, die Mithilfe an einem Mittagstisch für Kinder oder Betagte. Hinzu kommen direkte Betreuungstätigkeiten wie Besuchsdienste oder die Begleitung von Obdachlosen in einer Notschlafstelle. Zum Ehrenamt gehören die Vorbereitung von Sitzungen, Kontakte zu andern Gremien sowie Repräsentationspflichten. Das Ehrenamt sieht eine Position im organisatorischen Bereich vor. Sie ist mit Entscheidungs-, Führungs- und Repräsentationsfunktion verbunden. Für das Amt ist eine Wahl oder Berufung erforderlich. Die Basisarbeit beinhaltet eine ausführende Arbeit im betreuenden/pflegerischen oder administrativen/organisatorischen Bereich. Sie wird im Auftrag und unter Anleitung ausgeführt.
- 34 Eine umfassende Auslegeordnung der Pro- und Kontraargumente zur Selbsthilfe und Freiwilligenarbeit leistet Bösch (1991) in seiner empirischen Untersuchung über die Nachbarschaftshilfe in einem Zürcher Quartier. Arend (1993:22) bezieht sich darauf. Die Untersuchung weist über den institutionellen Bereich hinaus. Sie anerkennt die Berechtigung vieler Einwände, verweist aber auf die Schere zwischen dem sozialpolitischen Problemlösungsdruck und den beschränkten Möglichkeiten der professionellen Hilfe. Arend (1993:21) selbst sieht Möglichkeiten der Freiwilligenarbeit zur Entlastung der Familien. Der bereits stark überlasteten Familie dürfen keine weiteren sozialpolitischen Pflichten aufgebürdet werden. Der frühere Zwang zur innerfamiliären Solidarität lässt sich nicht wieder heraufbeschwören. Vielmehr ist die freiwillige innerfamiliäre Solidarität gefragt, die sich gezielt fördern lässt – zum Beispiel durch größere Wohnungen oder durch die Entgeltung von Erziehungs- und Pflegeleistungen. Bemühungen dieser Art sind vor allem auch auf der Ebene der Nachbarschaft und der freiwilligen Hilfe ohne räumlichen Bezug zu unterstützen.
- 35 Engagierte Frauen gründeten bereits 1839 den »Zürcher Gefängnisverein«. 1871 führte das Zürcher Strafgesetz die bedingte Entlassung ein. Da

- nicht alle Aufgaben für Freiwillige geeignet waren, wurden sie teilweise professionalisiert. Dies insbesondere, nachdem 1941 das Schweizer Strafgesetzbuch eine Erweiterung der Betreuungsaufgaben vorgesehen hatte, welche die Kräfte der Freiwilligen bei weitem überstieg. So wurde 1948 die staatliche Schutzaufsicht geschaffen, die aber an Grenzen stieß. Deshalb entstand 1980 beim Sozialdienst der Justiz die Stelle für den Neuaufbau der Freiwilligenarbeit. 1991 arbeitete sie mit 147 Freiwilligen zusammen. (Biderbost 1997:39)
- 36 Zwei Netzwerk-Konzepte lassen sich voneinander unterscheiden. Das eine geht auf die Organisationsforschung zurück, das andere – angelsächsisch inspiriert – auf die neuen sozialen Bewegungen. Das Paradigma ist interaktiv, kommunikativ und kooperativ. (Huber 1991:44) Der Hierarchie des sich stufenweise verzweigenden Baums steht die Heterarchie der Rückkopplungsschleifen in einem polyzentrischen Geflecht entgegen. Unterschiedliche Netzwerke sind beispielsweise das »Transnational Network« in den USA, das »Turning Point Network« in Großbritannien, das »National Women's Health Network«, »Karriere-Seilschaften« oder »Learning Exchanges«. Die Netzwerke verbinden Organisationen, Gruppen und Einzelpersonen.
- 37 Habermas (1973:9) geht schon früher darauf ein, wie »System und Lebenswelt« verknüpft sind. Das Gesellschaftssystem versteht er als Ensemble untereinander und in sich differenzierter Subsysteme. Der soziale Wandel erscheint als komplexer, in vielen Teilen kontingenter Prozess. Einzelne Subsysteme wie der Markt oder der Staat mögen zwar über weite Strecken dominant sein, was aber nie zu monokausalen Erklärungen verleiten dürfe. Niklas Luhmann (1984:488) führt die komplizierten und krisenhaften Verhältnisse zwischen einzelnen Subsystemen weiter aus. Dabei stellt sich das Problem, dass vor lauter Komplexität die gesellschaftlichen Widersprüche kaum mehr sichtbar werden.
- 38 Schließlich ist, wie Moritz Lazarus (1876, zit. nach Keupp 1995) schreibt, »tatsächlich kein Mensch das, was er ist, rein aus sich geworden, sondern nur unter dem bestimmenden Einfluss der Gesellschaft, in der er lebt«. Während die Völkerpsychologie zunehmend biologistisch und teilweise rassistisch umgedeutet wird, spaltet der Doppelcharakter des Menschen als Natur- und Kulturwesen die übrige Psychologie. Die experimentelle Ausrichtung versucht das Bewusstsein labormäßig in nicht weiter aufteilbare Bestandteile zu zerlegen. Der in seinen Anfängen wenig beachtete kultur- und beziehungspsychologische Zweig nimmt die Frage auf, wie aus Empfindungen und Willensregungen das Soziale entsteht. Der Kulturphilosoph Georg Simmel (1908 in: Keupp 1995:60-67) charakterisiert die Vergesellschaftung als einen qualitativen Wechsel vom Subjektivismus der Herrschaftsverhältnisse zu einer objektiven Formation und Fixierung gesellschaftlicher Werte und Herrschaftsstrukturen. Nicht mehr die Tradition, sondern die Rationalität wirkt nun als gesellschaftliches Ordnungsprinzip. (Schmid 1988:11)
- 39 Max Weber zeigte schon, wie aus dem asketischen Habitus ein neues Gehäuse der Hörigkeit entstehen kann. Gegen die Konzeption eines »homo clausus« wendet sich Norbert Elias. Foucault veranschaulicht, wie Vernunft auch Unvernunft hervorbringt. Nach Erich Fromm produziert die Gesellschaft jene Sozialcharaktere, die sie braucht; nämlich Menschen, die sich mit der Macht identifizieren. Die Kleinfamilie dient als Sozialagentur. An ihr orientieren sich, wie Herbert Marcuse kritisiert, auch psychoanalytische Verfahren mit emanzipatorischem Anspruch. (Keupp ebd.)
- 40 Interessant ist, wie heute der Philosoph Peter Sloterdijk in seiner beißen, aber nicht ätzenden Kulturkritik auf neuere kulturpessimistische Strömungen reagiert. In einem Vortrag, den er am 16.11.1996 an der Universität Bern hielt, mokierte er sich über die Verbreitung eines Menschenbildes, nach dem schon jedes Kleinkind zwei riesige Eckzähne und ein dickes Fell haben müsste. Er versuchte auch aufzuzeigen, dass Entwicklungsprozesse weniger über eine Verschärfung der Konkurrenz, als viel mehr über eine Kultivierung der Zusammenarbeit gefördert werden. (nach eigenen Notizen)
- 41 Etwas irritierend mag Rogers Rekurs auf Soeren Kierkegaard wirken. Der dänische Philosoph postuliert die Suche nach dem »wahren Selbst«, das sich wie ein fester Kern weit unter der Oberfläche verbirgt. Rogers (1992:115) fragt »Wie kann ich Ich werden?« und »Wer bin ich denn in Wirklichkeit?« Er kritisiert eine fremdbestimmte Haltung, die sich vornehmlich an den Reaktionen der andern orientiert. Das führt Rogers (1992:166) auch in seiner Auseinandersetzung mit Morris' Wertdimensionen weiter aus. Er bekräftigt hier nochmals Kierkegaards »Selbst zu sein, das man in Wahrheit ist«, postuliert ein »Weg vom eigentlich sollte ich, vom Erfüllen kultureller Erwartungen...« und betont später die Entwicklung zur Selbstbestimmung und zum Prozess-Sein, das nicht nach einem endgültigen Status strebt. Schmid (1996:100) relativiert Rogers missverständliche Kierkegaard-Interpretation. Mit dem (wahren) Selbst ist nicht eine letzte Instanz gemeint, sondern ein Verhältnis zu sich selbst, das nur relational und prozesshaft besteht. Ich gewinne die existenzielle Gewissheit, indem ich mich selber als eigenständiges Wesen wahrnehme.

- 42 Max Weber beschreibt den Untergang der antiken Kultur und den Rückzug auf die Gruppenwirtschaft des Mittelalters als Schrumpfungsvorgang. Das Mittelalter fand seinen geistigen Niederschlag auch in der Lehre von der christlichen und familiären Gemeinschaft mit dem »guten Vater im Himmel«. Mit seiner Revolution der Astronomie leitete Kopernikus den Aufbruch in eine neuzeitliche Form gesellschaftlicher Selbstbehauptung ein. Gut ein Jahrhundert später wagte der französische Naturwissenschaftler und Philosoph René Descartes (1596–1650) zu denken, dass der Welt ein hintergründiger Gemeinschaftscharakter fehlt, der die Einzelnen vor dem Verlorensein schützt. Der deutsche Philosoph Immanuel Kant (1724–1804) nahm später eine zeitlich unbegrenzte und damit grundsätzlich unvollendete Welt an. Als positive Wissenschaft sollte die Soziologie dem rationalen Planen und Handeln dienen. Dafür plädierte der Mitbegründer Auguste Comte (1798–1857). Der Übergang von der jenseitsgläubigen Gemeinschafts-Ideologie des Mittelalters zur diesseitsorientierten Vertragsperspektive neuzeitlicher Gesellschaft war indes kein einheitlicher Entwicklungsprozess. Von Anbeginn begleiteten ihn Stimmen und Bewegungen, die das alte Regime personenzentrierter Gemeinschaften gegen die unpersönliche Sachlichkeit geldwirtschaftlicher Beziehungen verteidigten. (Wiegand 1986:15) Durkheims Gegensatz von organischer und mechanischer Solidarität zeigt außerhalb Deutschlands die stärksten Berührungspunkte zu Tönnies' Dichotomie von Gemeinschaft und Gesellschaft. Durkheim verwendet die Begriffe allerdings in entgegengesetztem Sinn. (Bickel 1990:23) Er bezeichnet den sozialen Zusammenhang in traditionellen Gesellschaften als »mechanisch« und die moderne arbeitsteilige Gesellschaft als »organisch«. Problematisch ist bei all diesen Begriffen die mangelnde Genauigkeit und Operationalisierbarkeit sowie die zu einfach konstruierte Dichotomie.
- 43 Martin Buber (1985:264) bezieht sich ebenfalls auf Tönnies' Gegensatz von Gemeinschaft und Gesellschaft. Als Gemeinschaft bezeichnet er die gewachsene Verbundenheit. Sie wird innerlich durch gemeinsamen Besitz (vornehmlich des Bodens), gemeinsame Arbeit, gemeinsame Sitte und/oder gemeinsamen Glauben zusammengehalten. Gesellschaft ist demgegenüber geordnete Getrenntheit. Sie wird äußerlich durch Zwang, Vertrag, Konvention, öffentliche Meinung zusammengehalten. Die Stadt des Mittelalters repräsentiert für ihn die Gemeinschaft, die moderne Großstadt die Gesellschaft. Die Gemeinschaft ist ein enger Verband mit ausgeprägter gegenseitiger Hilfe, die Gesellschaft eine gegliederte Einheit, eine Masse lauter »freier Personen«, die miteinander verkehren und zusammenwirken,

ohne dass Gemeinschaft und gemeinschaftlicher Wille zwischen ihnen entsteht. Den Staatssozialismus kritisiert Buber (1985:265) in diesem Zusammenhang als Träger und Vollstrecker eines Entwicklungsprozesses von der Gemeinschaft zur Gesellschaft. Er missachtet »die Autonomie der organischen Willenssphären«. Die immanente Logik dieser historischen Ideologie versucht die Gesellschaft nach dem Gesetz der Gerechtigkeit umzubauen, aber dieses Unterfangen wird kraft der Macht des Staates zur allkontrollierenden Satzung, welche »die seltene Wunderblüte freier seelenhafter Gerechtigkeit« zum Aussterben bringt.

- 44 Als wichtiges Merkmal der Demokratie gilt nach Günter Hartfiel (1972:118) das Prinzip der Volkssouveränität. Das personale Gleichheitsprinzip garantiert die Teilnahme(möglichkeit) aller Bürgerinnen und Bürger am Prozess der politischen Willensbildung. Das personale Freiheitsprinzip realisiert sich durch den Schutz der Grundrechte. Das soziale Gleichheitsprinzip schützt Bürgerinnen und Bürger vor der Willkür einzelner Machtgruppen. Das Prinzip der institutionalisierten Herrschaftskontrolle ist durch Organisationen und Einrichtungen gegeben, mit denen die Bürgerinnen und Bürger ihre Willensbildung bekunden und das staatlich-politische Handeln kontrollieren. Die Umsetzung dieser Prinzipien braucht mehr als normative Regelungen. Sie hängt von individuellen, gesellschaftlichen und staatlichen Bedingungen ab. Ein altes Spannungsfeld besteht zwischen liberalen und egalitären Postulaten. Die liberalen Postulate betrachten die Bürger vornehmlich als autonome Willensträger. Die egalitären Postulate zielen auf eine möglichst weitgehende Gerechtigkeit ab. Ausgeklügelte Kompromisse charakterisieren den modernen Sozialstaat. Kritisiert werden häufig neue Formen irrationaler Herrschaft, die sich in bürokratischer Fremdbestimmung und einseitiger Abhängigkeit von anonymen Großorganisationen äußern. Vorstellungen einer Demokratisierung, die darauf abzielt, Herrschaft in allen gesellschaftlichen Bereichen abzubauen, beleben die aktuelle Debatte.
- 45 Adolf Gasser (1976:31) betont die Bedeutung der Kleinräume. Er bezeichnet die Mitverantwortung der Bürgerinnen und Bürger als Grundlage einer echten Demokratie. Dazu gehört die Bejahung des Zweifels. Losgelöst von Bindung ist für ihn die Freiheit »ein äußerst gefährlich und zerbrechlich Ding«. Eine Freiheit ohne Pflichtgefühl für die öffentlichen Dinge gerät in Gefahr, zum blossen Individualismus und Egoismus zu verkommen. Demokratie hat viel mit einem starken Bewusstsein für Mitverantwortung zu tun. Sie kommt im bloßen Nebeneinander von Einzelmenschen oder Parteien nicht zum Vorschein. Doch das postulierte Miteinander und Für-

einander lässt sich nicht einfach auf Kommando von oben her einführen und durchsetzen. Die freiheitliche Demokratie ist auf die Dauer immer nur dann lebenskräftig und sinnvoll, wenn sie nicht nur eine Staatsform, sondern eine Lebensform ist. Der Gemeinschaftssinn versteht sich als Wille zum überparteilichen Miteinander. Entscheidend ist auch der Geist, in dem die Gesetze vollzogen werden. Er hängt unter anderem davon ab, wie die (Zentral-)Verwaltung ihre Macht ausübt. »Wo die volksnächsten Lebenskreise, die Gemeinden, keine genügende Eigenverantwortung besitzen, wo sie sich zum Beispiel damit begnügen müssen, die von der Staatsverwaltung bewilligten Kredite auf die einzelnen Firmen zu verteilen – was mehr die Sonderinteressen verschärft und nicht zum gemeinsamen Aufbau anspornt –, da ist ganz besonders auch zwischen Politik und Verwaltung keine richtige Verbindung vorhanden.« (aaO. S. 37)

46 Zu Zeiten Humboldts waren ein Drittel der (Berliner) Bevölkerung – als Soldaten oder in ziviler Anstellung – direkt vom König abhängig. Sachs (1988:28) unterscheidet (wie der englische Philosoph Michael Oakeshott) zwischen »societas« und »universitas«. Die Naturrechtler, von Hobbes bis Hegel, legten den Staat nach dem Vorbild der »societas« aus. Freie und gleiche Bürger, die alle ihre eigene Lebensperspektive verfolgen, kommen darin überein, die Autorität bestimmter Gesetze zu respektieren. Die eingegangenen Bindungen sind formale Spielregeln. Die Idee des konstitutionell gebundenen Rechtsstaats bezieht sich auf diese staatsminimalistische Leitidee. In der Tradition der »universitas« erscheint der Staat hingegen als eine Gemeinschaft, die, unter der sendungsbewussten Autorität des Herrschers, auf ein höheres Ziel hin unterwegs ist. Die Führung beschränkt sich nicht auf die Garantie des Gesetzes. Sie strebt ein höheres Leistungsziel an, das nur mit entsprechenden Direktiven nach unten erreichbar ist und Glück bringen soll. Die neuzeitliche Staatsentwicklung orientiert sich an beiden Vorstellungen.

7 Hannah Arendt (1974) betont in ihren Ausführungen »Über die Revolution« am Beispiel der Vereinigten Staaten, dass es auch eine nicht nationalstaatliche demokratische Revolution gibt. Für sie ist die Lock'sche Interpretation des Staatsvertrags charakteristisch. Thomas Schmid (1988:118) führt aus, wie die Geschichte der Freiheit nicht mit der Französischen Revolution beginnt, sondern eine viel längere Tradition hat. Tocqueville interessiert sich aufgrund seiner Erfahrungen in Amerika dafür. Seine These lautete, dass die Hauptgefahr der Demokratie in ihrer strukturellen Affinität zum starken Staat besteht. Arendt akzentuiert den von Tocqueville hervorgehobenen Unterschied zwischen der Amerikanischen und Französi-

schen Revolution. Während man in Amerika die gute Gemeinschaft der Sünder dem idealen Staat vorzog, waren die Machthaber der französischen Revolution auf den idealen Staat des Volkes aus. Schmid (1988:129) verweist wie Arendt auf Thomas Jefferson. Dieser hatte die Verdrängung der Basisorganisationen als große Gefahr für die amerikanische Demokratie erkannt und eine radikale Dezentralisierung verlangt.

48 Charles Taylors egalitäre Gesellschaftskonzeption impliziert eine rechtliche Absicherung der individuellen Autonomie. (1993:142) Hinzu kommt eine Gemeinschaftsorientierung, die aber nicht für sich alleine betrachtet werden darf. Taylor (1993:142), der wie John Rawls auch zum sozialdemokratischen Flügel der politischen Linken gezählt wird, bezieht sich ausführlich auf Montesquieus »corps intermédiaires«, die als quasi »amphibische Körperschaften« ein Leben außerhalb der politischen Struktur haben und – wie von Tocqueville weiterentwickelt – ein Bollwerk gegen despotische Züge bilden, indem sie ein hohes Maß an basisorientierter Selbstregulation bilden. Taylor (1993:133/146) zeichnet nebst der Montesquieu-Linie auch die Locke'sche Linie nach und hält kritische Distanz zu beiden. Locke vermittelt ein in sich geschlossenes, außerpolitisches, ökonomisches Gesellschaftsbild. Er überschätzt die Möglichkeiten der Selbstregulierung. Das wird auch häufig an Adam Smith kritisiert, der allerdings viel stärker für staatliche Regelungen eingetreten ist, als ihm nachgesagt wird.

49 Habermas versteht den Staat als ein Subsystem der Gesellschaft, das mehrere Schübe der Verrechtlichung durchlaufen hat. (Zöpel 1991:93ff) Der letzte Schub zum sozialen Rechtsstaat lässt sich damit begründen, dass die sich selbst überlassene kapitalistische Wirtschaft soziale Probleme nicht ausreichend regelt. Um genügend Ressourcen zu haben, tendiert dieser Rechtsstaat darauf, stark zu sein. Wie Luhmann verneint Habermas die Möglichkeit staatlichen Handelns nicht grundsätzlich, »er bezweifelt aber die befriedigenden Wirkungen gerade des Wohlfahrtsstaates« (Zöpel). Luhmann bezieht sich in seiner Kritik mehr auf die Möglichkeiten, Habermas auf die Folgen staatlichen Handelns.

50 Das Basler Institut für Soziologie befasst sich seit Jahren mit dritten Wegen. Es konzentriert sich dabei auf Chancen für Entwicklungsländer. (Trappe 1994:885ff.) Die diskutierten Konzepte beziehen sich auf Prozesse des sozio-ökonomischen Wandels sowie auf gesellschaftspolitische Leitbilder. Dabei sind pluralistische Prinzipien wegleitend. Wirtschaftliche Vorstellungen gehen vom staatlichen, privaten und genossenschaftlichen Sektor aus, die nebeneinander bestehen. In der Politik gelten Gewaltentrennung und liberale Grundrechte. Ich verzichte hier darauf, allgemein

- auf dritte Wege einzugehen und greife lediglich einen Punkt heraus, der in unserem Zusammenhang bedeutsam ist. Anthony Giddens (1999) verwendet den Begriff des dritten Weges als Perspektive einer gründlichen Erneuerung der Sozialdemokratie. Hauptziel ist die »Demokratisierung der Demokratie«. Dies unter Einbezug der ökologischen Nachhaltigkeit. Arnold Künzli kritisiert diesen Ansatz als »Leerformel«, der keine Alternative mehr zum Kapitalismus anstrebt. (Neue Wege 2/1999:66)
- 51 In »Dimensionen einer neuen Identität« (1975) weist Erikson im Kapitel »Die alte neue Identität« (S. 84ff.) relativierend auf den Doppelcharakter von Weltbildern hin. Im Kapitel »Krise der Identitätskrise« (S. 112ff.) zeigt er, wie eine ständige Erneuerung der Identität das Bedürfnis nach Festgewachsenem positiv kontrastieren, aber auch in einen festgefahrenen Kreis führen kann. Siehe dazu auch: Erik H. Erikson, Identität und Lebenszyklus. Suhrkamp, Frankfurt/M. 1973 (Orig.: Identity and the Life Cycle).
- 52 Irrationales Rivalisieren findet sich auch in Selbsterfahrungsgruppen. (Richter 1975:141ff.) Nicht selten baut eine Gruppe zwei Exponenten auf, die sich dann als Pole gegenüberstehen. Oder sie überlässt einem ehrgeizigen Leitthema das Feld, der eine dramatische Dynamik provoziert: Das Feld teilt sich in Sieger und Verlierer. Die Opfer belegen den Erfolg und werten jene auf, die sich durchsetzen. Anders scheinen Heile-Welt-Gruppen zu funktionieren. Sie laden zur Flucht in den Himmel auf Erden ein. Die Mitglieder sind vordergründig nett. Dennoch fühlen alle, dass der Zusammenhalt nicht auf echter Solidarisierung beruht. Man hat miteinander einen Scheinfrieden geschlossen. Er klammert wichtige Probleme aus. Wenn sich alle krank fühlen und keine weiteren Verletzungen mehr ertragen, dann verzichten sie darauf, sich gegenseitig die Wahrheit zu sagen. Sie drücken so eine kollektive Neurose aus. Ein vorsichtiges psychologisches Gemeinschaftstraining mag ein wenig entspannen. Die Abwehr der Angst stabilisiert die phobische Reaktionsbildung gegen die tabuisierte Aggression. Was immer als Attacke oder kränkende Abweisung deutbar ist, verstößt gegen den pseudologischen Pazifismus, den man zur absoluten Norm erhebt. So funktioniert die Verschwörung eines unechten Samaritertums. Die Aggression in der Gruppe wird nicht angegangen. Man befasst sich lieber mit Aggressionen außerhalb der Gruppe. Sie betreffen böse Menschen und Mächte, die das tun, was man sich selber streng verbietet. Die Unterdrückung der Aggression und das taktische Lavieren führen zu einer Verarmung und Entleerung der persönlichen Beziehungen. Sie verunmöglichen eine lebendige Solidarität. (Richter ebd.)
- 53 Seyla Benhabib (1993:115) plädiert (in Anlehnung an Derrida) für eine philosophische Politik, die es sich zur Aufgabe macht, neue Formen der Vergesellschaftung in Begriffe zu fassen, die das Anderssein (»le différent«) in ihrer Mitte akzeptieren. Ich halte das für sehr wichtig.
- 54 Das ist auch gemeint, wenn Raymond Battegay (1989:9) die Notwendigkeit einer neuen Solidarität betont. Die sozial Benachteiligten sollen konkret spüren, dass sie ebenfalls zur Gemeinschaft gehören und eine verbindliche Solidarität erwarten dürfen. Diese stützt sich auf ein sozialstaatliches Fundament ab, das seine spezifische Qualität aber erst durch die Verknüpfung mit der neuen Solidarität erlangt, die teilweise freiwillig zum Tragen kommen soll.
- 55 Carl Améry (Arend 1993:58) betont gegenüber allen »sozialtechnokratischen Kniffen« die Notwendigkeit einer umfassenden sozialen Gerechtigkeit. Améry trat 1974 unter Protest gegen den industriefreundlichen Kurs der Schmidt-Regierung aus der SPD aus. In seinem Beitrag »Ungehorsam bringt unsere politische Kultur weiter« (Basler Zeitung, 4.6.1993) verknüpft er sein Gerechtigkeitspostulat mit der Forderung nach einer neuen politischen Moral, die sich nicht von der Macht einbinden lässt.
- 56 Ein Zehntel der Weltbevölkerung verfügen über nur 0,3 Prozent des Welt Handels. Vor zwanzig Jahren hatten sie immerhin doppelt so viel. Die realen Rohstoffpreise sind heute um 45 Prozent niedriger als vor zehn Jahren. Sie liegen 10 Prozent unter dem tiefsten Niveau der Weltwirtschaftskrise von 1932. Das ärmste Fünftel der Weltbevölkerung erzielt 1,1 Prozent des globalen Einkommens. 1960 betrug der Anteil 2,3 Prozent. Das reichste Fünftel hatte damals dreißigmal mehr Einkommen, im letzten Jahr achtzigmal mehr. Bei den Vermögen ist die Kluft noch größer. Seit 1996 erhöhte sich die Zahl der weltweit registrierten Milliardäre von 385 auf 447. Ihr Vermögen übersteigt das Einkommen der halben Weltbevölkerung.
- 57 Gemessen an seinem Anteil am Bruttosozialprodukt lag der dritte Sektor der USA mit 6,3 Prozent vor Großbritannien (4,8 Prozent), Deutschland (3,6 Prozent), Frankreich (3,3 Prozent) und Italien (2 Prozent). Wertmäßig handelt es sich in Deutschland um 54 Mrd. Dollar. Antonin Wagner (1989:16) referiert Schätzungen zur Schweiz. Danach macht der nicht gewinnorientierte Sektor in der Schweiz 1,8 Prozent des Bruttosozialproduktes aus. Viele der erbrachten Leistungen lassen sich aber materiell nicht veranschlagen. 85 000 Personen bzw. rund 3 Prozent der Beschäftigten sind offiziell in diesem Bereich erwerbstätig.
- 58 »Gruppenvielfalt und Gruppenmehrfach-Mitgliedschaft binden nicht nur das Individuum, schaffen nicht nur neue Räume der individuellen Mitwir-

- kung, sondern kanalisieren auch seine Entfaltung, d. h. sie gehen auch zu Lasten der Privatautonomie«, schreibt Paul Trappe (1990:297) und führt aus, wie staatliche Systeme versuchen, Gruppenaktivitäten zu unterbinden (Sozialistengesetz bzw. -verbot von 1878–1890 in Deutschland) oder zwangsweise zu verordnen (faschistischer Korporativismus).
- 59 Solche Vereinigungen sollen »nicht von oben geschaffen, sondern ermöglicht werden«, schreibt Paul Trappe (1990:301). Er setzt sich mit der sozialen Bedeutung von intermediären Gruppen auseinander und erwähnt verschiedene Funktionen, die sie ausüben: Erstens eine Integrationswirkung durch soziale Bindungen an Nicht-Verwandte, die keine übermäßige Gemeinschaftsorientierung mit kollektivistischer Totalintegration anstrebt. Zweitens eine Stabilisierungswirkung, die gerade auch bei einer vorübergehenden Funktionsuntüchtigkeit des Staates zum Tragen kommen kann. Drittens eine soziale Kontrollwirkung, die im Rahmen des geltenden Rechtes über eingespielte Normen und Muster funktioniert. Viertens eine Verstärkungswirkung durch Gleichgesinnte. Fünftens eine soziale Kommunikationsfunktion. Sechstens eine Vehikelfunktion des sozialen und sozialpolitischen Wandels. Siebtens eine ökonomische Funktion, auch wenn das Sozialprodukt diese nicht erfasst. Achters eine Entlastungsfunktion der Staatstätigkeit. Neuntens eine Auslese- und Siebungsfunktion für den individuellen Aufstieg.
- 60 Tönnies hat aus der von ihm dargestellten Entwicklungstendenz die Selbstverpflichtung abgeleitet, Gegenkräfte durch Reformbereitschaft zu stärken und Möglichkeiten einer höheren Form der Gemeinschaftlichkeit zu fördern, die sich von antisolidarischen Gesellschaftstendenzen absetzen. (Rehberg 1993:26) Die Annahme eines gerechten und gemeinschaftlichen Urzustandes reduziert die Gemeinschaft auf keine residuale Kategorie. Sie beinhaltet auch Zukunftsperspektiven. Eine Synthese bezieht sozialistische, pazifizierte weltstaatliche und universal-kulturelle Elemente ein. Sie orientiert sich an der Idee des Allgemein-Menschlichen. Tönnies suchte immer wieder nach Synthetisierungsansätzen seiner grundbegrifflichen Dichotomien. Das staatssozialistische System enthält seiner Meinung nach zu viel »Gesellschaftlichkeit«. Es ist von keiner genossenschaftlich-gemeinschaftlichen Zukunftsperspektive durchdrungen.
- Als alter Mann zog Tönnies übrigens durchs Land, um antifaschistische Kritik zu üben. Im Vorwort zur Ausgabe von 1926 wehrte er sich ausdrücklich gegen die Vereinnahmung seines Buches durch die völkischen Gemeinschaftsbewegungen. (Gérard Rauler 1993:83)
- 61 Horst Mahler, geb. 1936, hat als APO-Anwalt Mitglieder der Roten-Armee-Fraktion verteidigt, ist selber in den Untergrund gegangen, wurde zu 14 Jahren Haft verurteilt, 1980 auf Bewährung freigelassen und ist seit 1988 als Anwalt wieder an Berliner Gerichten zugelassen.
- 62 Bei der Überprüfung der britischen Altersvorsorge (NZZ, 18.7.1997) strebt beispielsweise die Sozialministerin Harriet Harman ein ausgeglicheneres Verhältnis zwischen staatlicher und privater Vorsorge an. Die Regierung von Tony Blair beabsichtigt entsprechend, die staatlichen Pensionssysteme weiterzuführen. Sie will nebst der Grundrente eine einkommensabhängige Zusatzrente (Serps) einführen und damit die Basis für einen umfangreicheren Einsatz von betrieblicher und individueller Altersvorsorge legen. Während in der Schweiz eine Stärkung der ersten Säule (AHV) ins Auge gefasst wird, favorisiert Großbritannien den Ausbau der zweiten Säule (Pensionskasse). Die verschiedenen Maßnahmen führen aber wegen der unterschiedlichen Voraussetzungen eher zu einer Annäherung der Praxis.
- 63 Soziologische Untersuchungen zeigen auf, dass sich in der traditionellen Rollenteilung zwischen Mann und Frau im täglichen Leben weniger geändert hat, als man aufgrund neuer Werthaltungen vermuten könnte. (Basler Zeitung, 23.5.97) Die Zahl der Männer, die im Haushalt Hand anlegen und sich maßgeblich um die Kinder kümmern, ist relativ klein. Das geht aus einer Studie des Marie-Meierhofer-Instituts hervor, die im Rahmen der Nationalfondsstudie »Familien mit Kleinkindern« (unter der Leitung von Kurt Huwiler) gemacht wurde (Abschluss: 1998). 93 von 100 lohnabhängigen Männern gehen einer hundertprozentigen Erwerbstätigkeit nach. An ihrem Arbeitsplatz verbringen sie wöchentlich 45 Stunden. Hinzu kommt die zeitliche Belastung der Fahrtwege. Ferner sind die meisten Männer mehrere Abende außer Haus.
- 64 Vereinfacht lassen sie sich nach Opielka (1990a:23) wie folgt festmachen; bei den Werten: Gleichheit (Staat), Freiheit (Markt) und Solidarität (Gemeinschaft); beim Steuerungsmedium: Macht (S), Tausch (M) und Moral (G); beim formalisierten Medium: Recht (S), Geld (M) und Vereinbarung (G); bei der korporativen Institution: Versorgung (S), Sozialversicherung (M) und Fürsorge (G); beim Bezugsstatus: Bürger (S), Lohnarbeit und Familie (M) und Bedürftige (G); bei der subjektiven Voraussetzung: Grundrecht (S), Leistung (M) und Bedürfnis (G). Hinter diesen Zuschreibungen stehen die Grundsicherungstypen: Grundeinkommen (Staat), bedarfsorientierte Grundsicherung (Markt) und Sozialhilfe (Gemeinschaft). Sie beziehen sich auf die sozialpolitischen Probleme: Teilhabe (S), Ausschluss (M) und Unterversorgung (G).

- 65 Schon der Beveridge-Plan ging davon aus, dass das System der sozialen Sicherheit und das Beschäftigungssystem untrennbar miteinander verbunden sein müssen. Dieser Zusammenhang besteht auch dann, wenn im Sinne eines garantierten Grundeinkommens das Einkommen von der Erwerbsarbeit entkoppelt wird. Das zu verteilende Grund- oder Mindesteinkommen muss schließlich zuerst erarbeitet werden. (Schulte 1990:172)
- 66 Rudolf Strahm (1997:326) erwähnt die Fürsorge- und Ergänzungsleistungen (EL) als Beispiele für das bedarfsorientierte Finalprinzip. Das relativiert sich aber, wenn mit der Ausweitung der EL möglichst alle Risikolücken abgedeckt werden sollen.
- 67 Die Sozialhilfe geht vom Grundsatz der Nachrangigkeit aus. Das bedeutet, dass sie nur dann zur Anwendung kommt, wenn Hilfebedürftige nicht in der Lage sind, Selbsthilfepotenziale in Form von Einkommen, Vermögen, Einsatz der eigenen Arbeitskraft und vorhandenen Ansprüchen gegenüber Dritten zu nutzen. (Vobruba 1990:62) Weil die Sozialversicherungen ihren verfassungsmässigen Grundsatz der Existenzsicherung nicht einlösen, übernimmt die Fürsorge immer mehr Leistungen. Das erschwert auch die von der Gesellschaft für das Gute und Gemeinnützige (GGG) (1977:13) geforderte »Wahrung der Selbstverantwortung in der Sozialhilfe«, die vor allem die Selbsthilfe anregen soll.
- 68 Anne Mäder und Ursula Neff (1988) weisen darauf hin, dass ein implizites Recht auf Sozialhilfe und Existenzsicherung bereits in der Verfassung verankert ist. Die Sozialhilfe-Richtsätze der Schweizerischen Konferenz für öffentliche Sozialhilfe gehen von einem »Recht auf Sozialhilfe« und einer »Pflicht zur Selbsthilfe« (Jürg Meyer, BaZ, 10.10.1997) aus. Sie sichern das Existenzminimum und stellen nach Möglichkeit zusätzliche Mittel für ein würdiges Leben zur Verfügung. Diese können dann gekürzt werden, wenn Bezüger ihre Pflichten zur Selbsthilfe verletzen. Was die privaten Sozialhilfe-Institutionen betrifft, wandte sich der ehemalige SVP-Politiker und Sanitätsdirektor des Kantons Basel-Landschaft, Paul Manz, »gegen das Subsidiaritätsprinzip für die staatliche Sozialpolitik« (BaZ, 28.8.1989). Es sei nicht verantwortbar, wenn der Staat nur dann eingreifen wolle, wenn er zuvor von den Privaten praktisch eine Bankrotterklärung erhalten habe. Es sei vielmehr Aufgabe des Staates, von sich aus das grobmaschige Netz im Sozialbereich zu knüpfen. Für die Privaten gebe es genügend Möglichkeiten, Lücken zu erkennen und zu schließen.
- 69 Die Stadt Zürich etwa leistet »Hilfe zur Selbsthilfe«, indem sie den Erwerbslosen auf einem ergänzenden Arbeitsmarkt »Lohn statt Sozialhilfe« (Stefan Hotz, BaZ, 2.9.1997) anbietet. »Dem Staat werden heute derart

viele Arbeitskräfte quasi vor die Tür hingestellt, dass wir nur die Wahl haben, mit den Leuten selber etwas zu machen oder ihnen den Lebensunterhalt zu bezahlen. Das Zweite bedeutet oft Desintegration, was die Gesellschaft noch einmal teuer zu stehen kommt«, sagt Monika Stocker (ebd.), die Vorsteherin des Sozialdepartements.

- 70 Sie entstand in den sechziger Jahren als Stadtteilmovement mit dem Ziel, eine Entwicklung von unten zu fördern. Am Beispiel des »Black Empowerment« zeigt Mark Gevisser (WoZ, 4.12.1997), dass die Teilhabe »der schwarzen Mehrheit« am Wohlstand zunächst auch sehr eliteorientiert verlaufen kann.
- 71 Das Stufenmodell sieht folgende Phasen vor: 1. Krise als kollektive Erfahrung; 2. Propagierung der Krisenfolgen; 3. Artikulation des Protests; 4. Intensivierung der sozialen Bewegung; 5. Artikulation der Ideologie; 6. Ausbreitung derselben; 7. Organisation der Bewegung; 8. Institutionalisierung derselben. (Brand 1982:33)
- 72 Beck macht seinen Vorschlag im Rahmen eines Berichtes, den die von Kurt Biedenkopf und Edmund Stoiber eingesetzte Zukunftskommission im November 1997 vorgestellt hat. Sein Vorschlag basiert auf Gutachten von Rolf Heinze und Heiner Keupp, die davon ausgehen, dass die Erwerbsarbeit weiter abnimmt und das Potenzial selbst erwirtschafteter Mittel für Sozialprojekte noch längst nicht ausgeschöpft ist. In Deutschland beträgt der Anteil 28 Prozent, in den Vereinigten Staaten 50 Prozent.
- 73 Auf völkerrechtlicher Ebene wird ein solches Recht bereits in den Artikeln 22 und 25 der Allgemeinen Menschenrechtserklärung der Vereinten Nationen postuliert. Danach hat jeder Mensch als Mitglied der Gesellschaft das Recht auf soziale Sicherheit; er hat Anspruch darauf, durch innerstaatliche Massnahmen und internationale Zusammenarbeit unter Berücksichtigung der Organisation und der Hilfsmittel jedes Staates in den Genuss der für seine Würde und die freie Entwicklung seiner Persönlichkeit unentbehrlichen wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte zu gelangen.

LITERATUR

Bücher und Aufsätze

- Adler Alfred, Lebenskenntnis. Fischer, Frankfurt a. M. 1984 (Orig. 1929);
Akademie Deutsch-Italienischer Studien, Das Individuum und die gesellschaftlichen Beziehungen im Europa an der Schwelle des dritten Jahrtausends. Tagungsband, Merano 1997;
Allenspach Heinz, »Soziale Sicherheit – Was können wir uns noch leisten?«, in: Schweizerzeit, Nr. 19, Flaach 1995, S. 7–26;
Altwater Elmar, »Sozialpolitik im ›globalen‹ Dorf«, in: Hengsbach Friedhelm 1995, S. 173–190;
Anselm Sigrun, Angst und Solidarität. Syndikat, Frankfurt a. M. 1985;
Apel Karl-Otto, »Das Anliegen des anglo-amerikanischen ›Kommunitarismus‹ in der Sicht der Diskursethik«, in: Brumlik Micha 1993, S. 149–173;
Arend Michael, Ökosozial. Schweizerischer Nationalfonds, Stadt und Verkehr, Bd. 38, Zürich 1993;
Archipel, Wirtschaft von unten. Nr. 39, Basel, April 1997;
Argument, Staat und Krise. Nr. 104, 19. Jg., Berlin 1977;
Argument, Subjektivität, Lebensläufe. Nr. 126, 23. Jg., Berlin 1981;
Bäcker Gerhard, Ebert Thomas, Zukunft des Sozialstaates. Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf 1996;
Badura Bernhard, Gross Peter, Sozialpolitische Perspektiven. Eine Einführung in die Grundlagen und Probleme sozialer Dienstleistungen. München 1976;
Barber Benjamin, »Kann die Demokratie McWorld überleben? Der Mythos von der regulierenden Kraft des Marktes«, in: Werner Weidenfeld 1997, S. 81–101;
ders., Coca Cola und Heiliger Krieg. Wie Kapitalismus und Fundamentalismus Demokratie und Freiheit abschaffen. Scherz, Bern 1996 (Orig. 1995);
ders., Starke Demokratie. Rotbuch, Hamburg 1994 (Orig. 1984);
Bastian Till, Zivilcourage – Von der Banalität des Guten. Rotbuch, Hamburg 1996;

Battegay Raymond, Kampf der Vereinsamung. Schweizerische Gemeinnützige Ges., Zürich 1989;

ders., Rauchfleisch Udo, Menschliche Autonomie. Vandenhoeck, Göttingen 1990;

Bauer Tobias, Wyss Ursula, Sozialhilfe zwischen Sozialabbau und Grundrecht. Büro für arbeits- und sozialpolitische Studien (BASS), Bern 1997;

ders., Baumann Beat, Auswirkungen der Sparpolitik von Bund, Kantonen und Gemeinden auf die Frauen. BASS, Bern 1996;

Beck Ulrich (Hrsg.), Perspektiven der Weltgesellschaft. Suhrkamp, Frankfurt a.M. 1998;

ders. (Hrsg.), Kinder der Freiheit. Suhrkamp, Frankfurt a. M. 1997;

ders., Die Erfindung des Politischen. Suhrkamp, Frankfurt a. M. 1993;

ders., Risikogesellschaft. Suhrkamp, Frankfurt a. M. 1986;

Becker Joachim, Der erschöpfte Sozialstaat. Eichborn, Frankfurt a. M. 1994;

Becker Thomas A., »Solidarität im Wettbewerbsstaat«, in: Pro Infirmis 1997, S. 8–16;

Bell Daniel, Die Sozialwissenschaften seit 1945. Campus, Frankfurt a. M. 1986 (Orig. 1982);

ders., Die nachindustrielle Gesellschaft. Campus, Frankfurt 1975 (Orig. 1973);

Bellah Robert N., et al., »Gegen die Tyrannei des Marktes«, in: Christel Zählmann 1992, S. 57–74;

ders., et al., Gewohnheiten des Herzes. Bund-Verlag, Köln 1987;

Bellermann Martin, »Subsidiarität und Selbsthilfe«, in: Rolf G. Heinze 1986, S. 92–117;

Benhabib Seyla, »Demokratie und Differenz«, in: Brumlik Micha 1993, S. 97–117;

Berger Peter L., »Demokratie und geistige Orientierung – Sinnvermittlung in der Zivilgesellschaft«, in: Werner Weidenfeld 1997a, S. 450–469;

ders. (Hrsg.), Die Grenzen der Gemeinschaft. Bertelsmann, Gütersloh 1997b;

Bergmann Theodor, »Genossenschaft und Gemeinwirtschaft«, in: Das Argument, Nr. 162, 29. Jg., Berlin 1987, S. 167–174;

Bernsdorf Wilhelm (Hrsg.), Wörterbuch der Soziologie. Fischer, Frankfurt 1976 (Bd. 1), 1977 (Bd. 2, 3), Orig. 1969/72;

Beywl Wolfgang, Brombach Hartmut, »Zwischen kultureller Autonomie und politischer Vereinnahmung«, Beilage zur Wochenzeitung »Das Parlament«, Nr. 11, 17.3.1984, S. 15–30;

Bickel Cornelius, »»Gemeinschaft« als kritischer Begriff bei Tönnies«, in: Schlüter Carsten 1990, S. 27–47;

Biderbost Salomon, Mit übersetzter Geschwindigkeit. Erfahrungen mit unbezahlter Arbeit. Realutopia, Zürich 1997;

Bierbaum Heinz, Riege Marlo (Hrsg.), Die neue Genossenschaftsbewegung. VSA, Hamburg 1985;

Binder Johann, Ulrich Werner, Armut im Kanton Bern. Gesundheits- und Fürsorgedirektion, Bern 1992;

Bloch Ernst, »Freiheit und Ordnung, Abriß der Sozialutopien«, in: ders. Das Prinzip Hoffnung. Bd. 2, Suhrkamp, Frankfurt a. M. 1976, S. 547–729;

Boesch Jakob, Nachbarschaftshilfe für Gesunde und Kranke. Rüeegg, Zürich 1991;

Bourdieu Pierre, Das Elend der Welt. édition discours, Universitätsverlag, Konstanz 1997 (Orig. 1993);

ders., Sozialer Sinn. Suhrkamp, Frankfurt a.M. 1987 (Orig. 1980);

ders., »Ökonomisches Kapital, kulturelles Kapital, soziales Kapital«, in: Reinhard Kreckel 1983, S. 183–198;

Brand Karl-Werner, Neue soziale Bewegungen. Westdeutscher Verlag, Opladen 1982;

Brumlik Micha, Brunkhorst Hauke, Gemeinschaft und Gerechtigkeit. Fischer, Frankfurt a. M. 1993;

Brumlik Micha, et al., Liberté, égalité, fraternité: Es ist Zeit, etwas zu tun! Paper, Hessische Gesellschaft für Demokratie und Ökologie, 1997;

Brunn Anke, »Selbsthilfe zwischen Sozialabbau und Selbstbestimmung«, in: Rolf G. Heinze 1986, S. 170–178;

Buber Martin, Begegnung. Autobiographische Fragmente. Verlag Lambert Schneider, Heidelberg 1986;

ders., Pfade in Utopia. Über Gemeinschaft und deren Verwirklichung. Verlag Lambert Schneider, Heidelberg 1985 (Orig. 1947);

ders., Ich und Du. Ex Libris, Zürich 1970 (1962);

ders., Der utopische Sozialismus. Hegner, Köln 1967;

Budowski Monica, Schmied Mattanza Waltraud, Kooperation und Rivalität in der spitalexternen Gesundheitsversorgung. Seismo, Zürich 1995;

Bundesamt für Sozialversicherung, Soziale Sicherheit. Nr. 3, Bern 1995;

Bundesamt für Statistik, Haushalte und Familien: die Vielfalt der Lebensformen. Bern 1996;

Burmeister Klaus, et al., Netzwerke. Beltz, Weinheim 1991;

Butz Daniel, et al., Dienstleistungsbörse. Diplomarbeit, HFS, Basel 1996;

Cantzen Rolf, Weniger Staat – mehr Gesellschaft. Fischer, Frankfurt a. M. 1987a;

ders., Vilmar Fritz, Selbsthilfe und Selbstorganisation. Arbeitsheft Nr. 1, Berlin 1987b;

ders., Freiheit unter saurem Regen. Überlegungen zu einem libertär-ökologischen Gesellschaftskonzept. Edition Ahrens, Berlin 1984;

Caritas, Armut und garantiertes Grundeinkommen. Luzern 1995;

Caritas, Existenzsicherndes Grundeinkommen? Tagungsbericht, Luzern 1991;

Caritas, Armut – ein anderes Gesicht der Schweiz. Berichte, Nr. 2, Luzern 1987;

Caritas, Freiwilligen-Arbeit. Nr. 2, Luzern 1986;

Chenu Marie-Dominique, Kirchliche Soziallehre im Wandel. Exodus, Fribourg/Luzern 1991 (Orig. 1977);

Claussen Verena, Ott Britt, Selbsthilfegruppen und Sozialarbeit. HFS, Basel 1987;

Dahinden Martin, Neue soziale Bewegungen. Schweiz. Hochschulen, Zürich 1987;

Dahrendorf Ralf, »Anmerkungen zur Globalisierung«, in: Ulrich Beck 1998, S. 41–55;

Deppe Frank, »Partizipation, Autonomie und Demokratie«, in: Fritz Haug 1981b, S. 37–48;

Diewald Martin, Der Wandel der Lebensformen und seine Folgen für die soziale Integration. Paper, Wissenschaftszentrum, Berlin 1990;

Durkheim Emile, Über die Teilung der sozialen Arbeit. Suhrkamp, Frankfurt a.M. 1977 (Orig. 1893);

Eichorn Peter (Hrsg.), Selbstverwaltete Betriebe. Nomos, Baden-Baden 1988;

Elias Norbert, Die Gesellschaft der Individuen. Suhrkamp, Frankfurt a.M. 1987;

Elsen Susanne, »Gemeinwesen als Orte der Existenzsicherung«, in: Heinz A. Ries 1997, S. 123–152;

Engholm Björn, Die Zukunft der Freizeit. Beltz, Weinheim/Basel 1987;

Erikson Erik H., Dimensionen einer neuen Identität. Suhrkamp, Frankfurt a.M. 1975 (Orig. 1974);

Etzioni Amitai, »Der moralische Dialog«, in: Werner Weidenfeld 1997, S. 218–233;

ders., Die faire Gesellschaft. Jenseits von Sozialismus und Kapitalismus. Fischer, Frankfurt a.M. 1996 (Orig.: The Moral Dimension. Towards a New Economics, New York 1988);

ders., Die Entdeckung des Gemeinwesens – Ansprüche, Verantwortlichkeiten und das Programm des Kommunitarismus. Schäffer-Poeschel, Stuttgart 1995 (Orig.: The Spirit of Community, New York 1993);

Farago Peter, Füglistaler Peter, Armut verhindern. Die Zürcher Armutsstudie: Ergebnisse und sozialpolitische Vorschläge. Kt. Fürsorgedirektion, Zürich 1992;

Fehlmann Maja, et al., Handbuch Sozialwesen Schweiz. Pro Juventute, Zürich 1987;

Fink Ulf, »Subsidiarität – Lösung für sozialpolitische Probleme der Gegenwart«, in: Rolf G. Heinze 1986, S. 157–170;

ders., »Neue Wege in der Sozial- und Gesellschaftspolitik«, in: Fisch 1985, S. 11–23;

ders., »Möglichkeiten und Grenzen der Selbsthilfebewegung«, in: Caritasverband 1984, S. 130–145;

Fisch Mascha M., Selbsthilfegruppen berichten. Herder, Freiburg i.Br. 1985;

Fischer Joschka, Für einen neuen Gesellschaftsvertrag. Kiepenhauer & Witsch, Köln 1998;

Fischler Rolf, Lande Margot M., Freiwillige im Sozialbereich. Heuwinkel, Basel 1990;

Flego Gvozden, »Gemeinschaften ohne Gesellschaft?«, in: Brumlik Micha 1993, S. 63–72;

Flick Uwe, Handbuch qualitative Sozialforschung. Psychologie Verlags Union, München 1991;

Flieger Burghard, Produktivgenossenschaft als fortschrittliche Organisation. Metropolis, Marburg 1996;

Forrester Viviane, Der Terror der Ökonomie. Zsolnay Verlag, Wien 1997 (Orig.: L'horreur économique. Librairie Arthème Fayard, Paris 1996);

Foucault Michel, Psychologie und Geisteskrankheit. Suhrkamp, Frankfurt a.M. 1968 (Orig. 1954);

Fragnière Jean-Pierre, et al., Retraités en action. Réalités sociales, Lausanne 1996;

ders., Repenser la sécurité sociale. Réalités sociales, Lausanne 1995;

ders. et al., Sozialhilfe. NFP 29, Bulletin Nr. 5, Lausanne 1994;

Franz Hans-Jürgen, »Selbsthilfe zwischen sozialer Bewegung und spezifischer Organisationsform sozialpolitischer Leistungserbringung«, in: Kaufmann Franz-Xaver 1987, S. 307.343;

Fromm Erich, Die Furcht vor der Freiheit. dtv, München 1990 (Orig. 1941);

ders., Haben oder Sein. dtv, München 1979 (Orig. 1976);

ders., Die Revolution der Hoffnung. Rowohlt, Hamburg 1976 (Orig. 1968);

Füglistaler Peter, Pederngna Maurice, Vision einer sozialen Schweiz. Zum Umbau der Sozialpolitik. Haupt, Bern 1996;

ders., Hohl Marcela, Armut und Einkommensschwäche im Kt. St. Gallen. Forsch. inst. f. Arbeit/Hochschule, Bd. 7, Haupt, Bern 1992;

Galbraith John Kenneth, Die solidarische Gesellschaft. Hoffmann und Campe, Hamburg 1998;

Gasser Adolf, Staatlicher Großraum und autonome Kleinräume. Social Strategies, Ed. Trappe Paul, Vol. 1976;

ders., »Vom griechischen zum schweizerischen Bundesstaat«, Sonderdruck aus der Schweizerischen Lehrerzeitung, Nr. 30, 30.7.1948, S. 3–16;

Geiger Theodor, Arbeiten zur Soziologie. Luchterhand, Neuwied 1962 (Einführung: Paul Trappe, S. 13–45);

Gesellschaft für das Gute und Gemeinnützige (GGG), Private gemeinnützige Tätigkeit im modernen Sozialstaat. Tagungsbericht, Basel 1977;

Giddens Anthony, Der dritte Weg. Suhrkamp, Frankfurt a. M. 1999;

ders., Jenseits von Links und Rechts. Suhrkamp, Frankfurt a. M. 1997 (Orig. 1994);

Gilliand Pierre, »Sozialpolitik, wirtschaftlicher Druck und Perspektiven«, in: Schweiz. Ges. für ein soziales Gesundheitswesen, Dokumentation Sozialpolitik, Basel 1997, S. 20–26;

ders., »Das Existenzsichernde Grundeinkommen: Konzepte und Realisierungsmöglichkeiten«, in: Caritas 1991, S. 49–67;

Glaessner Gert-Joachim (Hrsg.), Vertrauen auf die eigene Kraft – Selbsthilfeprojekte und Kooperativen in der Dritten Welt. Expreß Edition, Berlin 1984;

Gorz André, Misères du présent. Richesse du possible. Galilée, Paris 1997;

ders., Wege ins Paradies. Rotbuch, Berlin 1984 (Orig. 1983);

Gronemeyer Marianne, Motivation und politisches Handeln. Hoffmann und Campe, Hamburg 1976;

Gross Peter, »Die neue Macht des Schicksals. Zur Ordnungspolitik des Sozialstaats.«, in: Rolf G. Heinze 1986, S. 64–92;

ders., »Reißt das soziale Netz – oder nur der Vorhang? In: Caritasverband 1984, S. 28–43;

ders., Die Verheißungen der Dienstleistungsgesellschaft. Westdeutscher Verlag, Opladen 1983;

Grossenbacher Silvia, et al., Schule und Soziale Arbeit in gefährlicher Gesellschaft. Haupt, Bern 1987;

Gruppe von Lissabon, Grenzen des Wettbewerbs – Die Globalisierung der Wirtschaft und die Zukunft der Menschheit. Luchterhand, München 1997 (Orig. 1995);

Habermas Jürgen, Die postnationale Konstellation. Suhrkamp, Frankfurt a. M. 1998

ders., Vergangenheit als Zukunft. pendo, Zürich 1990;

ders., Die Neue Unübersichtlichkeit. Suhrkamp, Frankfurt a. M. 1985;

ders., Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus. Suhrkamp, Frankfurt a. M. 1973;

Hainard François, et al., Avons-nous des pauvres? Enquête sur la précarité et la pauvreté dans le canton de Neuchâtel. Cahier de l'ISSP, No 12, Neuchâtel 1990;

Haldimann Urs, Zwischen Karriere, Küche und Kinderzimmer. Ratgeber. Der Schweizerische Beobachter, Glattbrugg 1996;

Hartfiel Günter, Wörterbuch der Soziologie. Kröner, Stuttgart 1972;

Haug Wolfgang, et al. (Hrsg.), Selbstverwaltung. Anares, Köln 1981a;

ders., Selbstverwaltung. Argument-Sonderband, Berlin 1981b;

Haupt Bernhard, »Soziale Arbeit und neue soziale Bewegungen«, in: SBS, Sozialarbeit, Nr. 3/4, Bern 1991, S. 2–10;

Heinze Rolf G. (Hrsg.), et al., Der neue Sozialstaat. Lambertus, Freiburg i. Br. 1988;

ders. (Hrsg.), Neue Subsidiarität: Leitidee für eine zukünftige Sozialpolitik? Westdeutscher Verlag, Opladen 1986;

Heinze Thomas, Qualitative Sozialforschung. Westdeutscher Verlag, Opladen 1992;

Heitmeyer Wilhelm (Hrsg.), Was hält die Gesellschaft zusammen? Suhrkamp, Frankfurt a. M. 1997;

Hegner Friedhart, »Zukunftswege der Industriegesellschaft«, in: Rolf G. Heinze 1986, S. 303–339;

Hengsbach Friedhelm, Möhring-Hesse Matthias, Eure Armut kotzt uns an! Solidarität in der Krise. Fischer, Frankfurt a. M. 1995;

Herzinger Richard, Die Tyrannei des Gemeinnsinns. Rowohlt, Berlin 1997;

Hess Beatrice, Nadai Eva, Freiwillige und ihre Arbeit. Bericht NFP 35, Zürich 1996;

Hirsch Joachim, Der nationale Wettbewerbsstaat. Staat, Demokratie und Politik im globalen Kapitalismus. Edition ID-Archiv, Berlin/Amsterdam 1996 (1. A. 1995)

ders., »Vom fordistischen Sicherheitsstaat zum nationalen Wettbewerbsstaat«, in: Das Argument, Nr. 203, 36. Jg., Heft 1, Hamburg/Berlin, Febr. 1994, S. 7–23;

ders., Der Sicherheitsstaat. Syndikat/EVA, Frankfurt a. M. 1986 (1980);

Hochstrasser Franz, Konsumismus und Soziale Arbeit. Haupt, Bern 1995;

Hoffmann-Nowotny Hans-Joachim, Der Prozess der Individualisierung – Ursachen und Konsequenzen. Stämpfli, Bern 1989;

Holloway John, »Reform des Staats: Globales Kapital und nationaler Staat«, in: Prokla, Nr. 90, 23. Jg., Westfälischer DV, Münster 1993, S. 12–34;

Hollstein Walter, Die Gegengesellschaft. Rowohlt, Hamburg 1982;

ders., Alternativprojekte. Rowohlt, Hamburg 1980;

Honneth Axel, »Posttraditionale Gemeinschaften«, in: Brumlik Micha 1993, S. 260–273;

ders., »Individualisierung und Gemeinschaft«, in: Christel Zahlmann 1992, S. 16–24;

Höpfinger François, Zur Entwicklung der Armut und des Armutsrisikos bei zukünftigen Rentnerinnen und Rentnern. Pro Senectute, Zürich 1997;

ders., »Zur Rollenverteilung von Bund, Kanton und Gemeinden bei der Armutsbekämpfung«, Sozialamt der Stadt Zürich 1995, S. 13–21;

ders., »Neuregelung der Sozialhilfe. Welche Reformen drängen sich auf?«, in: Jean-Pierre Fragnière 1994, S. 107–117;

ders., Wyss Kurt, Am Rande des Sozialstaates. Formen und Funktionen öffentlicher Sozialhilfe im Vergleich. Haupt, Bern 1994;

ders., Stuckelberger Astrid, Alter und Altersforschung in der Schweiz. Seismo, Zürich 1992;

ders., Sommer Jürg H., Wandel der Lebensformen und soziale Sicherheit in der Schweiz. Rüegger, Grösch 1989;

Horn Klaus, »Über den Zusammenhang zwischen Angst und politischer Apathie«, in: Herbert Marcuse 1970, S. 59–80;

Huber Joseph, »Die Netzwerk-Idee – Rückblick und Ausblick«, in: Burmeister Klaus 1991, S. 43–54;

ders., Herrschen und Sehnen. Kulturdynamik des Westens. Beltz, Weinheim 1989;

ders., »Soziale Bewegungen«, in: Zeitschrift für Soziologie, Nr. 6, 17. Jg., Stuttgart, Dezember 1988, Enke Verlag, S. 424–435;

ders., Die neuen Helfer. Piper, München 1987;

Hug Heinz, Kropotkin. Junius, Hamburg 1989;

Hungerbühler Ruth, »Zwischen Single-Existenz und Doppelbelastung«, in: Emanzipation, Nr. 4, 17. Jg., Bern 1991, S. 3–8;

Instituto di Ricerche Economiche, La Réforme de l'Etat Social et la Perspective de son Dépassement. Dokumentation, Bellinzona 1996;

Jaeggi Eva, Ich sag mir selber Guten Morgen. Single – eine moderne Lebensform. Piper, München 1997 (Orig. 1992);

Joas Hans, »Alte und neue Möglichkeiten sozialer Integration«, in: Hengsbach Friedhelm 1995, S. 69–83;

ders., »Gemeinschaft und Demokratie in den USA«, in: Brumlik Micha 1993, S. 49–63;

Jonas Hans, Erkenntnis und Verantwortung. Lamuv, Göttingen 1991;

ders., Das Prinzip Verantwortung. Versuch einer Ethik für die technologische Zivilisation. Suhrkamp, Frankfurt a.M. 1984;

Jordi Michael, Ötiker Hansruedi, »Freiwillige Arbeit ist kein Sparrezept«, in: Integro, Nr. 1, Zürich 1992, S. 14–15;

Justitia et Pax, Die Zukunft der sozialen Sicherheit. Institut für Sozialethik, Zürich 1997;

Kane Yvonne, Familie ohne Arbeit. Pro Juventute, Zürich 1996;

Kaufmann Franz-Xaver (Hrsg.), Staat, intermediäre Instanzen und Selbsthilfe. Oldenbourg, München 1987;

ders., »Steuerungsprobleme der Sozialpolitik«, in: Rolf G. Heinze 1986, S. 39–64;

ders. (Hrsg.), Staatliche Sozialpolitik und Familie. München/Wien 1983;

Kersting Wolfgang, John Rawls. Junius, Hamburg 1993;

Keupp Heiner, »Identitätsbeziehungen nach dem Ende der Metaerzählungen«, in: Silvia Grossenbacher 1997, S. 133–149;

ders., »Gemeinsinn und Selbstsorge«, in: Wolf Rainer Wendt 1996, S. 78–96;

ders., Der Mensch als soziales Wesen. Piper, München 1995;

ders., Bernd Röhle (Hrsg.), Soziale Netzwerke. Campus, Frankfurt/M. 1987;

Kirsch Guy, »Die Deregulierungsdebatte«, in: Thomas Schmid 1988, S. 38–51;

Klages Helmut, »Der »schwierige Bürger« – Bedrohung oder Zukunftspersonal?«, in: Werner Weidenfeld 1997, S. 233–254;

Kleger Heinz, »Solidarität als moderne Kohärenzkraft«, in: Georges T. Roos 1997, S. 100–110;

Kofler Leo, Zur Kritik der Alternativen. VSA, Hamburg 1983;

Kraetke Stefan, »Gemeinwirtschaft: Einsteigen statt aussteigen«, in: Das Argument, Nr. 162, 29. Jg., Berlin 1987, S. 174–191;

Kratke Michael R., »Über die Sozialisierung des Sozialstaats«, in: Widerspruch, Nr. 34, 17. Jg., Zürich 1997, S. 31–45;

Krause Skadi, Malowitz Karsten, Michael Walzer. Junius, Hamburg 1998;

Kreckel Reinhard (Hrsg.), Soziale Ungleichheiten. Soziale Welt, Sonderband 2, Otto Schwartz & Co., Göttingen 1983;

Kretschmann Winfried, »Rekommunalisierung: Provinz gegen Staat«, in: Thomas Schmid, Entstaatlichung. Berlin 1988, S. 67–75;

Kriesi Hanspeter, Entscheidungsstrukturen und Entscheidungsprozesse in der schweizerischen Politik. Campus, Frankfurt 1990;

ders., »Neue soziale Bewegungen – der Protest einer Generation?«, in: Dahinden Martin 1987, S. 25–43;

ders. (Hrsg.), *Bewegung in der Schweizer Politik*. Campus, Frankfurt 1985;

ders., *Politische Aktivierung in der Schweiz 1945–1978*. Rüegger, Diessenhofen 1981;

Künzli Arnold, »Vom Elend der Linken«, in: *Neue Wege*, Nr. 2, Zürich 1999, S. 66–68;

ders., »Die föderalistische Friedensordnung der Anarchisten«, in: ders., *Tradition und Revolution*. Schwabe, Basel 1975, S. 157–172;

Kurz Robert, *Der Letzte macht das Licht aus*. Tiamat, Berlin 1993;

LAKO, *Handbuch Sozialwesen Schweiz*. Pro Juventute, Zürich 1987;

Landauer Gustav, *Entstaatlichung*. Büchse, Telgte 1976 (Orig. 1907–1911);

Leibfried Stephan, »Soziale Grundsicherung«, in: *Vobruha Georg* 1990, S. 182–233;

Leisinger Klaus M., *Unternehmenseethik. Globale Verantwortung und modernes Management*. C.H. Beck, München 1997;

Lempp Reinhart, *Die autistische Gesellschaft*. Kösel, München 1996;

Lerch Fredi, Simmen Andreas, *Der leergeglaubte Staat*. WoZ im Rotpunktverlag, Zürich 1991;

Leu Robert, et al., *Lebensqualität und Armut in der Schweiz*. Verlag Paul Haupt, Bern 1997;

Leuzinger-Naef Susann, Ecoffey Eva, *Garantiertes Mindesteinkommen*. Paper, Sozialpolitische Kommission der SPS, Zürich 1992;

Levy René, et al., *Tous égaux? De la stratification aux représentations*. Seismo Verlag, Zürich 1997;

ders., Duvanel Laurent, *Politik von unten*. Lenos, Basel 1984;

Ley Katharina, »Wem dient die freiwillige Mitarbeit?«, in: *Sozialarbeit*, Nr. 10, Bern 1990, S. 38–42;

Linder Wolf (Hrsg.), *Zukunft des Staates*. Haupt, Bern 1991;

ders., *Politische Entscheidung und Gesetzesvollzug in der Schweiz*. Haupt, Bern 1987a;

ders., »Vom Einfluß neuer Bewegungen auf die institutionelle Politik«, in: Dahinden Martin 1987b, S. 7–25;

Lindner Rolf (Hrsg.), *Die Wiederkehr des Regionalen*. Campus, Frankfurt a.M. 1994;

Luhmann Niklas, *Soziale Systeme. Grundriß einer allgemeinen Theorie*. Frankfurt a.M. 1984;

Luxemburg Rosa, »Genossenschaften im Kapitalismus – ein Zwitterding«, in: *Das Argument*, Nr. 162, 29. Jg., Berlin 1987, S. 159–162 (Orig. 1899);

Mächler Thomas, et al., *Selbsthilfe wirtschaftlich Schwacher*. Haupt, Bern 1994;

ders., »Genügen unsere heutigen Mittel und Instrumente für die Herausforderungen der 90er Jahre?«, in: *Caritas* 1991, S. 37–49;

Mäder Anne, Neff Ursula, *Vom Bittgang zum Recht, zur Garantie des sozialen Existenzminimums in der Schweiz*. Haupt, Bern 1988;

Mäder Ueli, et al., *Sozialuntersuchung Baselland – Alter. Pro Senectute*, Liestal 1995;

ders., *Armut – Anpassung und Widerstand*. HFS, Basel 1994;

ders., et al., *Armut im Kanton Basel-Stadt*. Social Strategies, Ed. Paul Trappe, Basel 1991;

Mahrer Isabell, »Die Dringlichkeit des existenzsichernden Einkommens«, in: *Caritas* 1991, S. 29–36;

Mantey Jutta, et al., »Die Entwicklung des Genossenschaftsgedankens in Europa«, in: Glaessner Gert-Joachim 1984, S. 17–45;

Marcuse Herbert, et al., *Aggression und Anpassung in der Industriegesellschaft*. Suhrkamp, Frankfurt a.M. 1970 (1. A. 1968);

ders., *Triebstruktur und Gesellschaft*. Suhrkamp, Frankfurt a.M. 1968 (Orig. 1957);

Martin Hans-Peter, Schumann Harald, *Die Globalisierungsfalle. Der Angriff auf Demokratie und Wohlstand*. Rowohlt, Reinbek 1997 (1. A. 1996);

Meadows Dennis, *Die Grenzen des Wachstums. Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit*. dva, Stuttgart 1972 (Orig. 1972);

Meyer Lutz, John Rawls und die Kommunitaristen. Königshausen & Neumann, Würzburg 1996;

Mies Maria, Shiva Vandana, *Ökofeminismus – Beiträge zur Theorie und Praxis*. Rotpunktverlag, Zürich 1995;

Ministerium für Arbeit, Seniorengenossenschaften. Dokumentation, Stuttgart 1994;

Misik Robert, *Mythos Weltmarkt*. ATV (Aufbau Taschenbuch Verlag), Berlin 1997;

Mitscherlich Alexander, *Die Idee des Friedens und die menschliche Aggressivität*. Suhrkamp, Frankfurt a.M. 1970 (1. A. 1969);

ders., *Auf dem Weg zur vaterlosen Gesellschaft. Ideen zur Sozialpsychologie*. Piper, München 1963;

Moeller Michael Lukas, *Anders helfen*. Klett, Stuttgart 1981;

ders., *Selbsthilfegruppen*. Rowohlt, 1978;

Moser Heinz, *Grundlagen der Praxisforschung*. Lambertus, Freiburg i.Br. 1995;

Müller Christiane, Zeitnot. Diss., Beltz, Weinheim/Basel 1984;
 Nadai Eva, Gemeinsinn und Eigennutz. Haupt, Bern 1996;
 Nell-Breuning Oswald von, »Solidarität und Subsidiarität«, in: Caritasverband 1984, S. 88–96;
 ders., Gerechtigkeit und Freiheit. Grundzüge katholischer Soziallehre. Katholische Sozialakademie, Wien 1980 (2. A. 1985);
 Niethammer Lutz, »Konjunkturen und Konkurrenzen kollektiver Identität«, in: Prokla, Nr. 96, Münster 194, S. 378–400;
 Novy Klaus, »Ende oder Anfang der Gemeinwirtschaft?«, in: Das Argument, Nr. 162, 29. Jg., Berlin 1987, S. 191–200;
 ders., »Alter Genossenschaftsanspruch – gilt auch für die heutige Genossenschaftsdebatte«, in: Bierbaum 1985, S. 124–142;
 Offe Claus, »Bewährungsproben – Über einige Beweislasten bei der Verteidigung der liberalen Demokratie«, in: Werner Weidenfeld 1997, S. 141–158;
 ders., Heinze Rolf G., Organisierte Eigenarbeit. Das Modell Kooperationsring. Campus, Frankfurt/New York 1990;
 Olk Thomas, »Selbsthilfe und Caritas«, in: Fritz Boll 1987, S. 144–175;
 ders., »Neue Subsidiaritätspolitik – Abschied vom Sozialstaat oder Entfaltung autonomer Lebensstile?«, in: Rolf G. Heinze 1986, S. 283–303;
 Opaschowski Horst W., Freizeit und Umwelt. B.A.T., Hamburg 1985;
 Opielka Michael, »Gemeinschaft« und Sozialpolitik«, Arbeitspapier, Institut für Sozialökologie, Hennef 1990;
 ders., »Gemeinschaft« und Sozialpolitik«, in: Schlüter Carsten 1990b, S. 163–191;
 ders. (Hrsg.), Sozialökologie als ganzheitliche Sozialtheorie? Arbeitspapier, Institut für Sozialökologie, Hennef 1988;
 ders., »Autonomie und Integration«, in: Fritz Boll 1987, S. 90–105;
 ders., et al., »Umbau statt Abbau des Sozialstaats«, in: Widersprüche, Nr. 8, 3. Jg., Offenbach 1983a, S. 7–19;
 ders., »Gründe für eine ökologische Sozialpolitik«, in: Widersprüche, Nr. 8, 3. Jg., Offenbach 1983b, S. 47–56;
 Pankoke Eckart, »Stabilität, Pluralität und Reflexivität sozialer Verbindlichkeit. Zur subsidiären Ordnung sozialer Dienste«, in: Rolf G. Heinze 1986, S. 117–142;
 ders., »Organisiertes Helfen, soziale Nähe und behinderter Sinn«, in: Caritasverband 1984, S. 96–118;
 Perruchoud-Massy Marie-Françoise, Die Armut im Wallis. Departement der Sozialdienste, Sion 1991;

Pfister Dieter, Sozialmarkt Schweiz zwischen Unter- und Überversorgung. KMU-Eigenverlag, Binningen/Basel 1996;
 Prognos, Freie Wohlfahrtspflege bis zum Jahr 2000. Basel 1984;
 Pro Infirmis, Solidarität in Konkurs? Sozialmarkt im Verdrängungskampf. Forum, Nr. 1, Zürich 1997;
 Prokla, Fundamentalismus und neue Religiosität. 24. Jg., Nr. 96, Westfälischer DV, Münster 1994;
 Prokla, Netzwerke zwischen Markt und Staat. 24. Jg., Nr. 97, Westfälischer DV, Münster 1994;
 Pury David de, Mut zum Aufbruch. Orell Füssli, Zürich 1995;
 Raasch Sibylle, »Der bürgerliche Gesellschaftsvertrag – ein Männervertrag«, in: Hengsbach Friedhelm 1995, S. 103–117;
 Rammstedt Otthein, »Zur Theorie der Friedensbewegung als sozialer Bewegung«, in: Ulrike C. Wasmuth 1989, S. 140–159;
 Raulet Gérard, »Die Modernität der ›Gemeinschaft‹«, in: Brumlik Micha 1993, S. 72–97;
 Rauscher Anton, Katholische Soziallehre. Entwicklungen, Probleme, Aufgaben. Kathol. Soz.wiss. Zentralstelle, Heft Nr. 159, Mönchengladbach 1989a;
 ders., SPD – wohin? Zum Entwurf des neuen Grundsatzprogramms. Kathol. Soz.wiss. Zentralstelle, Heft Nr. 162, Mönchengladbach 1989b;
 Rechsteiner Rudolf, Sozialstaat Schweiz am Ende? Unionsverlag, Zürich 1998;
 Reese-Schäfer Walter, Was ist Kommunitarismus? Campus, Frankfurt a.M. 1994;
 ders., Luhmann zur Einführung. Junius, Frankfurt a.M. 1996 (1. A.: 1992);
 Rehberg Karl-Siebert, »Gemeinschaft und Gesellschaft – Tönnies und Wir«, in: Brumlik Micha 1993, S. 19–49;
 Reheis Fritz, Die Kreativität der Langsamkeit. Wiss.buchges., Darmstadt 1996;
 Reis Claus, Dorenburg Hermann, Selbsthilfe. Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge, Frankfurt a.M. 1985;
 Richter Horst E., Umgang mit Angst. Hoffmann und Campe, Hamburg 1992;
 ders., Lernziel Solidarität. Ex Libris, Zürich 1975 (Orig. 1974);
 ders., Patient Familie. Rowohlt, Reinbek 1970;
 Ries Heinz A., et al., Hoffnung Gemeinwesen. Luchterhand, Neuwied 1997;
 Riesman David, Die einsame Masse. Rowohlt, Reinbek 1958 (1950);
 Rödel Ulrich, Autonome Gesellschaft und libertäre Demokratie. Suhrkamp, Frankfurt a.M. 1990;

Rogers Carl C., Entwicklung der Persönlichkeit. Klett, Stuttgart 1992 (Orig. 1961);

ders., Von Mensch zu Mensch. Junfermann-Verlag, Paderborn 1986 (Orig. 1967);

Roos Georges T. (Hrsg.), Wozu noch Solidarität? Scherz Verlag, Bern 1997;

Rossi Martino, »Wäre ein existenzsicherndes Grundeinkommen finanzierbar?«, in: Caritas 1991, S. 89–105;

ders., Sartoris Elena, Ripensare La Solidarietà. Istituto di Ricerche Economiche, Bellinzona 1995;

Roth Roland, »Fordismus und neue soziale Bewegungen«, in: Wasmuth C. Ulrike, 1989, S. 13–38;

Rucht Dieter, Modernisierung und neue soziale Bewegungen. Campus, Frankfurt a.M. 1994;

Rüegsegger Ruedi, »Öffentlichkeit und Demokratie«, in: Tobler Ruedi 1996, S. 8–18;

Sabet Huschmand, Der Übergang vom Global Crash zur Weltidentität, Horizonte, Stuttgart 1994;

Sachs Wolfgang, »Über Wilhelm von Humboldts Versuch, die Grenze der Wirksamkeit des Staates zu bestimmen«, in: Thomas Schmid 1988, S. 26–37;

Saner Hans, »Solidarität – Aber welche?«, in: Georges T. Roos 1997, S. 88–100;

ders., Einsamkeit und Kommunikation. Lenos, Basel 1994;

ders., Identität und Widerstand. Lenos, Basel 1988;

Sax Anna, et al., Das Existenzmaximum. Grundlagen für eine zukunftsfähige Schweiz. Werd Verlag, Zürich 1997;

Schapira Abraham, »Werdende Gemeinschaft und die Vollendung der Welt«, in: Martin Buber 1985, S. 417–461;

Schlüter Carsten, et al. (Hrsg.), Renaissance der Gemeinschaft? Dunker, Berlin 1990;

Schmid Peter F., Personenzentrierte Gruppenpsychotherapie in der Praxis. Die Kunst der Begegnung. Junfermann, Paderborn 1996;

ders., Personenzentrierte Gruppenpsychotherapie. Handbuch, Bd. 1, Solidarität und Autonomie, Ed. Humanistische Psychologie, Köln 1994;

Schmid Thomas, Entstaatlichung. Neue Perspektiven auf das Gemeinwesen. Wagenbach, Berlin 1988;

Schmidbauer Wolfgang, Jetzt haben, später zahlen. Die seelischen Folgen der Konsumgesellschaft. Rowohlt, Reinbek 1996;

ders., Wie Gruppen uns verändern. Kösel, München 1992;

ders., Die Angst vor Nähe. Rowohlt, Reinbek 1985;

ders., Die hilflosen Helfer. Über die seelische Problematik der helfenden Berufe. Rowohlt, Reinbek 1978 (1. A. 1977);

Schmidt Michael, Sozialpolitik in der Krise. isp-pocket, Frankfurt a.M. 1987;

Schmidt Wolfgang, »Die Sehnsucht nach Identität«, in: Prokla, Nr. 96/1994, S. 359–378;

Schneider Hans-Dieter, Selbsthilfe-Organisatoren der Senioren in der Schweiz. Psychologisches Institut, Fribourg 1987;

Schulte Bernd, »Soziale Grundsicherung«, in: Vobruba Georg 1990, S. 81–182;

Schweizer Thomas (Hrsg.), Netzwerkanalyse. Dietrich Reimer Verlag, Berlin 1989;

Schweiz. Gemeinnützige Gesellschaft, Gemeinnützigkeit heute und morgen. Zürich 1986;

Schweiz. Landeskonferenz für Sozialwesen (LAKO), Aufgabenteilung zwischen privaten Werken und öffentlichen Stellen im Sozialwesen. Tagungsmagazin, Nr. 1, Zürich 1989;

Senft Josef, Im Prinzip von unten – Redefinition des Subsidiaritätsgrundsatzes für ein solidarisches Ethos. Peter Lang, Frankfurt a.M. 1990;

Sennett Richard, Der flexible Mensch. Berlin Verlag, Berlin 1988;

Service de l'aide sociale, Pauvreté dans le canton de Jura. Delémont 1991;

Siegbert Wolf, Martin Buber zur Einführung. Junius, Hamburg 1992;

Solinger Helga, »Die Förderung bürgerschaftlichen Engagements als sozialpolitische Aufgabe«, in: Wolf Rainer Wendt 1996, S. 7–13;

Sommer Jürg H., Stefan Schütz, Wandel der Lebensformen und soziale Sicherheit. Haupt, Bern 1996;

ders., Höpflinger François, Wandel der Lebensformen und soziale Sicherheit in der Schweiz. Rüegger, Grösch 1989;

Sozialamt, Sozialberichterstattung – Neue Armut-Strategien und Massnahmen. Ed. Sozialpolitik, Nr. 1, Zürich 1995;

Sozialdepartement, Beginn und Ende des Sozialhilfebezugs. Zürich 1997;

Soziale Bewegungen, Armut und Ausgrenzung. Bd. 3, Campus, Frankfurt a.M. 1987;

Stark Wolfgang, Empowerment. Neue Handlungskompetenzen in der psychosozialen Praxis. Lambertus, Freiburg i.Br. 1996;

Stocker Monika, Der Einsatz von Freiwilligen hat Zukunft. Schweiz. Landeskonferenz für Sozialwesen, Dossier, Zürich 1988;

Strahm Rudolf H., Arbeit und Sozialstaat sind zu retten. Werd Verlag, Zürich 1997;

ders., »Soziale Verteilungspolitik«, in: Widerspruch, Nr. 31, Zürich 1996, S. 111–121;

ders., Wirtschaftsbuch Schweiz. Sauerländer, Aarau 1992;

Strasser Johano, Leben ohne Utopie? Luchterhand, Frankfurt a. M. 1990;

Strehle Res, Wenn die Netze reissen. Rotpunktverlag, Zürich 1994;

Taylor Charles, »Der Trend zur politischen Fragmentierung – Bedeutungsvoll demokratischer Entscheidungen«, in: Werner Weidenfeld 1997, S. 254–277;

ders., »Der Begriff der ›bürgerlichen Gesellschaft‹ im politischen Denken des Westens«, in: Brumlik Micha 1993, S. 117–149;

Tobler Ruedi, Wertewandel. Sonderheft, VPOD, Zürich 1996;

Tönnies Ferdinand, Gemeinschaft und Gesellschaft. Wiss. Buchges., Darmstadt 1979 (Orig. 1887);

Trappe Paul, »Gemeinschaft – Gesellschaft – Person. Sozialer Wandel im 19. und 20. Jahrhundert«, in: Akademie Deutsch-Italienischer Studien 1997, S. 253–271;

ders. (Ed.), Beiträge zu Transformationsprozessen und Strukturanpassungsprogrammen. Social Strategies, Vol. 28, Basel 1997;

ders. (Ed.), Politische und gesellschaftliche intermediäre Gewalten im sozialen Rechtsstaat. Social Strategies, Vol. 22, Basel 1990;

ders., »Some Remarks on Human Rights and the Rule of Law in the Process of ›Globalisation‹«, Paper, Annual Conference of the Society for the Advancement of Socio-economics, University of Geneva, 12–14 July 1996;

ders., »Autochthonous Co-operatives«, »Co-operatives in the Group Theory«, »Co-operatives as a ›Third Way‹«, in: International Handbook of Cooperative Organizations, Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1994, S. 46–52, 403–407, 885–887;

ders., Entwicklungssoziologie. Social Strategies, Vol 12, Basel 1984;

ders., »Die Schweiz als Modell für die Partizipationsforschung?«, in: Gasser Adolf 1976, S. III–VII;

ders., Entwicklungsfunktion des Genossenschaftswesens. Soziologische Texte, Bd. 31, Luchterhand, Neuwied/Berlin 1966;

ders., »Einführung«, in: Geiger Theodor 1962, S. 13–45;

Tremmel Jörg, Der Generationenbetrug. Eichborn, Frankfurt a. M. 1996;

Trojan Alf, Deneke Christiane, »Selbsthilfegruppen«, in: Claus Reis 1985, S. 38–53;

Ulrich Werner, Binder Johann, Armut im Kanton Bern. Gesundheits- und Fürsorgedirektion, Bern 1992;

United Nations Development Programme, Bericht über die menschliche Entwicklung. UNO-Verlag, Bonn 1997;

Utz Arthur Fridolin (Hrsg.), Die katholische Soziallehre und die Wirtschaftsordnung. Paulinus-Verlag, Trier 1991;

ders., Arbeitskampf und Wirtschaftsethik. Social Strategies, Forschungsberichte. Vol. 3, Nr. 1, Basel 1989;

ders. (Hrsg.), Die christliche Konzeption der pluralistischen Demokratie. See-wald Verlag, Stuttgart 1977;

ders., Die Friedenszyklika Papst Johannes' XXIII. Herder, Freiburg 1963;

ders., Sozialethik (1. Teil: Die Prinzipien der Gesellschaftslehre). F.H. Kerle Verlag, Heidelberg 1958;

ders., Freiheit und Bindung des Eigentums. Kerle, Heidelberg 1949;

Vester Michael, »Neue soziale Bewegungen und soziale Schichten«, in: Wasmuth Ulrike C. 1989, S. 38–64;

Vierkandt Alfred (Hrsg.), Wörterbuch der Soziologie, Stuttgart 1931;

Vilmar Fritz, Runge Brigitte, Auf dem Weg zur Selbsthilfegesellschaft? Klartext, Essen 1986;

ders., Strategien der Demokratisierung. Bd. I, Luchterhand, Darmstadt 1973a;

ders., Strategien der Demokratisierung. Bd. II, Luchterhand, Darmstadt 1973b;

Vobruba Georg, Jenseits der sozialen Frage. Suhrkamp, Frankfurt a. M. 1991;

ders., Strukturwandel der Sozialpolitik. Suhrkamp, Frankfurt a. M. 1990;

Vogelsanger Vreni, Selbsthilfegruppen brauchen ein Netz, Seismo, Zürich 1995;

Wagner Antonin, »Nicht Sozialismus, sondern Eidgenossenschaft«. Gedanken zur Zukunft der schweizerischen Sozialpolitik«. in: SBS, Sozialarbeit, Nr. 1, 24. Jg., Bern, Januar 1992, S. 31–36;

ders., »Der Umfang des nicht-gewinnorientierten Sektors in der Schweiz«, in: Schweiz. Landeskongress 1989, S. 16–20;

ders., Wohlfahrtsstaat Schweiz. Haupt, Bern 1985;

Wallimann Isidor (Hrsg.), Selbstverwaltung. Soziale Ökonomie in schwierigen Zeiten. Heuwinkel, Neu-Allschwil/Basel 1996;

ders., et al., Freiwillige im Sozialbereich. HFS, Basel 1993;

Walzer Michael, Zivile Gesellschaft und amerikanische Demokratie. Rotbuch, Berlin 1992;

Wasmuth Ulrike C. (Hrsg.), Alternativen zur alten Politik – Neue soziale Bewegungen in der Diskussion. Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt 1989;

Weber Max, Aufsätze. Soziologie – Weltgeschichtliche Analysen – Politik. Kröner, Stuttgart 1968;

- Weidenfeld Werner (Hrsg.), Demokratie am Wendepunkt. Siedler Verlag, 1997;
- Weizsäcker Ernst Ulrich, et al., Faktor vier. Doppelter Wohlstand – halbiertes Naturverbrauch, Der neue Bericht an den Club of Rome. Droemer Knauer, München 1996, 9. Aufl. (1. Aufl.: 1995);
- Wellmer Albrecht, »Bedingungen einer demokratischen Kultur«, in: Brumlik Micha 1993, S. 173–199;
- Wendt Wolf Werner, et al., Zivilgesellschaft und soziales Handeln. Lambertus, Freiburg i.Br. 1996;
- Widerspruch, Sicherheit contra Solidarität, Nr. 27, 14. Jg., Zürich 1994;
- Widerspruch, Krise des Sozialen. Nr. 23, 12. Jg., Zürich 1992;
- Widerspruch, Globalisierung. Nr. 31, 16. Jg., Zürich 1996;
- Wiegand Ronald, Gemeinschaft gegen Gesellschaft. Fischer, Frankfurt a.M. 1986;
- Zahlmann Christel (Hrsg.), Kommunitarismus in der Diskussion. Rotbuch, Berlin 1992;
- Zimmermann Robert, »Der Bedarf an Selbsthilfegruppen für Senioren in der Schweiz«, in: Hans-Dieter Schneider 1987, S. 2–8;
- Zöpel Christoph, »Staatliche Verantwortung und Zukunftsgestaltung durch Netzwerke«, in: Burmeister Klaus 1991, S. 93–109;

Artikel in Zeitungen und allgemeinen Zeitschriften

- Achenbach Andreas, »Dritter Weg – die (Ehren-)Preisfrage«, WochenZeitung, Nr. 5, Zürich, 2.2.1990, S. 10;
- Aeschlimann Johann, »Der ›Kommunitarismus‹ – Gemeinschaft als Kern«, Basler Zeitung, Nr. 21, 26.1.1993, S. 7;
- Ambühl Iso, »Arbeitslosigkeit und Sinnkrise«, SonntagsZeitung, Zürich, 20.4.1997, S. 83;
- Amery Carl, »Ungehorsam bringt unsere politische Kultur weiter«, Basler Zeitung, Nr. 127, 4.6.1993, S. 3;
- Assheuer Thomas, »Im Prinzip ohne Hoffnung. Die zweite Moderne als Formel: Wie Soziologen alte Fragen neu drapieren«, Die Zeit, Nr. 30, Hamburg, 18.7.1997, S. 1;
- Bachmaier Helmut, »Der Generationenvertrag – Modelle und Perspektiven«, Tertium, Nr. 2, Berlingen/Zürich, Dezember 1997, S. 6–12;
- Bastian Till, »Wenn Selbstsucht zum Leitmotiv wird«, Die Zeit, Nr. 32, Hamburg, 1.8.1997;

- Battegay Raymond, »Ausstossung aus dem Sozialgefüge und angebliche Qualitätssicherung«, Basler Zeitung, Nr. 179, 3.8.1996, S. 49;
- ders., »Pluralismus und Desolidarisierung«, Basler Zeitung, Nr. 51, 1.3.1995, S. 53;
- ders., »Von verantwortungsloser Bewahrung zu verantwortlicher Bewährung«, Basler Zeitung, Nr. 164, 16.7.1992, S. 35;
- Beck Ulrich, »Bürgerarbeit. Die Seele der Demokratie«, Die Zeit, Nr. 49, 28.10.1997, S. 7–8;
- ders., »Der Konflikt der zwei Modernen«, Basler Zeitung, Magazin, Nr. 1, 5.1.1991, S. 6–8;
- ders., Bonss Wolfgang, »Wie streichle ich mein Stachelschwein? Zur Verwendung von Sozialwissenschaft in Praxis und Politik«, Basler Zeitung, Magazin, Nr. 29, 22.7.1989, S. 15;
- Bertolami Silvio, »Wie unfair darf eigentlich unser Sozialstaat sein?«, Die Weltwoche, Nr. 25, Zürich, 20.6.1996, S. 17;
- Bourdieu Pierre, »Warum die Clochards nicht zum Sozialamt gehen« (Gespräch), WochenZeitung, Nr. 30, 12. Jg., 30.4.1994, S. 17–18;
- Dahrendorf Ralf, »Liberaler ohne Heimat«, Die Zeit, Nr. 3, Hamburg, 8.1.1998, S. 1 und 4;
- ders., »Über eine offene Gesellschaft in Europa«, Gespräch, Basler Zeitung, Nr. 51, 1.3.1990, S. 3;
- Decarro Eric, »Eine gigantische Umverteilung der Reichtümer!«, VPOD-Zeitung, Zürich, 15.5.1997, S. 8;
- Etzioni Amitai, »Leben nach der goldenen Regel«, Interview, Focus, Nr. 12, 1997, S. 210–212;
- Fink Ulf, »Wir wollen jetzt das Geld ausgeben«, Gespräch, Der Spiegel, Nr. 5, Hamburg 1988, S. 35–44;
- Flieger Burghard, »Wie alternativ ist die alternative Ökonomie?«, Archipel, Nr. 39, Basel, April 1997, S. 1–2;
- Gevisser Mark, »Black Empowerment. Eine patriotische Romanze«, WochenZeitung, Nr. 49, 4.12.1997, S. 9;
- Gilliand Pierre, »Braucht die Schweiz ein neues Sozialversicherungssystem?«, Gespräch, WochenZeitung, Nr. 38, 20.9.1996, S. 26–28;
- Goll Christine, »Föderalismus im Sozialbereich«, Nora, Nr. 1, Presseunion, Uster 1997, S. 10–12;
- Greiner Ulrich, »Von der Vergleichgültigung«, Die Zeit, Nr. 19, Hamburg, 2.5.1997, S. 70;
- Gruber Renée, »Soziale Ökonomie zwischen Selbsthilfe und Selbstverwaltung«, WochenZeitung, Dossier, Nr. 47, Zürich, 25.11.1994, S. 19;

Hafner Urs, »Das Individuum hat keinen Kern«, WochenZeitung, Nr. 11, 14.3.1997, S. 24;

Hafner Wolfgang, »Individualismus«, VPOD-Zeitung, Hintergrund, Zürich, 17.5.1991, S. 21;

Heinze Rolf G., et al, »Wer hilft, dem wird geholfen. Mit Geld allein lässt sich der Sozialstaat nicht reformieren«, Die Zeit, Nr. 50, 9.12.1988, S. 34;

Herger Lisbeth, »Ehrenamtliche Arbeit muss freiwillig bleiben«, Tages-Anzeiger, Zürich, 1.3.1994;

Hoffmann Gunter, »Wo, bitte, geht es in die Zukunft?«, Die Zeit, Nr. 29, Hamburg, 18.7.1997, S. 3;

Hoffmann-Novotny Hans-Joachim, »Im Alleingang leben«, Magazin, Basler Zeitung, Nr. 15, 13.4.1991, S. 15;

Höpflinger François, »Altersfragen – das Stiefkind der Politiker?« (Gespräch), in: Seniorama, Nr. 3, 14. Jg., März 1997, S. 4–6;

Hotz Stefan, »Zürich bietet Erwerbslosen Lohn statt Sozialhilfe an«, Basler Zeitung, Nr. 203, 2.9.1997, S. 13;

ders., »Monika Stocker: »Ich brauche kein Amt, das Senioren verwaltet!«, Basler Zeitung, Nr. 94, 22.4.1995, S. 11;

Howald Stefan, »Empfindliches Gleichgewicht – zu Michael Walzer«, Wochen-Zeitung, Nr. 9, Zürich, 5.3.1993, S. 16;

Hug Heinz, »Libertärer Kommunalismus«, WochenZeitung, Nr. 9, Zürich, 5.3.1993, S. 16;

Kästli Beatrice, »Freiwilligenarbeit«, Integro, Nr. 1, Zürich 1993, S. 9;

Kleger Heinz, »Ist der Staat noch zu retten?«, WochenZeitung, Nr. 15, Zürich, 11.4.1997;

Knöpfel Carlo, »Wie viele Verlierer erträgt die Schweiz?«, Die Weltwoche, Nr. 3, Zürich, 18.1.1996, S. 16–18;

Kreis Georg, »Alte und neue Solidarität«, Basler Zeitung, Magazin, Nr. 31, 2.8.1997, S. 1–4;

Künzli Arnold, »L.Q.I. – die Sprache des Vierten Imperiums – Der Globalismus und sein Vokabular«, Basler Zeitung, Magazin, Nr. 3, 24.1.1998, S. 6–7;

ders., »Kapitalismus als Weltreligion«, Basler Zeitung, Magazin Nr. 8, 22.2.1997, S. 6–7;

Levy René, »Wie sich Ungleichheit reproduziert«, WochenZeitung, Nr. 26, Zürich, 27.6.1997, S. 24;

Mahler Horst, »Der Staat war das Böse«, Interview, Die Zeit, Nr. 19, Hamburg, 2.5.1997, S. 45;

Marti Urs, »Lebensstil-Politik statt Emanzipation?«, WochenZeitung, Nr. 32, Zürich, 8.8.1997, S. 7;

Meyer Jürg, »Recht auf Sozialhilfe – Pflicht zur Selbsthilfe«, Basler Zeitung, Nr. 236, 10.10.1997, S. 12;

Mosimann Hans-Jakob, »Demontage des Gemeinnsinns«, VPOD aktuell, Zürich, 20.3.1992, S. 5;

Mühlberger Verena, »Die große Umverteilung«, WochenZeitung, Nr. 24, Zürich, 13.6.1997, S. 1–3;

Pedrina Vasco, »Suche nach der nationalen Perspektive«, WochenZeitung, Nr. 11, 14.3.1997, S. 7;

Proissl Wolfgang, »Wider den Horror der Ökonomen«, Die Zeit, Nr. 19, Hamburg, 2.5.1997, S. 30;

Rifkin Jeremy, »Die dritte Säule der neuen Gesellschaft«, Die Zeit, Nr. 19, Hamburg, 2.5.1997, S. 32;

Roland Heinz, »Die Rückeroberung der Arbeit«, WochenZeitung, Nr. 16, Zürich, 19.4.1996, S. 13;

ders., »Wie Tauschringe funktionieren – oder eben nicht«, WochenZeitung, Nr. 22, Zürich, 31.3.1996, S. 25–27;

Rossi Martino, »Braucht die Schweiz ein neues Sozialversicherungssystem?«, Gespräch, WochenZeitung, Nr. 38, 20.9.1996, S. 26–28;

Schanz Lothar, »Oswald von Nell-Breuning«, Luzerner Neueste Nachrichten, Nr. 55, 7.3.1990;

Schneider Markus, »Umverteilung: Die Jagd auf den jungen Mann«, Facts, Nr. 15, Zürich 1995, S. 86–92;

Smolinski Thomas, »Der vereinzelte einzelne«, Basler Zeitung, Magazin, Nr. 15, 13.4.1991, S. 15;

Soros George, »Die kapitalistische Bedrohung. Übertriebener Individualismus«, Die Zeit, Nr. 4, 17.1.1997, S. 25–28;

Stocker Monika, »Freiwillige, weil billiger?«, Tages-Anzeiger, 10.9.1997;

Vogel Benedikt, »Hauspflege am Limit«, Basler Zeitung, Nr. 72, 26.3.1994, S. 1/3;

Vogel Benedikt, »Armen Selbsthilfe – mehr als ein Schlagwort«, Basler Zeitung, Nr. 304, 29.12.1993, S. 8;

ders., »Gerechtigkeit neu gedacht«, Basler Zeitung, Nr. 199, 28.8.1997, S. 2;

Wallimann Isidor, »Soziale Ökonomie und Selbstverwaltung«, WochenZeitung, Dossier, Nr. 47, Zürich, 25.11.1994, S. 17–18;

Walther Rudolf, »Wie alte Werte eine neue Krise beheben sollen«, Basler Zeitung, 1./2.3.1997, S. 45–47;

Weizsäcker Carl Friedrich, »Ich will keine neue Ethik, die alte muss man ernst nehmen«, Die Weltwoche, Nr. 26, Zürich, 26.6.1997, S. 60;

Wirz Hansjörg, »Zur Debatte um die Zukunft des Sozialstaates«, Basler Zeitung, Nr. 117, 21.5.1983, S. 6;
 Ziegler Edmund, »Das Glück kommt nicht vom Staat«, TagesAnzeiger, Zürich, 13.2.1993, S. 17;

Weitere Quellen

Basler Zeitung, Nr. 200, 28.8.1989, S. 30: »Staat darf im Sozialbereich nicht Lückenbüsser sein«;
 Basler Zeitung, Nr. 199, 29.8.1997: »400 Millionen Franken bei den Rentnern holen«;
 Basler Zeitung, Nr. 208, 8.9.1997, S. 31: »Fürsorge stösst ohne Profis an Grenzen«;
 Bund, Bern, 2.10.1992: »Nachbarschaftshilfe oder vom Knüpfen am sozialen Netz«;
 EPD – Entwicklungspolitischer Dienst, Nr. 1, Frankfurt 1997: »Die Tobin-Steuer: Weniger Spekulation und mehr sozialer Ausgleich«;
 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 20.10.1994: »Für eine Neubestimmung von Solidarität und Subsidiarität«;
 Neue Zürcher Zeitung, 30.5.1995: »Armut und Subsidiarität«;
 Neue Zürcher Zeitung, 4.11.1996, S. 39: »Wirtschaftlichkeit und soziale Werte«;
 Neue Zürcher Zeitung, Nr. 289, 11.12.1996, S. 25: »Wieviel darf der Sozialstaat die Schweiz kosten?«;
 Neue Zürcher Zeitung, Nr. 164, 18.7.1997, S. 19: »Überprüfung der britischen Altersvorsorge«;
 Neue Zürcher Zeitung, Nr. 164, 18.7.1997, S. 47: »Verheerend – Bilanz des Stadtzürcher Sozialdepartements«;
 Selbsthilfe, Bulletin der Selbsthilfegruppen, Nr. 19, Basel, Febr. 1996: »Ein Netzwerk macht Netzwerke sichtbar«;
 Spiegel, Nr. 29, Hamburg, 14.7.1997, S. 92–108: »Nackt bis auf die Seele – die exhibitionistische Gesellschaft«;
 Surprise, Arbeitslosenzeitung, Nr. 1, 4. Jhg., Basel 1996, S. 3ff.: »Selbsthilfe lohnt sich«;
 Tages-Anzeiger (Zürich), 29.3.1994: »Sozialhilfe in Bedrängnis – immer mehr Fürsorgefälle«;
 The Globe And Mail, Toronto, 10.7.1997, S. 16: »Making Welfare Make Sense«;
 Zukunftsforschung, Nr. 1, Rüschlikon 1997: »Das Ende des Individualismus«.

Abkürzungen im Text

BaZ	Basler Zeitung
EPD	Entwicklungspolitischer Dienst, Frankfurt
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
LNN	Luzerner Neueste Nachrichten
NZZ	Neue Zürcher Zeitung
TA	TagesAnzeiger, Zürich
TAZ	Tageszeitung, Berlin
WoZ	WochenZeitung, Zürich
Zeit	Die Zeit, Hamburg